

Merseburger Beiträge

*zur Geschichte
der chemischen Industrie
Mitteldeutschlands*

25. Jg., 2/2020

Heft 42



Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.



Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands

Heft 42
2/2020
25. Jahrgang

Die Buna-Werke – gestern und heute

INHALT

Grußwort	3
Vorwort	5
Christoph Mühlhaus Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht eines Beteiligten	7
Ingrid Häußler Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht des Betriebsrates	49
Christoph Mühlhaus Die Dow Olefinverbund GmbH in den 2000er Jahren aus Sicht eines Beteiligten	57
Zusammenstellung der Abkürzungen und ‚Fremdwörter‘	132
Christoph Mühlhaus Das Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland und die Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft	134
Ralf B. Wehrspohn Fraunhofer-Aktivitäten zum Strukturwandel im mitteldeutschen Revier	154
„Es begann mit Kautschuk...“ - Zeittafel zur Historie des Chemiestandortes Schkopau	168
Zeitzeugen berichten: SCI-Beitrag zur EXPO 2000 – Ausstellung von Sachzeugen in B 47/ Schkopau	177
Zeitzeugen berichten: Dr. Christoph MÜHLHAUS - Persönliche Erinnerungen	188
Mitteilungen aus dem Verein	193
Nachwort der Redaktion	197

Wir danken der
Dow Olefinverbund GmbH
und der
Fraunhofer-Gesellschaft e.V.

für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Herausgabe dieses Heftes.

Impressum

Herausgeber:

Förderverein ‚Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.‘ (SCI), Merseburg, c/o Hochschule Merseburg (FH), Eberhard-Leibnitz-Straße 2, 06217 Merseburg

Vorstandsvorsitzender: Prof. Dr. Thomas Martin

Internet www.dchm.de

Redaktion:

Prof. Dr. sc. Klaus Krug

Prof. Dr. habil. Hans Joachim Hörig

Dr. rer. nat. habil. Dieter Schnurpfeil (Federführung)

Layout und Gestaltung: Dr. Dieter Schnurpfeil

Druck: MERCO MTW / Druckerei & Werbung, Merseburg, Klobikauer Straße 1D

Umschlagbilder:

Vordere Umschlagtitelseite: Blick von Nordosten in den Technikpark des **Deutschen Chemie-Museums (DChM)** Merseburg auf das Gerüst mit der Ammoniak-Synthesekammer (1) und das Gebäude mit der Umlaufpumpe (2, siehe Lageplan, Foto: Martin Thoß)

Hintere Umschlagaußenseite_oben: Blick von Südosten auf die Chloralkalielektrolysezelle aus den Chemischen Werken Buna (9) unterm Schleppdach im DChM (Foto: Martin Thoß),
_unten: Lageplan des Technikparks des DChM (SCI)

Vordere Umschlaginnenseite: Blick von Nordwesten auf den Schkopauer Chemiestandort bei Tag und Nacht (© Dow Olefinverbund GmbH)

Hintere Umschlaginnenseite: Spritzgussmaschine im Schkopauer Kompetenzzentrum, hier entwickelt Fraunhofer Lösungen für die Polymersynthese und -verarbeitung bis zum Pilotmaßstab (kleines Bild: Reifen effizienter und nachhaltiger zu machen, ist eines der Ziele)
© Fraunhofer IMWS

Das Quellenverzeichnis der Bilder der einzelnen Beiträge befindet sich auf den letzten beiden Seiten des Heftes.

Redaktionsschluss: Juni 2020

ISBN: 978-3-948058-30-2

Grußwort

des Ministerpräsidenten Dr. Reiner HASELOFF

Die chemische Industrie ist ein wichtiger Motor für die stetige Modernisierung unserer Lebenswelten. Für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt ist sie charakterprägend und kann auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken.

Der Name ‚Buna‘ war in diesem Zusammenhang von besonderem Stellenwert. Er leitet sich aus dem Verfahren zur Herstellung von Synthetikgummi, der Polymerisation von **B**utadien mit **N**atrium ab. Mit 18.000 Beschäftigten war das Kombinat VEB Chemische Werke Buna in Schkopau eines der fünf größten Industriekombinate der DDR. Seine Zukunft war darum nach der friedlichen Revolution für unser wiedererstandenes Bundesland systemrelevant.

Es war richtungweisend für die komplizierten Privatisierungsverfahren, die durch die Treuhandanstalt verantwortet wurden. Deshalb haben sich Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL und der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann RAPPE frühzeitig und in großer Klarheit zum Chemiestandort Mitteldeutschland bekannt. Als Glücksfall muss es zudem betrachtet werden, dass mit ‚The Dow Chemical Company‘ (kurz Dow) ein Partner gefunden wurde, der bereit gewesen ist, eigene wirtschaftliche Interessen und strukturelle Erfordernisse der Region tatsächlich miteinander zu verbinden.

Entscheidend war es aber auch, dass die Beschäftigten der Chemieindustrie dem Arbeitsplatzverlust und weiteren sozialen Belangen einen kraftvollen Ausdruck gaben. Ihre Hartnäckigkeit kann im Rückblick gar nicht genug gelobt werden.

Das Ergebnis war ein Chemiestandort mit hochqualifizierten Mitarbeitern, großer Effektivität und modernster Forschung. Diese Verbindung trägt inzwischen reichliche Früchte.

Hier schließt sich ein Kreis. Vor sechs Jahrzehnten eröffnete Chemieriese Dow die erste deutsche Niederlassung in Frankfurt am Main. Wenig später, im August 1961, kam es mit dem Bau der Berliner Mauer zur Spaltung Deutschlands. Vom ‚Goldenen Zeitalter‘, so ein Wirtschaftshistoriker, waren die Menschen in Ostdeutschland damit auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen. Das galt auch für Mitteldeutschland, wo mit Errichtung des ersten Synthetikgummiwerkes eine Wiege der chemischen Industrie in Deutschland gestanden hat.

28 Jahre später war die DDR-Wirtschaft am Ende. Das Volk nutzte die Chance der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 zur deutschen Wiedervereinigung. Bis heute erlebt Ostdeutschlands Wirtschaft einen Aufschwung, der auch mit den Aktivitäten der Dow verbunden ist.

Die Umstrukturierung des mitteldeutschen Chemiedreiecks wurde zum Meilenstein und ich bin dankbar, zunächst als Wirtschaftsminister und später als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt an vielen Stellen diesem Prozess gedient zu haben.

Zwar war der Weg zur Privatisierung von DDR-Betrieben schwierig, aber die Gründung der BSL Olefinverbund GmbH im Jahr 1994 (ab 2003 Dow Olefinverbund GmbH) war das entscheidende Signal für die Region.

Es ist dem Engagement von Unternehmen wie Dow zu danken, dass in Sachsen-Anhalt die chemische Industrie wieder eine tragende wirtschaftliche Säule geworden ist. Sichtbar wird dies nicht zuletzt an der Silhouette der in den Himmel ragenden silbernen Produktionstürme. Mitteldeutschlands Chemiestandort Schkopau hat Zukunft. Mit Freude kann man immer wieder sagen: *„Im mitteldeutschen Revier stimmt die Chemie!“*



Dr. Reiner HASELOFF
Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt



Der Ministerpräsident
des Landes Sachsen-Anhalt,
Dr. Reiner HASELOFF,
am 26.4.2017 bei der Verleihung des
Bundesverdienstkreuzes am Bande
an den Hauptautor dieses Heftes,
Dr. Christoph MÜHLHAUS (links)

Vorwort

„*Plaste und Elaste aus Schkopau*“ – noch immer kennen viele diesen alten Werbespruch. Erstaunlich daran ist, dass er im Prinzip nichts von seiner Aktualität verloren hat. Auch heute werden am Chemiestandort Schkopau vor allem Kunststoffe und Elastomere produziert. Aus langer Tradition heraus ist in den letzten 25 Jahren etwas entstanden, das sich heute international sehen lassen kann – einer der modernsten Chemiestandorte in Europa.

Der Weg dorthin war nicht immer leicht und zunächst geprägt durch Unsicherheit, den Abbau vieler Arbeitsplätze und das Ringen um ein Zukunftskonzept nach der politischen Wende. 1991 gibt Bundeskanzler Helmut KOHL dem Chemie-Dreieck öffentlich eine Bestandsgarantie für den Erhalt industrieller Kerne. Damals war das Buna-Werk in Schkopau Zentrum der Kunststoff- und Kautschukproduktion. Das nahe gelegene Chemiewerk in Böhlen hatte Kapazitäten zur Ethylenherzeugung. Doch für sich genommen waren die Standorte in einem marktwirtschaftlichen Umfeld nicht konkurrenzfähig, schienen keine Zukunft zu haben.

Das Blatt wendete sich erst durch einen glücklichen Schachzug der Treuhand, die mit der BSL Olefinverbund GmbH eine Verbundlösung aus den ehemaligen volkseigenen Chemiegroßbetrieben in Schkopau, Böhlen und Teilen Leunas geschaffen hat. In Böhlen stand der Cracker, der Naphta (Rohbenzin) aufspaltet - die Voraussetzung, um aus den entstehenden Zwischenprodukten in Leuna und Schkopau Kunststoffe und Synthesekautschuk herstellen zu können. Diese Kombination überzeugte 1994 schließlich den US-Chemiekonzern Dow davon zu investieren, mit viel Aufwand zu modernisieren, alte Anlagen rück- und neue Anlagen aufzubauen. Die Verwirklichung des Investitionsprogramms zwischen 1995 und 2000 wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung aus der Politik, die konstruktive Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden, die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und die Menschen, die diese Zeit geprägt haben und von denen einige ihre Erfahrungen in diesem Heft schildern.

Heute gehört die Dow Olefinverbund GmbH mit den Standorten Schkopau, Böhlen, Teutschenthal und den Kunststoffanlagen in Leuna zu den fünf größten Produktionsstandorten im weltweiten Dow-Konzern. Und längst ist Dow auch nicht mehr das einzige Unternehmen in Schkopau, das in der Region und weltweit einen Namen hat. 1998 gründete Dow auf dem Areal des ehemaligen Buna-Werkes den ValuePark –

einen Industriepark zur strategischen Ansiedlung von Unternehmen der kunststoffverarbeitenden Industrie, chemienaher Dienstleistungen und Forschungseinrichtungen. Ziel des Konzepts ist es, durch die enge Einbindung in die vielfältigen Stoffströme, Liefer- und Produktionsketten sowie in das Sicherheits- und Servicekonzept von Dow einen Mehrwert für das Unternehmen und für die Ansiedler zugleich zu erreichen und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

Das Konzept geht auf, heute beherbergt das Areal des ehemaligen Buna-Werkes Schkopau insgesamt 26 Unternehmen, darunter internationale Chemieunternehmen, Logistikdienstleister und namhafte Forschungsinstitute. Die Mehrheit von ihnen sind strategische Neuansiedlungen, einige Unternehmen wie Trinseo, Braskem und 2019 zuletzt der amerikanische Chemiekonzern DuPont kamen durch die Übernahme von ehemaligen Dow-Anlagen hinzu. Mit großem Erfolg – knapp 3.400 Menschen sind heute im Chemiepark Schkopau beschäftigt, weitere 1.000 bei Servicepartnern.

Damit reiht sich der Standort Schkopau heute in eine Reihe erfolgreicher und international anerkannter Chemieparks in Mitteldeutschland ein. Als Dow sind wir stolz darauf, diesen Weg vor 25 Jahren begonnen zu haben und bis heute die wirtschaftliche Entwicklung in der Region maßgeblich zu prägen.



Christoph MAIER
Geschäftsführer Dow Olefinverbund GmbH

Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht eines Beteiligten

von Christoph Mühlhaus

Mein Erfahrungshintergrund

Dieser Beitrag reflektiert meine persönlichen Erfahrungen und Sichtweisen. Er ergänzt damit die in der Literatur gut dokumentierten historischen Abläufe [1,2] durch das eigene Erleben [3].

Mein Berufsleben gliederte sich in mehrere Etappen. Sie waren alle mit dem praktischen Innovationsmanagement befasst und auf die mitteldeutsche Chemie konzentriert. In den fast 50 Jahren habe ich zwei Gesellschaftsordnungen und in der Marktwirtschaft wirklich unterschiedliche Unternehmenskulturen erlebt.

Nach dem Studium der Verfahrenstechnik begann mein Werdegang im März 1966 im Kombinat VEB Chemische Werke Buna in Schkopau (Bilder 1 und 2) [3a,4a].



Bild 1 Blick von Südwesten über das Buna-Werk Schkopau (1980er Jahre) [3a]



Bild 2 Blick von Osten auf das Panorama des Buna-Werkes Schkopau (1970er Jahre) [4a]

Unter dem Begriff „*Plaste und Elaste aus Schkopau*“ (Bilder 3 und 4) [1a,4b,5a,6] war das Buna-Werk Schkopau [7] nicht nur Produzent, sondern auch Entwicklungszentrum für Verfahren und Produkte. Diese Entwicklungsleistungen werden heute meist verkannt oder unterschätzt. Die Autarkiebestrebungen der ‚Importunabhängigkeit‘ bescherten uns eine gute Kenntnis der neuesten weltweiten Produktentwicklungen, weil bei uns stets die Nachentwicklung im Fokus stand. Die meisten Entwicklungen endeten in der Phase von Pilotanlagen, weil die materielle Kraft fehlte, die eigentliche Investition zu tätigen. Diese Pilotanlagen mussten dann über Jahrzehnte den ‚Markt‘ der DDR versorgen.



Bilder 3a+b
Das Buna-Logo
und der Werbeslogan
des Schkopauer
Buna-Werkes
(Bild oben [4b], über
Jahrzehnte als Leuchtschrift an der Auto-
bahnbrücke der A9 bei
Vockerode, Bild rechts
[5a], heute als Exponat
im Deutschen Historischen
Museum Berlin)



Bild 4 Der Buna- Werbeslogan an einer Haus-
wand in Merseburg (Anfang 1990er Jahre) [1a]

Nach einem Jahr der Einarbeitung in der Abteilung für Konstruktion und Projektierung wurde mir der Aufbau einer Berechnungsgruppe im Bereich der Verfahrensentwicklung übertragen. Dann schlossen sich zwei Jahrzehnte an, in denen ich für den Bau und das Betreiben von Pilotanlagen zuständig war. Als Ingenieur hatte man den Vorteil, dabei sehr unterschiedliche Entwicklungsarbeiten betreuen zu dürfen. Das stand etwas im Gegensatz zu den Chemikern, die meist über lange Zeit einem Thema verhaftet waren. Mit dem Bau und dem Betreiben von Pilotanlagen in Moskau/Sowjetunion und Novaky/Slowakei hatte ich auch die Chance, die gänzlich anderen Unternehmenskulturen der ausländischen Partner kennenzulernen.

Meine Arbeit fand eine gewisse Anerkennung durch einen Nationalpreis, der bekannterweise nur bei erfolgreicher industrieller Umsetzung vergeben wurde, und durch eine Promotion im Rahmen einer gemeinsamen Verfahrensentwicklung mit dem Akademieinstitut für Polymerchemie in Teltow-Seehof. Stets war ich aber Industrieforscher des oben genannten Kombinates. Übrigens war die Patentvergütung für Erfindungen, die industriell genutzt wurden, eine der wenigen Möglichkeiten, bei der Gleichmacherei des Gesellschaftssystems der DDR, legal richtig Geld zu verdienen.

Wirtschaft und Forschung in der DDR

In den 1980er Jahren wurden die wirtschaftlichen Probleme immer offensichtlicher. Das betraf aus meiner Sicht in besonderer Weise die Forschung, da die Umsetzung der Ergebnisse materiell kaum noch gestemmt werden konnte. Durch ein Regierungsabkommen mit der UdSSR hatte ich die ‚Perestroika‘ sehr unmittelbar erlebt und auch erfahren, dass der ‚große Bruder‘ wirtschaftlich nicht mehr so richtig auf die DDR setzte. Es folgte die Überlegung, wie eine solche ‚Perestroika‘ in der DDR gestaltet werden könnte.

Wir nahmen an, dass mehr wirtschaftlicher Sachverstand gefragt sein könnte und dass auch die ‚Nicht-Genossen‘ mehr Mitsprache erhielten. In einem kleinen Kreis von Vertrauten entwickelten wir die Vorstellung, dass das Wirtschaftssystem der DDR durch marktwirtschaftliche Elemente ergänzt werden müsse. Heute wissen wir, dass die Staatssicherheit mit ihren ‚Informellen Mitarbeitern‘ (IM) in unserem Zirkel sogar gleich mitwirkte.

Erste Überlegungen des unbenannten Zirkels waren Deckungsbeitragsberechnungen als D-Mark (DM)-Kalkulationen für die wesentlichen Produktgruppen des Werkes. Wir wussten, dass die Preissetzung in der DDR sehr willkürlich war und die wahren Kosten nicht reflektierte. Die DM-Kalkulation war kein Vorgriff auf eine Deutsche

Einheit, sondern nur der Versuch, unsere Wirtschaftlichkeit unter Marktbedingungen abzubilden. Der nächste Schritt war eine Klassifizierung:

- Kategorie 5: so unwirtschaftlich, dass nur eine sofortige Stilllegung vorteilhaft war,
- Kategorie 4: auch unrettbar, aber erst mit Investitionen abstellbar, da das Produkt im Verbund übergangsweise benötigt wurde,
- Kategorie 3: kann nach Ertüchtigung zur Wirtschaftlichkeit geführt werden,
- Kategorie 2: wirtschaftlich vorzeigbar,
- eine Kategorie 1 haben wir nicht identifizieren können.

Diese Rechnungen waren sehr simpel, weil uns keine genauen Weltmarktpreise und insbesondere keine ‘Benchmark‘ (Vergleichsmaßstab)-Kosten zur Verfügung standen. Sie sollten uns in erster Linie ein Gefühl vermitteln, wo wir eigentlich stehen. Welche Produktgruppen hätten in der Marktwirtschaft eine Chance? Interessanterweise waren wir mit der Abschätzung gar nicht so schlecht, weil wir viele Jahre vorher fast das Produktportfolio vorhersagten, das nach der Privatisierung auch heute noch den Standort Schkopau prägt.

Das Ergebnis konnte nur erschreckend oder ernüchternd sein, weil fast 50 % der Produktion auf der unwirtschaftlichen Karbidchemie basierte oder mit ihr in einem Verbund stand. In diesem kleinen Zirkel, der aus gutem Grund auch keine archivierten Dokumentationen hinterlassen hat, gab es nicht einen, der auf Wiedervereinigung setzte. Das war bis zum November 1989 fernab von unserer Vorstellungswelt.

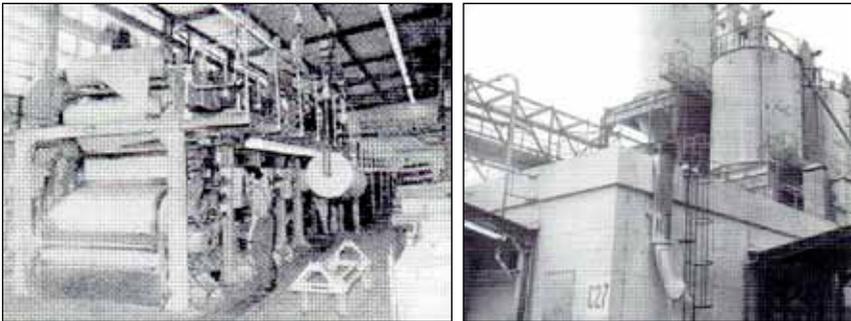
Der Zeitraum von 1989 bis 1992

Ein Kombinat wird eine Aktiengesellschaft

Im Herbst 1989 forderten wir unser Mittun ein. Eines Tages kam einer der Vertrauten zu mir: *„Wir müssen uns entscheiden. Wenn wir zu früh das Gesicht zeigen, dann sind die Köpfe weg. Wenn wir uns zu spät zeigen, dann laufen die Prozesse ohne uns.“* Wir entschieden uns für das Vorwärtsschreiten. Mir fiel die Aufgabe zu, mit einem persönlichen Schreiben an den Generaldirektor eine neue Personalpolitik für die Forschung und die Besetzung der Themen einzufordern.

Wir waren Bürger der DDR und wussten sehr wohl, dass es strafrechtlich ein erheblicher Unterschied war, ob man allein agierte oder in Gruppen auftrat. Daher haben wir die Handlungen zwar abgesprochen, aber dann als Einzelpersonen gehandelt. Eine Disziplinierung der Unbotmäßigen war der Staats- und Parteimacht nicht mehr gegeben.

Ich wurde zu einem Gespräch eingeladen und der Generaldirektor Dr. Dietrich LISIECKI formulierte schmeichelhaft, dass engagierte Ingenieure sehr gefragt seien. Er hätte eine wichtige neue Aufgabe für mich als Hauptingenieur der Fußbodenbelag-Anlage im Betriebsteil Ammendorfer Plastwerk (Bilder 5a+b) [8a]. Diese neue Anlage wäre importiert und würde nicht funktionieren. Ich hätte alle Vollmachten, um diese Anlage zum Laufen zu bringen. Allerdings gäbe es keine Bedenkzeit, ich müsse mich gleich entscheiden. Es fiel mir leicht ja zu sagen, da andere Entwicklungsarbeiten auf Grund der desolaten Situation der Wirtschaft sinnlos geworden waren.



Bilder 5a+b Die Anlage für Fußbodenbelag in Halle-Ammendorf (links die Streichanlage der Firma Stork, rechts das Silolager C27) [8a]

Am 1. November 1989 wurde ich dann als Hauptingenieur in das Zweigwerk Ammendorf versetzt, angeblich um mich da zu beweisen, aber sicher auch, damit ich nicht mehr in dem nun offenkundigen ‚Wissenschaftsrat‘ mitwirken könne. Dass wir uns abends trafen und am Tag unsere Arbeit verrichteten, war den führenden Genossen wohl nicht so ganz klar.

Im Ammendorfer Plastwerk wurde ich zunächst von den verantwortlichen Leitern recht misstrauisch empfangen. Sie bemühten sich seit Monaten, die Anlage zum Laufen zu bringen und hatten schon viele Verbesserungen und Umbauten vollzogen. Es war eine importierte Anlage aus den Niederlanden, die unter Regie der ‚Kommerziellen Koordination‘ (KoKo) von SCHALK-GOLODKOWSKI mit dem Export des Produktes bezahlt werden sollte. Nach wenigen Tagen war mir klar, dass die Kollegen schon alle Verbesserungen realisiert oder in die Wege geleitet hatten, die unter den räumlich sehr beengten Bedingungen möglich waren.

Das war an sich das Hauptproblem: Da die Anlage in einen Altbau integriert worden war, konnte sie mit ihren vielen Rollen, Kühlstrecken und Abzugseinrichtungen nicht geradlinig angeordnet werden. Es waren mehrfache Umlenkungen der Bahnen erfor-

derlich, um den räumlichen Gegebenheiten zu entsprechen. Als Ingenieur gab es für mich an sich nichts zu tun. Hauptproblem war folgende Grundsituation: Am Tag wurde die in der Nacht ausgefallene Anlage von den Resten des Fußbodenbelags befreit, gereinigt, repariert und wieder in Gang gesetzt. Das lief dann in die nächste Nachtschicht, bei der meist die Anlage wieder durch Störung ausfiel.

Eine Abstellung bewirkte zusammen mit dem ersten nicht verwertbaren Belag beim Wiederanfahren einen Verlust von 800 Meter (m) Ware. Die verlorenen Fußbodenreste türmten sich zu Bergen auf allen möglichen Ablagerungsflächen des Werkes. Die Frühbesprechungen hatten dann das Hauptthema der Fehlerfindung und der Festlegung von Reinigung und Reparatur. Meine Frage nach dem ‚Warum‘ wurde von den Schichten mit mangelnder Motivation und den fehlenden Instandhaltern in der Nachtschicht beantwortet.

Im Spätherbst 1989 war die Situation so desolat, dass ich auf der Grundlage meiner Vollmacht anwies, ein Prämierungssystem einzuführen. Am PC entwarf ich Tabellen, in die täglich früh die Leistung der letzten Schichten mit Menge und Qualität (Schichtdicken, Farbstellungen usw.) sowie ordentliche Schichtübergabe eingetragen wurde. Wenn sich später noch Qualitätsmängel ergaben, konnte nachträglich eine Rückstufung erfolgen. Aus diesen Werten wurde laufend der Punktestand der jeweiligen Schicht errechnet und täglich am Brett veröffentlicht, aus der sich letztlich die Monatsprämie ergab.

Zuerst gab es entschiedene Einsprüche der Ökonomen, dass so etwas nicht zulässig sei, aber letztlich akzeptierten sie den Ausnahmezustand. Weiter führten wir aus einer benachbarten stillgelegten Anlage gutes Schichtpersonal und insbesondere Instandhalter den Schichten zu und gaben den Meistern die Möglichkeit, die nicht so leistungsfähigen oder leistungswilligen Kräfte in eine Hofkolonne abzuordnen, die endlich mit dem Aufräumen begann.

Der Erfolg war gegeben. Im Januar lief die Anlage fast störungsfrei und im Februar 1990 mussten wir sie abstellen, weil keiner mehr den vorher so begehrten Fußbodenbelag haben wollte. Inzwischen waren Laster von westdeutschen und niederländischen Händlern auf den Märkten des Ostens und verkauften die gleiche Qualität mit vielleicht besserem Design.

Bei dem ersten Besuch meines Bruders im Westen Deutschlands wollte ich das Angebot von Fußbodenbelag sehen. Die Verwandtschaft war schon ein wenig verwundert, aber so lernte ich einen Baumarkt kennen. Solche Verkaufsformen kannten wir ja

nicht. Mein Bruder war recht überrascht, wie niedergeschlagen ich dann abends am Tisch saß. Die Erklärung war einfach: Gute Preise gab es für Rollen mit 4 m Breite, aber unsere Anlage konnte nur die Breite von 2 m liefern, die zu Schleuderpreisen angeboten wurden.

Wieder in Ammendorf, wurde mir dann von den Spezialisten erklärt, dass wir für die 4 m Ware einen Neubau benötigten. Aber der Wohnungsbau der DDR hätte sowieso nur Ware mit 2 m Breite abgenommen, weil die Treppenhäuser zu schmal waren, um die 4 m Ware hochzutragen. Das war an sich sinnlos, weil wir ja exportieren sollten, aber mit der 2 m Ware konnten wir den Gegenwert der Rohstoffe nicht bezahlen. Die Anlage konnte also nur abgestellt werden.

Diese kurze Tätigkeit in Ammendorf war für mich der erste Kontakt zu Fragen der neuen Personalführung und Entgeltfindung und eine harte Erfahrung der Marktwirtschaft. Zu Kollegen des Plastwerkes habe ich noch heute gute Kontakte, weil diese Erfahrungen menschlich in besonderer Weise verbinden.

Im Frühjahr 1990 meldete ich mich nach vollendeter Mission bei dem nun neuen Generaldirektor Karl-Heinz SAALBACH zurück. Jetzt erhielt ich den Auftrag, in einer Arbeitsgruppe mitzuwirken, die die Umwandlung des Kombines in eine Aktiengesellschaft vorbereiten sollte. Es gebe in Berlin dazu eine Treuhand (noch nach dem sogenannten MODROW-Gesetz), die uns das alles erklären könne. Mein Einwand, dass ich Ingenieur und kein Jurist sei, wurde nicht gelten gelassen: *„Einfacher Menschenverstand tut es auch.“*

Aus heutiger Sicht kann man kaum noch nachvollziehen, wie schwer es dem Kombinat fiel, sein Betriebsvermögen sauber aufzulisten. Das volkseigene Denken hatte zu Verflechtungen mit den Staatsorganen sowie den staatsnahen Organisationen von Partei, Gewerkschaft, FDJ und Sportverbänden geführt, die uns immer wieder neue Überraschungen bescherten.

Vor dem 1. Juli 1990 stand eine neue Herausforderung an. Mit der ‚Währungsreform‘ genannten Einführung der D-Mark war nicht mehr genügend Geld verfügbar, um alle zu entlohnen. Die ‚Kurzarbeit Null‘ war in erheblichem Umfang einzuführen. Die Auswahl der nun wirklich hart Betroffenen könne man nicht der Kaderabteilung überlassen. Ich solle einen neuen Personalbereich aufbauen, der den Auswahlprozess so führt, dass Produktion, Absatz und Sicherheit weiter voll gewährleistet bleiben. Ein spannendes Thema, über das man allein ein kleines Buch schreiben könnte.

Vor Etablierung der Aktiengesellschaft (AG) im August 1990 kam eine neue Personalaufgabe hinzu: Die Entwicklung eines Konzeptes der Auswahl der ‚neuen‘ Führungskräfte, da die Belassung der bisherigen Kader keine Akzeptanz finden würde.

Das Konzept war schnell geschrieben:

- Veröffentlichung der neuen Organisation der AG, die von der Beratungsgesellschaft Arthur D. Little erarbeitet worden war.
- Bewerbungsmöglichkeit für alle Führungspositionen unterhalb des vom Aufsichtsrat zu bestimmenden Vorstands.
- Auswahl der Leiter für die oberen Leitungsebenen durch ein Gremium, das auch die Fragen der Akzeptanz mit beachtete.
- Einsetzung dieser Leiter zum 3. Oktober 1990 (Tag der Deutschen Einheit und damit des neuen Rechts).
- Auswahl der weiteren Leiter danach mit dem Gremium bei Mitsprache des neuen Vorgesetzten und Berufung für diese Funktion zum 1. November 1990.
- Einführung der neuen Organisation an diesem Tag.

Ich wartete zwei Tage vergeblich auf die Rückäußerung des Generaldirektors und späteren Vorstandsvorsitzenden zu meinem Vorschlag, um dann zu erfahren, dass meine Überlegungen am Folgetag im ‚aufwärts‘, der damaligen Betriebszeitung, veröffentlicht werden. Sie waren damit Handlungsanweisung geworden. Später habe ich dann erfahren, dass er annahm, dieses Konzept wäre mit dem Betriebsrat bereits abgesprochen und unter den damaligen Umständen damit nicht mehr diskutabel. Es war zwar nicht so, aber so schnell und unbürokratisch waren damals eben die Abläufe.

Bei der Auswahl der Führungskräfte hatten wir für Forschung und Instandhaltung dann durchaus die Wahl. Bei der Produktion waren wir dankbar, wenn wir mehr als einen Bewerber hatten. Das reflektierte den durch die Verhältnisse geprägten Schwierigkeitsgrad dieses Verantwortungsbereiches. Für Personal sowie Kultur- und Sozialeinrichtungen konnten Führungskräfte erst mit Gesprächen gefunden und überzeugt werden, denn jeder wusste, was für fürchterliche Prozesse da bevorstanden. Die Mehrzahl der Neuen waren die Alten. Das Akzeptanzproblem war jedoch nachhaltig beseitigt.

Es gab dann den Vorschlag, dass ich als Arbeitsdirektor im Vorstand mitwirken sollte (Bild 6) [1b]. Ich wurde einige Tage nach Marl/Nordrhein-Westfalen eingeladen, um bei unserem ersten Partner für eine mögliche Privatisierung die Denkweisen und Ab-

läufe eines Konzerns kennenzulernen. Die Hüls AG war historisch gesehen ein Schwesterbetrieb im IG Farben Konzern, der ebenfalls Buna-Kautschuke und auch sonst fast die gleiche Produktpalette produzierte.



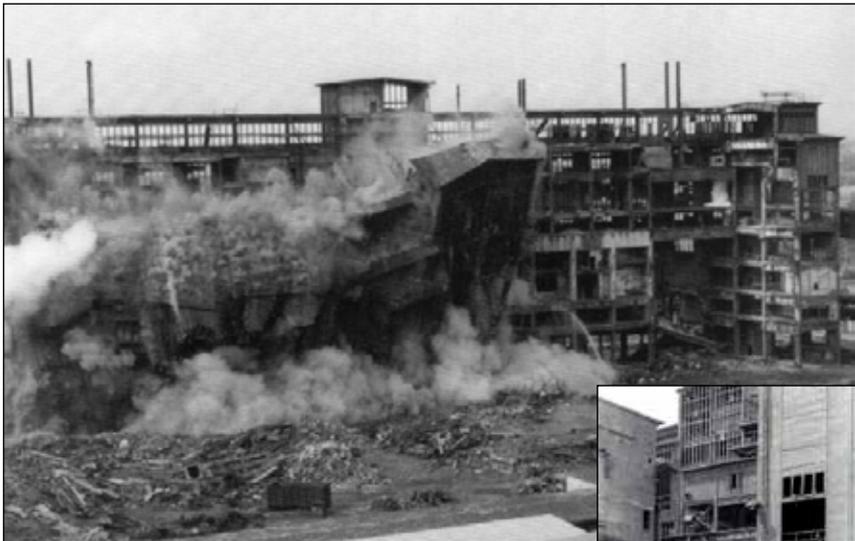
Bild 6
Vorstand der BUNA AG
(v.l.n.r.: Dr.-Ing. Winfried HAHN, der
Autor, Vorstandsvorsitzender
Oberingenieur Karl-Heinz
SAALBACH,
Dr. Volkmar GROPP,
Hauptbuchhalter
Dipl.- Ing. Ök. Harald ROSCHE,
September 1991) [1b]

In der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 hatte der neue Buna-Vorstand, verstärkt durch die zwei Kollegen von der Hüls AG, Dr.-Ing. Winfried HAHN (verantwortlich für die Unternehmensentwicklung) und Dr. Volkmar GROPP (verantwortlich für Marketing, Bild 6), mit auserwählten Fachleuten der Hüls AG und ihrer Mutter, der VEBA, dann das Sanierungskonzept der Buna AG in unserem damaligen Ferienobjekt Königendorf bei Dessau zu diskutieren. Die wichtigste Entscheidung des Abends war der Erhalt der Synthesekautschuk-Tieftemperatur-Produktion in Schkopau, die nach dem Brand der Aufarbeitung im Jahr 1987 modernisiert wieder aufgebaut worden war. Dafür sollten die Kollegen in Marl zukünftig ihre Anlage aufgeben. Diese Beratungen waren für mich so schwerwiegend und spannend, dass ich von den Feierlichkeiten dieses Tages nichts mehr mitbekam.

Die Arbeit im Vorstand war geprägt durch harte und schnelle Entscheidungen zur Stilllegung oder Aufgabe unwirtschaftlicher Aktivitäten, durch das monatliche Ringen um die Mittel für Rohstoffe und insbesondere Löhne, durch fortlaufende Rechtfertigung gegenüber dem Eigner, der nun neu aufgestellten Treuhand, sowie durch Offenbarungen gegenüber Investoren. Ich hatte mich vornehmlich um den zügigen Personalabbau zu kümmern. Weiter war die Abwicklung der Kultur- und Sozialeinrichtungen mit 1.100 Beschäftigten dringend geboten, die für Kulturhaus, Ferienobjekte, Betriebsküchen sowie zahlreiche Gaststätten im Umland, Wohnheime und ca. 3.000 Wohnungen zuständig waren. Ohne den festen Leitfaden mit einem Sanierungskonzept, das uns zu einem wirtschaftlichen Chemieunternehmen führen sollte, wäre das

nicht zu leisten gewesen. Wir wussten, dass das zukünftige Geschäft des Unternehmens nur 6.700 der ursprünglich 18.100 Mitarbeiter benötigte und bezahlen konnte. Durch die Wirren der ersten Monate waren zwar nur noch 15.700 geblieben, aber nun folgten die einschneidenden Entlassungen mit einer ersten schnellen Zielmarke von 8.000 verbleibenden Beschäftigten. Dabei waren die ersten Maßnahmen mit Ausgliederungen und Arbeitsbeschaffung, z.B. zur Stilllegung und zum Abriss der Kohlechemie (Karbid, Bilder 7a+b) [1c,4c,9a] noch relativ gut zu vermitteln.

Die Härte ergab sich durch die große Zahl und die vielen Einzelschicksale. Hinterher kann ich sagen, dass es nur ertragbar war, weil wir immer eine klare Vision hatten, dass die Chemieindustrie in Mitteldeutschland eine Zukunft haben muss. Wir wussten sehr wohl, dass große Chemiekonzerne auf die weitgehende Abwicklung der Ostchemie setzten, da sie volkswirtschaftlich durchaus den ganzen Markt bedienen konnten. Mir kam zugute, dass wir uns schon vor dem Zusammenbruch der DDR mit der Wertung der Geschäftsfelder beschäftigt hatten. Es war nur folgerichtig, auf wenige ertragsstarke Endprodukte zu setzen und sehr rasch die Karbidchemie, aber auch andere desolate Verfahren und Anlagen aufzugeben.



Bilder 7a+b Sprengung des Karbid-Ofenhauses L17 am 16.6.1991
(Bild oben) [4c] und Gebäudeabriss im Bereich Karbid (kleines Bild rechts) [1c]

Die Politik mit Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL hatte uns nicht nur frühzeitig bei dem ersten Besuch im Chemiedreieck am 10. Mai 1991 (Bild 8) [1d,4d] den Erhalt zugesagt. Sie war immer wieder sehr direkt ansprechbar und hat dann auch Einfluss genommen.

Bild 8
Besuch von Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL (Mitte) in der Kautschukproduktion in Schkopau am 10. Mai 1991 (rechts: Vorstandsvorsitzender der BUNA AG Obergeringenieur Karl-Heinz SAALBACH) [4d]



Ein ganz besonderes Problem war der Erhalt der Forschung. Der Druck der Treuhand mit ihren Beratern wie McKinsey war enorm, die angeblich nicht privatisierungsfähige Forschung entweder auszugliedern oder abzuwickeln. Wir widerstanden dem, weil wir die Produktentwicklung brauchten, um mit wettbewerbsfähigen Kunststoffen und Kautschuken am Markt zu bestehen. Weiter ergab sich die Notwendigkeit von Verfahrensentwicklungen, weil ohne Entmonomerisierung des PVC [10a] oder verbesserter Brandschutzeigenschaften den neuen Umwelt- und Sicherheitsanforderungen nicht entsprochen werden konnte. Sonderbeispiele waren die eigenständigen Verfahrensentwicklungen für schaumfähiges Polystyrol [11] sowie für Tenside als Basis der noch vor der Privatisierung eingeleiteten ersten Investitionen in der Marktwirtschaft.

Eine Herausforderung war die personelle Neubesetzung der wichtigen Themen mit unseren besten Köpfen, die meist ihre lang vertrauten Themen verlassen mussten. Der Erhalt der Forschung war wirklich eine Sonderstellung unseres Unternehmens, da alle anderen vergleichbaren Treuhandfirmen die Forschung abwickelten oder ausgliederten. Damals gab es nur harsche Kritik und wenige Jahre später dafür so viel Anerkennung. So ändern sich die Sichtweisen der Politik.

Positiv war die wirklich gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit im Vorstand. Der Druck der Ereignisse forderte uns fast täglich und entwickelte Abstimmungsprozesse mit harter inhaltlicher Diskussion, aber dann mit einem einheitlichen und geschlossenen Auftreten für die getroffenen Entscheidungen.

Das herausragende Beispiel war die Sicherstellung der künftigen Dampf- und Stromversorgung. Nach dem Einigungsvertrag hatten die alten Kraftwerke eine Überlebensfrist bis 1996 erhalten. Ohne frühzeitige Entscheidung für einen Neubau wäre das Ende des Chemiestandortes schon vorbestimmt. Es gab keine Chance, vom Staat eigenständige Mittel für die umfangreiche Investition zu erhalten. Folglich wurde ein Liefervertrag für Dampf und Strom mit dem Mutterkonzern der Hüls AG ausgehandelt, um diese Investition an den Standort zu bekommen. Der Vertrag war nicht unproblematisch. Später ist er berechtigt scharf kritisiert und dann auch bezüglich der Mengen und Kosten nachverhandelt worden. Gerade weil wir wussten, wie weitreichend und bindend diese Entscheidung war, haben nach der Zustimmung der Treuhand am 30. Januar 1991 alle fünf Vorstände unterschrieben, während bei allen anderen Geschäftsvorgängen nur die üblichen zwei Unterschriften geleistet wurden. Uns war wohl bewusst, dass dies die bestimmende Zukunftsentscheidung und sozusagen die Lebensversicherung für den Standort war (Bild 9) [12a]. Die Auflösung der Abnahmeverpflichtung hätte den Steuerzahler so viel gekostet, dass der Erhalt der Chemieaktivitäten dann die bessere Wahl war.



Bild 9
Blick von
Westen
auf das
E.ON-
Kraftwerk
Schkopau
(Aufname:
2010)
[12a]

Es folgten wirklich schwere Monate, in denen wir den ersten Privatisierungspartner verloren. Wir hatten kaum Investitionsmittel, um die verlorenen Geschäftsfelder zu ergänzen. Die wirklich riesigen Verluste stellten die Weiterführung immer wieder in Frage. Dabei war mir immer bewusst, dass dies den Hinterlassenschaften der DDR-Wirtschaft und nicht etwa der Deutschen Einheit geschuldet war.

Der Zeitraum von 1992 bis 1994

Kein Partner für die Privatisierung

Das Konzept für die Privatisierung mit der Hüls AG musste immer neuen Bedingungen angepasst werden, um den sich ändernden wirtschaftlichen Gegebenheiten zu entsprechen. Der Markt mit den Verarbeitern in der DDR war faktisch zusammengebrochen, da es viele Unternehmen einfach nicht mehr gab. Der Osthandel wurde nur übergangsweise mit Hermes-Krediten gestützt. Die Konjunktur brach im Jahr 1992 regelrecht ein.

Am 1. Dezember 1992 erklärte der Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL in Leuna, dass es trotzdem nicht nur Produktionsstätten, sondern weiterhin auch Chemiestandorte geben solle. Das Konzept der BUNA AG mussten wir so abschmelzen, dass nur noch 4.700 Mitarbeiter erforderlich und bezahlbar gewesen wären. Diese ‚kleinere‘ Personalanpassung war ungleich schwieriger. Wir hatten uns schon auf die Leistungsträger konzentriert und sorgfältig den sozialen Ausgleich beachtet. Jetzt wurde es richtig eng. Die Arbeitsverwaltung konnte keine Stellen offerieren und die Maßnahmen mit ihren vielen Umschulungen ohne Zielsetzung führten zunehmend ins Leere. Gewisse ‚Zukunftsorientierung‘ hatten lediglich der Rückbau und der unvermeidbare Abriss von alten Produktionsstätten.

Ich bin heute noch dankbar, dass wir Partner fanden, mit dem Aufbau eines Deutschen



Chemie-Museums am Standort des Campus Merseburg wesentliche Sachzeugen wie Apparatetechnik, Armaturen und Messgeräte aufzubereiten und so für die Nachwelt geordnet zu erhalten. Der im Frühjahr 1993 gegründete Förderverein ‚Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.‘ (SCI) koordinierte die Maßnahmen und konnte bereits in einer frühen Phase des Rückbaus wirksam werden (Bilder 10 und 11) [13].

Bild 10 Der Autor bei der feierlichen Übergabe des Exponates ‚PVC-Kessel‘ an der Hochschule Merseburg am 5.4.1995 [13]



Bild 11 Kautschukbandanlage aus dem Buna-Werk Schkopau im Technikpark des SCI (Blick von Südwesten, im Hintergrund die Technikhallen der ehemaligen Technischen Hochschule Leuna-Merseburg, um 1999, die im Frühjahr 2020 abgerissen worden sind)

Mit einer neuen Konzernleitung der VEBA AG verloren wir wirklich über Nacht den Interessenten. Der Befürworter der Privatisierung und bisherige Konzernchef Klaus PILTZ war im Frühjahr 1993 tödlich verunglückt. Er war Mitglied des Verwaltungsrates der Treuhandanstalt gewesen und damit immer bestens informiert. Von Monat zu Monat wurden die Bedingungen für interessierte Investoren nachgebessert, so dass Zuwarten durchaus vorteilhaft war. Das Privatisierungskonzept der BUNA AG setzte auf Synergien mit dem Schwesterwerk der Hüls AG in Marl. Es hätte für beide Standorte eine komplementäre Ausrichtung der Geschäftsfelder bewirkt. So hätte z.B. der Synthesekautschuk für Reifen mit der modernisierten Aufarbeitung in Schkopau eine echte Chance bekommen. Uns war nach dem tragischen Todesfall sofort klar, dass wir nun allein da standen.

Mit der Entscheidung zum Bau der Raffinerie in Leuna durch einen französischen Investor war die Politik der Auffassung, dass nun alle Probleme gelöst seien, da sich genügend Interessenten für die Chemieaktivitäten finden würden. Ich weiß noch, wie ich Dr. Christoph BERGNER und dem damaligen sachsen-anhaltischen Ministerpräsidenten Professor Werner MÜNCH auf einem Sofa in einer Privatwohnung sitzend mit Schaubildern die Abhängigkeit der Ethylenchemie vom Cracker erklärte. Ethylen kann nur über Rohrleitung transportiert werden, so dass jeder Interessent für ein davon ab-

hängiges Geschäftsfeld fragte, was wohl aus dem Cracker in Böhlen wird, der losgelöst privatisiert oder abgewickelt werden könnte.

Die Privatisierung der BUNA AG konnte also nicht ohne die Sicherstellung der Versorgung aus dem sächsischen Cracker gelingen. Das erforderte einen sehr großen Ansatz. Im Ergebnis des Gespräches wurde der Kontakt zu Dr. Johannes LUDEWIG vermittelt, der im Bundeskanzleramt für die Treuhand zuständig war. Mit ihm hatten wir einen aufmerksamen und engagierten Unterstützer, der sehr wohl anerkannte, dass es nicht nur ein uneinsichtiger Vorstand war, der die Privatisierung als Ganzes anstrebte. Es gab sehr wohl den Rohstoffverbund, der die empfohlene Zerlegung so schwierig machte. Jetzt wirkte auch der für alle sichtbare Bau des Kraftwerkes Schkopau durch die VEBA Kraftwerke Ruhr AG als Fakt, der zwar kritisiert werden konnte, aber nicht mehr zu stoppen war (Bild 9).

Im Jahr 1993 begann auch der Bau der ersten Oxychlorierungsanlage (Bild 12) [14] als die entscheidende Neuinvestition, die sich aus der Stilllegung der Karbidchemie ergeben hatte. Damit wurde die Produktionsbasis für Vinylchlorid und PVC wieder gesichert [10].

Bild 12
Blick von Südwesten auf die neu-
baute Oxychlorierungsanlage im
CVP-Komplex Schkopau
(Aufnahme: 1997) [14]



Weiter wurde Ende 1993 die Investition der Neuanlage EPS (Expandierfähiges Polystyrol) zur Herstellung von schäumbarem Polystyrol entschieden (Bild 13) [15a]. Das war in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: Die Treuhand war von ihrem Grundsatz der ‚Investornutralität‘ abgerückt, der an sich vorsah, keine Ausweitung der Geschäftsfelder zu dulden. Wir konnten aber überzeugen, dass der Markt für Wärmedämmungen der Gebäude einen erheblichen Aufschwung erfahren würde, weil es so viel zu sanieren gab. Zweitens war es Ergebnis einer Eigenentwicklung des Verfahrens [11], da die BUNA AG als Wettbewerber begriffen wurde und keinen Lizenzgeber fand.



Bild 13 Die EPS-Anlage in Schkopau (Aufnahme: 1996) [15a]

Zu DDR-Zeiten hatte es bereits Verhandlungen mit westlichen Lizenzgebern gegeben, die damals sehr wohl bereit waren, ihr Verfahren zu verkaufen. In einem gemeinsamen Markt war das nun ganz anders. Genau dies war der Punkt, der die Notwendigkeit einer eigenständigen Forschung und Entwicklung deutlich werden ließ.

Rückblickend war diese Verfahrensentwicklung für alle Beteiligten eine Risikoentscheidung, die zwischenzeitlich immer wieder Sorgen bereite, ob das Ziel auch wettbewerbsfähig erreichbar sei. Am Schluss zählt das Ergebnis: Das Verfahren funktionierte und das Geschäftsfeld war später für Dow so attraktiv, dass es als Ergänzung des etablierten Geschäftes des extrudierbaren Schaumes begriffen wurde, der für Wärmedämmung verwandt wird, aber auch noch andere Gebrauchsfelder abdeckt.

Trotz dieser punktuell positiven Entwicklung griff die Treuhand durch. Sie überführte die BUNA AG im Oktober 1993 in eine GmbH, um direkter einwirken zu können.

Mir wurde im Januar 1994 ein für meine Person sehr attraktives Angebot unterbreitet, die Forschung auszugliedern und dann im Rahmen einer Technologiemanagement-Gesellschaft dort Verantwortung zu übernehmen. Das wäre eine Absicherung bis zur Rente gewesen. Ich lehnte ab, weil ich der festen Überzeugung war, dass Forschung zu einem Unternehmen gehört. Wenn ich heute auf die Vorlage der Treuhand schaue,

dann weiß ich, wie recht ich hatte, denn von den parallelen Ausgliederungen in den anderen großen Firmen ist nicht viel oder gar nichts geblieben.

Der Olefinverbund

Die Treuhandchefin Birgit BREUEL (Bild 14) [1e] hatte den Dow-Manager Bernhard H. BRÜMMER gewinnen können, um ein neues Konzept zur Vorbereitung der Privatisierung zu entwickeln. Interessanterweise setzte dieses Konzept genau auf den Verbund des Böhleener Crackers, der Olefinverarbeitungsanlagen der BUNA AG sowie der Ethylenpolymerisation in Leuna und empfahl die Zusammenfassung zum sogenannten ‚Olefinverbund‘. Dies entfaltete faktische Wirkungen für das weitere Geschehen.

Bild 14 Treuhandchefin Birgit BREUEL am 18.7.1992 zu einem Arbeitsbesuch in der BUNA AG (v.l.n.r.: Vorstandsmitglied Dr. Volkmar GROPP, Abteilungsleiter Dr. Hubert ALBRECHT, Birgit BREUEL, Aufsichtsratsvorsitzender Dr. Heinz ACHE) [1e]



Zunächst musste aus Sicht der Treuhand die bisherige Geschäftsführung entlassen werden. Der Wirtschaftsmanager Eberhard von BRAUCHITSCH (Bild 15) [16a] wurde der neue Aufsichtsratsvorsitzende und mir wurde der Tag eines Gesprächs mitgeteilt. Von BRAUCHITSCH war ganz ein Manager der alten Schule und damit für viele mit seinen Ansichten und Verhaltensweisen recht gewöhnungsbedürftig. Ich war an dem vorgezeichneten Tag in meinem Büro und wartete auf meinen Termin. Dann erhielt ich einen Anruf der Sekretärin: *„Sie haben Herrn von Brauchitsch noch nicht um eine Unterredung gebeten!“*

Die Unterredung hatte dann eine klare Zielstellung: *„Die Zeiten des volkseigenen Denkens und des Staatsunternehmens sind vorbei. Jetzt gilt es eine neue Geschäftsführung einzusetzen, die endlich die marktwirtschaftlichen Gegebenheiten wahrnimmt. Personen aus der Vergangenheit der DDR sind für die Geschäftsführung nicht mehr tragbar.“*

Es folgte eine sehr lange und von meiner Seite erbitterte Diskussion, in der ich den Werdegang der Privatisierung und ihre Vorgeschichte erläuterte. Zunächst fühlte sich von BRAUCHITSCH in seiner Auffassung bestätigt. Da nichts zu verlieren war, habe ich deutlich gemacht, dass nicht die jetzt angetretenen Westler den friedlichen Zu-

sammenbruch der DDR bewirkt hätten und dass ohne unser Handeln gar nichts mehr in Schkopau zur Privatisierung geblieben wäre. Plötzlich gab es bei ihm ein Umdenken: „*Sie bleiben. Geschäftsführer geht nicht. Sie werden Generalbevollmächtigter.*“ Meine Gegenfrage zum Aufgabengebiet wurde sehr einfach beantwortet: „*Sie sind dann Mitglied der Geschäftsleitung. Das Tätigkeitsfeld bestimmen Sie selbst und informieren mich.*“ Spontan antwortete ich, dass ich für alle Aufgaben zur Verfügung stünde, nur nicht für Personal, denn der vergangene Prozess war einfach zu schmerzlich gewesen. Nach zweistündiger wirklich harter Diskussion hatte ich in der Folgezeit mit Eberhard von BRAUCHITSCH einen verständnisvollen Vorgesetzten, der mir insbesondere bei politischen Kontakten viele Freiräume einräumte.

Bild 15

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Eberhard von BRAUCHITSCH, im Gespräch mit Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL [16a]



Am 9.3.1994, zufällig an meinem 52. Geburtstag, wurde ich dann Generalbevollmächtigter der BUNA GMBH. Bernhard H. BRÜMMER (Bild 16) [2a] wurde Sprecher der Geschäftsführung. In kurzer Zeit entwickelte sich zwischen uns ein sehr gutes Verhältnis, weil ich sofort mitbekam, dass er für die Sache des Unternehmens stand und kein Erfüllungsgehilfe der Treuhand war. Er war mit der Zusammenführung der drei Unternehmensteile, den weiteren Auseinandersetzungen mit der Treuhand, der strategischen Aufstellung der Geschäftsfelder und mit der Abwehr ungeeigneter Investoren wie Thyssen/Gazprom so eingespannt, dass ich die Lücke füllte, das operative Geschäft zu führen. Den nachgeordneten Leitern fehlte bei manchen Fragen der Ansprechpartner der Geschäftsführung, so dass ich mich als Generalbevollmächtigter auch dabei nützlich machen konnte.

Bild 16 Bernhard H. BRÜMMER (*1935), Geschäftsführer der BUNA GmbH und der Sächsischen Olefinwerke GmbH 1994/95 [2a]



Dr. Johannes LUDEWIG hatte uns deutlich gemacht, dass der Weg „*Erst sanieren und dann privatisieren*“ nicht gangbar ist, solange SKET, Werften, Eko-Stahl und Waggonbau den gleichen Anspruch stellen könnten. Sollte unser Geschäftsmodell sich gut entwickeln und wir wären dann das letzte große Treuhandunternehmen, dann wäre das diskutabel.

Wir wurden sehr kühn und wünschten zusätzlich zu dem bisherigen Paket eine Rohstoffleitung von Rostock nach Böhlen, um den Nachteil der fehlenden Küste zu kompensieren und die Unabhängigkeit beim Rohstoffeinkauf zu erreichen. BRÜMMER verstand es, dieses Ansinnen durchzusetzen.

Am 30.8.1994 erfolgte die Verschmelzung der drei Unternehmen aus Schkopau (BUNA GMBH), Böhlen (Sächsische Olefinwerke GmbH, SOW) und eines Teils der Leuna-Werke (Leuna Polyolefine GmbH) zur **Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH** (vereinfacht als BSL bezeichnet, Bild 17) [17a].

Bilder 17a+b
Die Logos der drei auf die BSL verschmolzenen Firmen und das Logo der BSL Olefinverbund GmbH [17a]



Meine Aufgabe war die Vorbereitung eines weiteren Kanzlerbesuches, der die Zustimmung zur Sanierung und zum Fortbestand des Olefinverbundes dokumentieren sollte. Dabei wussten wir sehr wohl, dass es eine Reihe von Wettbewerbern gab, die auf unser Ende setzten. Dieser Kanzlerbesuch sollte im September 1994 in Schkopau stattfinden. Dann war Landtagswahl und Dr. Reinhard HÖPPNER (SPD) löste den Ministerpräsidenten Dr. Christoph BERGNER (CDU) ab. Ich bekam einen Anruf vom Kanzleramt: „*Sie können alles vergessen. Herr Dr. Kohl stellt sich nicht neben Herrn Höppner.*“ Für uns war das politische Bekenntnis zum Olefinverbund aber entscheidend. Nach einigem Grübeln setzten wir auf den sächsischen Standort Böhlen und fragten erst in Dresden beim sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt BIEDENKOPF und dann in Bonn an, ob es so recht wäre. Die Zustimmung gab es.

Jetzt galt es den Besuch mit der eindeutigen Aussage zur Pipeline so zu verknüpfen, dass alle wussten: Den Olefinverbund wird es weiter geben. Es gab aber keinen Knopf, auf den man drücken konnte, um etwas in Betrieb zu nehmen. So hatte ich die Idee, dass der Kanzler mit einigen erklärenden Worten der Geschäftsführung eine Mappe überreichen könne, die den Auftrag zum Bau der Pipeline enthielt. Zwei Tage später gab es einen empörten Anruf des Kanzleramtes zu meinem Ansinnen. Sie hätten sich kundig gemacht. Solche ‚roten Mappen‘ wären damals auch HONECKER überreicht worden. Was ich mir einbilde: Ich wäre doch DDR-Bürger gewesen und müsse das wissen. Jeder könne sich die höhnischen Kommentare und Karikaturen doch selbst vorstellen. Spontan schlug ich vor, dann hinter dem Rednerpult auf einer großen Karte die Pipeline zu zeigen und den Kanzler zu bitten, dies zu erläutern. Noch am selben Tag mussten wir den grafischen Entwurf nach Bonn faxen, denn die heutigen e-Mails gab es noch nicht. Letztlich wurde es so vollzogen (Bild 18) [3b,4c].

Freundlicherweise hat Dr. Helmut KOHL in seiner Böhleiner Rede am 28. September 1994, in der er die Bildung des ‚Mitteldeutschen Olefinchemie Verbundes‘ verkündete, die Pipeline von der Ostsee kommend mit ihrem Weg durch die Bundesländer sogar dreimal genannt. An diesem Tag war auch die deutsche Geschäftsführung der ‚The



Dow Chemical Company‘ (‚TDCC‘, kurz Dow) anwesend und der erste erfolgreiche Schritt zur Privatisierung wurde angebahnt.

Bild 18

Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL bei seiner Rede am 28.9.1994 in Böhlen (im Hintergrund die Karte mit Pipeline) [4e]

Im April 1995 war es dann endlich so weit: Das Engagement von Bernhard H. BRÜMMER und die konjunkturelle Entwicklung führten zu den ersten operativen Zahlen in der Nähe der ‚Schwarzen Null‘ (Bild 19) [16b].

Bild 19

Aufmacher in der Belegschaftszeitung ‚aufwärts‘ über das erstmalige Erreichen der ‚Schwarzen Null‘ (31.5.1995) [16b]

Im April erstmals schwarze „0“

Erstmals ohne operative Verluste blieb der Mitteldeutsche Olefinchemie-Verbund im April 1995.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres betragen die operativen Verluste für den Komplex 15,6 Millionen Mark.

Bedingt durch die Großabstellung im Unternehmen, wird für den Mai mit einem Verlust von rund 5 Millionen Mark gerechnet.

Der Zeitraum von 1995 bis 2000

Die Entscheidungsfindung

Von Dow wurden noch Ende 1994 die Vorbereitungen der Entscheidung und damit die Verhandlungen mit der Treuhandanstalt professionell angegangen. Eine potenzielle Führungsmannschaft mit Fachkompetenz für alle relevanten Fragen wurde aus verschiedenen Standorten und Geschäftsbereichen der Dow zusammengestellt, die mit einer ‚Due-Diligence‘-Prüfung im Herbst 1994 und noch bis in die ersten Monate des Jahres 1995 hinein die Chancen und Risiken einer Übernahme und der Investitionen bewerteten (DD-Prüfung, sinngemäß übersetzt als „im Verkehr gebotene Sorgfalt“, analysiert Stärken und Schwächen des Objekts sowie die entsprechenden Risiken bei der Wertfindung des Objektes).

Dahinter stand die Kompetenz der gesamten Dow-Organisation. Einerseits war das eine Frage der vorhandenen Geschäftsfelder des Olefinverbundes, die übernommen und weitergeführt oder abgewickelt bzw. veräußert werden sollten. Dow sah zusätzliche Geschäftsfelder vor, die das Portfolio um zukunftsfähige Kunststoffe und Angebote für den osteuropäischen Markt ergänzen sollten. Andererseits waren die Kosten und Risiken des Abbruchs, der Altlastenbeseitigung, der umfassenden Modernisierung der Infrastruktur sowie der Personalanpassung zu erfassen und zu bewerten. Dieser Prozess und insbesondere seine Ergebnisse sind in der angegebenen Literatur bereits sehr ausführlich beschrieben [1,2].

Bilder 20a+b

Bart J. GROOT, Vorsitzender der Geschäftsführung (links) und Heino ZELL, Geschäftsführer und Arbeitsdirektor [16c]



Meine erste Begegnung mit Bart GROOT und seinem Führungsteam (Bilder 20a+b) [16c] war in dem alten Gebäude B13 im Werk Schkopau, wo wir über Werkskarten gebeugt diskutierten, wo die erhaltenswerten Produktionsstätten sind und wo man die Neuinvestitionen platzieren sollte [3c]. Dabei wurde rasch klar, dass sich der erhaltenswerte Bestand an Produktionseinrichtungen konzentriert im Norden des Werkes und fernab der B 91 befand. Das hatte auch eine innere Logik, da die IG Farben das Werk von der heutigen Bundesstraße B 91 beginnend aufgebaut und entwickelt hatte.

Unsere Altvorderen hatten allerdings genügend Freifläche bis zu der Begrenzung durch den Rangierbahnhof und die Halde vorgesehen, die zunächst in der Folgezeit nach dem 2. Weltkrieg für alle Erweiterungen ausreichte. Erst durch das sogenannte Komplexvorhaben mit den Neuanlagen Chlor, Vinylchlorid und PVC (CVP) [10] wurde in den 1970er Jahren eine extensive Erweiterung in Richtung Dörstewitz erforderlich.

In unserer Verantwortung für das Treuhandunternehmen hatten wir nach 1990 das neue Kraftwerk und die neue Luftzerlegungsanlage so in Richtung Korbetha nachbarschaftlich platziert, dass die eigentliche Werksfläche zusammenhängend verfügbar blieb (Bild 21).



Bild 21 Blick von Südwesten über das Schkopauer Werksgelände (am rechten Bildrand der ValuePark, darüber die Ortslage Schkopau und die B 91, am linken oberen Bildrand das E.ON-Kraftwerk und im Hintergrund die Stadt Halle/Saale, Aufnahme: 17.6.2010)

Damit ergab sich die Situation, dass die alten Produktionsstätten der Karbidchemie zu riesigen Freiflächen wurden und nur wenige Verwaltungs- und Forschungsbauten direkt an der B 91 möglicherweise eine Zukunft hatten. Die Meinungsbildung des Dow-Teams war sehr bald klar: nur Übernahme der Flächen im Norden und Ausgliederung großer Flächen und Gebäude von der B 91 beginnend nach Norden als ‚excluded assets‘ (auszuschließende Vermögenswerte), die dann von der Treuhand anderweitig veräußert werden sollten. Noch in dieser Runde erhob ich Einspruch und verwies auf die

Gefahr für die Werksentwicklung, wenn sich unbeeinflusst von uns andere und insbesondere öffentliche Nutzungen auf der Werksseite der B 91 entwickeln würden. Es gab ja keine Bauleitplanung, die das unterbinden könnte. Meine Argumente: Unkontrollierte Investitionen in der Nachbarschaft können jeden Chemiestandort erheblich beeinträchtigen, weil dann das Gefahren- und Lärmpotenzial angemessen zu reduzieren ist. Die Treuhandanstalt ihrerseits würde rasch veräußern und die günstige Verkehrsanbindung wäre für viele attraktiv.

Ich war ja in den vergangenen Jahren ein aufmerksamer Zuhörer gewesen, wenn Bernhard BRÜMMER über seine Erfahrungen mit der fehlenden Bauleitplanung des Werkes Stade berichtete, die fast zu einem ‚Aus‘ dieses Standortes geführt hätte. Das Dow-Team war sich dieser negativen Erfahrungen sehr wohl bewusst und Bart GROOT entschied dann, dass die B 91 die gegebene Grenze des Werkes sei. Die Bauten auf der anderen Seite der Straße wurden ‚excluded assets‘.

Die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft hatte damit die Aufgabe, das Klubhaus und die dort stehenden Verwaltungsgebäude zu entwickeln. Diese erste Diskussionsrunde hatte für mich zwei Konsequenzen, die ich damals noch nicht überblickte: Die spätere Verantwortung für die Organisation der Bauleitplanung und damit letztlich dann auch für die Nutzung der Bauten, die sich in der Sichtachse der B 91 befinden. Die heutige Nutzung des Werksgeländes (Bild 21) bestätigt die Richtigkeit der damaligen Entscheidung. Für die damals noch nicht angedachten Ansiedlungen im ValuePark hätte schlicht der Platz gefehlt.

Dow legte recht zügig ein Geschäftsmodell vor, das die notwendigen Rekonstruktionen erhaltenswerter Anlagen, den Neubau von Produktionen und die Stilllegung von Anlagen, die nicht in die Geschäftsfelder von Dow passten, umfasste. Das Personal-konzept sah 1.800 bis 2.200 Mitarbeiter für den gesamten Olefinverbund vor, was bei 4.600 Mitarbeitern allein am Standort Schkopau erneut einen deutlichen Personalabbau bedeutete. Die Konzentration auf das Kerngeschäft war bei diesem Unternehmen besonders ausgeprägt und nicht immer verständlich zu vermitteln. In der genannten Literatur [1,2] sind die Auseinandersetzungen ausführlich beschrieben.

Eine bemerkenswerte Besonderheit der Dow-Privatisierung: Das zähe Ringen um die Zahl der Arbeitsplätze hat Dow nicht bewegt, mehr Funktionen im Unternehmen zu belassen oder anderweitig die Wirtschaftlichkeit durch Großzügigkeit zu gefährden. Es gab aber letztlich die Zusicherung, mit dem ‚Konzept 3.000+‘, die Ansiedlung von

Verarbeitern der Kunststoffe als Kunden durch die Geschäftsbereiche zu veranlassen und so dem regionalen Arbeitsmarkt zusätzliche Beschäftigung zuzuführen. Letztlich führte dies zu dem Konzept ‚ValuePark‘ (Bild 21).

Es war für Dow neu und gewöhnungsbedürftig, dass andere Betreiber das Werks-
gelände mit seinen Einrichtungen, wie Ver- und Entsorgung, nutzen. Besonders in Fra-
gen des Sicherheitsmanagements gab es einige Herausforderungen, um das hohe Ni-
veau zu gewährleisten und alle mit einzubinden.

Heute wissen wir: Dieses Chemiaparkkonzept hat sich bewährt. Es wurde sehr bald
nicht nur auf eine ausgewiesene Fläche für Kunststoffverarbeiter beschränkt. Es um-
fasst heute auch Geschäftsfelder der Chemieproduktion, die durch Verkauf einen ande-
ren Betreiber gefunden haben. Das Konzept wurde zwischenzeitlich von anderen
Dow-Standorten übernommen und weiterentwickelt. Letztlich wurde es zu einer Er-
folgsgeschichte.

Eine weitere Besonderheit war der Erhalt der immer noch im Olefinverbund verfügba-
ren Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F/E). Wir waren sozusagen die Letzten
bei der Privatisierung und die Einzigen mit solchen Aktivitäten. Mittlerweile hatte sich
in der Politik doch die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Abwicklung und Ausglieder-
ung der Industrieforschung zu einem nachhaltigen Problem für die ostdeutsche Wirt-
schaft führen wird. Insbesondere Dr. Johannes LUDEWIG griff die guten Beispiele
auf, die wir mit Verfahrens- und Produktentwicklungen der BUNA GMBH vorweisen
konnten. Dow wurde aufgefordert, die vorhandene Forschung zu evaluieren und mit in
ihrem Konzept zu berücksichtigen.

Für die meisten Geschäftsbereiche konnte Dow auf ihre F/E-Kompetenzen in anderen
Werken oder Zentralen verweisen, so dass dafür nur kleine anwendungsbezogene oder
produktionsorientierte Funktionen erhaltenswert waren. Für die für Dow neuen Ge-
schäftsfelder Polyethylenterephthalat (PET) und Rubber (Synthesekautschuk) gab es
diesen Bezug nicht, sodass die Forschung und Entwicklung in Schkopau erfolgen soll-
te. Letztlich wurden daraus die globalen Forschungszentren für diesen Aufgabenbe-
reich. Gerade mit der viel später erfolgten Veräußerung dieser Geschäftsfelder ist diese
Entscheidung der Anker zur Fortführung der Industrieforschung durch die Firmen
‚equipolymers‘ und ‚Trinseo‘ hier in Mitteldeutschland.

Dow hat weiter am Standort Schkopau Ingenieurtechnik konzentriert, die zum erheblichen Teil auch entwicklungsnahe Aufgaben für die Verbesserung der Produktionsverfahren bearbeitet. Damit sind nach wie vor wichtige Aktivitäten des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) zum Erfahrungsaustausch in Schkopau konzentriert, auch wenn sie nicht als Industrieforschung ausgewiesen sind.

Schwierige Diskussionen ergaben sich zu dem Geschäftsfeld Synthetikgummi, das an sich nicht in das Dow-Portfolio passte. Die Politik vertrat aber begründet die Auffassung, dass das ehemalige Buna-Werk bzw. der Chemiestandort Schkopau ohne Gummi nicht geht. Rückblickend bin ich stolz, dass ich meinen Beitrag für diese politische Begründung geliefert habe. Mit dem Erhalt des Synthetikgummis in Schkopau wurde später der jetzige Wettbewerber und frühere Bewerber Hüls veranlasst, seine veralteten Anlagen in Marl stillzulegen, was Raum für die Marktentwicklung gab. In Schkopau wurden die zwei verfügbaren Anlagen zur Herstellung von ESBR (Emulsion Styrene Butadiene Rubber)-Gummi (Bild 22) [15b] und cis-1,4-Polybutadien (Bild 23) [18a] mit ihren Aufarbeitungen modernisiert und durch eine Neuanlage zur Herstellung von Lösungselastomeren in der Phase der Restrukturierung so ergänzt, dass sich daraus ein heute sehr bedeutendes Geschäftsfeld formte. Die Weiterführung der Investitionen und der Forschung durch die Firma Trinseo in der Folgezeit bestätigen die Richtigkeit der damaligen Entscheidungsfindung.



Bild 22
Blick von Südosten auf die Schkopauer ESBR-Anlage (Aufnahme: um 2000) [15b]

Die Verhandlungen und der politische Druck durch Gewerkschaft und Öffentlichkeit gipfelten letztlich in der Frage: Dow als Investor oder das ‚stand alone‘- Konzept, das die bisherige Geschäftsleitung vorgelegt hatte [1f]. Das Land Sachsen-Anhalt hatte

sogar eine Studie veranlasst, die die Variante der Privatisierung mit Dow und die Sanierung und Restrukturierung nach dem Konzept ‚stand alone‘ (‚steh allein‘) als zeitweises Staatsunternehmen mit dem Denkansatz *„erst Sanieren und dann Privatisieren“* verglich. Für mich persönlich war das eine besondere Zerreißprobe, weil ich beiderseits Mitwirkung und Einblick hatte.

Mit dieser Frage sind Bernhard BRÜMMER und ich im Februar 1995 zu der Person unseres besonderen Vertrauens gefahren, zu Professor Kurt BIEDENKOPF [19], dem Ministerpräsidenten von Sachsen. Er war bezüglich des Verfahrens der Privatisierung Außenstehender, aber gut informiert und insbesondere zu unseren Aktivitäten sachkundig. Das Ergebnis des Gesprächs war einfach und für uns überzeugend: ‚stand alone‘ bedeutet mehr Arbeitsplätze, ist kostengünstiger und klingt sachlich überzeugend. Es ist aber nicht gestaltunfähig. Der Investor Dow erhält mit Vertragsabschluss die volle Rechtssicherheit für die Finanzierung des Programms über die fünf Jahre. ‚stand alone‘ bleibt im Bundesvermögen und jedes Jahr wird das Finanzministerium, dem die Aufsicht über die bundeseigenen Unternehmen obliegt, neu zur Finanzierung des Folgejahres entscheiden wollen. Es kann daher nicht gelingen. Wir standen danach als ‚Macher‘ für ‚stand alone‘ nicht mehr zur Verfügung.



Bild 23 Blick von Südosten auf die cis-1,4-Polybutadien-Kautschukanlage (im Hintergrund die ESBR-Anlage, vgl. Bild 22, Aufnahme: um 2000) [18a]

Die Treuhandanstalt hatte sich selbst gegenüber Dow in eine unglückliche Verhandlungsposition gebracht, weil sie die letzte große Privatisierung vor Jahresende 1994 abschließen wollte. Dow hat dies genutzt. Rückblickend wird mancher die hohen Kosten beklagen. Ich sehe aber den nachgewiesenen Erfolg mit einer planmäßigen Umsetzung aller Maßnahmen in dem engen Zeitrahmen von 1995 bis 2000. Damit wurde auch die Basis des Rohstoffverbundes gesichert, der bis jetzt dem ganzen Chemiedreieck Halt gibt.

Der Schlusspunkt der Verhandlungen war die notarielle Beurkundung des Privatisierungsvertrages, die nach stundenlangem Verlesen des englischen Textes bei einem Notariat in Basel erfolgte. Der Verkäufer Treuhandanstalt veräußerte an den neuen Gesellschafter Dow, wobei mir in Basel die Rolle des rechtlichen Vertreters des veräußerten Objektes, der BUNA GMBH, zufiel, für die ich ja als Generalbevollmächtigter tätig war. Da alle Vor- und Nachteile ausgelotet waren, hatte ich ein gutes Gewissen. Alle Funktionen und Verantwortlichkeiten der verkauften GmbH gingen damit voll an den neuen Gesellschafter Dow über. Aber bis zum Abschluss der Restrukturierung war die ‚Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben‘ (BvS) in der Nachfolge der Treuhandanstalt mit 20 % Eigner und stellte auch mit Eberhard von BRAUCHITSCH den Vorsitzenden des Aufsichtsrates.

Es sollte auch erwähnt werden, dass in allen Phasen vor, während und nach den Vertragsverhandlungen die alte Geschäftsleitung mit ihren Führungskräften die volle Verantwortung für das Funktionieren des Unternehmens hatte. Es musste ja weiter produziert und verkauft werden. Bei den komplizierten politischen Diskussionen über das Unternehmen und innerhalb der Belegschaft war das eine große Herausforderung, die meines Erachtens sehr gut gemeistert wurde. Ich hatte die Verantwortung für das operative Funktionieren des Werkes und bin heute noch dankbar, dass Führungskräfte und Belegschaft stets verantwortungsvoll handelten und dachten.

Meine neue Rolle im Olefinverbund

Meine Rolle ergab sich nach der Einladung zu einem Abendessen durch die neuen Geschäftsführer Bart GROOT und Heino ZELL (Bilder 20a+b). Ich wurde recht ausführlich zu der Vorgeschichte des Unternehmens, der Privatisierung und zu meinem Mitun befragt. Dabei habe ich zufällig und unbewusst die Bemerkung fallen lassen, dass ich es in der DDR immer abgelehnt hatte, von den Genossen als Nicht-Genosse geduzt zu werden. Das hatte zur Folge, dass ich in den kommenden Jahren immer mit ‚Sie‘ und ‚Dr. Mühlhaus‘ angesprochen wurde, obwohl in dem amerikanischen Unternehmen das ‚Du‘ in Ableitung aus dem ‚you‘ Sprachgebrauch ist. Letztlich blieb ich als Generalbevollmächtigter Mitglied der Geschäftsleitung und hatte mich zunächst vornehmlich um die Genehmigungsverfahren, die Bauleitplanung und die Verwaltung der Gebäude zu kümmern. Darüber hinaus sollte ich Funktionen im Kontakt zu Politik und Verwaltung wahrnehmen, die bei Dow ‚governmental relations‘ benannt werden.

Zunächst gab es für die ‚alten Führungskräfte‘ eine Einladung zu einem Stehempfang in Auerbachs Keller in Leipzig, in der das neue Führungsteam der Dow vorgestellt

wurde. Faktisch waren fast alle Managementpositionen neu besetzt mit 28 ausgewählten Persönlichkeiten der Dow, die durch die ‚Due Diligence‘-Prüfung und den Privatisierungsvertrag beste Vorkenntnisse zu ihrer Rolle hatten. Bemerkenswert war die Entscheidung des Unternehmens, dass diese Führungskräfte für die kommenden fünf Jahre ihren Wohnsitz in der Region nehmen sollten. Für die ‚alten‘ Führungskräfte blieben meist nachgeordnete Aufgaben und das baldige Ausscheiden.

Bemerkenswert war ein Treffen mit Jürgen STRUBE, dem Vorstandsvorsitzenden der BASF und Präsidenten des VCI, dem ich bei einer Jahrestagung des VCI in Baden-Baden vorgestellt wurde. Er wollte sich über die Privatisierung mit Dow informieren, obwohl ich im Verlauf des Gesprächs erkannte, dass er sehr wohl sogar Einzelheiten kannte. Abschließend wünschte er dem Unternehmen, der **Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL)** viel Erfolg auf diesem Weg. Der anwesende Geschäftsführer des VCI nahm mich anschließend beiseite, weil er wohl befürchtete, dass ein Ostdeutscher diese diplomatischen Äußerungen nicht verstanden hätte. Es wäre das Signal an Dow, dass BASF und andere Unternehmen des VCI nicht beim Beihilfungsverfahren in Brüssel intervenieren würden. Das Kanzlerwort hat also auch hier seine Wirkung entfaltet. Zufällig habe ich Jürgen STRUBE im Herbst 2015 in Halle/Saale bei einer ‚Jürgen-Strube-Lecture‘ wiedergetroffen und mich sehr gefreut, dass er mich nach den vielen Jahren wiedererkannte.

Neubau und Ertüchtigung des Olefinverbundes

Dow übernahm die wirtschaftliche Verantwortung am 1. Juni 1995. Für die folgenden fünf Jahre waren alle wesentlichen Maßnahmen wie Investitionen, Abriss, Altlastenbeseitigung usw. zeitlich und finanziell mit dem Privatisierungsvertrag definiert. Neubau und Ertüchtigung des Olefinverbundes sind vorzüglich in einem Buch dokumentiert, das redaktionell unter Leitung von Manfred AUMANN zum Abschluss der Privatisierung im März 2000 veröffentlicht wurde [15].

Für die Genehmigungsverfahren standen im Unternehmen Fachleute zur Verfügung, die mit den ersten Investitionen in der Treuhandzeit bereits hinreichend Erfahrungen mit dem bundesdeutschen Recht besaßen. Fachkompetenz war sowieso nie ein Problem. Eine Herausforderung war einfach die Gleichzeitigkeit von 80 Genehmigungsverfahren, darunter für 30 Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz, wobei allein 58 Verfahren in der ersten Phase bis Dezember 1998 abgeschlossen werden mussten. Zu dieser Zeit war die Bauleitplanung noch nicht vollständig beendet, aber die

Behörden akzeptierten, dass wir ein klares Konzept hatten und dass sich alle Investitionen in die parallel laufende Bauleitplanung einfügen werden.

Etwas schwieriger war es für die Behörden, wie Regierungspräsidium und Staatliches Umweltamt, unseren neuen Ansprüchen an die Schnelligkeit der Verfahren bei dieser Fülle von Investitionen zu entsprechen. Es kam uns sehr entgegen, dass Ingrid HÄUßLER, die frühere Buna-Betriebsratsvorsitzende (Bild 24) [16a], jetzt Regierungspräsidentin in Halle wurde und dass wir über Dow eine beratende Verwaltungskompetenz für das Präsidium aus dem Rheinland organisieren konnten. Ich denke, dass die Schnelligkeit, aber auch die Bestandssicherheit der Genehmigungen sogar für die Zukunft beispielgebend war. Gleichermaßen erhielten wir jegliche Unterstützung durch das Regierungspräsidium Leipzig für die Verfahren des Standortes Böhlen. Der Präsident, Walter Christian STEINBACH, war nach seinem früheren Kampf gegen Umweltverschmutzung ein ausdrücklicher Befürworter der Chemieindustrie, die jetzt alle Regeln und Gesetze einhalten würde. Er hatte mit dem ‚Margarethenhain‘ eine besondere Form der Wirtschaftsförderung für den Südraum Leipzig geschaffen. Im Gedächtnis sind mir auch die Runden bei einem Glas Rotwein mit den Hochschulrektoren der Region, die mehr Bezug zu der Wirtschaft finden sollten.

Bild 24 Treffen des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Reinhard HÖPPNER, mit Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Betriebsrat der BUNA GMBH am 23.3.1995 (links im Bild Bernhard H. BRÜMMER, rechts die Betriebsratsvorsitzende Ingrid HÄUßLER) [16a]



Eine Besonderheit war das Genehmigungsverfahren für die Pipeline von Rostock nach Böhlen, die ja vier Bundesländer durchquert (Bilder 25 und 26) [15c]. Die Auffassungen der beteiligten Behörden waren durchaus unterschiedlich. Wir hatten mit dem TÜV einen Partner gefunden, der sich gebietsübergreifend abstimmte und agierte. Im Gedächtnis ist mir eine Vertragsverhandlung mit dem Landesamt für Archäologie in Halle, die in der Präambel des Vertrages, der an sich auf die Sicherung der Boden-

denkmale ausgerichtet war, die Formulierung forderte: „*Dow zerstört Bodendenkmale*“. Das konnten wir so nicht stehen lassen und haben lange um eine andere Wortwahl gerungen. Ähnlich kompliziert war es mit der entsprechenden Behörde in Mecklenburg-Vorpommern, sodass wir sogar in den zuständigen Ministerien in Schwerin vorstellig wurden. Im Endergebnis gab es nach der Fertigstellung der Pipeline eine von uns gesponserte Ausstellung mit den zahlenreichen Bodenfunden und die Übereinstimmung war wieder hergestellt.



Bild 25 Pipelineverlegung (1996/97) [15c]



Bild 26

Verlauf der 430 km langen Pipeline Böhlen – Rostock durch die neuen Bundesländer [15c]

Eine große Herausforderung war die Bauleitplanung für die beiden Hauptstandorte Schkopau und Böhlen (Bilder 27 und 28) [15d,e] und die Begleitung entsprechender Aktivitäten an dem Standort Leuna, wo wir nur einen Anlagenkomplex hatten.

Bauleitplanung ist hoheitliche Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Der Investor kann sich mit einem Vertrag an der Finanzierung beteiligen und inhaltlich mitwirken, aber letztlich nichts entscheiden. Für den Standort Schkopau hatten wir die Schwierigkeit, dass sich das Werk über die Gemarkung der vier Gemeinden Schkopau, Korbetha, Knapendorf und Hohenweiden erstreckt, wobei die drei erstgenannten im Landkreis Merseburg lagen und Hohenweiden im damaligen Saalkreis. Wir hatten ein klares Konzept, aber vier Partner. Rückblickend bin ich dankbar, dass wir damals von allen Beteiligten so gut unterstützt wurden. Schkopau übernahm eine organisatorische Verantwortung, aber letztlich musste jeder Gemeinderat für sich entscheiden.

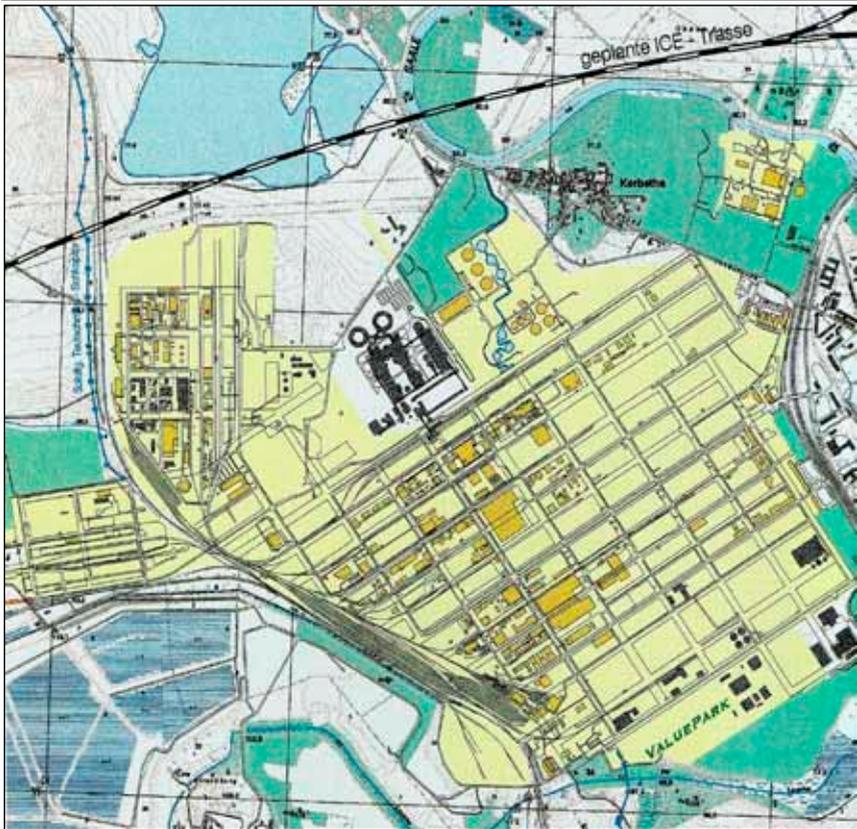


Bild 27

Übersichtskarte des Standortes Schkopau
der BSL Olefinverbund GmbH [15d]



Bild 28

Übersichtskarte des Standortes Böhlen
der BSL Olefinverbund GmbH [15e]

Zunächst verständigten wir uns auf das Grundprinzip, des „größten denkbaren Planungsfalls“. Es war also dokumentierte Absicht, das gesamte Werksgelände wieder einer angepas-

ten industriellen Nutzung zuzuführen. Keinesfalls beschränkten wir uns auf die Ausweisung der aktuell geplanten Investitionen. Weiter verständigten wir uns auf ein Denkmodell, das man mit Zwiebelschalen verdeutlichen kann: Die Ansiedlung der lauten und die gemäß Störfallverordnung gefährlichen Anlagen in der Mitte des Areals und die weiteren Schalen mit weniger Lärm und Gefahr darum herum anzuordnen. In den Randzonen nahe der benachbarten Nutzungen dann Logistik, Forschung, Verwaltung, Trainingszentrum, Kunststoffverarbeitung usw.

Weiter wurde eine Untersuchung der Umweltverträglichkeit des Standortes und seiner Umgebung durchgeführt. Dabei konnte auf die Ergebnisse der Altlastenerkundung zurückgegriffen werden. Boden, Flora, Fauna, Klima, Geräuschverhältnisse, Luftschadstoffe, Gerüche und Nachbarschaften wurden mit Erhebungen bewertet. Letztlich führte das zu einem Ansatz, mit grünen Inseln (genannt ‚Trittsteinbiotope‘) Brückenfunktionen zu gewährleisten, die die Aue der Laucha mit der Aue der Saale verknüpfen (Bild 29) [15f].



Bild 29 Verbindung von Natur und Chemie - Blick von Osten über Saaleaue und Saale auf den Chemiestandort Schkopau (vgl. mit den Bildern 9, 21 und 27) [15f]

Rückblickend hat sich das Konzept gut bewährt und war in fast allen Punkten ausreichend für die damals nicht zu überschauenden Folgeinvestitionen. Nur bei dem Lärm hatten wir die Entwicklung falsch eingeschätzt. Die modernen Anlagen mit ihren offe-

nen Stahlgerüsten und die fehlende Zwischenbebauung führten letztlich an einigen Aufpunkten zu mehr Lärm, als wir angenommen hatten. Ich war später dankbar, dass die betroffenen Gemeinden Änderungen bestätigten, die höhere Richtwerte zuließen. Dadurch konnten auch nach 2000 noch weitere Kautschukanlagen gebaut werden.

Für den Standort Schkopau konnten wir eine wichtige Übereinkunft mit der Denkmalbehörde treffen. Wir erhielten den Freiheitsgrad, die Altanlagen und die meisten Gebäude abzureißen. Wir hatten die Auflage, die Dokumentationen zu archivieren. Das betraf nicht nur die Bauzeichnungen mit den wichtigsten Ansichten und Rissen, sondern auch die Schemata und Apparatenaufstellungen der bedeutsamen Anlagen.

Weiter übernahmen wir die Verpflichtung, die Hauptansicht von der B 91 und der rechten Seite der Straße B mit den charakteristischen Bauten aus den Reichsklinkern zu erhalten. Damit wurden das historisch bedeutsame B-Tor mit seinen Flügelbauten und die Achse der Forschungsbauten erhalten. Eine Ergänzung durch sich deutlich abzeichnende moderne Bauten war nicht nur möglich, sondern auch ausdrücklich befürwortet. Der Forschungs-Verbindungsbau (Bild 30) [15g] und die neue Cafeteria sind also bewusst mit Glasfassaden gestaltet worden (Bild 31) [15h].



Bild 30
Blick von Nordwesten auf den neugestalteten Eingangsbereich des Forschungskomplexes am Standort Schkopau (links und rechts davon die alten Gebäude mit den Klinkerfassaden, Aufnahme um 2000) [15g]

Die Umsetzung dieser Abstimmungen war Dow-intern nicht ganz einfach. In einer bestimmten Phase der Restrukturierung wurde der Druck nochmals erhöht, möglichst viele Altbauten abzureißen, da man die künftigen Instandhaltungsaufwendungen neu bewertet hatte. Es folgte also eine zweite kritische Bewertung, die so manche Reserve an Baulichkeiten mit Platzangebot, Räumen und Lagern dem Abriss zuführte. Ein Werksgelände ist einfach riesig und jeder Bereich hatte gute Gründe, warum er dies oder jenes doch zukünftig brauchen könne. Der Erhalt der Verwaltungs- und Forschungsbauten war schon immer kritisch hinterfragt worden, da Abriss und Neubau

immer kostengünstiger sind im Vergleich zu der aufwendigen Sanierung insbesondere bei Laboren und Technika. Letztlich musste wegen der Sichtachse ein Bau ohne Nutzung in der Zeile der B-Straße erhalten und saniert werden. Aus heutiger Sicht war dies richtig, denn inzwischen wurde auch daraus ein Technikum. Wenn ich heute von der B 91 auf das Werk schaue, habe ich ein gutes Gefühl, dass wir das alles richtig gemacht haben.



Bild 31 Blick von Südosten auf das neue Betriebsrestaurant in Schkopau (Aufnahme: um 2000) [15h]

Bei der Bauleitplanung des Standortes Böhlen (Bild 28) konnten wir auf die Erfahrungen aus Schkopau zurückgreifen. Es gelang, die Städte Böhlen, Zwenkau und die Gemeinde Neukieritzsch zu überzeugen, einen Zweckverband „Planung und Erschließung des Industriestandortes Böhlen-Lippendorf“ zu gründen. Damit hatten wir für die drei Kommunen, über die sich der Werksstandort erstreckt, einen Ansprechpartner, der auch entscheidungsbefugt war. In den Gremien waren die Repräsentanten der drei Kommunen vertreten. Das hat das ansonsten sehr ähnliche Verfahren sehr gut unterstützt. Eine Besonderheit war die Werksfläche, die wie eine Insel zwischen aktivem Tagebau und Kippen auf unverritztem Boden liegt. Das Tanklager der Flüssiggase war früher sogar auf einer Kippe gebaut worden, hatte damit aber Bestandsschutz. Noch in der Planungsphase gelang es, die Dow-Organisation davon zu überzeugen, dass ein Platz für einen zweiten Cracker vorgesehen werden sollte. Nach unserer Philosophie konnte dieser Komplex nur in der Mitte angeordnet werden, was erhebliche Mehrkosten für Rohrleitungen, Straßen und Geländerschließung für andere Neuinvestitionen

bewirkte, die damit am Rand des Werkes platziert wurden. Bedauerlicherweise haben unsere ernsthaften Bemühungen zum Bau eines zweiten Crackers nach dem Jahr 2000 keinen Erfolg gehabt, sodass heute eine unerklärlich erscheinende Freifläche in der Mitte liegt. Da das Werk Böhlen einen schmalen Zuschnitt hat (Bild 28), benötigten wir keine Trittsteinbiotope und schafften den Ausgleich auf benachbarten ungenutzten Flächen des ehemaligen Bergbaus.

Bei beiden Standorten war die Autobahnanbindung ein wichtiges Thema. Am Standort Schkopau lag die künftige A 38 unmittelbar nördlich in Werksnähe, aber es war in der Planfeststellung keine Auffahrt vorgesehen. Die Erreichbarkeit wäre nur über die Querfurter Straße in Merseburg gegeben gewesen.

Für den 16. Juli 1996 war der Besuch des Bundeskanzlers Dr. Helmut KOHL aus Anlass der Grundsteinlegung der ersten Neuinvestition, der Dowlex-Polyethylenanlage (Bilder 32 und 33) [15i] in Schkopau angesagt. Ich fragte die Dow-Verantwortlichen, was sie sich mit dem Kanzler-Besuch wünschten, denn bisher hatte es bei jedem Kanzlerbesuch eine entscheidende Zusage für die mitteldeutsche Chemie gegeben. Die Antwort war simpel: „*Nichts, alles ist geregelt.*“ Da brachte ich den Vorschlag ins Gespräch, die Nordseite des Werkes mit einer neuen und zusätzlichen Straße an die Autobahn anzubinden. Ich wurde beauftragt, die entsprechenden Gespräche mit dem Kanzleramt aufzunehmen.

Das war schwieriger als gedacht. Die A 38 war planfestgestellt und ich wurde aufgefordert, regional die Zustimmung der Kommunen, des Landkreises und der Politik zu erwirken. Der Kanzler kann keine Autobahnanschlussstelle zusagen, die dann in der Planfeststellungsänderung scheitert!



Bild 32
Die
Dowlex-
Anlage in
Schkopau
[15i]



Bild 33 Politprominenz bei der Grundsteinlegung der Dowlex-Anlage in Schkopau am 16.7.1996
(erste Reihe v.l.n.r.: der ehemalige BSL-Geschäftsführer Bernhard H. BRÜMMER, Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL, Aufsichtsratsvorsitzender Eberhard von BRAUCHITSCH, der sächsische Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt BIEDENKOPF, die ehemalige Treuhändchefin Birgit BREUEL)

Wir erarbeiteten sofort vier Varianten für die neue Straßenanbindung, die wir insbesondere mit dem zukünftig ‚eingekesselten‘ Ort Dörstewitz abstimmen mussten. Für eine der Varianten wurde nach einigen Ergänzungen diese Zustimmung erreicht. Damals war das Interesse an der Wiederbelebung der Industrie noch ungebrochen. Der Landkreis Merseburg signalisierte sofort seine Zustimmung, gab mir vorher freundlicherweise Einblick in den Entwurf des zustimmenden Schreibens. Die Anbindung des Chemiestandortes wurde ausdrücklich befürwortet, aber es wurde als Voraussetzung eine Reihe von sonstigen Verkehrsprojekten des Landkreises genannt, die alle dringlich zu realisieren wären. Ich rief dann den Landrat an und bat um eine wesentliche Vereinfachung des Schreibens: einfache Zustimmung ohne Vorbedingung und wenn es klappt, unterstützen wir die anderen Anliegen. Dem wurde freundlicherweise gefolgt. Das Verkehrsministerium des Bundes prüfte dann noch alle Fragen eingehend. Am 16. Juli 1996 erfolgte die offizielle Zusage des Kanzlers und anschließend gab es, wie auch bei anderen Zusagen ein gedrucktes Bulletin, das letztlich für die DEGES als Planer und Bauherren bindend war. Die Anschlussstelle erhielt später den Namen ‚Bad Lauchstädt‘.

Dow wollte auch für den Olefinverbund, wie an anderen Standorten ein Kommunikationszentrum. Es sollte aber weder in Schkopau, in Böhlen oder in Leuna eingerichtet werden, weil es nach wie vor Rivalitäten der Einzelstandorte gab, die nicht verstärkt werden sollten. Passende Objekte hatten wir einmal in der Umgebung besessen, aber entweder frühzeitig veräußert oder als ‚excluded assets‘ der Treuhand überlassen. Letztlich blieb nur die Idee, das alte und völlig zerfallene Kurhaus Bad Lauchstädt in der Parkstraße wieder aus ‚excluded asset‘ herauszulösen und dann denkmalgerecht zu sanieren. Das war eine spannende Nebenaufgabe, die viele Abstimmungen mit der Denkmalbehörde erforderte. Zunächst wollten wir die erforderlichen Zusatzeinrichtungen für ein zweites Treppenhaus und technische Einrichtungen, aber auch mehr Raum angepasst im Barockstil dazu bauen. Die schönen Zeichnungen wurden von der Behörde komplett verworfen: Das Neue muss auch neu aussehen! Wer heute davorsteht, sieht den alten sanierten Barockbau mit den Glasfassaden des Anbaus. Letztlich habe ich das auch verstanden und sehe Denkmalschutz heute mit anderen Augen.

Die Remise war so desolat, dass wir sie nicht erhalten konnten. Dafür wurde eine Mauer errichtet, die die Abmessungen aufgreift. Spannend war die Sanierung der Innenräume. Die neuen Heizungen kamen verdeckt in die Lehmwände. Wertvolle Tapeten waren eingelagert, aber nicht restauriert. Da bereits die Wiederherstellung der Decken, Türen usw. so teuer wurde, haben wir den Kompromiss gefunden, eine Tapetenfläche beispielhaft zu restaurieren und so zu platzieren, dass die alte Raumsituation erahnt werden kann. Die anderen befinden sich wohl nach wie vor im Depot. Das Zentrum ist nunmehr ein bleibendes Schmuckstück. Für Interessenten liegt dort eine Dokumentation aus, die den Zerfall und die Restaurierung gut dokumentiert.

Von den vielen Investitionen möchte ich nur eine herausgreifen, zu der ich ein besonderes Verhältnis hatte: Polyethylenterephthalat (PET). In den 1980er Jahren hatten wir im Buna-Werk die Verfahrensentwicklung Polybutylenterephthalat (PBT) betrieben, wobei mir die Verantwortung für die technologische Entwicklung zufiel. Nach 1990 war sofort klar, dass das chemisch und technologisch verwandte PET der Flaschenwerkstoff der Zukunft werden wird. Noch zu Zeiten der Treuhand waren wir unterwegs, die Zustimmung für eine Investition zu erhalten, da sich dieser neue Markt gerade entwickelte. Es war vergebens, dafür Mittel für die Investition gegen den Grundsatz der ‚Investorneutralität‘ zu erhalten. Daher versuchten wir mit der Dresdner Bank eine Finanzierung aufzustellen, wobei wir Zusagen künftiger Kunden erwirken mussten, das Produkt in erheblichen Mengen abzunehmen. Das wiederum bedeutete die

Akzeptanz schlechter Preise. Die Gesamtkonditionen mit Kredit und Preisabsprachen wurden damit so wenig wirtschaftlich, dass es an sich nicht lohnte. Trotzdem wollten wir es wagen, die Investition nach Schkopau zu holen.

Zugetraut hatten wir uns eine 50 kt/a Anlage. Doch jetzt traten wir in eine andere Welt ein: Für Dow gab es genügend Geld und sofort wurde eine dreifach so große Anlage konzipiert und gebaut (Bild 34) [20a]. Nach 2000 wurde in Eigenverantwortung der Dow die zweite Anlage dazugestellt, so dass der jetzige Eigner ‚equipolymers‘ heute eine Kapazität von 335 kt/a am Standort Schkopau hat (Bild 35) [15j].

Inbetriebnahme:

Ausbau des Kunststoffgeschäftes mit PET-Anlage

Schkopau/BSL. Mit der Inbetriebnahme der Polyethylenterephthalat-Anlage im BSL-Werk Schkopau baut der Olefinverbund und damit der global agierende amerikanische Chemiekonzern Dow Chemical sein Kunststoffgeschäft weiter aus. Nach nur 13monatiger Bauzeit soll die Anlage mit einer Kapazität von 145.000 Tonnen zum Jahreswechsel in Betrieb genommen werden. In der Neuanlage finden 50 Mitarbeiter einen neuen Arbeitsplatz. Technik und Know how für den 15.000 Quadratmeter großen Komplex wurden von der Zimmer AG (Frankfurt/Main), einem Unternehmen der Lurgi-Gruppe, und von der BÜHLER Deutschland GmbH, Braunschweig (Tochter der BÜHLER GmbH Schweiz), geliefert.

Derzeit laufen noch letzte Instrumentationsarbeiten, sagt Projektverantwortlicher Wouter Capello in einem Gespräch mit der Mitarbeiterzeitung „BSL aktuell“. Diese Arbeiten sollen bis Ende Dezember fertiggestellt sein. Jedoch um den Zeitplan zu halten, wird auch während der Weihnachtsfeiertage mit einer kleinen Truppe weitergearbeitet. Bis zu diesem Zeitpunkt sollen auch die Tests und Kontrollen aller Anlagen- und Ausrüstungsteile durch die Betreiber Mannschaft abgeschlossen sein. In den vergangenen Wochen wurden bereits die ersten Rohstoffe gebunkert. Damit sind alle Voraussetzungen für das Anfahren der Anlage gegeben.

In den vergangenen Monaten waren auf der Baustelle bis zu 400 Maurer, Montagekräfte und Schlosser tätig. An der Realisie-

Bild 34
Zeitungsausschnitt über die Inbetriebnahme der PET-Anlage in Schkopau (Dezember 1998) [20a]

Bild 35
Blick auf die
erste PET-
Anlage am
Standort
Schkopau
(Aufnahme:
um 2000) [15j]



Der Erhalt der Akzeptanz bei schweren Unglücksfällen

1996 gab es zwei schlimme Ereignisse, bei der meine Funktion gefordert wurde. Am 1. Juli 1996 entgleisten in Schönebeck Wagen eines Kesselwagenzuges aus Schkopau mit Vinylchlorid, wobei fünf Wagen aufrissen und nach einer Explosion zwei Tage brannten. Ich war mit unserer Werkfeuerwehr vor Ort und habe an ersten Krisensitzungen teilgenommen. Zunächst war es Aufgabe, die örtlichen Feuerwehren zu überzeugen, nur die Umgebung zu kühlen, aber das Feuer nicht zu löschen. Bei einem Flüssiggas ist die Gefahr einer Neuzündung größer als das gezielte Ausbrennen. Dann haben wir darauf eingewirkt, dass sich die örtlichen Feuerwehren nicht innerhalb der Gefahrenzone positionierten. Betroffenheit und Ängste der Bevölkerung waren wohl verständlich und wir waren die Fachleute. Schwierig war die Bergung des Vinylchlorids aus den beschädigten, aber noch gefüllten Waggons. Zunächst musste überhaupt festgestellt werden, wo noch Inhalte sind. Da hat uns eine Firma mit Ultraschalltechnik aus Halle ideenreich geholfen. Dann haben wir mit der Werkfeuerwehr Böhlen eine transportable Fackel eingesetzt, die zum Entleeren und Abfackeln genutzt wurde.

Die Bahnstrecke war 14 Tage gesperrt. Rückblickend kann man feststellen: Es gab zum Glück keinen dauerhaft Geschädigten. Die Ursache lag bei Radsatz und Weiche, war also nicht chemietypisch. Wir haben das Ereignis in der Folge mit einem Bahnvorstand ausgewertet und Schlussfolgerungen für Katastrophenübungen gezogen.

Am 11. September 1996 gab es einen Gebirgsschlag in Teutschenthal. Bei einer stillgelegten Grube war ein ganzes Feld zusammengebrochen. Auch wir mussten uns in Einwohnerversammlungen der Diskussion mit der Bevölkerung stellen, weil wir in der unmittelbaren Nachbarschaft mit Ethylen gefüllte Solkavernen betreiben. Es war zu erklären, dass in dem geschädigten Grubenfeld die Pfeiler aus dem spröden Carnallit dem Gebirgsdruck nicht standgehalten haben. Dagegen besitzt die geologische Struktur des Steinsalzes der Solkavernen ein plastisches Verhalten. Wir waren zwar bergrechtliche Nachbarn, aber in einer viel größeren Tiefe tätig. Damit ich bei den Diskussionen nicht nur angelesenes Wissen verbreitete, bin ich mit einer Gruppe in die Schachanlage Teutschenthal eingefahren und habe den Schadensort zumindest aus der Ferne gesehen. Dazu war eine Sondergenehmigung erforderlich, da wegen des Zusammenbruchs des Grubenfeldes der Weg zu dem zweiten Förderschacht nicht mehr existent war. Diese Befahrung und die Diskussionen mit den besorgten Bürgern bleiben stets in der Erinnerung.

Das Jahr 2000

Neubau und Ertüchtigung endeten im Jahr 2000 mit Feiern in Leipzig und Schkopau. Auf einer Bühne im Norden des Werksgeländes Schkopau nahe dem Trainingszentrum G4 trat die beliebte Band ‚Die Prinzen‘ auf und in großen Zelten waren die Mitarbeiter zu einem Festmahl eingeladen.

Das war auch das Jahr der Weltausstellung EXPO in Hannover, bei der wir den Korrespondenzstandort Mitteldeutschland mit besonderen Aktivitäten unterstützten. Als eines der vier von BSL gestalteten Ausstellungsobjekte der EXPO war der ‚BSL-Chemillennium-Park‘ am 23. September 1999 eingeweiht und zum ‚Tag der Offenen Tür‘ am 25. September erstmals der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Mittelpunkt des Parks am Nordwestrand des Firmengeländes ist ein Brunnen, der vom halleischen Bildhauer Bernd GÖBEL geschaffen wurde (siehe Seite 61) [18b,20b].

Danksagung

Astrid MOLDER und Sandra BRÜCKNER (Public Affairs, Dow Olefinverbund GmbH) danke ich für die freundliche Unterstützung und die Freigabe der Bilder aus den genannten Quellen.

Dr. Dieter SCHNURPFEIL danke ich für die intensive Unterstützung bei der Zusammenstellung, Visualisierung und Ergänzung der hier veröffentlichten Beiträge.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] Rainer Karlsch und Raymond Stokes: ‚Die Chemie muss stimmen, 1990-2000, Bilanz des Wandels‘, Leipzig, 2000, a) S. 44, b) S.79, c) S.61, d) S. 85, e) S.128, f) S.125
- [2] Bernhard H. Brümmer: ‚Das Kanzlerversprechen - Die Privatisierung von Buna, SOW und Leuna-Olefin‘, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), 2002, a) Umschlaginnenseite hinten
- [3] Christoph Mühlhaus: ‚Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht eines Beteiligten‘, in: Heimat-Jahrbuch Saalekreis, Halle (Saale), Teil 1, 2014, S.29, a) S.32, b) Teil 2, 2015, S.23, c) Teil 3, 2016, S.18
- [4] Gabriele Ahlefeld, Astrid Molder und Rudolf Werner: ‚Plaste und Elaste aus Schkopau – 60 Jahre Buna-Werke‘, Runkel-Verlag, Pinneberg, 1996, a) S.88/89, b) Buchtitel, c) S.112, d) S.106, e) S.122
- [5] ‚1936-1996, 60 Jahre Chemie-Standort Schkopau‘, Verlagsbeilage der Mitteldeutschen Zeitung (MZ), 24.4.1996, a) S. 1
- [6] Daniel Biskup: ‚Wendejahre Ostdeutschland 1990-1995‘, Verlag Salz+Silber, 2019, S.68/69
- [7] Heinz Rehmann: ‚Das Buna-Werk Schkopau‘, in: ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hrsg.: SCI, 14. Jg., Heft 29, Merseburg, 1/2009, S.7
- [8] Helmut Weichert: ‚100 Jahre Chemie in Ammendorf – Zur Geschichte der Elektrochemie und Plastverarbeitung am Standort Ammendorf‘, in: ‚Merseburger Beiträge...‘, Hrsg.: SCI, 4. Jg., Heft 39, Merseburg, 3/1999, S. 4, a) S. 39
- [9] Dieter Schnurpfeil: ‚Die Verbesserung der Umweltsituation am Schkopauer Chemiestandort nach 1990‘, in: ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 20. Jg., Heft 35, Merseburg, 1/2015, S.63, a) S.67
- [10] Heinz Rehmann: ‚Polyvinylchlorid (PVC) aus Mitteldeutschland‘ in: ‚Merseburger Beiträge...‘, Hrsg.: SCI, 24. Jg., Heft 39, Merseburg, 1/2019, S. 8, a) S. 27
- [11] Bernd Hamann und Rolf-Dieter Klodt: ‚60 Jahre Polystyrolherstellung im Buna-Werk Schkopau (1940-2000)‘, in: ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 6. Jg., Merseburg, 2/2001, S.32
- [12] Michael Rost und Dieter Schnurpfeil: ‚Das Braunkohlekraftwerk Schkopau‘, in: ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 16. Jg., Heft 31, Merseburg, 1/2011, S.47, a) Umschlaginnenseite vorn
- [13] Jürgen Schaffer: ‚Sachzeugen vorgestellt: PVC-Polymerisationskessel‘, in: ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 2. Jg., Merseburg, 3/1997, S.42
- [14] Herwig Flessel: ‚Die Oxychlorierungs-Anlage im BSL-Werk Schkopau‘, in: ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 2. Jg., Merseburg, 3/1997, S.33
- [15] Autorenkollektiv (Ltg. Manfred Aumann): ‚Neubau und Ertüchtigung – Projekte aus dem Restrukturierungsprogramm der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH‘, Hrsg.: BSL Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2000, a) S.74, b) S. 89, c) S.36, d) S.9, e) S.10, f) S.20, g) S.104, h) S. 29, i) S.76, j) S.78
- [16] ‚aufwärts‘, Belegschaftszeitung der BUNA GMBH, a) 5.4.1995, S. 5, b) 31.5.1995, S.1, c) 14.6.1995, S.1
- [17] ‚1990-2000, Milestones‘, Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH (Hrsg), Öffentlichkeitsarbeit/Public Affairs, Schkopau, September 1998, a) S.3
- [18] Autorenkollektiv: ‚10 Jahre Dow in Mitteldeutschland‘, Hrsg.: Dow Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2005, a) S.70, b) S. 7
- [19] ‚Zeitzeugnisse I‘, ‚Merseburger Beiträge ...‘, Hrsg.: SCI, 3. Jg., Heft 12, Merseburg, 4/1998
- [20] ‚BSL aktuell‘, Mitarbeiterzeitung der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, a) Ausgabe Nr. 19/98, Dezember 1998, S. 6, b) Ausgabe Nr. 10/99, Oktober 1999, S. 4/5

Autorenvorstellung



Christoph MÜHLHAUS

- 9.3.1942 in Halle/Saale geboren,
1948-60 Schulausbildung in Halle (Abitur),
1960-66 Studium der Verfahrenstechnik an der TH Leuna-Merseburg (Diplom-Ingenieur),
1966-89 Tätigkeit als Verfahrenstechniker im Bereich Forschung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna mit den Tätigkeitfeldern Verfahrensentwicklung und Bau von Pilotanlagen als Konstrukteur in der Projektierungsabteilung, Berechnungsingenieur, Gruppenleiter in der Forschung, Aufbau einer verfahrenstechnischen Berechnungsgruppe, Bau und Betreiben von Versuchsanlagen,
1977 Nationalpreis Wissenschaft und Technik der DDR für die Mitwirkung an einer Verfahrensentwicklung der Schmelzpolykondensation,
1976-89 Projektleiter von Verfahrensentwicklungen, dabei auch Vorbereitung und Betreiben von Versuchsanlagen in Novaky (Propenoxidation) und Moskau (thermoplastische Polyester),
1988 Promotion zum Dr.-Ing. an der Akademie der Wissenschaften, Teltow-Seehof/Berlin („Technologie und Modellierung einer Schmelzpolykondensation“),
1990-2009 Tätigkeit im Management der Buna AG/GmbH, der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH und der Dow Olefinverbund GmbH bei den unterschiedlichen gesellschaftsrechtlichen Konstellationen als Vorstand, Geschäftsführer oder Generalbevollmächtigter,
seit 2003 Sprecher des Clusters Chemie/ Kunststoffe Mitteldeutschland,
seit 2009 im Ruhestand (weiter Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland),
26.4.2017 Bundesverdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland
aktuell im Ehrenamt: Sprecher des Clusters Chemie/ Kunststoffe Mitteldeutschland, Sprecher des Kooperationsnetzwerkes Chemie+ des Landes Sachsen-Anhalt, Kurator des Fraunhofer Institutes für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen Halle, Vorsitzender des Beirates des Fraunhofer Leistungszentrums Chemie- und Biosystemtechnik Halle- Leipzig, Vorstand HYPOS e.V.
seit 1.1.1996 Mitglied des SCI.

„Buna ist für die Zukunft gerüstet...“ -

Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht des Betriebsrates

von **Ingrid Häußler**

Im November 1989 war in Deutschland die Mauer gefallen. In Berlin wechselten die Regierungschefs: Erich HONECKER, Egon KRENZ, Hans MODROW. Erste demokratische Ansätze wurden sichtbar. Der ‚Zentrale Runde Tisch‘ etablierte sich in Berlin. Auf Druck der Opposition wurde er in die Regierungsarbeit der MODROW-Regierung einbezogen. Aber wie weiter mit der DDR? Das war die allerorten diskutierte Frage. In den Betrieben der DDR waren zu diesem Zeitpunkt noch kaum Veränderungen spürbar.

März 1990: Im Kombinat VEB Chemische Werke Buna fanden spontane Belegschaftsversammlungen statt. Die Menschen forderten die Offenlegung von bis dahin geheim gehaltenen Daten über den Zustand der Produktionsanlagen, der Arbeitsbedingungen, des Gesundheitszustandes der Beschäftigten. Sie wollten wissen, was es mit der Quecksilber-Verseuchung, der Chlor-Schädigung und vielem Anderen auf sich hat. Fragen wurden aufgeworfen: *„Wer vertritt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Darf das die alte Betriebsgewerkschaft überhaupt noch tun?“* Man wollte wissen, wie das in Westdeutschland geregelt ist. Die Antwort war: *„Dort übernehmen das gewählte Betriebsräte!“*

Eine kleine Initiativgruppe aus dem Buna-Werk Schkopau reiste deshalb ins VW-Werk nach Hannover, wo die Nutzfahrzeuge gebaut wurden. Vom dortigen Betriebsrat bekam die Delegation wichtige Informationen zum Betriebsverfassungsgesetz und jede Menge Literatur zur Arbeitsweise eines Betriebsrates. Die Hilfsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen von VW war beeindruckend.

Auf der nächsten Betriebsversammlung in Schkopau stimmte eine überragende Mehrheit der Beschäftigten für die Wahl eines Betriebsrates und das zu einer Zeit, als das Betriebsverfassungsgesetz hier noch gar nicht galt. Schließlich existierte ja die DDR noch. Das war uns jedoch gleichgültig. Wir organisierten eine Betriebsratswahl, und das war damals eine Meisterleistung in einem Werk mit 18.000 Beschäftigten. Das Ergebnis war ein 32-köpfiger Betriebsrat mit 10 freigestellten Mitgliedern und, für mich völlig ungeplant, mit mir als Vorsitzender.

Für dieses neue Gremium begann eine ereignisreiche, emotional aufgeladene Zeit. Unser Ziel war natürlich, in den nun alles in Frage stellenden und verändernden Wochen, Monaten, ja Jahren mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln das Überleben unseres Werkes zu sichern.

Unsere große Hoffnung war, dass wir mit unserem neu erworbenen Sachverstand und mit Hilfe aller Mitarbeiter für unser Werk eine Zukunftsstrategie für das Überleben in der Marktwirtschaft finden würden. Mit der Gängelung, mit der Vorherrschaft von SED, Stasi und der alten Gewerkschaft sollte ein für allemal Schluss sein. Die zweite Betriebsratswahl, bei der die meisten Betriebsratsmitglieder erneut gewählt wurden, fand 1994 statt (Bild 1).



Bild 1 Der 1994 zum zweiten Mal gewählte Betriebsrat der BUNA GMBH (erste Reihe v.l.n.r.: Peter ANTOSZEWSKI von der IG BCE Merseburg, Dr. Klaus-Dieter WEIßENBORN, Astrid SCHÖN, Ingrid HÄUßLER, Ingrid SCHMIDT, Jürgen ARBTER, Astrid ZIMMERMANN, Dr. Bärbel MAYER, dahinter v.l.n.r.: verdeckt Ewald GÜRTLER, Karl-Heinz DÖLL, Hartmut STOYE, Klaus-Dieter KAISER, Gerd KOCH, Gerd DOMMEL, Dietmar SIEMER, Rainer GELDNER, Gero SEIFERT, Werner SCHMIDT, Andrea IMMIG, Gunter BISCHOFF, Dieter MUSCHE, Brigitte STURM, Wolfgang BRAUER, Jürgen THIELE, Volker ENGELMANN, Peter GODENRATH und ganz rechts zwei JAV-Vertreter, Aufnahme: Juni 1995).

Kluge Köpfe des Unternehmens, neue aber auch alte, legten schließlich nach langen und schwierigen Diskussionen ein Strategiepapier vor, das von der inzwischen neu gegründeten Treuhandanstalt in Berlin genehmigt werden musste.

Zu unserer Verblüffung war der zuständige Bearbeiter in der Treuhandanstalt derselbe, der schon zuvor beim Ministerium für Chemische Industrie der DDR für das Buna-Kombinat zuständig war. Diesen Mann lehnten wir vehement ab. Dies war die erste größere Entscheidung, mit der sich der Betriebsrat deutlich emanzipierte und seine Eigenständigkeit und neu gewonnene Kraft demonstrierte. Für unsere

Positionsbestimmung war das ein wichtiger Schritt, da wir uns alle erst in die Rolle von selbstbewussten Vertretern der Belegschaft hineinfinden mussten.

Inzwischen überschlugen sich die Ereignisse. Die Treuhandanstalt bekam die Aufgabe, die alten Kombinati-Strukturen der DDR-Industrie abzuwickeln und neue, der Marktwirtschaft entsprechende Modelle zu gestalten. Es gab rasch Gespräche mit dem Betriebsrat der Hüls-AG in Marl, einem ‚Schwesterwerk‘ aus IG-Farben-Zeiten. Zwei Manager aus Marl wurden in den neu gebildeten Vorstand unseres Unternehmens berufen. Und zügig wurden die ersten Konzepte zur Weiterführung des Werkes erarbeitet. Das bedeutete vor allem Personalabbau. Schnell war klar, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Werk verlassen müssten, weil ein Großteil der Anlagen veraltet, marode und nicht zu modernisieren war. Viele unserer Produkte waren auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig und die Rohstoffgrundlage Calciumcarbid viel zu kostenintensiv. Das hatte zur Folge, dass die Belegschaft bis Ende 1990 im Stammwerk von 18.000 auf 15.700 reduziert werden musste. Vor allem die noch im Werk beschäftigten Rentner und die Mitarbeiter aus Vietnam mussten gehen.

Im Januar 1991 wurde ein Konzept vorgelegt, das die Weiterentwicklung des Buna-Werkes am Standort Schkopau mit 8.000 Beschäftigten vorsah. Das bedeutete, dass über 6.000 Kolleginnen und Kollegen ihren Job verlieren würden. Immerhin gab man uns für die Abwicklung drei Jahre Zeit. Es wollte uns nicht in den Kopf gehen, dass es nur dann eine Überlebenschance für unseren Betrieb geben würde, wenn wir diese Einschnitte akzeptierten. Noch sehr viel schwerer war es, diese Nachrichten den Kolleginnen und Kollegen auf einer Betriebsversammlung klarzumachen und auch noch zu begründen. Wenn ich heute daran zurückdenke, sehe ich mich in sorgenvollen, emotionalen Diskussionen mit meinen Betriebsratskollegen und erinnere mich vieler durchwachter Nächte.

Da wir aber den Zustand unserer Anlagen kannten und allmählich eine Vorstellung davon bekamen, was Konkurrenzfähigkeit in der Marktwirtschaft und weltweite Vergleichbarkeit bedeutete, blieb uns nichts anderes übrig, als diesen Schritt in die unbekanntere Zukunft zu wagen.

Bedingung unsererseits war, eine Personalauffanggesellschaft zu gründen, in die alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überführt werden sollten, die keine andere Arbeitsmöglichkeit fänden. Mit jedem Arbeiter und Angestellten, der zur Entlassung anstand, wurde ein Gespräch geführt um auszuloten, wie deren weiterer Weg aussehen

könnte. Außerdem wurde ein Sozialplan ausgehandelt, um denen, die gehen mussten, wenigstens eine Abfindung zukommen zu lassen.

Aber im Grunde ging uns das alles gegen den Strich. Deshalb protestierten wir immer wieder dagegen, dass vorrangig über Personalabbau und Anlagenstilllegung, aber nicht über Sanierung und neue Investitionen gesprochen wurde, bis wir erkannten, dass das politisch so gewollt war. Das neu geschaffene Treuhand-Gesetz besagte: „*Erst Privatisierung, dann Sanierung.*“

Alle unsere Einwände, Proteste – und es protestierten deutschlandweit Betriebsräte aller Branchen in der sogenannten Betriebsräte-Initiative – verhallten ungehört. Demonstrationen in Berlin vor der Treuhandanstalt mit Stilllegung des Verkehrs auf der Leipziger Straße, Gespräche mit der Präsidentin der Treuhandanstalt, Proteste in Bonn, Gespräche mit den Regierungsfractionen und selbst mit dem Bundeskanzler waren umsonst. Das Grund-Prinzip „*Erst Privatisierung, dann Sanierung*“ blieb.

Damit war auch klar, dass das Buna-Werk Schkopau kein Geld für Neuinvestitionen bekäme, wenn sich nicht bald ein Investor finden würde. Besuche von Politikern und Unterstützungsversprechen gab es viele. Damit wurden wir in Schkopau geradezu überrannt. Abgeordnete der verschiedenen Parteien, Minister aus Land und Bund, der Bundeskanzler, der Bundespräsident, alle waren bei uns vor Ort, haben Erwartungen geschürt, haben Hilfe zugesagt. Erst das sogenannte ‚Kanzlerversprechen‘, das Bundeskanzler Helmut KOHL am 10. Mai 1991 im Buna-Klubhaus ablegte (Bild 2), gab uns wirklich Hoffnung, dass noch nicht alles verloren sei und dass der Chemiestandort Schkopau erhalten bleiben würde.

Bild 2
Bundeskanzler
Dr. Helmut KOHL
am 10.5.1991 im
Buna-Klubhaus in
Schkopau (links
neben ihm Bundes-
umweltminister
Klaus TÖPFER und
Sachsen-Anhalts
Wirtschaftsminister
Horst REHBERGER,
rechts neben ihm
die Autorin,
Hermann RAPPE
und Prof. Dr. Carl
Heinrich KRAUCH)



Danach wurde es jedoch hinsichtlich des Personalabbaus nur noch schlimmer. Die Mitarbeiterzahl von 8.000 musste nicht in drei Jahren sondern in einem Jahr, also bis Ende 1991 erreicht werden. Das neue Konzept sah jetzt nur noch 5.300 Beschäftigte in Schkopau vor.

Die Zweifel wurden stärker und lauter, ob die Hüls-AG den immer noch großen Brocken ‚Buna-Werke Schkopau‘ stemmen könnte und ob sie überhaupt der geeignete Partner für die Privatisierung sein würde. Da sich die westdeutsche Großchemie, trotz persönlichen Mahnens von Bundeskanzler Helmut KOHL und IG-Chemie-Chef Hermann RAPPE, einem Engagement in der ehemaligen DDR-Chemie verweigerte, verfolgte die Treuhandanstalt verschiedene andere Wege. Es gab Überlegungen, die Buna-Werke Schkopau ähnlich wie die Leuna-Werke zu zerlegen und getrennt zu privatisieren. So sollte beispielsweise die Forschung ausgegliedert werden, um eine Forschungs-GmbH zu gründen.

Dazu hatte der Betriebsrat einen Termin bei Dr. Klaus SCHUCHT, dem für die Chemie zuständigen Treuhanddirektor und späteren sachsen-anhaltischen Wirtschaftsminister (Bild 3). Er hatte nichts anderes im Sinn, als den Widerstand des Betriebsrates zu brechen. Er erklärte uns, dass *„wir uns auf den Kopf stellen könnten“*, es würde nichts nützen, die Forschung würde privatisiert und in eine GmbH überführt werden.

Bild 3
Sachsen-Anhalts
Wirtschaftsminister Dr. Klaus
SCHUCHT und Ministerpräsident
Dr. Reinhard HÖPPNER (rechts im
Bild) auf der Demonstration der
Buna-Kollegen am 9.2.1995 vor
dem Landtag in Magdeburg
(links unter dem Plakat die Autorin)



Es kam anders! Ende 1993 wurde endlich das Konzept vorgelegt, das vorsah, die Buna-Werke Schkopau, die Sächsischen Olefinwerke Böhlen (SOW) und Polyolefine Leuna zu einem Unternehmensverbund zu verschmelzen. Um die Rohstoffversorgung für die neue Gesellschaft zu sichern, sollte eine Pipeline von Rostock nach Böhlen gebaut werden. Als dann dieser Lösungsvorschlag vom Treuhandvorstand genehmigt worden war, atmeten wir auf. Endlich war der Weg frei für eine tragfähige, zukunftsstrichtige

Unternehmensstruktur. Unsere große Hoffnung war: Nun würde es auch finanzielle Mittel für Investitionen geben, um diese neue Entwicklung einzuleiten.

Zwei Interessenten für die Privatisierung kamen ins Gespräch: ein Konsortium, bestehend aus den Firmen Thyssen und Gasprom sowie später dann Dow Chemical. Dem Bemühen von Bernhard H. BRÜMMER, dem Dow-Manager und späteren Geschäftsführer der BSL Olefinverbund GmbH, ist es zu verdanken, dass die Privatisierung richtig in Gang kam und dann schließlich Dow unser Privatisierungspartner wurde.

Die Absicht, die Buna-Werke Schkopau zu übernehmen und einen ‚Letter of Intent‘ zu unterschreiben, wurde auf einer Festveranstaltung kurz vor der Bundestagswahl im Oktober 1994 in Böhlen von Helmut KOHL und Hermann RAPPE verkündet. Der Betriebsrat reagierte darauf vorsichtig optimistisch. Das änderte sich schlagartig, als während der Verhandlungen mit Dow deutlich wurde, dass nur ein kleiner Teil unseres Unternehmens und der Belegschaft bei der Privatisierung übernommen werden sollte. Wir organisierten Widerstand und Demonstrationen (Bilder 3 bis 5), schrieben empörte Briefe an die Politik.

Bild 4
Demonstration "Pro Buna und PVC"
von den Werkstoren in Schkopau (v.l.n.r.:
Karl-Heinz DÖLL, Hubertus SCHMOLDT, die
Autorin, Dr. Klaus-Dieter WEIßENBORN,
Gerd DOMMEL, dahinter rechts: Michael
REIF und Dr. Christoph MÜHLHAUS)



Bild 5
Besuch des sachsen-
anhaltischen
Ministerpräsidenten
Dr. Reinhard HÖPPNER in
Schkopau (Bild Mitte rechts
neben der Autorin, vor B 13)
im Vorfeld der Landtags-
sitzung am 14.9.1994, auf
der die Zustimmung zum
Sanierungskonzept mit Dow
erfolgte

Für unsere Werksangehörigen zerplatzte nicht nur die Hoffnung, sondern es drohte eine existenzbedrohende Katastrophe. Vier Jahre hatten sie jeden Tag um ihren Arbeitsplatz gebangt und nun das. In dieser Situation lud mich Birgit BREUEL zum Gespräch in die Treuhandzentrale nach Berlin ein. Sie versuchte mir klar zu machen, dass der Betriebsrat seinen Widerstand aufgeben müsse, um die Privatisierung mit Dow, die einzige, die überhaupt noch im Gespräch war, nicht zu gefährden. Aber wir gaben nicht nach. Es ging um 1.000 Arbeitsplätze mehr in Schkopau, um die Erhaltung zweier kompletter Produktionslinien, um zahlreiche ‚Overhead‘-Bereiche und um die Beibehaltung unserer Forschungsabteilung.

In dieser scheinbar ausweglosen Situation, denn Dow vertrat die Ansicht, der Privatisierungsvertrag sei ausverhandelt, sollte ein Treffen am Hauptsitz der IG-Chemie in Hannover Bewegung in die festgefahrene Sache bringen. Beteiligte waren Vertreter von Dow, Treuhandvertreter, Vertreter des Betriebsrates und des Aufsichtsrates und Dr. Johannes LUDEWIG, der Berater von Bundeskanzler KOHL. Geleitet und moderiert wurde das Gespräch von Hubertus SCHMOLDT, dem Stellvertreter von Hermann RAPPE und stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden der BUNA GMBH.

Die Sitzung dauerte lange, es fielen harte Worte, es gab lange Gesichter, eine Auszeit musste genommen werden, aber am Ende stand ein Kompromiss. Die Formel hieß: 3000⁺-Beschäftigte für den Verbund Buna, SOW, Leuna-Polyolefine und Erhalt der Forschungsabteilung mit 100 Beschäftigten. Wir haben nicht gejubelt, aber wir hatten keine andere Wahl.

Das ehemalige Buna-Werk in Schkopau ist heute ein moderner Chemiestandort mit hoher Effektivität und mit hoch qualifizierten Mitarbeitern. Wie es scheint, haben wir damals intuitiv vieles richtig gemacht. Man konnte sagen: *„Buna ist für die Zukunft gerüstet!“*

Bild 6

Als Regierungspräsidentin zusammen mit Betriebsrat und Aufsichtsratsmitglied Dr. Klaus-Dieter WEIßENBORN auf dem Weg zur Festveranstaltung ‚60 Jahre Buna-Werk Schkopau‘ am 25.4.1996 in B22 (rechts im Hintergrund im Profil der Betriebsratsvorsitzende Andreas ZIELKE und Dieter FRITSCH, beide Betriebsrat Böhlen, im Gespräch mit Elmar DEUTSCH, Dow Deutschland)



Autorenvorstellung



Ingrid Häußler

- 18.3.1944 in Görlitz/Sachsen geboren
- 1950-60 Besuch der Mittelschule in Görlitz (Mittlere Reife)
- 1960-62 Lehre als Chemielaborantin
- 1961-63 Abitur an der Abendoberschule
- 1963-68 Chemiestudium an der TU Dresden (Diplom-Chemikerin)
- 1968-90 verschiedene Tätigkeiten im VEB Chemische Werke Buna Schkopau (Forschung Polyacrylate)
- seit 1989 Mitglied der SPD (Mitglied im Bezirks- und Landesvorstand)
- 1990-95 Betriebsratsvorsitzende in der BUNA AG/BUNA GMBH
- 1990-94 Stadträtin in Halle (Saale)
- 1994/95 Mitglied des Landtags von Sachsen-Anhalt
- 1995- 98 Regierungspräsidentin im Regierungspräsidium Halle /Saale (Bilder 6+7)
- 1998-2000 Ministerin für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt im Kabinett von Reinhard HÖPPNER
- 2000-07 Oberbürgermeisterin in Halle
- seit 2007 im Ruhestand
- 21.10.2009 Bundesverdienstkreuz am Bande für ihre ehrenamtliche Arbeit



Bild 7
Ingrid HÄUßLER
bei der Einweihung des BSL Besucherzentrums in B13
am 29. April 1999

Die Dow Olefinverbund GmbH in den 2000er Jahren aus Sicht eines Beteiligten

von Christoph Mühlhaus



Bild 1 Blick von Süden über den Chemiestandort Schkopau der Dow Olefinverbund GmbH (Aufnahme: 17.6.2010, vgl. Bilder 21, 27 und 29 auf den Seiten 28, 37 und 38)

Ins neue Jahrtausend

Mein Anliegen

In Umsetzung des Privatisierungsvertrages war im Zeitraum von 1995 bis 2000 an den Hauptstandorten Schkopau, Böhlen und Leuna (Bilder 1-3) sowie in Teutschenthal, Rostock und mit dem Pipelinesystem eine neue Infrastruktur für die mitteldeutsche Chemielandschaft geschaffen worden. Im ersten Beitrag (siehe Seiten 7 bis 48) erläuterte ich aus Sicht eines unmittelbar Beteiligten die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna im Zeitraum von 1989 bis 1995 sowie die Bildung und Restrukturierung der Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (kurz: BSL) unter Verantwortung und als Tochter der ‚The Dow Chemical Company‘ (TDCC, hier kurz: Dow) im Zeitraum von 1995 bis 2000 [1]. In dieser Zeit galt es, Altes abzureißen oder zu ertüchtigen und Altlasten zu beseitigen. Wesentlich waren aber der Bau und die Inbe-

triebnahme neuer Anlagen in einem weltmarktfähigen Maßstab. Das war für alle Mitarbeiter und das Management eine große herausfordernde Zeit.



Bild 2 Blick von Südwesten auf den Chemiestandort Böhlen (in der Mitte der Cracker mit der freien Fläche für einen zweiten Cracker, im Hintergrund die Ortslage Zwenkau) [2a]



Bild 3 Blick von Südwesten über den mehr als 100-jährigen Chemiestandort Leuna, im Vordergrund die LDPE-Anlage der BSL Olefinverbund GmbH (Aufnahme: um 2000) [3a]

Für den Zeitraum bis zum Jahr 2000 habe ich mich bewusst auf Ergänzungen aus Sicht eines Beteiligten beschränkt, weil die Privatisierung bereits bestens dokumentiert ist [2-4]. Im folgenden Beitrag, der vor allem den Zeitraum nach 2000 beleuchtet, werde ich einige Geschehnisse ausführlicher beschreiben, da sie bisher kaum dokumentiert sind. Eine große Stütze waren mir dabei meine wöchentlichen persönlichen Aufzeichnungen.

Meine Ausführungen basieren auf einer früheren, streng zeitlich gegliederten Veröffentlichung im Heimatjahrbuch des Saalekreises [1] und werden visuell unterstützt durch Bilder und Dokumente, die den bereits vorhandenen, jüngeren Publikationen zu dieser Industriegeschichte [1-5] sowie den Mitarbeiterzeitungen ‚BSL aktuell‘ [6] und ‚Around Dow‘ [7,8] entnommen sind.

Es sei darauf hingewiesen, dass die genannten Gesprächspartner immer mit ihrer damals aktuellen Funktion angegeben sind. Die verwendeten Kürzel und Fremdwörter sind noch einmal auf den Seiten 132 und 133 zusammengestellt bzw. erklärt.

Der Jahreswechsel 1999/2000

Der Jahreswechsel 1999/2000 war geprägt durch die Befürchtung eines allgemeinen Computerversagens mit der Sorge, dass Dateien nicht mehr abgreifbar sind und dass öffentliche Netze der Kommunikation und der energetischen Versorgung ausfallen. Ein amerikanisches Unternehmen wie Dow nimmt so etwas sehr ernst. Frühzeitig wurden die Gefahrenabwehrpläne, die Vernetzungen und Computerverbindungen unter dem Gesichtspunkt dieser Bedrohung neu bewertet. Es gab auch technische Versuche mit dem Pipelinesystem um zu ermitteln, wie lange bei Stromausfall der absinkende Druck noch eine Versorgung der Anlagen ermöglicht und wie schnell zurückgefahren werden muss. Besonders der energetische Ausfall des Landesnetzes an den vielen Verknüpfungspunkten des Pipelinesystems musste bedacht werden.

Dann kam der große Tag und in der Silvesternacht nahmen die Führungskräfte zusätzlich ihre Plätze in den zugewiesenen Leitwarten ein. Die Geschäftsleitung sammelte sich im Führungszentrum des Unternehmens in unmittelbarer Nachbarschaft der Feuerwehrleitstelle in Schkopau. Zusätzliche Kommunikationswege waren installiert worden, um bei Versagen der öffentlichen Telekommunikation stets informiert zu bleiben. Dann war es so weit und nichts, aber auch gar nichts passierte. Erleichtert haben wir mit Saft und Brause das neue Jahrtausend begrüßt und uns und dem Unternehmen weiterhin viel Glück gewünscht. In den frühen Morgenstunden konnte ich dann mit meiner Frau bei einem Glas Sekt zu Hause anstoßen.

Der 1. Juni 2000

Am 1.6.2000 wurde die Restrukturierung der BSL Olefinverbund GmbH erfolgreich abgeschlossen und so die Privatisierung von drei ehemaligen volkseigenen Betrieben im mitteldeutschen Chemierevier beendet (Bilder 4 und 5) [7a]. Als äußeres Zeichen für die vollständige Integration des ostdeutschen Tochterunternehmens in den weltweit agierenden Dow-Konzern wurde das weithin sichtbare Dow-Symbol am Gaskraftwerk in Schkopau enthüllt (Bild 5).

Umbau abgeschlossen - Privatisierung erfolgreich beendet
Mit Milliarden-Investitionen die Zukunft des Verbundes gesichert

Die Umstrukturierung der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH als Ostdeutschlands größter Chemiestandort ist erfolgreich abgeschlossen worden. Damit ging auch eine der längsten und umfangreichsten Privatisierungen in den neuen Bundesländern zu Ende. The Dow Chemical Company, die bislang 80 Prozent der Anteile am Olefinverbund hält, übernimmt zum 1. Juni 2000 von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) die restlichen Anteile. Die Werke waren in den vergangenen fünf Jahren für 5,3 Milliarden Mark modernisiert worden. Mit der Inbetriebnahme der Solution-Elastomer-Anlage ist die letzte von insgesamt 15 Neuanlagen zur Erzeugung chemischer Produkte in Betrieb genommen worden. Darüber hinaus wurden acht bestehende Anlagen modernisiert. Das Unternehmen beschäftigt zurzeit 2.300 Frauen und Männern.

Auf einer Festveranstaltung zum Abschluss der Restrukturierung würdigten Vertreter von Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften das Engagement von Dow Chemical und den unermüdlichen Einsatz der Beschäftigten. Dow-Präsident William S. Stavropoulos unterstrich, dass die Vision einer Zukunft von Forschung und Entwicklung in dieser Chemieregion Wirklichkeit geworden ist.

Der Aufsichtsratsvorsitzendes des BSL Olefinverbundes, Eberhard von Brauchitsch, bezeichnete das Engagement von Dow als „Glücksfall“ für den Olefinverbund. Mit den Milliarden-Investitionen sei die Zukunft des Verbundes gesichert.

Der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Rolf Schwanitz, wertete den Umbau des Verbundes als „größte Investition in Ostdeutschland“ und sprach von einer hervorragenden Visitenkarte für die Region.

Bild 4 Mitteilung über den erfolgreichen Abschluss der Privatisierung der BSL Olefinverbund GmbH und die vollständige Integration in den Dow-Konzern auf der Titelseite der neufirmierten BSL-Mitarbeiterzeitung vom Mai 2000 [7a]

Bild 5
Enthüllung eines weithin sichtbaren Dow-Symbols am Gaskraftwerk in Schkopau am 1.6.2000 in Anwesenheit von Dow Präsident William S. STAVROPOULOS (Mitte rechts) und des Aufsichtsratsvorsitzenden Eberhard von BRAUCHITSCH (Mitte links) [7a]



Die EXPO 2000

Das Jahr 2000 war auch das Jahr der EXPO in Hannover. Sachsen-Anhalt und weitere Regionen waren sogenannte Korrespondenzstandorte. Die Privatisierung war erfolgreich abgeschlossen und mit unseren Standorten konnten wir gut demonstrieren, wie moderne Chemieindustrie die Belange der Nachhaltigkeit ernst nimmt. Drei wesentliche Projekte verdienen eine Erwähnung:

- Die Kläranlage Schkopau war erheblich zurückgebaut worden und einige Becken hatten keine Funktion mehr. Im früheren Tal des Flüsschens Bober gelegen, stand die Renaturierung an. Gestaltet wurde ein ‚Chemillennium-Park‘ mit naturnaher Bepflanzung einschließlich Renaturierung der einbezogenen Becken (Bilder 6a+b) [3b,6a,8a]. Aber auch eine künstlerische Ausgestaltung war gefragt. Mit Professor Bernd GÖBEL von der halleschen Kunsthochschule Burg Giebichenstein fanden wir einen guten Partner.



Bilder 6a+b Eröffnung des Chemillennium-Parkes nordwestlich des BSL-Firmengeländes am 25.9.1999 (Bild oben: im Vordergrund links der vom halleschen Bildhauer Bernd GÖBEL geschaffene Brunnen [3b], hinten Mitte v.l.n.r.: Arbeitsdirektor Heino ZELL, Künstler Bernd GÖBEL, Anlagenleiter Rüdiger KRANZ, Bild rechts unten: Blick auf die andere Kopfseite [6a])



- Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, den Kommunen im Umfeld der Hauptstandorte Schkopau und Böhlen eine nachhaltige Baulichkeit zu schenken. Nachhaltig bedeutete für uns eine dauerhafte Nutzung durch die Öffentlichkeit, eine Widerstandsfähigkeit gegen Vandalismus und einen Bezug zum Unternehmen. Aus einer Reihe von Vorschlägen wurde für das Werk Schkopau entschieden, im Süden der Stadt Halle eine Brücke zur Rabeninsel zu schaffen, die die nicht mehr existente Fähre ersetzte (Bild 7) [5a].

Die Brücke wurde ausdrücklich nur für Fußgänger und Radfahrer konzipiert. Sie bietet eine Verbindung vom Süden der Stadt Halle nach Halle-Neustadt, die als Stadt der Chemiewerker lange eine eigenständige Entwicklung genommen hatte und nun besser angebunden werden sollte.

An sich wollten wir beim Bau möglichst viel Kunststoff einsetzen. Die Entwicklung war aber damals noch nicht so weit. So wurde es eine aufgehängte Stahlkonstruktion an nur einem Pfeiler in einer schiffahrtsgerechten Höhe, wobei Kunststoff lediglich für die Verplankung der Seiten eingesetzt werden konnte. Jetzt ist die Entwicklung viel weiter. 2016 konnte ich in Chemnitz eine Brücke besichtigen, die bei ähnlichen Gegebenheiten komplett aus Kunststoffen errichtet war. Mit dem Bau der Brücke zur Rabeninsel realisierte die Stadt Halle ein Bootshaus für einen Verein am Brückenzugang, dessen Räumlichkeiten im Expo-Jahr absprachegemäß für eine Ausstellung unseres Unternehmens genutzt wurden. Die Brücke wird nach wie vor gut angenommen und ist aus meiner Sicht ein schöner Blickfang.

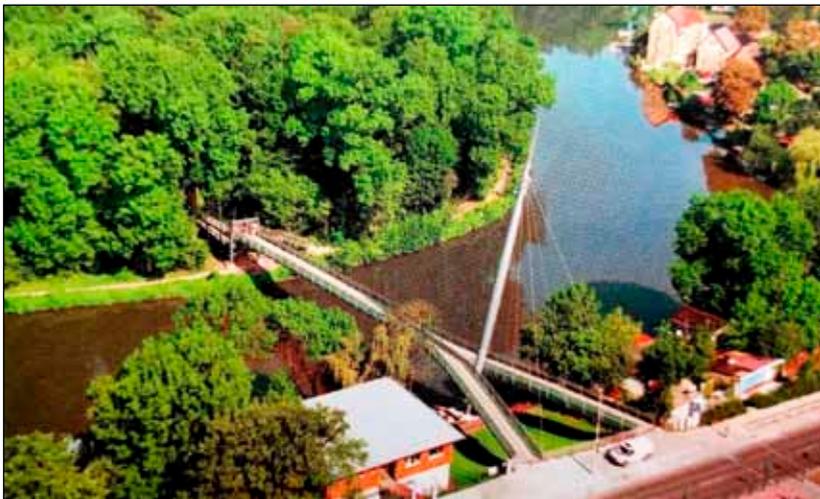


Bild 7 Schrägseilbrücke in Halle über die Saale (Übergang von Halle-Süd zur Rabeninsel) [5a]

- Die Kommunen im Umfeld des Standortes Böhlen hatten sich für einen Aussichtsturm auf der Bistumshöhe im Uferbereich des neu entstandenen Cospudener Sees entschieden (Bild 8) [5a]. Die Braunkohle aus diesem Abbaufeld war einmal ein Grund für die Errichtung des historischen Böhlemer Werkes gewesen. Die Umweltverschmutzungen der Vergangenheit waren überwunden und das Leipziger Neuseenland entstand. Für den Turm wurde eine Holzkonstruktion gewählt, die sich gut in die Landschaft einfügt.



Bild 8
Der Aussichtsturm am Cospudener See
südlich von Leipzig in der Nähe des
BSL-Standortes Böhlen [5a]

Der 11. September 2001 - Die Terrorbedrohung erreicht auch uns

Nach dem 11. September 2001 war die Welt ganz anders. Es kamen Kommandeure eines Sanitätsregimentes der Bundeswehr zu uns. Sie hatten den Befehl, bei amerikanischen Chemiebetrieben Einrichtungen für die Entgiftung und Entseuchung vorzubereiten. Offensichtlich gab es dazu transportable Stationen. Interessant war, dass sie uns unmittelbar anriefen, nachdem die amerikanische Verwaltung das Anforderungsersuchen an die NATO-Staaten gerichtet hatte. In der Öffentlichkeit wurde noch in den Folgetagen diskutiert, *was* das sein sollte und *ob* es sein sollte. Das Militär ging einfach zum Handeln über. Sie haben sich aber fälschlicherweise nur auf Schkopau (Firmensitz nach der Handelsregister-Eintragung) orientiert und waren erstaunt, dass wir auch an anderen Standorten tätig sind. Damit war klar, dass dies nicht über die Ämter für Katastrophenschutz koordiniert wurde.

Dann hatten wir eine richtige Krise, weil wir in der Sendung ‚FAKT‘ des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) als Beispiel eines Unternehmens gezeigt wurden, in welches man einfach so eindringen kann. Wir haben in Schkopau zwei Bereiche: Den Kernbereich mit den Störfall-Anlagen und den ‚ValuePark‘ für Kunststoffverarbeiter ohne Störfall-Relevanz. Am 16.10.2001 hatte es zwei erfolglose Versuche gegeben, am F- und am Nord-Tor in den Kernbereich einzudringen. Am Tor des ValueParks war man am 17.10.2001 jedoch erfolgreich.

Hinterher haben wir die Methodik erkannt: Telefonisch wurde festgestellt, ob eine beliebige Mitarbeiterin bei nahendem Feierabend nicht anwesend ist. Dann wurde bei der Anmeldung verlangt, genau diese Kollegin aufzusuchen. Sie war nun nicht mehr verfügbar und der Wachmann verband dann mit einer anderen Kollegin. Er gab den Hörer den Besuchern, um draußen ein anderes Fahrzeug abzufertigen. Als er zurückkam war der Hörer aufgelegt und die ‚Besucher‘ sagten: *„Alles in Ordnung. Wir sollen die Akten bringen“*. Der Fehler des Wachmanns: Er rief nicht zurück und vollzog die Anmeldung und gab die Ausweise aus. Über eine der Verbindungsstraßen nach Überwindung einer Schranke kamen sie in den Kernbereich und filmten: Butanbehälter und andere Lagereinrichtungen. Über das F-Tor sind sie normal ausgefahren. Das kam dann im Fernsehen.

Dann funktionierte das System: Die ganze Dow-Welt war in Aufregung und telefonierte mit uns. Also habe ich meine Leute schon ganz früh zusammengenommen. Erst haben wir das Video angeguckt und dann zusätzliche Maßnahmen festgelegt: weitere Abspernungen zwischen Kernstandort und ValuePark, weil das eine Schwachstelle war, ein anderes Kontrollsystem usw.

Das folgende Gespräch mit dem Minister war sehr aufschlussreich: *„Wir sind jetzt terrorisiert: von Trittbrettfahrern, von Hysterikern und von freien Journalisten. Die letzteren sind unterwegs, um Features zu erzeugen, die verkäuflich sind. So ziehen sie durch die Gegend mit der Frage an Krankenhäuser, freiwillige Feuerwehren: Wie sind sie vorbereitet, wenn ein Ereignis mit 10.000 Verletzten ist? Wenn sie auf eine unbedarfte Person treffen, haben sie eine entsprechende Antwort und das wird mit Bildern von unaufgeräumten Schuppen, alten Fahrzeugen usw. ergänzt.“*

Der Minister akzeptierte unsere zusätzlichen Maßnahmen und wollte auf den Rundfunkrat Einfluss nehmen, damit wenigstens die öffentlich-rechtlichen Anstalten sich bei dieser Hysterie zurückhalten. Die Maßnahmen hatten wir im Laufe der Woche weiter verschärft, weil es Hinweise gab, dass der nächste Angriff mit entwendeten oder geliehenen Ausweisen erfolgen wird. Wir hatten nunmehr die persönliche Identifikation jeder einzelnen Person mit tragbaren Geräten eingeführt: Der Wachmann geht zum Auto und prüft die Chips und schaut sich die Bilder an. Wir haben strenge Maßnahmen angedroht, wenn jemand eine andere Person mitnimmt. Das führte zu Unhöflichkeiten, indem die Tür vor einem zugemacht wurde und man mit seiner Karte neu öffnen musste. Aber das musste eben sein. Wir verstärkten natürlich die Wachen und

haben einige Pforten geschlossen, weil die Videoüberwachung ja auch viel Personal erfordert.

Im Oktober 2001 hatten wir den Besuch der Bundeswehr und der Polizei in Böhlen, weil wir als amerikanisches Unternehmen ein besonderes Gefährdungspotential darstellten. Es kamen die höchsten Chargen aus Sachsen. Vorher hatte ich zwei Dinge durchgesetzt: Die Beratung findet auf ‚neutralem Boden‘ im Regierungspräsidium statt und es werden bei der anschließenden Werksrundfahrt keine Uniformen getragen. Faktisch war es eine Tagesveranstaltung. Wir vermieden aber bewusst schwierige Diskussionen zur ‚Gefährdungslage‘ für die Belegschaft und die Bevölkerung.

Nach dem Brand in New York war ich auch wieder von einem Landrat angesprochen worden, wie ein solcher Brand wohl im Böhlener Tanklager ausgehen würde. Die Antwort war einfach: „*Genausoo oder schlimmer, aber es ist Industriegelände ohne öffentliche Zugänglichkeit.*“ Unser Werk Böhlen war als vorrangiges Gefährdungspotential für Sachsen eingeordnet worden. Es waren lange fachliche Diskussionen zu möglichen Szenarien mit den Spezialisten der Gefahrenabwehr und der Feuerwehr. An sich sollten zukünftig Evakuierungspläne für die benachbarten Ortschaften erstellt werden. Ich habe mich deutlich dagegen ausgesprochen:

- Brände sehen schlimm aus, können aber in den wesentlichen Auswirkungen auf das Werksgelände begrenzt werden.
- Ausbrüche toxischer Gase sind in den Minuten der Wolke schlimm, aber da gilt es, die Häuser aufzusuchen und die Fenster zu schließen.

In einer ruhigen Woche habe ich dann selbst noch ein Gespräch mit dem Programmleiter des MDR geführt. Er sah auch ein, dass es bei dieser Gesamtsituation nicht hilfreich sei, mit dem Material freier Journalisten die Hysterie bewusst zu verstärken. Auf der anderen Seite waren wir dankbar, dass uns so Schwächen unseres Systems bewusstgeworden waren.

Investitionen zur Ertüchtigung des Olefinverbundes

Vorbereitungen für den Bau eines zweiten Crackers

Bereits mit der Bauleitplanung hatten wir am Standort Böhlen den Platz für einen zweiten Cracker freigehalten (Bild 9) [3c]. Acht Jahre waren wir bemüht, Partner für eine solche richtungsentscheidende Investition zu gewinnen. Dow sah dafür insbeson-

dere in Osteuropa mit der sich für die dortigen Chemiestandorte abzeichnenden Privatisierung und der Marktentwicklung gute Voraussetzungen.

Was wir vorbereitend für den Standort Böhlen tun konnten, das wurde getan. Hauptproblem war die Lage im Binnenland, weder an einer Küste noch an einem großen Fluss gelegen. Dies war der Braunkohlechemie geschuldet, für die der Standort einmal sehr günstig war. In der Zeit der DDR hatte man einfach den Cracker als petrochemische Anlage dort errichtet und auf die Versorgung mit sowjetischen Rohstoffen über Pipeline gesetzt. Mit der Privatisierung konnten wir eine zusätzliche Pipeline zur Naphthaversorgung von Rostock aus bauen (siehe Bild 26 auf Seite 36). Was für die Entwicklung des Standortes fehlte, war eine stabile Brauchwasserversorgung und eine Hochdruckgaspipeline von der Nordsee zum mitteldeutschen Chemierevier für den Bilanzausgleich der Versorgung mit Ethylen und Propylen. Dies war eine spannende Geschichte.



Bild 9 Blick von Süden auf den zentralen Teil des Standortes Böhlen (oben am linken Bildrand der Cracker, rechts daneben das freigehaltene Baufeld für einen zweiten Cracker, unten am linken Bildrand das zentrale Böhleener Control Center, rechts im Bild die Ethylbenzol-Styrol-Anlage, vgl. Bild 2) [3c]

Die Wasserüberleitung von der Mulde

Im Zusammenhang mit der angedachten Investition eines zweiten Crackers war die Wasserüberleitung von der Mulde ein wichtiges Thema. Außerdem diente sie der Stabilisierung der Wasserversorgung des Standortes Böhlen, die bisher nur durch Entnahme aus der Weißen Elster erfolgte. Bereits im April 2001 wurde ich von Bart GROOT ermahnt, bei den kommenden Gesprächen zum Wasserrecht keine Kompromisse zu suchen, die uns mengenmäßig begrenzen. In manchen Monaten gab es Niedrigwasser, so dass Sondermaßnahmen mit den Talsperren am Oberlauf im Vogtland abgesprochen werden mussten, damit der Pegel nicht zu stark fiel. Das erforderte ein erhebliches Vordenken, weil die ‚Welle‘ von den Talsperren nicht nach Stunden, sondern erst nach Tagen ankam.

Das Wasser der Weißen Elster war stark Sulfat-haltig und wurde wieder zunehmend durch Nutzungen am Oberlauf benötigt. Die Chemieunternehmen in Bad Köstritz/Thüringen und Zeitz/Sachsen-Anhalt entwickelten eigenständige Konzepte, die von den jeweiligen Landesregierungen unterstützt wurden, welche ihrerseits wenig Interesse an einem Ausbau im sächsischen Böhlen hatten. Ein ganz schwieriges Unterfangen war daher die Durchsetzung unserer Idee, der Erarbeitung einer länderübergreifenden Gütebewirtschaftungskonzeption der Weißen Elster.

Dieser Fluss hat seine Quellen in Böhmen und gelangt dann nach 10 km bereits ins sächsische Vogtland, fließt durch Thüringen mit den Städten Greiz und Gera, erreicht dann Sachsen-Anhalt bei Zeitz, bevor er wieder nach Sachsen in die Leipziger Tieflandbucht kommt und dann in Sachsen-Anhalt bei Halle in die Saale mündet.

In Greiz, Bad Köstritz und Zeitz waren Chemieunternehmen als Wassernutzer und Einleiter tätig. Insbesondere waren die Einleitung des Altbergbaus der Wismut und die aktuellen Tagebaunutzungen der Mibrag (**Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH**) sowie die vielen Maßnahmen der Altlastensanierung zu berücksichtigen. Es galt also vielfältige Interessen zu bündeln und mit den Verwaltungen von drei Bundesländern abzustimmen. Die Mibrag war bereit, mit uns gemeinsam die nicht unerheblichen Kosten zu übernehmen.

Im April 2001 waren mit der Gütebewirtschaftungskonzeption die Szenarien durchgerechnet. Sie wiesen aus, dass Qualität und Menge nicht für alle Tage des Jahres gewährleistet werden können. Nun sollten einige Nutzer Abstriche hinnehmen. Zunächst gab es eine interne Besprechung mit dem Gutachter, um überhaupt zu erkennen, wo die Stellschrauben in dem schwierigen System sind. Die Durchrechnung in Vorberei-

tung des entscheidenden Gesprächs bei dem zuständigen Staatssekretär in Dresden füllte allein einen dicken Ordner. Es war nicht erkennbar, wo noch Variable steckten. Nur die sächsische Staatsregierung konnte politisch Druck auf die Nachbarländer entwickeln. In Sachsen-Anhalt hatten wir vielleicht selbst noch einige Möglichkeiten, aber Thüringen und speziell der Bundesbetrieb Wismut waren nur mit der großen Politik zu packen.

Im September 2001 fand dann in Dresden eine Beratung im Umweltministerium zur EU-Wasser-Rahmenrichtlinie statt. Das war sehr wichtig für unser Böhleener Wasserrecht, weil wir faktisch eine anerkannte Ausnahme benötigten. Umweltbundesamt, das Bundesministerium Umwelt sowie EU-Vertreter waren dabei. Vorträge und Diskussionen dauerten Stunden. Ich war der einzige Industrievertreter, was aber sicher gut war, weil sonst die Umweltschützer unter sich gewesen wären.

Am Vortag hatten wir Dow-intern die Entscheidung getroffen, im Frühjahr 2002 den Vorbescheid für den zweiten Cracker nach dem **Bundesimmissionschutzgesetz** (BImSchG) zu beantragen. Damit hatte ich in Dresden eine klare Aussage und jetzt auch die Aufgabe, die Teams für die Erarbeitung des Antrages zu bilden. Mit der Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen konnte ich gleich abstimmen, gemeinsam ein Konzept für die Überleitung von Muldewasser zu entwickeln. Das Ergebnis war für uns recht ernüchternd und brachte die Erkenntnis, dass eine grundsätzliche Lösung zu finden sei. Der Wille der Politik zur weiteren Ertüchtigung der Standorte hat uns dann in einem heute kaum noch vorstellbaren Maße geholfen.

Das Elbe-Hochwasser im August 2002 setzte urplötzlich neue Randbedingungen. Über Telefonverbindung verhandelte ich mit dem Leiter der Landestalsperrenverwaltung, der in seiner Dresdener Wohnung saß, weil seine Büros in Dresden-Übigau regelrecht ‚abgesoffen‘ waren. Er meinte, dass es auch nichts zu rechnen gebe, wenn er an den Server herankäme: Die Pegelstände seien meist ausgefallen und es gäbe kein Modell, das einen Hochwasserscheitel der Elbe in dieser Höhe abbilden kann. Dazu wären ganz neue Daten zu erheben. So hatte er Zeit und konnte mit mir plauschen. 5.000 Kubikmeter (m³) pro Sekunde (s) betrug der Abfluss damals in Dresden und er sagte, sie hätten solche Werte noch niemals angenommen. Alle unsere Studien zur Muldewasserversorgung und zur Weißen Elster müssten neu überdacht werden. Die Talsperren Eibenstock und Pöhl sollten an sich zukünftig so aufgestaut werden, dass bei Niedrigwasser eine Versorgung von Böhlen und Leipzig gewährleistet bliebe. Jetzt würden andere Maßstäbe bezüglich des Stauvermögens für Hochwasser gelten

und künftig mehr Rückhaltevermögen erforderlich sein. Damit war der Weg frei, das Konzept der Überleitung von der Mulde politisch gestalten zu können.

Im August 2003 war uns erstmals in Böhlen sozusagen das Wasser ausgegangen. Mit einem Großversuch wurden über 12 Stunden $2 \text{ m}^3/\text{s}$ von der Talsperre Pöhl zusätzlich eingespeist, die nach 40 Stunden bei uns zur Hälfte ankamen. Danach wurde eine Aufhöhung von $0,5 \text{ m}^3/\text{s}$ vereinbart, die bei Wetterumschwung dann verzichtbar würde. Damit war klar: Die Überleitung von der Mulde wird für die Zukunft des Chemiestandortes Böhlen unverzichtbar.

Vattenfall betreibt das Kraftwerk Lippendorf, das 25 Millionen (Mio.) m^3 Wasser/Jahr (a) aus der Mulde bezieht, die von der Landestalsperrenverwaltung über eine Leitung bereitgestellt werden. Der Stausee Witznitz bei Borna bildet das Speicherbecken. Als Zwischenlösung würde es möglich sein, dass sie uns mit 10 Mio. m^3/a aus diesem System versorgen, weil die technische Reserve das hergibt. Das wäre für den jetzigen Ausbauzustand unseres Werkes erst einmal hinreichend. Für den zweiten Cracker müsste das ganze System aber ausgebaut werden. Dazu drangen wir auf eine eigenständige Bewilligung. Die Thematik hatte ich mit Ulrich KLINKERT, dem Leiter der Abteilung Umweltschutz/Genehmigungen beim Energie-Konzern Vattenfall Europe Mining & Generation, vorbesprochen und er hatte seinen Vorstand gut eingestimmt, so dass es erfolgreiche Verhandlungen waren. KLINKERT war früher bei Angela MERKEL Umweltstaatssekretär und aus dieser Zeit kannte ich ihn noch gut.

Bisher waren die Verhältnisse zu unserem Nachbarn Vattenfall nicht so ganz einfach, weil wohl einige Dow-Manager früher ungeschickt aufgetreten waren. Ich war froh, dass wir nun in eine konstruktive Phase eintraten. Wir wollten die Investition jetzt so zügig durchziehen, dass wir im Sommer 2006 einsatzbereit wären. 2005 mussten wir mit Glück und vielleicht auch mit Zusatzwasser aus der 80 km entfernten Talsperre Pöhl überstehen. Von diesem Zusatzwasser kommt aber an heißen Tagen nur noch die Hälfte an, weil von der Elster viel abdunstet und es auch in alte Floßgräben und Versickerungsstellen verschwindet. Wir wurden Mitnutzer der Wasserüberführung für das Kraftwerk Lippendorf der Firma Vattenfall. Bei Sermuth wird Wasser aus der Mulde entnommen und mit einer 30 km langen Rohrleitung dem Speicherbecken Witznitz zugeführt. Die Leitung wurde so ertüchtigt, dass auch unser Bedarf gefördert werden konnte. Wir installierten eine weitere Entnahme aus dem Speicherbecken.

Das qualitativ hochwertige Muldebrauchwasser ist weitgehend salzfrei, da es aus einem Granitgebirge kommt. Nach Nutzung als Rückkühlwasser wird die Hauptmenge in die Vorflut ‚Faule Pfütze‘ abgeschlagen, die dann das Flusssystem der Weißen Elster speist. Das hatte für die Stadt Leipzig den großen Vorteil der Stabilisierung des Wasserangebots.

Die Weiße Elster war bei Niedrigwasser schon richtig problematisch geworden, weil die Sauerstoffversorgung des stabilisierten Fischbestandes dann nicht mehr gewährleistet war. Mit der indirekten Zuführung des Muldewassers war es nun einfach mehr. Für uns war das auch ein Vorteil, weil bei toten Fischen im Stadtgebiet schnell eine Chemieeinleitung unterstellt wurde. Die Entnahme aus dem Flussgebiet der Mulde, und dann letztlich die Überleitung in ein anderes Flussgebiet der Weißen Elster, würde heute wohl kaum mehr durchsetzbar sein. Es war aber nicht nur ökonomisch, sondern mit der besseren Wasserqualität im Stadtgebiet Leipzig letztlich auch eine sehr ökologische Lösung.

Wir haben dann mit einem zusätzlichen Projekt die Wiederansiedlung von Teichmuscheln in der Weißen Elster unterstützt, wobei ich lernen musste, dass Teichmuschel nicht gleich Teichmuschel ist. Das reichere Vorkommen in der Saale durfte nicht genutzt werden, da die wenigen noch überlebenden Muscheln der Elster sich auf einen ganz anderen und spezifischen Salzgehalt eingestellt hatten, so dass genau diese Unterart zu vermehren war.

Eine Pipeline von Stade nach Mitteldeutschland

Die wichtigste strategische Investition zur Stabilisierung des mitteleutschen Rohstoffverbundes war der Bau einer 365 km langen Hochdruckgasleitung von Stade nach Teutschenthal, mit der zusätzliche, von Hochseeschiffen herangebrachte Ethylenmengen nach Mitteldeutschland gefördert werden können. In Stade befindet sich ein Werk der Dow mit einem eigenen Elbhafen. Die Ethylenanlieferung für das Werk Stade wird in Salzkavernen bei dem benachbarten Ort Ohrensen gespeichert. Jetzt galt es, diesen Speicher mit den mitteleutschen Speichern in Teutschenthal zu verbinden.

Strategisch war vorgesehen, die Leitung nach Bau eines zweiten Crackers in Böhlen sozusagen in Richtungsumkehr für die Förderung des Propylenüberschusses nach Stade zu nutzen. Die Absicht zur Errichtung der Pipeline wurde von Dow im Jahr 2000 verkündet. Es folgte ein Raumordnungsverfahren zur Festlegung des Trassenkorridors durch die Bundesländer Sachsen-Anhalt und Niedersachsen (Bild 10) [8b].



Bild 10 Karte des Trassenverlaufes der Pipeline Stade – Teutschenthal (PST, daneben rot eingezeichnet die Rohrleitung Rostock-Böhlen RRB, vgl. Bild 26 auf Seite 36) [8b]

In Sachsen-Anhalt war die Zustimmung der Kommunen leicht zu erreichen, während wir in Niedersachsen sehr viele Erörterungen hatten. So habe ich im Juni 2001 Landräten und Bürgermeistern in Lüneburg die Planung erläutert. Es gab eine Stimmungsmache bestimmter Initiativen, die meinten, sie wären Widerstand gewöhnt und würden eine Leitung durch das Wendland nicht dulden.

Wir hatten Informationsblätter für die Bevölkerung drucken lassen, die die Ängste abbauen sollten. Praktisch wollten die Bürgermeister von ihrer Regierung wissen, warum diese Trasse sein muss und wie sie unter mehreren Varianten als günstig ausgewählt wurde. Dann erst hatten sie den Mut, das gegenüber den Bürgern und Eigentümern zu vertreten. In Sachsen-Anhalt waren schon länger alle Probleme ausgeräumt und wir hatten dort den offiziellen Antrag gestellt. Das konnten wir nunmehr für Niedersachsen nachholen. Die Zeit drängte, weil jeder Monat Verzögerung wegen mangelnder Anlagenauslastung zukünftig mehrere Mio. DM Verlust bedeuten konnte, wenn die Ethylenlieferungen aus Litvinov ausfallen, denn die Tschechen wollten selbst eine neue Verarbeitungskapazität in Betrieb nehmen.

Das Hauptproblem war damals die Festlegung des rechtlichen Weges zur Genehmigungsfähigkeit. Bisher wurden Hochdruckgasleitungen nach der Raumordnung in eigener Verantwortung der späteren Eigner geplant und gebaut, d.h. man war selbst verantwortlich in dem festgelegten Trassenkorridor die Grundstückseigentümer zu überzeugen, den Pipelinebau gegen Entschädigung zu dulden. Mit neuer Rechtssetzung war nunmehr die Planfeststellung vorgesehen, die ein langes Verfahren mit der Möglichkeit von gerichtlichen Anrufungen bedingt. Am Schluss stand aber das Recht auf Enteignung zur Durchsetzung der Trasse.

Da wir die Anträge in der Übergangszeit eingereicht hatten, war die Wahlfreiheit gegeben, nach dem ‚alten‘ oder ‚neuen‘ Recht zu planen und zu bauen. Niedersachsen machte uns jetzt Probleme. Sie wollten zusätzlich eine Planfeststellung haben, was unbestimmte Zeit lang dauern konnte und viel Geld kosten würde.

Sachsen-Anhalt hatte sich für die Genehmigung ohne Planfeststellung entschieden. Nun kann man eine Pipeline aber nur nach einem Recht bauen. Die Entscheidung wurde in meine Hände gelegt und verschaffte mir schlaflose Nächte. Die Frage war: Rechtssicherheit mit hohem Zeitbedarf oder Schnelligkeit mit eigener Verantwortung für das Erlangen der Wegerechte. Ich habe mich dann für das Risiko entschieden und der Umweltminister von Sachsen-Anhalt, Johann Konrad KELLER, hat im September 2001 seine niedersächsischen Kollegen überzeugt, das Verfahren nach ‚altem‘ Recht durchzuführen.

Im November 2001 war in Lüneburg eine Vorbesprechung wegen der Pipeline-Trassierung. Trotz vieler Einsprüche hatte ich mich entschieden, dass die Bezirksregierung eine Trasse variantenfrei verbindlich festlegen soll. Wir hofften, dass sich dadurch die weiteren Diskussionen mit den Eigentümern vereinfachen. Bisher setzten viele einfach darauf, dass es doch woanders geschehen möge. Andere meinten, dass Varianten besser sind, weil wir dann ‚ausweichen‘ könnten. Wir kämen aber dann zu immer mehr Beteiligten und das macht es auch nicht einfacher. Die eigentliche Anhörung war am 20.11.2001. Da brauchte ich ein stabiles Nervenkostüm, denn die schriftlichen Einlassungen waren teilweise haarsträubend. Es wurden so an die 80 Parteien erwartet.

Ach wie schön waren doch die Verhältnisse in Sachsen-Anhalt mit drei Einwendern und Einzelgesprächen. So war z.B. eine Anhörung in Beetzendorf in der Altmark: Dort ist ein ‚Ökodorf‘ benachbart, das Sorgen hatte. Zwei Westler (eine Adlige und ein Pensionär aus Stade) waren die aktiven Einwender. Es war sehr viel Bevölkerung mitgekomm-

men, aber die wollten wohl nur einen interessanten Abend. Das Ganze fand in einer alten Schule im DDR-Betonstil statt. Nach einigen kontroversen Diskussionen fingen die Einwohner über die Bedenken der Westler an zu lachen oder mindestens zu lächeln. Damit hatten wir das für unsere Seite entschieden. Die früheren DDR-Bauern erzählten, wie schlimm der Gasleitungsbau gewesen sei, den die Nationale Volksarmee zur Versorgung der Truppenübungsplätze durchgeführt hatte. Sie nahmen uns ab, dass nun andere Zeiten sind und damit war es einfacher ‚Plausch‘. Ich erläuterte unser Bauverfahren mit Sicherung des Mutterbodens und der Wiederherstellung der Dränage.

Ganz anders dann der nächste Morgen in Lüneburg: fünf Stunden haben uns Leute ihre vorbereiteten Papiere vorgetragen. Es war meistens stur und man musste bei so vielen ‚Wichtigtuern‘ viel Geduld haben. Es waren wohl über 40 aktive Einwender. Auch wenn es sachlich kein ernstes Problem gab, hatten wir furchtbar viele ideologische Diskussionen. Die größte Sorge war die ‚gefährliche‘ Gasleitung in der Nähe der Wohnbebauung. Ich erläuterte das gesetzlich vorgeschriebene Abstandsgebot für die Ethylenleitung, machte aber darauf aufmerksam, dass nach meiner Kenntnis die meisten Gebäude einen Methananschluss haben und Methan zu Hause nutzen. Damit wäre ein brennbares und explosionsfähiges Gas mit vergleichbarer Gefährdung doch landesüblich. Das wurde mir nicht abgenommen, bis ich erklärte, dass ihr Erdgas doch Methan sei. Am Schluss war es eine Entscheidung in unserem Sinne. So haben wir noch rechtzeitig zum Jahreswechsel 2001 zu 2002 alle Raumordnungsfragen der Pipeline nach Stade und deren Finanzierung geklärt bekommen.

Im Frühjahr 2002 hatten wir noch Probleme mit den Landesarchäologen, die unsere Pipeline als Geldquelle sahen und zwei Millionen Euro für die Grabungen ausgeben wollten. Das war nicht nachzuvollziehen, weil wir voll den alten Trassen folgten, die in den letzten Jahren ja aufgedigelt worden waren. Damals war das übrigens viel preiswerter. Mit neuer Grabung könnte man kaum noch Ergebnisse erwarten, weil das neue Rohr nur zwei Meter neben den anderen Leitungen liegen wird und weil damals die gesamte Arbeitsbreite abgeschoben worden war. Eine gemeinsame Besprechung mit Archäologen in Leipzig war letztlich erfolgreich, weil wir uns auf Abrechnung nach Aufwand verständigen konnten. Es war dann unser Job, die Arbeitsbreite so zu legen, dass wir uns weitgehend auf verritztem oder schon früher abgeschobenem Boden bewegten. Dann waren keine Fundstücke zu erwarten und die Kosten ließen sich begrenzen.

Da es mit der Pipeline, deren Realisierung viele als utopisch angesehen hatten, jetzt ernst wurde, gab es die Einladung vom VCI (Verband der chemischen Industrie), dass sich Dow in der Arbeitsgruppe ‚Petrochemie und Mineralölwirtschaft‘ beteiligen sollte. Das kam von unseren Konkurrenten, die mit der neuen Pipeline jetzt den neuen Stellenwert der Dow erahnten und uns einbinden wollten. Bisher waren in diesem Gremium die ‚Deutschen‘ mehr unter sich. So wird z.B. die große Ethylenpipeline ARG von Rotterdam nach Deutschland und dann entlang des Rheins zu allen Großstandorten von einer Gesellschaft betrieben, die von einer Reihe von Chemiefirmen getragen wird. Für diese Pipeline-Gesellschaft (ARGmbH & Co. KG, Aethylen-Rohrleitungsgesellschaft) war auch eine neue Situation entstanden, weil durch die vielen Übernahmen andere Gesellschafter und insbesondere andere Interessen gegeben waren. Die Kunststoffaktivitäten der DSM (DSM Kunstharze GmbH) waren an Sabic verkauft, BP (BP p.l.c., ehemals British Petroleum) hatte im Ruhrgebiet viele Geschäfte und Anteile übernommen, aber keiner war bereit, strategisch in Deutschland zu investieren. Sie wollten zwar die vorhandenen Möglichkeiten nutzen, solange es sich rechnet, hatten aber keinen Ansatz, der mehr als ein Jahr überdeckte. In diesem Sinne war der VCI sehr erstaunt, dass wir die Pipeline von Stade nunmehr bauten. Da dies eine rein strategische Investition ohne eigene Wirtschaftlichkeit ist, war es für die Wettbewerber interessant, ob wir pokern oder ernsthaft spielen.

Ich sollte also im Juni 2002 die Beratung beim VCI mit dem Verband der Mineralölwirtschaft wahrnehmen. Auf einem kleinen Umweg war ich nun in die große Politik der Verbundleitungen und Ölinteressen hineingeraten und Dow war zufrieden, dass wir so mehr Informationen erhalten konnten.

Im Juni 2002 wurde mit einer Veranstaltung in einem Dorf bei Salzwedel der Baubeginn der Pipeline Stade-Teutschenthal eingeleitet. Die Nähe der Landesgrenze zu Niedersachsen war gewählt worden, weil sich beide Landesregierungen beteiligen wollten. In Abstimmung mit dem ‚Business‘ (Geschäftsbereich) konnte ich mit meiner Rede die ‚Vision‘ zum Bau des zweiten Crackers vortragen. Die Pipeline stand unter meiner besonderen Kontrolle, weil ich gern einige Wochen einsparen wollte, denn jeder Tag kostete sehr viel Geld. Der Arbeitsfortschritt war mit einem Kilometer pro Tag vorgegeben, so dass eine sehr gute Organisation erforderlich war (Bild 11) [8c].



Pipeline Stade-Teutschenthal

Bauarbeiten

gehen planmäßig voran

Seit dem ersten Spatenstich für den Bau der Pipeline Stade-Teutschenthal sind fast elf Monate vergangen. Elf Monate, in denen bislang knapp 350 Kilometer Rohrleitungen zwischen beiden Dow Standorten verlegt und verschweißt wurden. Gemeinsam mit der EAB Rohrleitungs- und Anlagenbau GmbH Leipzig als Generalauftragnehmer und vielen Partnerunternehmen realisiert Dow ein weiteres wichtiges Projekt zur Vernetzung der Standorte und zur Sicherung eines effizienten Produktionsprozesses. Zwischen Stade und Teutschenthal ist das Pipelineprojekt in drei Bauabschnitte mit einer Länge von 360 Kilometer aufgeteilt. Im Erdausbau wird die Trasse knapp 400 Kilometer lang sein. Davon werden in Sachsen-Anhalt ca. 215 Kilometer und in Niedersachsen ca. 190 Kilometer Rohrleitungen im Erdreich liegen.

Bislang verläuft alles nach Plan, bestätigt Projektleiter Edwin van Kreevelen. Lediglich die Wintermonate brachten etwas Zeitverzug, aber durch konzentrierte Aktionen und gut koordinierte Abstimmungen konnte der Rückstand ohne Mehrkosten wieder aufgeholt werden.

Mit Spezialtechnik ins Erdreich

Die Bagger haben sich durch insgesamt 17 Landkreise „gewühlt“. Dabei konnte nicht überall die Landschaft einfach so aufgebaggert werden. Naturschutzgebie-

te, Straßen, Autobahnen, Bahnlinien und Gewässer haben besondere Anforderungen bei der Pipelineverlegung gestellt. Bis dato waren knapp 1.000 besondere Querungen notwendig. Dabei gab es nicht wenige hautechnische Herausforderungen, bei der Spezialtechnik zum Einsatz kam. So wurden z.B. wichtige Verkehrswege wie die A 1 oder Flüsse wie der Mittellandkanal oder der Elbe-Seiten-Kanal und unter Naturschutz stehende Flächen mit einer besonderen Technologie unterquert. Mit Großbohrern wurde unter den „Hindernissen“ hindurch ein Kanal geschaffen, durch den dann das Pipelinrohr gezogen werden konnte. An der Oberfläche ist von dem Pipelineverlauf nichts zu sehen.

An der Trasse bislang unfallfrei

Selbstverständlich wird die Pipeline auch nach höchstem Sicherheitsstandard gebaut. Dafür sorgen nicht nur hochfestes Stahlrohr mit einem Durchmesser von 25 Zentimetern, sondern auch entsprechende Steuer- und Messeinrichtungen entlang der Trasse. Alle 20 Kilometer bilden z.B. Absperrstationen besondere Sicherheitseinrichtungen, um im „Falle eines Falles“ Rohrabschnitte abschotten zu können.

Eine gute Zusammenarbeit bescheinigt Edwin van Kreevelen allen Pipeline-Gewerken. Es gibt klar definierte Ar-

beitsaufgaben und Prozesse, die von allen Partnern auch mit einem hohen Arbeitssicherheitsstandard umgesetzt werden. Besonders stolz ist das Projektteam deshalb auch auf die mehr als 500.000 unfallfreien Arbeitsstunden. Hand in Hand mit den Trassenbauern arbeiten übrigens auch die Archäologen. So mancher wertvolle archäologische Fund wurde bereits ans Tageslicht gefördert. Ob Funde einer Urne aus der Zeit 800 vor Chr. oder der Bronze- und Eisenzeit – alle Grabungsergebnisse werden jetzt in den Landesämtern für Archäologie umfassend ausgewertet.

Als einen neuralgischen Punkt der Pipelineverlegung bezeichnet Edwin van Kreevelen noch einen Bauabschnitt bei Teutschenthal. Hier muß die Pipeline ehemaliges Bergbaugelände passieren, das auch mit Blick auf die künftige Autobahn A 143 derzeit verdichtet wird. Der Projektleiter ist jedoch optimistisch, dass kein großer Zeitverzug entsteht. Ab Juli soll schrittweise mit den ersten Tests der Pipeline begonnen werden. Als erstes geht ein so genannter intelligenter Molch auf Reisen und prüft das „Innenleben“ der Pipeline. Weitere funktionelle Tests werden sich anschließen, bevor im Oktober, so ist geplant, das erste Ethylen zwischen Stade und Teutschenthal fließen kann.

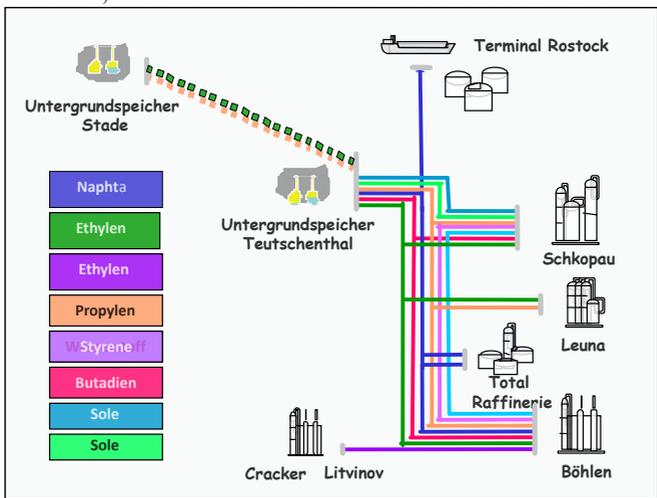
Bild 11 Fotomontage der Mitarbeiterzeitung „Around Dow“, 2-2003, über den Pipelinebau Stade – Teutschenthal [8c]

Ab März 2003 war ich regulärer Vertreter der Dow in dem Fachausschuss ‚Petrochemie‘. Das war unmittelbar vor dem Irak-Krieg. Mit dem Dow-Team ‚war preparation‘ was abgestimmt worden, dass wir keine zusätzliche Bevorratung vorsehen.

Die nächste Runde der Abstimmung der Petrochemie mit der Mineralölwirtschaft bezüglich der Bevorratung nach dem Mineralölbewirtschaftungsgesetz stand bevor. In den letzten Jahrzehnten war das nur eine formale Übung. Jetzt vor einem Irak-Krieg war das richtiger Ernst. Bei einer Verknappung (d.h. bei einem bestimmten Preis) werden von der Bundesregierung die Ölvorräte für die Raffinerien freigegeben. Für unser Naphta gibt es aber keine staatlichen Vorräte.

Die Mineralöl-Konzerne in dieser Runde waren britisch, niederländisch, amerikanisch (eine politische Front) oder französisch bzw. in russischer Abhängigkeit (die andere politische Front). Deutsche Mineralöl-Konzerne gab es überhaupt nicht mehr. Noch nie war ich so hautnah mit einem so brisanten Thema konfrontiert worden. Es war aber auch nicht ganz einfach, weil man ja nicht jede Meinungsbildung im Vorfeld genau abstimmen kann. Ich war immer gewohnt, dieses ‚Sprachregelung‘ zu nennen, aber bei Dow war man da sehr ängstlich, weil Kartellfragen juristisch nicht einfach sind.

Die Inbetriebnahme der Pipeline erfolgte im September 2003 mit einem Festakt in Stade. Wir hatten die Bauzeit eingehalten und mit den aus heutiger Sicht sehr niedrigen Baukosten von ca. 110 Mio. Euro (€) konnten wir auch sehr zufrieden sein. Rückblickend ist festzustellen, dass Dow diese Leitung alleine baute und daher auch heute noch alleine betreibt (Bild 12) [2a,5b,9a]. Es hat sich nie ein Interessent gezeigt, der bereit war, sich im Interesse des mitteldeutschen Rohstoffverbundes und der anderen



Chemiestandorte zu beteiligen.

Bild 12
Das Pipeline-System
des mitteldeutschen
Olefinverbundes
[2a,5b,9a]

Länderübergreifende Pipelineverbünde

Die westeuropäischen Standorte hatten meist eine Küstenlage oder Pipelineverbindungen zum Rohstoffaustausch. So war es naheliegend, sich ein solches System auch für Osteuropa vorzustellen. Es gab intensive Bemühungen mit zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen mit PKN (‚Polski Konzern Naftowy‘) Orlen, die am Standort Plock (dtsh.: Plozk) in der polnischen Region Masowien einen Cracker und den zugehörigen Verbundstandort betreiben. Weiter war Unipetrol mit dem tschechischen Standort Litvinov für uns von besonderer Bedeutung, weil nach wie vor eine nunmehr ertüchtigte Ethylenleitung Böhlen und Litvinov verknüpfte.

Ein wesentlicher Gedanke zur Erweiterung des Geschäftsfeldes war die Vorbereitung eines zweiten Crackers in Kooperation mit dem polnischen Unternehmen PKN Orlen und damit verbunden die Prüfung einer neuen Pipelineverbindung von Mitteldeutschland nach Plock. Im Dezember 2000 war dies Inhalt eines Strategieggespräches mit Ministerpräsident Dr. Reinhard HÖPPNER im Bau B 13 in Schkopau zum Thema ‚Entwicklung der chemischen Industrie in Mitteldeutschland‘. Für den Bau der Pipeline sollte die Finanzierung über eine Investmentgesellschaft organisiert werden. Bei solchen Themen stellten wir sehr schnell fest, dass die wirklich wichtigen Entscheidungen in Berlin oder Brüssel getroffen werden. Im kleinsten Kreis mit nur drei Beteiligten wurde dann die Idee geboren, die regionale Komponente in Verbindung mit dem Thema Chemieindustrie zu verknüpfen.

Der Leiter des Brüsseler Büros des Landes Sachsen-Anhalt, Thomas WOBEN, sprach andere europäische Chemieregionen an. Aus der Idee wurde eine Erfolgsgeschichte: Das Europäische Netzwerk der Chemieregionen (European Chemical Regional Network/ECRN) wurde gegründet und fungierte lange Zeit unter der organisatorischen Führung des Landes Sachsen-Anhalt als Interessenvertreter der Chemieregionen, wobei nach europäischem Verständnis ein Bundesland eine Region ist. Masowien in Polen wurde sofort unser Partner, aber auch zu Regionen in den Niederlanden, Spanien, Italien und nicht zuletzt in Deutschland konnten ganz neue Beziehungen aufgebaut werden. Das Netzwerk der Chemieregionen konnte uns bei manchem anderen Thema gut unterstützen.

Letztlich ist aus der Pipeline nach Plock und dieser speziellen Kooperation nichts geworden, obwohl wir ein wirklich schwergewichtiges Paket an ‚Technologie Know how‘ für Kunststoffanlagen und Finanzierung anbieten konnten. Rückblickend kann man feststellen, dass die für uns interessanten Unternehmen in Polen und Tschechien

zwar formell privatisiert waren, aber nach wie vor staatlich dominiert wurden. Damit war kein echtes Interesse an einer marktwirtschaftlichen Kooperation gegeben und insbesondere wurden die Verhandlungen gelähmt durch die häufig wechselnden Partner, da das Management je nach politisch wechselnder Ausrichtung auch ausgetauscht wurde.

Der Kampf um den zweiten Cracker

Der Cracker in Böhlen

Der Cracker in Böhlen war und ist die Rohstoffbasis des Olefinverbundes. Durch ‚Cracken‘ werden aus dem Naphtha (Rohbenzin, leichte Erdölfraktion) und anderen Erdölderivaten die Rohstoffe Ethylen, Propylen, Aromaten und die C4-Fraktion gewonnen, aus der dann Butadien und die Butene herausdestilliert werden. In weiteren Anlagen werden in einer sogenannten Wertschöpfungskette diese petrochemischen Grundstoffe zu Kunststoffen und Kautschuken verarbeitet (siehe Seite 8 „*Plaste und Elaste aus Schkopau*“). Der mit der Privatisierung ertüchtigte Cracker in Böhlen war nunmehr zu klein, um sich dauerhaft im Wettbewerb gegen neue Anlagen behaupten zu können. Damals entstanden solche Cracker in großer Zahl und meist mit doppelter Kapazität in den bevorzugten Regionen der Welt, aber außerhalb Europas. Unsere Intention war es, mit Rohstoffen aus Russland den sich entwickelnden Markt für Kunststoffe und andere Chemieprodukte in Osteuropa zu bedienen. Dazu war die Investition eines zweiten Crackers in Böhlen vorgesehen. Die vorbereitenden Investitionen für eine stabile Wasserversorgung des Standortes Böhlen und mit einer zusätzlichen Pipelineanbindung für Ethylen/Propylen des Olefinverbundes nach Stade an der Nordsee waren geordnet. Was fehlte waren die politischen Rahmensetzungen zu Emissionsrechten und Energieversorgung, um die Investition eines zweiten Crackers verantworten zu können. Die folgenden Abschnitte beschreiben das Ringen um Emissionsrechte sowie für Sonderkonditionen zur Fortführung des Aufbaus Ost.

Die Einführung des Emissionshandels

Der europäische Emissionshandel hatte günstige Regelungen mit kostenfreien Zertifikaten für Bestandsanlagen etabliert. Die große Frage war die Ausstattung von Neuanlagen mit Zertifikaten. Der VCI hatte eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sehr schnell eine Neupositionierung zu den Entscheidungen des EU-Ministerrates erarbeiten sollte. Eine Chance waren die ‚early actions‘, d.h. die frühen CO₂-Reduzierungen. 1990 war das Basisjahr der Betrachtungen zur CO₂-Reduktion. Mit der deutschen Einheit waren

sehr viele Anlagen der Kohlechemie und alte Kraftwerke in der DDR abgeschaltet worden.

Wir waren im besonderen Maße betroffen, weil wir als Einzelunternehmen den größten Anteil an der Reduzierung nach 1990 hatten. Daher kam die Idee auf, diese ‚early actions‘ nicht in einen Pool einzubringen, sondern selbst zu nutzen und gegebenenfalls den Überschuss zu vermarkten. Dann hätten wir genügend Zertifikate für eine kostenfreie Ausstattung einer Neuinvestition. Das war die Chance zur Realisierung des zweiten Crackers!

Dabei mussten wir mit Bedacht vorgehen, weil wir uns bisher aus Solidarität immer zu dem Pool bekannt hatten. Es zeichnete sich aber ab, dass diese Interessengemeinschaft auseinanderfallen würde. In diesem Fall mussten wir natürlich unsere Interessen wahren. Es war im Konzern abgestimmt, dass ich diese Frage nun in der Arbeitsgruppe des VCI selbst wahrnehmen sollte. Es war damit keine Aufgabe der Arbeitsebene mehr, sondern die Wahrung der Geschäftsinteressen.

In Frankfurt hatten wir beim Verband die spannende Auseinandersetzung mit BASF, Shell und anderen Unternehmen zum Umgang mit der neuen Richtlinie zum Emissionshandel. Der Vorstand des Verbandes hatte am 31. Januar 2003 seine Sitzung in Leipzig und bei uns im Werk Schkopau. Bart J. GROOT (Bild 13) [10] als neues Mitglied des Präsidiums fungierte als Gastgeber. Von den 20 Mio. t CO₂ - Reduktion, die der Verband behauptete, kamen allein 3 Mio. t von unserem Unternehmen, die im Wesentlichen auf den Abstellungen von alten Kraftwerken und der Karbidchemie beruhten. Wir beanspruchten das jetzt für uns, um damit kostenlose Zertifikate für den neuen Cracker (Bedarf: 1,5 Mio. t Zertifikate) und für weitere Möglichkeiten zu erhalten.

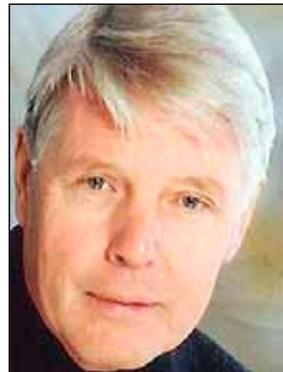


Bild 13 Bart GROOT als Mitglied des Präsidiums des VCI und Gastgeber der Vorstandssitzung am 31.1.2003 in Leipzig [10]
(Aufnahme: 2002, vgl. Bild 20a auf Seite 27)

Spannend war die Diskussion über die herrenlosen Reduktionen der untergegangenen Unternehmen und Standorte. Die meisten Reduktionen hat ja die deutsche Einheit beschert. Wir haben wirklich den ganzen Tag zum Formulieren benötigt. Ich war nun

aufgefordert, die spezielle Situation unseres Unternehmens und des Ostens (in der VCI-Sprache: Nordostchemie) bei der oben erwähnten Vorstandssitzung direkt selbst vorzutragen. Es war sicher richtig, in diese Arbeitsgruppe mit einzusteigen.

Zum Thema Emissionshandel hatten wir richtigen Nachholbedarf, weil es Arbeitsgruppen beim Umwelt- und beim Wirtschaftsministerium in Berlin gab, in denen neben den Verbänden die BASF, Bayer und E.ON direkt vertreten waren. Es waren erst einmal die Weichen zu stellen, so dass wir dort auch Sitz und Stimme erhielten. Dabei habe ich aber Dow/BSL sozusagen stellvertretend für die Chemiestandorte der neuen Bundesländer eingebracht, weil ein weiterer Zugang nur über die Funktion des Verbandes Nordostchemie begründbar war.

Wenn es nochmals in Westeuropa einen Crackerbau geben sollte, dann konnte er nur auf Basis unserer Abstellungen der Karbidchemie im Jahre 1991 („early actions“) ohne Zusatzkosten für Zertifikate dargestellt werden. Daher gab es hier existenzielle Interessen, die andere Firmen nicht teilen konnten. Der Kampf um die künftigen Zertifikate hatte höchste Aufmerksamkeit, weil das für einen Cracker Zusatzkosten von 30 bis 50 Mio. €/a bedeutet hätte. Das wäre in Wirklichkeit der Todesstoß für ein solches Projekt gewesen.

Bei einer Sitzung des VCI prallten die Meinungsunterschiede Ost - West, Großbetriebe - Standortdienstleister, Chemie - Mineralöl in voller Wucht aufeinander. Es ging um die Positionierung zu dem zukünftigen deutschen Zuteilungsplan, der die Zertifikate für die Anlagen, aber auch für die zukünftigen Investitionen zuordnen sollte. Mit unserem neuen Cracker war ich ein ausgesprochener Außenseiter, weil andere nicht an ein solches Investment glaubten oder aber die starke Konkurrenz fürchteten. Wenn unser Cracker käme, wäre beispielsweise die bayrische Olefinchemie bedroht gewesen, die einfach zu kleine Kapazitäten hatte. Ich hatte das schon mal gespürt, als uns keiner glauben wollte, dass wir die Pipeline von Stade nach Mitteldeutschland bauen. Nach einem großen Artikel in einer Fachzeitschrift war das nun eine Realität. Der nicht von uns lancierte Artikel beschrieb auch den zweiten Schritt: die vorgesehene Propylenlieferung von Mitteldeutschland nach Stade nach dem Bau des zweiten Crackers. Bart GROOT hatte bei dem Treffen des Fachverbandes Organische Chemie dann auch sehr genüsslich, aber doch wieder bescheiden von unserem geplanten zweiten Cracker gesprochen, so dass nun alle munter waren.

Die meisten Unternehmen hatten gar keine Unterlagen, um die angeblich hohen Emissionen des Jahres 1990 nachzuweisen. Wir hatten diese vorsorglich zertifizieren lassen und waren damit in einer Ausnahmeposition.

Mit einem Paukenschlag begann eine Woche im Mai 2003 in Frankfurt für mich: BASF hatte mit Bayer, Shell und BP Verbündete gefunden, die sich mit einem gemeinsamen Papier gegen die Berücksichtigung der ‚early actions‘ der neuen Bundesländer aussprachen. Ich hatte das gleich in die Dow-Welt vermittelt und Vorstandsmitglied Romeo KREINBERG (Bild 14) [8d] hat dann auch noch in Washington Bundesminister Wolfgang CLEMENT ansprechen können. Es gab eine dumme Antwort: *„Ihr habt doch schon so viel bekommen, was wollt ihr denn jetzt noch haben?“*. Ich war über das BASF-Papier sehr betroffen, aber die Dow-Reaktion war für mich unerwartet positiv: Jetzt hatten wir klare Verhältnisse und konnten politisch frei agieren.

Bild 14
Romeo KREINBERG,
Präsident des Dow-Geschäftsbereiches ‚Polyethylene‘
und Dow-Vorstandsmitglied [8d]



Die wichtigste Veranstaltung des Jahres 2003 war der Besuch von Bundesminister Manfred STOLPE und dem amerikanischen Botschafter Dan COATS im Juni in Schkopau. Die Vorbereitungen waren noch aufwendiger als für einen Kanzler, weil es für den amerikanischen Botschafter besondere Vorkehrungen gab. Die Grundsteinlegung für die zweite PET-Anlage war nur das Beiwerk, weil es hauptsächlich um den zweiten Cracker ging. Mit der Bundesregierung wurde verabredet, dass unsere Investition als Beispiel für die Novellierung des Investitionszulagen-Gesetzes verwandt werden soll.

Für uns war von Vorteil, dass wir in das Novellierungsverfahren direkt informativ eingebunden wurden. STOLPE war übrigens von seinem Besuch bei uns echt beeindruckt. Ich habe ihn nämlich anschließend bei einer Veranstaltung mit den sächsischen Kammern gehört und dort erzählte er sehr emotional von seinem Besuch in Schkopau und den Eindrücken, die er da gewonnen hatte. Er verglich das mit einem Besuch aus der Vorwende-Zeit und meinte, dass die Amerikaner die zuverlässigeren Investoren

seien, weil sie es nicht nur bei der Privatisierung bewenden lassen, sondern einen strategischen Ansatz hätten. Er hätte da viele Erfahrungen mitgenommen und an diesem Tag viel gelernt. Weiter meinte er, dass nur zwei Branchen beim Aufbau Ost ein Erfolg wären: die Chemieindustrie und die Landwirtschaft.

Beim VCI eskalierte der Streit zwischen BASF und uns. So war ich bereits mit einem sehr frühen Zug nach Frankfurt gefahren, um ein Vorgespräch mit dem VCI-Geschäftsführer führen zu können. Dabei wurde mir deutlich, dass der Verband kaum vermitteln kann, weil es um harte Interessen-Gegensätze und viel Geld ging. Ich habe in der dann folgenden sechsstündigen Beratung einen Kompromiss-Vorschlag unterbreitet, der zu einer gemeinsamen Position der chemischen Industrie zurückführen sollte: Verwendung der ‚early actions‘ für die vorrangige Ausstattung der Unternehmen mit Zertifikaten für Investitionen in der Periode bis 2012. Andere Neuinvestitionen und Kapazitätserweiterungen sollten nachrangig bedient werden, wenn es dann noch eine Reserve gibt. Damit habe ich den Verzicht angeboten, diese Zertifikate auf Basis ‚early actions‘ zu veräußern. Bayer fand diesen Vorschlag akzeptabel, aber BASF sah darin keine Lösung.

In Berlin beim Wirtschaftsministerium ging es um das gleiche Thema. Ich hatte schon einen Kompromiss formuliert, mit dem auch die BASF und der VCI leben sollten: Zu-



erkennung unserer ‚early actions‘ für Neuinvestitionen, aber Verzicht auf den Handel mit diesen Zertifikaten. Ich konnte darüber aber nur als Möglichkeit sprechen, weil gleichzeitig das entscheidende Gespräch zwischen dem Dow-Präsidenten und CEO William S. STAVROPOULUS (1993-2000 und 2002-2006, Bild 15) [10] und BASF-Chef Jürgen STRUBE in New York stattfand.

Bild 15
Dow-Präsident und CEO
William S. STAVROPOULUS [10]

Im Vorfeld galt es, dazu konzernintern noch Papiere auszufertigen und unseren CEO telefonisch auf das Thema einzustimmen. Erst nach diesem Gespräch, natürlich in Abhängigkeit von dem Ausgang, könnte ich mit dem VCI und mit BASF über neue Formulierungen reden. Die nächste Beratung zum Emissionshandel in Frankfurt verlief äußerst negativ für uns. BASF hatte sich mit anderen schon abgestimmt, so dass die für den Abend ausstehende Entscheidung des VCI-Präsidiums in Wirklichkeit schon vorbestimmt war. Unser Kompromissangebot lief also ins Leere. Es gab eine gemeinsame Positionierung des VCI, der unsere Interessen nicht berücksichtigte und die individuelle Zuerkennung von ‚early actions‘ für einzelne Firmen nicht vorsah. Jetzt mussten wir uns neu aufstellen und politisch allein agieren. Unsere natürlichen Verbündeten waren Vattenfall mit seinen Kraftwerken und die ostdeutschen Länder. Es gab eine Abstimmung mit dem für den Cracker zuständigen Vorstandsmitglied zur zukünftigen Wahrnehmung der Geschäftsinteressen bei der deutschen Politik und bei den deutschen Behörden.

Im Ergebnis sagte mir Bart GROOT, dass man davon ausgeht, dass ich noch die nächsten Jahre mitarbeiten werde. In der Zwischenzeit sollten zwei jüngere Kolleginnen für die Aufgabenfelder Emissionshandel, Energiesteuern usw. eingearbeitet werden, um dann entscheiden zu können, wer die Richtige für die Nachfolge sein wird. Diese beiden Kandidatinnen waren bereits bei uns im Energie- bzw. Genehmigungsbereich tätig. Es war positiv, dass man meine Hauptargumente beachtet hatte: Muttersprache deutsch und Verständnis für die hiesige Politikultur. Die Gefahr war sehr groß, einen Niederländer oder Amerikaner zu wählen, weil die das Geschäftsfeld dominierten. Voraussetzung für mich persönlich war allerdings, dass ich mit dem noch nicht benannten Nachfolger von Bart GROOT klarkommen würde. Der Aufsichtsrat beschloss im August 2003 gesellschaftsrechtliche Änderungen. Die Aktivitäten wurden auf der Dow Olefinverbund GmbH mit Sitz in Schkopau zusammengezogen. Ich wurde einer der drei Geschäftsführer.

Das Ringen um Sonderkonditionen für Investitionen im Osten Deutschlands

Unser Streit mit den Großen der westdeutschen Chemieindustrie eskalierte. Sie wollten alles tun, um einen Ausbau der Petrochemie in Mitteldeutschland zu verhindern. Das haben sie uns auch ganz offen gesagt.

Wir waren sehr betroffen, dass beim Kanzlergespräch am 18. September 2003 nur die Energieunternehmen und von der Chemie einzig BASF geladen waren. Meine Inter-

vention beim Kanzleramt war erfolglos: Der Austausch Dow statt BASF oder Dow zusätzlich wären nicht denkbar.

Andererseits war ich beim Wirtschaftsministerium eingeladen zu dem Abteilungsleiter, der Bundeswirtschaftsminister Wolfgang CLEMENT zu dem Gespräch begleitete. Da wollten sie Lösungswege aufzeigen. Es ging auch um die sogenannte Härtefallregelung für energieintensive Verfahren wie die Chlorchemie, weil die Erlangung eines normalen Strompreises von dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Jürgen TRITTIN jetzt als Subvention umgedeutet wurde. Das war wirklich eine verkehrte Welt: Wer weniger Abgaben für die erneuerbare Energie bezahlte, der galt als subventioniert und nicht die Windkraft, die vom EEG profitiert.

Diese Wochen waren geprägt durch die interne Kommunikation über unser Verhältnis zu den Großen der westdeutschen Chemieindustrie und die Möglichkeiten, doch die politische Unterstützung direkt und ohne den Verband zu erreichen. Ich war recht gestresst und Bart GROOT meinte zu mir tröstend: „*Wir beide werden unseren Kopf bei Dow behalten.*“ Das war an sich gar nicht meine Sorge.

Wir mussten die Papiere für unser gesamtes Investitionspaket fertigstellen, um noch in diesem Jahr die Förderbescheide zur Gemeinschaftsaufgabe (GA) zu bekommen. Am 30. September 2003 war dazu die große Beratung bei uns, zu der die Ministerien von Sachsen-Anhalt und Sachsen kommen würden. Die Stimmung im Unternehmen war fast euphorisch, so dass wir recht mühelos die Absichtserklärung über sage und schreibe drei Mrd. € klar bekommen haben. Das Paket umfasste den zweiten Cracker mit seinen Ausbaustufen, aber auch alle zugeordneten Anlagen der Weiterverarbeitung wie beispielsweise der Kunststoffherzeugung. Das war sozusagen im Umkehrschluss: Wenn wir hier nicht ernsthaft jetzt den Antrag stellen würden, dann gäbe es eben keine Zertifikate.

Im November 2003 wurde vom Kanzleramt die Liste unserer Investitionen abgefordert. Sie hatten Bart GROOT angerufen und ich habe dann gleich einen Brief ausgefertigt. Stunden danach bekamen wir aus der Dow-Zentrale in Midland/USA die Mitteilung, dass Dow's CEO William STAVROPOULUS (Bild 15) zu einem Lunch mit Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER am 21. November 2003 in New York eingeladen war. Wir sollten Unterlagen für die Vorbereitung zusammenstellen. Da wurde mir klar, dass die Liste beim Kanzleramt dann nur für Verwirrung sorgen kann. Die Horrorvariante war: SCHRÖDER dankt STAVROPOULUS für die Absicht, drei Milliarden Euro in Mitteldeutschland zu investieren. STAVROPOULUS müsste erklären, dass dies

noch nicht entschieden sei und wie viele Vorbehalte und Voraussetzungen es dazu gäbe.

Ich hatte also erst einmal ein Telefongespräch mit dem Kanzleramt, um die weitere Vorbereitung sauber abzustimmen. Zum Glück hatte ich den Gesprächsfaden mit allen wichtigen Aussagen vom Kanzlerbesuch in Schkopau vor zwei Jahren in meinem Speicher. Das habe ich dann gleich intern elektronisch verteilt. Günstigerweise hatte ich auch die englische Version. Überrascht habe ich dann selbst festgestellt, wie konsistent wir mit unseren Aussagen waren und dass manche Themen immer noch standen.

Im Dezember 2003 war unser erster Aufsichtsrat für die neue gesellschaftsrechtliche Konstellation. Ich war die einzige Person, die alle Etappen der verschiedenen Gesellschafter überlebt hatte. Seit August 1990 saß ich regelmäßig bei den Aufsichtsratsrunden für die Geschäftsleitung mit am Tisch. Es gab dabei zwar eine längere Periode als Generalbevollmächtigter, aber anwesend war ich immer. Sicher habe ich dabei auch ernsthafte Gegner gehabt, aber ich hatte sie alle überlebt. Das ist schon ein eigenartiges Gefühl, wenn man ringsherum erlebt, dass fortlaufend Personen und Strukturen wegbrechen.

Durch die Verbandsfunktionen hatte ich ja einen guten Überblick, was sich in anderen Unternehmen so abspielte. Mit viel Mühe hatte ich jetzt eine Position, die faktisch für die Strategie der Unternehmensentwicklung in Deutschland zuständig war. Das wäre vor drei Jahren bei Dow noch undenkbar gewesen. Offiziell wurde das nicht so ausgewiesen, aber das war für mich nicht wichtig.

Im Februar 2004 fand eine Beratung der ostdeutschen Ministerien zum Emissionshandel in Potsdam statt. Geleitet wurde sie von Dr. Hartmut MANGOLD aus dem STOLPE-Ministerium, der die Gespräche mit dem Kanzleramt koordinierte. Als Unternehmen waren nur Vattenfall und wir geladen, wobei ich unsere Beteiligung über Sachsen-Anhalt eingefordert hatte. Dr. MANGOLD meinte, die Zeit der Fensterreden wäre vorbei und jetzt müssten alle Beteiligten klar definieren, was geregelt werden muss, damit in Deutschland weiter investiert wird. Unser Konzept kannte er sehr gut, weil er es bisher auch immer begleitet hatte. Wir haben dann mündlich und anschließend schriftlich eine Position entwickelt, mit der wir für die ‚early actions‘ die Festlegung forderten, dass mit einer Gleichbehandlung alle Modernisierungen und Neuinvestitionen für 15 Jahre nach der Inbetriebnahme keine weiteren Reduktionen geleistet werden müssen, weil sie den Stand der Technik repräsentieren. Die Ernsthaftigkeit unserer

Investitionsabsichten konnten wir im Februar 2004 mit der Genehmigung ‚Vorbescheid‘ für den zweiten Cracker belegen, die wir vom Regierungspräsidium Leipzig auf Basis unseres Antrages erhalten hatten.

Jeden Tag gab es jetzt viele Seiten von Formulierungen und Vorschlägen, weil die Lösung bis Ende März zur Einreichung bei der EU fixiert sein musste. Ich bekam sowohl vom BDI (**B**und **D**eutscher **I**ngenieure) als auch vom VCI sofort die neuesten Papiere, aber die direkten Gespräche mit den Ministerien waren das wirklich Entscheidende. Mit den Gesprächen wurde mir deutlich, dass über die Bewilligung der Förderbescheide recherchiert wurde, welche Investitionsabsichten überhaupt noch in den neuen Bundesländern anstehen. Da waren wir der größte Brocken mit einer aktuellen Genehmigung als Vorbescheid für den zweiten Cracker vom Regierungspräsidium Leipzig.

Im März 2004 war in Berlin eine Besprechung mit den ostdeutschen Wirtschaftsministerien, zu der nur Vattenfall und wir als Vertreter der Wirtschaft zugeladen waren. Thematisch ging es um die Vorbereitung der Sonder-Ministerkonferenz aller Bundesländer mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang CLEMENT, bei der über die Umweltbelastungen der Wirtschaft verhandelt werden sollte. Das Ergebnis wurde pressewirksam: Alle unterstützten CLEMENT gegen TRITTIN. Es gelang sogar den Berliner Senator Harald WOLF (PDS) mit ins Boot zu holen, wobei Berlin nach meiner Erfahrung am schwierigsten war. Als die Vertreterin des Senates in unserer Besprechung grüne Standpunkte vertrat, habe ich ihr klar gesagt, dass die Wirtschaft sehr wohl registriert, in welchen Bundesländern ihre Investitionen noch erwünscht seien. Es ging dabei um sehr konkrete Fragen bezüglich der Genehmigungen. Hinterher war sie unter dem Druck ihrer Kollegen aus den anderen Ländern dann doch sehr betroffen. Es wurde verabredet, die Runde auch zukünftig aufrecht zu erhalten, weil die Ministerien meinten, dass diese Art der offenen und sehr direkten Gespräche für sie sehr nützlich seien.

Im April 2004 fiel die Entscheidung zum Emissionshandel. Unser zweiter Cracker wurde dabei zwar listenmäßig berücksichtigt. Allerdings gab es keine rechtsverbindliche Vereinbarung und keine Sonderstellung für ‚early actions‘. Im Gegensatz zu uns war Vattenfall mit seinen Kraftwerken noch schlechter weggekommen. Das hätte ich an sich nicht vermutet, weil sie den direkten Draht zur Politik hatten. Entscheidend war am Schluss wohl, dass wir für den zweiten Cracker den Vorbescheid nach dem **Bundesimmissionsschutzgesetz** (BImSchG) und die Förderbescheide hatten, während

Vattenfall sich schnell noch Investitionen ausgedacht hatte, die aber durch nichts belegt waren.

Kurz darauf war eine Dow-Videokonferenz als virtuelle Zusammenkunft eines internationalen Teams zum Emissionsrechtehandel, das dabei von dem zuständigen Vorstandsmitglied ausgezeichnet wurde. Von der Auszeichnung wusste ich vorher nichts, so dass ich mich mehr auf eine Diskussion zur Weiterführung der Projekte vorbereitet hatte. Das Ganze war dann sozusagen eine ‚virtuelle Kaffeetafel‘: Ich saß allein in unserem großen Konferenzraum vor einem Kuchenteller, einem Blumenstrauß und einer Kaffeetasse. Auf der Leinwand waren dann immer die zu sehen, die gerade das Wort bekamen, wobei an den leitenden Standorten mehr saßen und von den produzierenden ‚Sites‘ (Standorte) gab es ein oder zwei Beteiligte. Ich hatte mich umsonst vorbereitet, wie ich die komplizierten Zusammenhänge am besten überzeugend ausdrücken könnte. Es gab dafür Reden, mit denen sich alle feierten, wie großartig wir waren. Ich war nun viele Jahre dabei, aber die amerikanische Unternehmenskultur war für mich trotzdem immer noch sehr gewöhnungsbedürftig.

Neuerdings sollte der Prozess von Amerikanern aus Midland und Houston geführt werden, die keine Ahnung von dem sehr komplizierten europäischen Gesetzeswerk hatten. Europäisch intern mit Terneuzen, Tarragona und Zürich hatten wir das kürzlich schon als unmöglich charakterisiert, weil wir immer nur Selbstverständlichkeiten erklären mussten, die wir sowieso nicht beeinflussen konnten. Ich dachte also, dass es dazu eine Problemdiskussion geben würde. Als aber die Freudenbezeugungen vorbei waren, haben sich die Amerikaner aus dem Netz verabschiedet und diejenigen, die es immer machten, waren allein. Wir haben uns dann noch eine Stunde ausgetauscht, aber das war dann unkompliziert. Es war für mich sprachlich auch viel leichter das Englisch der Niederländer oder Spanier zu verstehen.

Die komplizierten Gespräche zur Einführung des Emissionshandels mit der Möglichkeit einer Sonderstellung der ‚early actions‘ habe ich bewusst so ausführlich geschildert. Aus heutiger Sicht weiß ich: Das war die vertane politische Chance, die Erfolge der Privatisierung durch nachhaltige Investitionen im Osten zu sichern. Mit einer Sonderstellung der ‚early actions‘ für weitere Investitionen, wäre der zweite Cracker mit Sicherheit in dem vorgesehenen Zeitfenster bis 2012 realisiert worden. Damit wäre das mitteldeutsche Chemiedreieck der bedeutendste Standort der Petrochemie in Deutschland geworden, so wie er vor 100 Jahren der bedeutendste Standort der Kohlechemie

war. Der Westen Deutschlands war aber insgesamt nicht mehr gewillt, den Aufbau Ost mit einer neuen Investitionswelle im Osten wieder zu beleben.

Rückblickend sind die ‚early actions‘ mit der Stilllegung von Industrie im Osten bis heute der wesentliche Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Klimaschutz. Bezugsjahr der CO₂-Minderung ist ja nach wie vor das Jahr 1990. Die Maßnahmen nach 2000 wie EEG oder CO₂-Bemessung für Mobilität zeigen keine nennenswerte Wirkung. Jetzt soll der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung das leisten. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, dass es wieder der Osten ist, der diesen Strukturwandel vornehmlich zu stemmen hat.

Wir forderten die Fortführung des Aufbaus Ost mit Steuererleichterungen und insbesondere mit einer angemessenen Investitionszulage ein, die nicht zu den Einkünften der Unternehmen rechnet und im Jahr nach der Investition unmittelbar ausgezahlt wurde. Politisch gab es Bestrebungen mit dem ‚Steuervergünstigungsabbaugesetz‘ beispielsweise die Verlustvorträge zu strecken. Damit fehlten genau die Mittel, die wir intern argumentativ benötigten, den gegebenen Nachteil durch die fehlende Küste auszugleichen. Einmal ging es um die Förderkonditionen für unser Investment von immerhin zwei Mrd. €. Es galt den optimalen Ansatz zu finden: gemeinsamer Antrag für Schkopau und Böhlen, oder länderweise getrennt.

Dann ging es um die Frage, ob man durch Einhaltung von bestimmten Grenzen das komplizierte Notifizierungsverfahren in Brüssel vermeiden sollte. Das hätte mit einer Förderung von zwei mal 49 Mio. € so funktioniert. Mit dem Bund war verabredet, dass unsere Investition als Beispiel für die Novellierung des Investitionszulage-Gesetzes verwandt werden soll. Für uns war das der Vorteil, dass wir in das Novellierungsverfahren direkt informativ eingebunden wurden.

Wenn jetzt über die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Sonderkonditionen für die Reviere eingefordert werden, fallen mir leider sofort die damaligen politischen Diskussionen ein, die letztlich keine Fortsetzung des ‚Aufbau Ost‘ brachten.

Dow positioniert sich zu dem zweiten Cracker

Aus heutiger Sicht wird mancher zweifeln, ob die Investition eines zweiten Crackers in Böhlen wirklich vorgesehen war (s.o.). So meinte der für den Aufbau Ost zuständige Dr. Sven-Christian KINDLER vom Bundeskanzleramt bei einem parlamentarischen

Abend im April 2003, wir würden nur pokern und wollten nicht wirklich einen Cracker bauen. Die folgenden Zeilen machen sicher deutlich, dass wir uns ernsthaft darum bemühten. Die Rahmensetzungen der Politik und der sich globalisierenden Wirtschaft haben uns letztendlich nicht in genügendem Maße unterstützt.

Infolge der ablehnenden und zweifelnden Haltung der Politik gab es 2003 eine interne Telefonkonferenz, aber letztlich sollte es nun ein Dow-Gespräch mit dem zuständigen Vorstandsmitglied geben, um Strategie und Taktik genauer abzustimmen. Dies fand mit dem für das Geschäftsfeld ‚Hydrocarbons‘ (Cracker) zuständigen Dow-Präsidenten Theo WALTHIE (Bild 16) [8e] in Zürich statt.

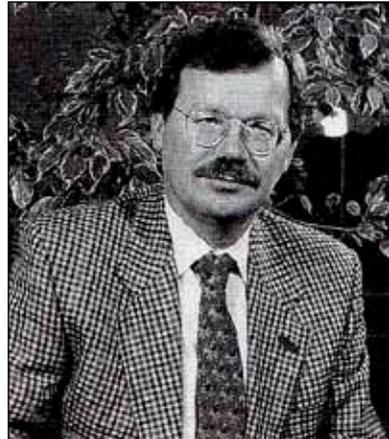


Bild 16
 Theo WALTHIE,
 Präsident des Dow-Geschäftsbereiches
 ‚Hydrocarbons‘ (um 1996) [8e]

Bart GROOT hielt es für wichtig, dass es einmal ein persönliches Gespräch gab und nicht nur Telefonkonferenzen. Hauptthema war der Emissionshandel. Seit Wochen lebten wir in einer Welt der Missverständnisse, weil die Amerikaner die vielen Institutionen (BDI, VCI, Länderbehörden, IHK, Bundesbehörden, einzelne Unternehmen, Branchenverbände) nicht richtig einordnen konnten. Alle formulierten Meinungen zum Emissionshandel, die dann teilweise übersetzt, aber kaum richtig eingeordnet wurden. Daher war die Besprechung sehr wichtig, um Taktik und Strategie abzusprechen. Der Präsident wollte auch mit der BASF und der Bundesregierung sprechen, aber das machte nur Sinn, wenn er die Dinge richtig einordnen konnte. Der einfachste Weg wäre das Weitertreiben unseres Genehmigungsverfahrens und dann die Argumentation, dass genehmigte wie existente Anlagen behandelt werden sollten. Der Tag in Zürich war wirklich ein Erfolg, weil unsere Positionierung jetzt klar war: 900 Kilotonnen/Jahr (kt/a)-Cracker bis 2008 und eine weitere Ausbaustufe von 600 kt/a bis 2012. Das hätte eine fast Vervierfachung der Kapazitäten in Böhlen bedeutet.

Zu unserer Aufsichtsratssitzung im Juli 2004 war vom amerikanischen ‚Dow-Board‘ (Dow Vorstand) Theo WALTHIE gekommen. Es gab also wieder Gelegenheit zu einem

direkten und intensiven Gespräch wegen der künftigen Investitionen. Die eigenartigen Videokonferenzen kann man damit ja nicht vergleichen. Er wollte den zweiten Cracker, aber wir sollten uns dazu verstärkt um die Sicherung der Naphtha-Lieferungen aus Russland kümmern. Weiter sollte ich direkten Kontakt halten zu meinen Gesprächspartnern bei BASF in den entsprechenden Gremien. BASF war als einziges Verbundunternehmen ähnlich wie Dow aufgestellt. Damit war BASF sowohl Wettbewerber, aber gleichzeitig politisch auch strategischer Partner. Dow hatte durch die Umorganisation und das Alter einige Manager verloren, die solche strategischen Dinge wahrgenommen hatten.

Die Sommerpause entfiel in diesem Jahr, weil am 31. August bzw. 17. September 2004 die Anträge zu den Emissionsrechten und zum EEG (Erneuerbare Energien)-Gesetz eingereicht werden mussten. Letztlich waren es dicke Ordner mit vielen Daten. Zertifizierer und Wirtschaftsprüfer mussten diese bestätigen, auch wenn es immer noch Unklarheiten bei der Interpretation der neuen Gesetze gab. Die entsprechenden Mitarbeiter in fast allen Firmen hatten daher Urlaubssperre. Ein Verpassen der Frist oder unvollständige Anträge hätten die Zertifikate bzw. Steuergutschriften in Millionenhöhe gefährdet, so dass man sich keine Patzer leisten durfte. Bei einer Abstimmungsrunde des VCI wurde festgestellt, dass es so schludrige Gesetze noch nie gegeben hatte. Die beteiligten Behörden waren völlig hilflos und wollten nicht interpretieren. Wir bekamen den schriftlichen Rat aus dem sächsischen Umweltministerium für mehrere denkbare Interpretationen ‚hilfsweise‘ zu beantragen, weil nur in Berlin entschieden werden könne. Damit mussten wir für einige Anlagen drei Anträge stellen.

Da ich parallel die Vorgänge in den Niederlanden und Spanien für die anderen beiden Hauptstandorte mit verfolgen konnte, wusste ich, dass der ‚deutsche Unsinn‘ ohne Beispiel war. Damit hatten wir im Konzern auch keinen guten Stand, weil schnell die Meinung aufkam: „*Warum soll man an deutschen Standorten überhaupt noch investieren?*“ Von der Öffentlichkeit wurde gar nicht richtig wahrgenommen, welchen Schaden der Bundesumweltminister Jürgen TRITTIN und seine Partei anrichteten. Die SPD war da immer großzügig, weil sie den Grünen dieses Spielfeld überließ, um die Koalition zusammen zu halten.

Die letzte Hoffnung für den zweiten Cracker war der für Mai 2005 vorgesehene Kanzlerbesuch. Inhaltlich hatte ich bereits 2004 die Diskussion eingeleitet, was wir uns vom Kanzlerbesuch wünschen sollten. Das ist ja durchaus üblich und wird vorher verhandelt, weil der Kanzler ja nur der Überbringer der guten Botschaft ist. Was die Politik

von uns will, hatten wir schon an die Dow-Entscheider vermittelt. Es war vom Dow-Vorstandsmitglied und Vizepräsidenten Pedro REINHARD (Bild 17) [8f] positiv aufgegriffen worden: ein strategisch ausgerichtetes Investitions-Paket, weitere Ansiedlungen in der Wertschöpfungskette sowie mehr Forschung und Entwicklung in den beiden Clustern Chemie/Kunststoffe und Automobil.



Bild 17
Dow Vorstandsmitglied und Vizepräsident
Pedro REINHARD [8f]

Mit dem Projekt eines zweiten Crackers und weiteren Investitionen war Anfang der 2000er Jahre ein erheblicher Ausbau der Dow Olefinverbund GmbH vorgesehen. Die Vorbereitungen des Standortes Böhlen für die Investition des zweiten Crackers waren im Jahr 2003 abgeschlossen. Genehmigung, Finanzierbarkeit und politische Unterstützung für diese Großinvestition des Rohstoffverbundes haben die Voraussetzung geschaffen, im gesamten mitteldeutschen Chemiedreieck die Basischemie und die Kunststofftechnik weiter voran zu bringen – es war eine spannende Geschichte.

Letztlich fehlte die politische Unterstützung für eine solche Großinvestition in Mitteldeutschland. Der Aufbau Ost stagnierte. Mit Einführung des Emissionshandels und einer neuen Chemikalienpolitik gab es in Europa und insbesondere mit ‚Rot/Grün‘ in Deutschland Weichenstellungen der Umweltpolitik, die Investitionen nicht gerade begünstigten. Leider verlor Europa mit dem Emissionshandel, den Unwägbarkeiten des Steuerrechts und insbesondere durch die Unberechenbarkeit der politischen Willensbildung in diesem Jahrtausend seinen Platz als Zukunftsstandort von Basischemie. Daher war es trotz vielseitiger politischer Unterstützung nicht möglich, das Vorhaben umzusetzen.

Das Ringen um weitere Investitionen

Die vergeblichen Bemühungen um den Erhalt der Propylenoxid-Chemie in Mitteldeutschland

In Schkopau war im Jahr 1938 eine Ethylenchlorhydrinanlage in Betrieb gegangen, die 1971 von Ethylenoxid (EO) auf die Produktion auf Propylenoxid (PO) umgestellt

worden ist [11a]. PO gewann damals als Zwischenprodukt für die Herstellung ungesättigter Polyesterharze sowie der Polyurethane zunehmend an Bedeutung. Das Buna-Werk stellte in den 1980/90er Jahren bis zu 50 kt/a PO nach dem Chlorhydrin-Verfahren her, wobei Chlor nur Reaktionsvermittler ist und nach einer Verseifung als Salz der Vorflut zugeführt wird. Nach diesem Verfahren wird heute, 100 Jahre nach seiner Entdeckung durch Moses GOMBERG, weltweit immer noch fast die Hälfte des PO erzeugt. Die in Schkopau bis 1996 genutzte, veraltete Technologie war aber nicht zukunftsfähig [11a].

In den 1970er Jahren bewerteten wir alternative Verfahrensmöglichkeiten zur Herstellung von PO. Dabei stand auch die Epoxydation mit Hydroperoxid kurz zur Diskussion, konnte aber nicht weiterverfolgt werden, weil der DDR nach dem Potsdamer Abkommen die Herstellung und Verwendung konzentrierter Wasserstoffperoxid (H_2O_2)-Lösungen nach wie vor untersagt war. Folglich entschieden wir uns für die Direktoxydation. Wir bauten und betrieben gemeinsam mit einem Partner in Novaky/Slowakei eine Versuchsanlage zur unkatalysierten Flüssigphasenoxidation. Wir erreichten aber nur Selektivitäten knapp unter 20 % PO, so dass die geplante Technologie vor allem aus zahlreichen Destillationen bestand [11b]. Deshalb wurde diese Verfahrensentwicklung nicht umgesetzt. Für mich war sie aber das Beispiel eines großen Wissenszuwachses zur Technologie und Wirtschaftlichkeit - trotz oder gerade wegen dieser Erfolglosigkeit. Bei Industrieforschung versucht das Team alle gangbaren Wege abzuklären, weil klar ist, dass es nach einem Abbruch kein ‚Weiter‘ gibt. Dow hat nach 1995 alle diesbezüglichen Patente übernommen [11b].

In der Privatisierungsphase Mitte der 1990er Jahre sahen wir im Ausbau der PO-Herstellung eine gute Chance und planten zunächst die Erweiterung der Chlorhydrin-Anlage auf 60 kt/a PO. Nach einer Diskussion dieses Konzeptes mit Bernhard H. BRÜMMER, der uns damals als Berater der Treuhand unterstützte, wurde das Konzept über den ‚Break even‘ (Gewinn- bzw. Nutzenschwelle) auf 120 kt/a erweitert. Mir fiel die Aufgabe zu, umgehend die erhöhte Salzeinleitung in die Saale beim Regierungspräsidium genehmigen zu lassen. Da andere Salzlasten dauerhaft weggefallen waren, wurde dem sogar stattgegeben und am 4.7.1994 erhielten wir die Genehmigung. Mit dem Eintritt der Dow in die Geschäftsführung war das nichts mehr wert. Ich trat noch werbend für diese Chance ein, aber Bart GROOT entschied, dass eine solche Salzeinleitung in einen Fluss nicht nachhaltig und zukunftsfähig sei. Damit mussten wir letztlich die PO-Herstellung am Standort Schkopau im Jahr 1996 aufgeben, ob-

wohl Dow in den beiden letzten Betriebsjahren noch Investitionen getätigt hatte, um Umweltauflagen zu erfüllen.

Parallel dazu plante man die Errichtung einer großen PO/Styrol-Anlage nach russischer Lizenz am Standort Böhlen. Das Spannendste daran war, dass der Olefinverbund dann das einzige Unternehmen der Welt gewesen wäre, das beide zur damaligen Zeit großtechnisch genutzten Verfahren zur Herstellung von PO unter einem Firmendach betrieben hätte. Dow war nach Abwägungen nicht bereit, sich darauf einzulassen, übernahm aber die bereits verhandelte russische Lizenz.

Im Jahr 2003 nahm ich an den viertägigen Steinheimer-Gesprächen in Hanau teil. Das war eine Veranstaltung des ‚Fonds der Chemischen Industrie‘, die der VCI als Erfahrungsaustausch für Hochschulen und Unternehmen durchführte. Doktoranden wurde einerseits die Chance gegeben, ihre Entwicklungen vorzustellen und andererseits erhielten sie einen Eindruck, an welchen Themen die Industrieforschung interessiert ist. Die Liebig-Stipendiaten sind sozusagen die ‚High potentials‘ der deutschen Chemie, die sich nach der Promotion auf eine Hochschul- oder Forschungslaufbahn vorbereiten. So haben Hochschulprofessoren und Forschungsleiter von Chemiefirmen über ihre neuen Richtungen vorgetragen. Das war alles hochinteressant. Sogar beim Abendessen gab es Vorträge und anschließend Diskussionen im kleineren Kreis. Für mich war es eine interessante Feststellung, dass es zu wichtigen Richtungen Grundabstimmungen zwischen den Unternehmen gab.

So trugen beispielsweise Degussa und Merck abgestimmt über Nano-Technologie vor. Flüssigkristalle spielten auch eine große Rolle. BASF berichtete über die Erfolge bei der Epoxydation des Propens mit einem neuen Verfahren zur effektiven Herstellung von PO mittels Hydroperoxid. Das war für mich eine Reminiszenz an meinen eigenen beruflichen Werdegang. Das hatte ich ja vor fast 25 Jahren bearbeitet.

Im Jahr 2005 gab es eine neue Chance mit der Verfahrensentwicklung der BASF zur Epoxydation des Propens mit Wasserstoffperoxid (HPPO-Verfahren), die katalytisch ohne Nebenprodukte hohe Ausbeuten und eine gute Wirtschaftlichkeit versprach. Durch die neuen Untersuchungsmethoden, wobei im Parallelstrom Dutzende von Katalysatoren getestet wurden, hatten sie die Selektivität fast auf 50 % hochgetrieben. Damit kommt man in den Bereich der technischen Realisierbarkeit. Dow hatte sich in diese Entwicklung mit eingebracht [11c].

Es wurde gemeinsam ein Standort für die erste Großanlage gesucht. BASF favorisierte Antwerpen. Wir warben für Schkopau, wobei unsere Chancen nicht allzu groß waren,

weil wir zwar das Propen mit dem damals geplanten zweiten Cracker haben würden, aber das PO nicht wirklich in der Region brauchten. Bei der Standortwahl sollten die logistischen Fragen die entscheidende Rolle spielen. Der Cracker machte auch ohne diese Anlage Sinn, aber sie würde das politische Gewicht deutlich erhöhen und vielleicht könnten wir auch zukünftig PO-Verarbeitung nach Mitteldeutschland ziehen. Letztlich wurde zugunsten Antwerpen entschieden und dort gebaut [11d].

Investitionen für Dow Automotive in Schkopau

Anfang der 2000er Jahre wurde von Dow in Schkopau auch noch intensiv geforscht. Die ehemalige Schlosserei im Gebäude B 22 war bei der Sanierung erhalten geblieben, um gemäß den Anforderungen des Denkmalschutzes eine geschlossene Reihe der Bauten aus Reichsklinkern in der B-Straße zu erhalten (Bilder 18a+b,19) [3d,12].

Das bedeutete zunächst nur Kosten, aber nun war die Halle wirklich perfekt, um eine Anlage zur Entwicklung von Dieselfiltern für das Dow Geschäftsfeld ‚Automotive‘ einzurichten und zu betreiben.

Spannend war der keramische Prozess. Da diese Herstellung aber so qualitätsbestimmend ist, hatte Dow die Lizenz erworben, um selbst Ton zu mischen, zu extrudieren und zu brennen. Beim Extrudieren entstehen durch eine spezielle Lochplatte die erstaunlich vielen und dünnen Kanäle, die keine Fehler enthalten dürfen. Dabei muss der Ton nach der Platte so zusammenfließen, wie es gewünscht ist. Das ist schon eine Erfahrung an sich. Nach dem Brennen und der chemischen Beschichtung werden die Kanalbilder gescannt und dann mit einer optisch gesteuerten Apparatur mit kleinsten Tondüsen so mit Tontropfen belegt, dass genau jeder zweite Kanal auf der einen Seite geschlossen wird. Dann wird der gleiche Vorgang auf der anderen Seite wiederholt. Dabei müssen aber genau die Löcher der Kanäle geschlossen werden, die auf der anderen Seite offengeblieben waren. Solche Spezialeinrichtungen stammten aus der Chip-industrie. Man steht nur staunend davor, wie so etwas abläuft, was man nur am Bildschirm und mit Vergrößerung nachvollziehen kann. Diese Minitropfen werden durch weiteres Brennen, wieder unter extremem Vakuum, zu Verschlüssen, die auch hohe thermische Belastungen aushalten können. Dabei verflüchtigen sich die fluorhaltigen Restgase. Diese Fluorchemie und ihre Entsorgung war auch der Grund, eine solche Anlage nur an einem Chemiestandort vorzusehen.

Leider gelang es später nicht, die Autoindustrie von den Vorteilen dieser Entwicklung zu überzeugen. Für uns war es aber die Eintrittspforte für eine gute Zusammenarbeit mit Dow Automotive, die letztlich dann zu einer Investition in Schkopau führte, die

alle bisherigen europäischen Dow-Produktionsstätten für Klebstoffe ersetzt und mit modernen Abläufen von der Produktion bis zum Versand sehr wettbewerbsfähig war.

Bilder 18a+b
Die historischen
Klinkerbauten (Bild
oben: Blick von
Südwesten auf die
vom Karbidstaub
verdeckten Klinker-
erbauten B 30/B 22
in den 1950/60er
Jahren [12], Bild
Mitte: Blick von
Südosten auf den
Standort mit den
erhaltenen Klinker-
bauten an der B
91/B-Straße, Ende
der 1990er Jahre)
[3d]



Bild 19 Blick von Nordwesten, vom Dach des E.ON-Kraftwerkes, auf den Schkopauer Chemiestandort (rechts vorn: das Dow-Spitzenlast-Gaskraftwerk, daneben die Polypropylenanlage, vgl. Bilder 1+5, in der Mitte hinter den Rasenflächen die denkmalgeschützten Klinkerbauten an der B 91 und in der B-Straße, vgl. Bild 18b, dahinter die Ortslage Schkopau, im Hintergrund die ehemaligen Kiesgruben, heute die Rattmannsdorfer Teiche)

Das Vorhaben Phthalsäureanhydrid (PTA) scheitert an der deutschen Energiepolitik

Es gab erste Gespräche für ein neues Vorhaben **Phthalsäureanhydrid (PTA)**, dem Vorprodukt der PET-Herstellung. Wir hatten diese Investition angemeldet, weil es sich bei zwei PET-Anlagen wegen der Rückwärtsintegration lohnt, das Vorprodukt selbst zu erzeugen. Dow hatte aber nun entschieden, nicht zwei Anlagen nacheinander zu bauen, sondern eine, die sie nun ‚MEGA-PTA‘ nannten. Sie sollte 750 kt/a mit einer Erweiterungsmöglichkeit auf 1.000 kt/a haben. Das würde eine logistische Herausforderung werden, weil wir selbst nur ein Drittel des produzierten PTA benötigen würden (später bei einer dritten PET-Anlage die Hälfte). Die anderen Mengen wären für Osteuropa von Polen über Klaipeda bis Nischni Nowgorod/Russland.

Jetzt gab es einen internen Wettbewerb zwischen Rotterdam (logistisch günstig durch Seehafen, aber kein Verbrauch), einem türkischen Standort und Kuwait, wobei in Kuwait in der neuen Anlage das Vorprodukt für PTA, nämlich das para-Xylol, erzeugt werden sollte.

Es existierten einige logistische Probleme, die wirtschaftlich bewertet wurden. Wir hatten aber den großen Vorteil der verfügbaren Infrastruktur und insbesondere der Dampferzeugung durch unser nicht ausgelastetes Spitzenkraftwerk. Was fehlte, waren die CO₂-Zertifikate für die Dampferzeugung. Wir benötigten vor einer Entscheidung die politische Zusicherung, dass es diese Zertifikate kostenfrei geben würde - bei 250 Arbeitsplätzen eine lohnende Diskussion. Die Konkurrenzsituation: Die Kuwaitis und die Türken kennen gar keine Zertifikate und Rotterdam bekämen sie von ihrer Regierung zugekauft.

Diese Zeit Anfang der 2000er Jahre war durch Unsicherheiten zur Zukunft der Energieversorgung geprägt, die sehr an die Thematik der Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung erinnern, die sich 2018/19 mit der weiteren Abschaltung der Kernenergie und dem Ende der Braunkohleverstromung befasste. Daher waren strukturbestimmende Investitionen nur gestaltbar, wenn es gelingen konnte, von der Politik eine Zusage zu Konditionen zu erreichen, die sich mindestens in das nächste Jahrzehnt erstrecken würden. Ein Vorzeigebeispiel war der zweite Cracker, über den ich ausführlich berichtet habe.

Ich konnte mir damals nicht verkneifen, in meiner Situationsbeschreibung der Energie- und Rohstoffsituation für den zweiten Cracker und die benannten Folgeanlagen den CEO der Wintershall (BASF) zu zitieren, der die negative Abhängigkeit von den staat-

lich kontrollierten globalen Ölquellen positiv wertete: „80 % der im Jahr 2030 nutzbaren Öl- und Gasvorräte liegen zwar in Staaten, die das politisch mit Staatskonzernen nutzen. Erkennen wir die Notwendigkeit für diese Staaten an, das so zu tun. Verbünden wir uns mit denjenigen, die politische Stabilität wollen - den Russen. Dann haben wir in Europa einen unübersehbaren Vorteil: 80 % der Weltvorräte sind nicht mehr als 4500 km von Berlin entfernt und über Pipeline erreichbar. LNG wird für Europa zu teuer sein, aber die USA werden in ihrer Not bereit sein, die 30 % Mehrkosten zu akzeptieren, weil sie keine Leitung zu den Hauptquellen haben können. Auch China hat lange Transportwege.“

Schiefergas war damals noch kein Thema. Es lohnte sich also, diese Grundsatzfragen der Energie- und Rohstoffversorgung mit der Politik auf höchstem Level zu erörtern. Der vorgesehene Kanzlerbesuch von Gerhard SCHRÖDER in Schkopau am 30. Mai 2005 war ein schöner Treiber, um Entscheidungen jetzt auf den Weg zu bringen. Mit dem Kanzleramt war abgesprachen, diesen Event dreiteilig aufzuziehen:

- Große Politik mit Spitzengespräch/Spatenstich für die Anlage Dow Automotive,
- Fachkonferenz mit dem Automobil-Netzwerk und den Dow-Kunden,
- Fest ‚10 Jahre Dow‘ für die Mitarbeiter.

Mit dem Kanzleramt war es ein gutes Gespräch, weil sie viel Zutrauen hatten, dass wir das professionell machen würden. Was die Politik von uns wollte, hatten wir schon an die Dow-Entscheider vermittelt und es war von Pedro REINHARD positiv aufgegriffen worden:

- ein strategisch ausgerichtetes Investitions-Paket,
- weitere Ansiedlungen in der Wertschöpfungskette,
- mehr Forschung und Entwicklung in den beiden Clustern Chemie/Kunststoffe und Automobil.

Zu den Inhalten hatten wir uns auf zwei Hauptthemen verständigt. Der von mir vorbereitete Gesprächsleitfaden wurde im Prinzip bestätigt. Wenn wir uns zum zweiten Cracker bekennen, war es denkbar, dass der Kanzler zusagt, die steuer-, energie- und umweltpolitischen Fragen, die die langfristige Wirtschaftlichkeit betreffen, im Vorfeld unserer Entscheidung mit den zuständigen Ministerien auf der Arbeitsebene klären zu lassen. Wir haben deutlich gemacht, dass wir erwarteten, so behandelt zu werden wie bedeutende deutsche Unternehmen, die in allen wichtigen Gremien sitzen. Bei einem Investment in der Größenordnung von 2 bis 3 Mrd. €, ein solches kompaktes Invest-

ment gab es von der deutschen Chemie nicht, erwarteten wir Gleichbehandlung. Es wurde vereinbart, dass drei bis vier Wochen vor dem eigentlichen Gesprächstermin die endgültige Abstimmung des Gesprächsleitfadens erfolgen würde. Leider wurde der angekündigte Termin vom Kanzleramt verschoben und sollte dann Ende September 2005 stattfinden.

Die Bundestagswahl war am 18. September 2005 und Dr. Angela MERKEL wurde Kanzlerin. Zunächst hatte ich das Glück, dass der Kanzlerbesuch von SCHRÖDER am Montag nach der Wahl aus anderen Gründen bereits abgesagt worden war. Der Kanzler wäre bestimmt nicht gekommen und wir hätten mit dem enttäuschten ‚Dow Board‘ dagesessen. Es waren politisch keine stabilen Mehrheiten zu erwarten, da weiter klare Verhältnisse im Bundesrat gegeben waren, so dass eine Blockade zu wichtigen Themen möglich erschien. Im Bundestag wird ein Größerer immer von dem Kleineren dominiert werden können. So wird sich Deutschland wirtschaftlich weiter in das Abseits rangieren. Im Kanzleramt und im Wirtschaftsministerium waren alle Ansprechpartner nicht mehr verfügbar, die bisher unsere Gesprächspartner waren. Wir mussten also die Fäden völlig neu knüpfen.

Der tollste Tag war der 1. November 2005. Vormittags saß ich in einer Beratung bei Staatssekretär Rudolf BOHN im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt, um mit Beamten aus dem Bundeswirtschaftsministerium die Einzelheiten unserer Branchenkonferenz Chemie/Kunststoffe abzustimmen. Sie teilten mit, dass der designierte zukünftige Bundeswirtschaftsminister Edmund STOIBER den 1. und 2. Februar 2006 als Termin bestätigt hätte und dass nun doch auch die Energiethemen auf die Agenda sollten, weil der künftige Minister die Energie als Thema der Wirtschaft und nicht wie bisher der Umwelt sieht. Während der Beratung kam über Handy die Mitteilung, dass STOIBER den Rückzug nach München angetreten hatte. Selten habe ich so ratlose Beamte gesehen. Sie waren überhaupt nicht mehr bei der Sache und spekulierten über Personalien und Neuwahlen.

Im Januar 2006 stellte der neue Bundeswirtschaftsminister Michael GLOS das neue Energiekonzept der Bundesregierung vor. Themen waren auch die Sicherheit der Gaslieferungen, die Entwicklung der Strompreise sowie die Weltenergieverbrauchsprognosen und die Abhängigkeit von wenigen Förderländern. Dow war nur durch mich vertreten, was an sich unzureichend war, da dort die beste Gelegenheit gewesen wäre, um richtige Verhandlungen zu führen. Stattdessen hat unser ‚Board-Chef‘ für Energie und Rohstoffe den russischen Konzern Gazprom angeschrieben und um einen neuen

Termin gebeten. Sie wollten ursprünglich an SCHRÖDER herantreten, der vermitteln sollte. Das war aber nach meiner Ansicht nicht der richtige Weg. Die Bundesregierung war selbst stark aufgestellt und Staatssekretär Georg Wilhelm ADAMOWITSCH hatte im Auftrag von Angela MERKEL mit den Polen verhandelt.

Meine Meldungen über die neue Situation auf dem Energiemarkt und insbesondere über die neue Aufstellung der deutschen Politik hatten bewirkt, dass dieses beim Besuch unseres globalen Chefs in Böhlen mit thematisiert wurde. Dazu war eine Telefonkonferenz mit unseren Dow-Managern in Moskau zu organisieren. Das interne Projekt hatte den schönen Namen ‚Wladimir‘, wobei es sich tatsächlich auf PUTIN bezog, weil man von Moskau aus einschätzte, dass ein Projekt dieser Größenordnung ohne letztliche Einwilligung des Präsidenten nicht zustande kommen würde. Schwierigkeiten lagen in der langsamen russischen Denkweise, die die Varianten lange bewerteten. Noch war es zu früh, um eine neue politische Unterstützung in Deutschland zu organisieren. Wir haben aber deutlich gemacht, dass wir mit jeder Unterstützung rechnen können, weil wir keinen anderen Investor sehen, der die Petrochemie in Deutschland so ausbauen würde. Für mich war es interessant, wie unsere Leute vor Ort die russische Lage und die Situation in den Geschäftsfeldern bewerteten.

Am 20. Februar 2006 sollte Bundesumweltminister Sigmar GABRIEL zu uns nach Schkopau kommen. Wir hatten es für den VCI übernommen, drei wichtige Themen zu behandeln:

- Novellierung des EEG,
- ‚Windfall Profits‘ (Zufallsgewinn) der Energieerzeuger durch den Zertifikatehandel und
- Gestaltung der zweiten Handelsperiode des Emissionshandels.

Dazu waren die VCI- Positionen mit unseren Beispielen (Cracker und Folgeanlagen) zu verknüpfen. Minister GABRIEL war zu den Energiethemen sehr gut informiert und erklärte, dass er die Belange der Industrie aufgreifen will („*Umweltpolitik sei Wirtschaftspolitik!*“). Es hat ihn sehr beeindruckt, dass Dow durch Stade der größte industrielle Stromverbraucher in Deutschland war. Im Zuge des Gespräches wurde ich durch den Bundesumweltminister GABRIEL aufgefordert, in den Gremien zur Vorbereitung des Energiegipfels mitzuwirken. Wir sollten die spezifischen Erfahrungen der Dow nicht nur über die Verbände einbringen. Kennzeichnend war sicher die Formulierung, dass wir die vorgetragenen Sachverhalte insbesondere dem Wirtschaftsministerium vermitteln sollten, die *„ja ihre Position zu vertreten haben“*. Ich schrieb also im

Nachgang die beiden Ministerien auf der Arbeitsebene an und fügte die bereits übergebenen Positionspapiere bei. Der VCI wurde gleichlautend informiert, weil das eine konzertierte Aktion sein sollte.

Wir waren also gut aufgestellt, trotzdem drohten erhebliche Gefahren, weil der neue Allokationsplan für die Zuteilung der Zertifikate aus Sicht von Brüssel viel einschneidender werden sollte. Die Presse reagierte auch hervorragend: „*Dow fordert die Wende in der Energiepolitik*“ lautete die Überschrift und der Artikel war wie von uns geschrieben. Die Arbeitsebene des Bundesumweltministeriums war völlig verwirrt, weil GABRIEL durch die Betriebe und Verbände zog, um sich zu informieren. Dabei hat er so viele Anregungen und Hinweise bekommen, dass nun schon der dritte Entwurf des Gesetzes verworfen wurde und sein Haus nicht verließ. Das habe ich durch ein Telefongespräch mit dem Wirtschaftsministerium erfahren, die auch wussten, dass der Besuch in unserem Haus das Nachdenken mit veranlasst hatte.

Letztlich gelang es aber nicht, in die Energiegipfelrunde des Bundes direkt mit eingebunden zu werden. Bei Abstimmungsgesprächen im Sommer 2006 mit dem Aluminium-Unternehmen Trimet, die in der Energiegipfelrunde eingebunden waren, wurde mir vom Hauptgeschäftsführer des Verbandes Metall deutlich gemacht, dass sie konzeptionell bereits weit fortgeschritten seien mit der Meinungsbildung der großen Verbraucher und dass wir nur über den VCI mitwirken könnten. Da ich nun wusste, dass der VCI dort mitarbeitete, habe ich die Unterlagen faktisch von dem VCI-Spezialisten erpresst. Offiziell waren nur Bayer und BASF (immer das Denken in der Schablone der ‚deutschen‘ Unternehmen) eingebunden. Wir waren also nun auf dem Laufenden.

Ich habe das so ausführlich aufgeschrieben, weil diese Erinnerung sehr gut die aktuellen Gespräche der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Kohle reflektiert, bei der wir wieder mit Trimet und ihrem Verband und dem VCI ringen, damit die speziellen ostdeutschen Konditionen richtig reflektiert werden.

Die Neustrukturierung der Dow Olefinverbund GmbH

Die Suche nach dem richtigen Platz

In den ersten Jahren nach dem erfolgreichen Abschluss der Privatisierung unter Verantwortung der Dow fand das Unternehmen mit einer Neustrukturierung als Dow Olefinverbund GmbH einen angemessenen Platz im Konzern. Mit dem zweiten Cracker und weiteren Investitionen (s.o.) war ein erheblicher Ausbau vorgesehen. Mir

wurde als Mitglied der Geschäftsleitung die Aufgabe übertragen, das regionale Engagement und die Verbindung zur deutschen Politik wahrzunehmen. Dazu gehörte die Funktion als Koordinator des Strategiedialoges mit den Landesregierungen Mitteldeutschlands und für den Landesverband Nordostchemie sowie die Wahrnehmung mehrerer Funktionen beim VCI. Außerdem wurde ich für das Regionenmarketing für Mitteldeutschland der Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe (siehe Beitrag Seite 134).

Mit Beginn des Jahres 2001 übernahm Bart J. GROOT zusätzlich zu seinen Aufgaben als Vorsitzender der Geschäftsführung der Dow Olefinverbund GmbH und als Leiter der mitteldeutschen Dow-Werke in Schkopau, Böhlen und Leuna als General Manager Dow in Deutschland auch die Verantwortung für Dow's gesamte Aktivitäten in Deutschland und Osteuropa einschließlich der ehemaligen Sowjetunion (Bild 20) [8g].



Bild 20 Bart J. GROOT im Interview mit ‚Around Dow‘ (Januar 2001)[8g]

Der Aufbau Ost stagnierte. Mit Einführung des Emissionshandels und einer Chemikalienpolitik gab es in Europa und insbesondere mit Rot/Grün in Deutschland Weichenstellungen der Umweltpolitik, die Investitionen nicht gerade begünstigten. Bei den Chemieparks im Westen Deutschlands veränderte sich die Aufstellung der meisten Verbundunternehmen recht grundsätzlich. Es galt einen angemessenen Platz für die Besonderheiten des mitteldeutschen Chemiedreiecks und seines Rohstoffverbundes zu finden.

Regierungsbeziehungen (,Governmental relations‘)

Der mitteldeutsche Olefinverbund nahm Anfang der 2000er Jahre als neu aufgestelltes Unternehmen ohne Beteiligung der Treuhandanstalt seinen Platz in dem weltweiten Verbund der Dow ein. Ich war dankbar, dass ich als Generalbevollmächtigter in der Geschäftsleitung die Aufgaben wahrnehmen durfte, die unter dem Begriff ‚Governmental relations‘ (Regierungsbeziehungen, Form des Lobbyismus) zusammengefasst wurden.

Schwerpunkt war die Einordnung der regionalen und politischen Aktivitäten in der Abstimmung mit den Unternehmenszentralen der Dow in Horgen/Zürich/Schweiz für Europa sowie in Brüssel für die Beziehungen zur europäischen Politik und gegebenenfalls mit der Konzernzentrale in Midland/USA. Die Gesamtverantwortung für die deutschen Aktivitäten wurde bei der BSL Olefinverbund GmbH in Mitteldeutschland konzentriert und vom Sprecher der Geschäftsführung Bart GROOT wahrgenommen.

Er hatte in einer Gesamtverantwortung die Dow-Aktivitäten und damit die Büros und Standorte in Mittel- und Osteuropa anzuleiten. Das hatte für uns große Bedeutung, weil auf Investitionen und Entwicklungen in diesen Regionen gesetzt wurde. Bart GROOT legte sehr großen Wert auf eine gute regionale Aufstellung des Olefinverbundes. Anlässlich meines 35-jährigen Betriebsjubiläums im März 2001 hatte ich ein sehr gutes Gespräch mit ihm. In dessen Ergebnis wurde festgelegt, dass ich weitere fünf Jahre in der Geschäftsleitung arbeiten sollte, um insbesondere die Neuinvestitionen politisch zu unterstützen. Er meinte, dass meine Denkweise ein gewisses Gegengewicht gegenüber den reinen Geschäftsinteressen der ‚Business‘ (Geschäfts)-Bereiche sein könne.

Eine erste Herausforderung waren die vielfältigen Anforderungen der Kommunen, Landkreise, Städte und Länder mit ihren jeweiligen Wirtschaftsförderungen, die alle auf das ‚größte‘ Unternehmen in der Region zukamen und unsere Beteiligung einforderten. Bei einer Aufstellung unserer Standorte in drei Landkreisen mit ihren Kommu-

nen, den benachbarten Oberzentren Leipzig und Halle und den Landesregierungen in Dresden und Magdeburg war das eine nicht abgestimmte Vielfalt von Wünschen und Forderungen. Dazu kamen dann **Industrie- und Handelskammern (IHK)** in zwei Bundesländern, die Verwaltungen mit ihren Regierungspräsidien und sehr viele Hochschulen, Forschungseinrichtungen, aber auch zahlreiche Vereine.

Eine strukturiert aufgestellte Industrie gab es einfach nicht und Konzernzentralen fehlten sowieso. Die internen Überlegungen führten zur Erkenntnis, dass es eine Initiative der strukturbestimmenden Unternehmen der Wirtschaft geben müsse, die länderübergreifend agiert und deren Willensbildung von der Wirtschaft dominiert wird. Politik und Kammern sollten sehr wohl mitwirken, aber keinesfalls an der Spitze der Initiative stehen. Bart GROOT ist das sehr intensiv angegangen und hat mit vielen Einzelgesprächen und Themenabenden in seiner Leipziger Wohnung Mitstreiter gesucht und gefunden. Gern habe ich ihn dabei unterstützt. Im Ergebnis entstand das Regionenmarketing für Mitteldeutschland (siehe Beitrag Seite 134), aus der sich später die Wirtschaftsinitiative für Mitteldeutschland formierte. Mehr als ein Jahrzehnt hatten wir so eine länderübergreifende wirtschaftspolitische Dominante. In der Folgezeit wurden Cluster aufgebaut und der Innovationspreis IQ geschaffen.

Vorbildliche Arbeitsorganisation

Wie modern wir mit unserer Arbeitsorganisation und den konzentriert angeordneten ‚Control Center‘ aufgestellt waren, wurde mir deutlich, als ich in Schkopau Gastgeber einer hochrangigen Sitzung des Verbandes der Chemischen Industrie war. Es gab die beiden Tage wichtige Kontakte und ein leichtes Erstaunen bei westdeutschen Vorständen, die erstmals unseren Standort sahen. Sie hatten sich manches wohl nicht so vorgestellt. Das spannendste Thema für die Kollegen war allerdings die knappe Besetzung unserer Anlagen ohne Schichtleiter oder Meister und die Tatsache, dass bis zu sechs Anlagen von einem Control Center aus betrieben wurden. Dass es dabei so ordentlich aussah und wir die niedrigste Unfallrate hatten, hat echtes Erstaunen ausgelöst.

Es war kein Thema der eigentlichen Sitzung, wurde dann aber ein langes Thema bei der Besichtigung. Sie haben Mitarbeiter und Anlagenleiter befragt und wollten gar nicht fassen, dass die Organisation und Anlagenfahrweise so läuft. Unsere nicht vorbereiteten Mitarbeiter erklärten dann unsere Matrixstruktur mit ihren operativen Vorgaben von den Geschäftsbereichen, die ja von Houston/USA, Zürich/Schweiz, Terneuzen/Niederlande oder ganz anderen Standorten oder Zentren kamen.

Sie konnten praktisch sehen und hören, dass die Kommunikation in Englisch erfolgt. Mit der aufgeregten und sehr langen Diskussion konnte ich nachempfinden, dass BASF, Bayer, Clariant und Degussa so etwas auch versucht hatten und alle gescheitert waren. Sie wollten dann wissen, wie wir unsere Leute („*Es sind doch auch Deutsche!*“) dazu bringen konnten. Sie wollten mit ihren ‚Zuständigen‘ wiederkommen, um einen Erfahrungsaustausch zu diesem Thema durchzuführen. Wir hatten ja tatsächlich nur etwa die Hälfte der sonst üblichen Anlagenbesetzungen und trotzdem nicht die vermuteten Dienstleister im Hintergrund, die vielleicht dann doch die Arbeit machen.

Dass sich unsere Leute nach Feierabend qualifizieren mussten und unter hohem Druck standen, war nicht so leicht zu vermitteln. Zum Verständnis des Unterschiedes: Ich hatte in diesem Zeitraum einmal Gelegenheit, eine Messwarte einer westdeutschen Anlage zu besichtigen, die ebenfalls mit modernem Leitsystem ausgestattet war. Trotzdem hatten die Mitarbeiter weiter die Pflicht, in kurzen Abständen die wesentlichen Messdaten handschriftlich in einem Buch zu protokollieren, obwohl alles elektronisch gespeichert wurde. Auf Rückfrage war mir damals erklärt worden, dass sonst die Aufmerksamkeit nachließe. Heute ist das nirgends mehr üblich, aber der Übergang wurde teils langsam vollzogen.

Führungswechsel der Werkleitungen der Dow in Deutschland und im Dow-Konzern

Im Mai 2004 verabschiedete sich Bart GROOT nach 34 Berufsjahren bei Dow, davon 10 Jahre als Geschäftsführer von BSL (nach 2000: Dow Olefinverbund GmbH, Dow-intern auch ‚Dow Central Germany‘, DCG genannt) von den wesentlich von ihm mit geprägten, inzwischen leistungsstarken mitteldeutschen Chemiestandorten Schkopau, Böhlen und Leuna (Bild 21)

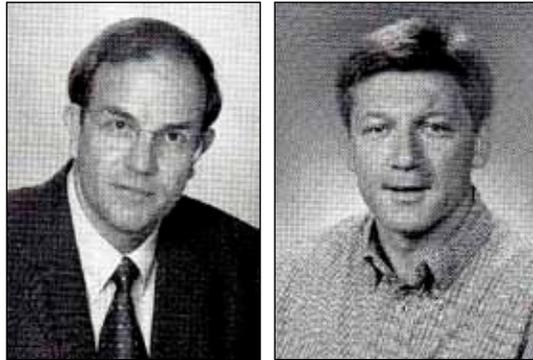
[8h].

Bild 21
Bart GROOT (Mitte links) auf seiner Verabschiedungstour in der PE-Anlage am Standort Leuna (v.l.n.r.: die Operatoren Andreas SCHRAMM und Andreas HOFF, rechts Anlagenleiter Steffen KOLOKOWSKY) [8h]



Ich hatte die Ehre, in Stade die Hauptrede zum ‚Führungswechsel‘ zu halten. Als Thema wählte ich die Bewertung des Aufbaus Ost. Ich habe thesenartig dargestellt, dass das Scheitern des Aufbaus Ost im Wesentlichen der Reformunfähigkeit von Deutschland geschuldet sei und dass die gesamtdeutschen Probleme demografisch, fiskalisch und ökonomisch nur früher und deutlicher im Osten sichtbar wurden. Es fiel mir leicht, den scheidenden Stader Werkleiter Manfred AUMANN als künftigen Chef der Dow Olefinverbund GmbH zu begrüßen und Rudolf LAMM als künftigen Werkleiter von Stade vorzustellen (Bilder 22a+b) [8i].

Bilder 22a+b
Manfred AUMANN, ab 2004 neuer
Werkleiter der Dow
Olefinverbund GmbH in Schkopau
(links) und Rudolf LAMM, neuer
Werkleiter in Stade (Mai 2004) [8i]



Beide hatten fünf Jahre beim Aufbau des Olefinverbundes in Mitteldeutschland wirklich viel für den Aufbau Ost geleistet. Noch nie hatte ich nach einer Rede so viel persönliche Gespräche und Gruppendiskussionen. Einige meinten, so hätten sie die Probleme noch nie gesehen, aber ich hätte doch wohl recht. Das Publikum waren die Repräsentanten Niedersachsens und der Region Süderelbe mit Vertretern der Landesregierung, des Regierungspräsidiums und der Wirtschaft sowie Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Bürgermeister und Landräte.

Mit Manfred AUMANN (Bild 22a) [8i] kam ein Leiter zurück, der den Olefinverbund als Projektmanager für Investitionen mit aufgebaut hatte [2]. Er war immer für den mitteldeutschen Standort engagiert. Wir hatten uns schon in der Aufbauphase und dann wieder in der Folgezeit hervorragend ergänzt. Er war es, der Böhlen so konzipiert hatte, dass für den zweiten Cracker ein Platz in der Mitte des Standortes bereits reserviert war (Bild 9).

Diese strategisch weitblickende Voraussicht hatte damals erhebliche Mehrkosten verursacht. Vielleicht hatte ich die personelle Entscheidung des Jahres 2004 auch ein klein wenig mit beeinflusst. Im Vorfeld waren mehrere Namen diskutiert worden. Ei-

nes Tages riet mir Bart GROOT, doch einmal persönlich Theo WALTHIE (Bild 16) anzurufen und ihm meine Meinung zu übermitteln, wer wohl am besten die anstehenden Investitionen voranbringen könne. Ich bilde mir keinesfalls ein, dass dieses Gespräch entscheidend war, aber ein Bild der Zukunft setzt sich eben aus vielen Mosaiksteinen zusammen. Ich hatte große Bedenken, dass sich das Vorhaben in den Stricken von Emissionsrechten und Förderkonditionen verfangen könnte. Es war daher eine sehr gute Konstellation, gemeinsam mit Manfred AUMANN dieses Ziel verfolgen zu dürfen. Die Personalentscheidung deutete ich auch als ein Votum der Dow für den zweiten Cracker.

Mir fiel die Aufgabe zu, die Interessen der Dow in der Region und beim Wirtschaftsverband VCI zu vertreten. Erstmals war ich im Oktober 2004 als Vorsitzender des Landesverbandes Nordostchemie nach Baden-Baden zu der VCI-Jahresveranstaltung zu einem Gespräch mit dem Präsidium geladen. Irgendwie ist das schon eigenartig, wenn man in den Kreis eintritt, der von den Chefs der ehemaligen ‚Großen‘ geprägt worden war. Es gab da noch alte Rituale. So darf der Landesverband nicht einfach entsenden, sondern es wird vorher hinterfragt, ob derjenige auch erwünscht sei.

Im Oktober 2004 kam auch unser neuer Chef Gary VEURINK (Corporate Vice President - Manufacturing & Engineering von 2004 bis 2007) aus Midland/USA zu Besuch nach Schkopau. Ein solcher Besuch bedeutete nochmal genaues Hinschauen und Aufräumen. Die Werksflächen und Anlagen innerhalb des Zaunes waren stets proper. Problematisch war nur die Werksfläche im Außenbereich vor dem Zaun. Dort galt auch Rauchverbot und es gab deswegen keine Behälter für Asche, aber leider Zigarettkippen auf dem Boden.

Manfred AUMANN hatte Gary VEURINK vom Flughafen abgeholt und offensichtlich über mich und meine Aufgaben berichtet. Zu meiner Überraschung begrüßte er mich wie einen alten Bekannten, der nun über die Besonderheiten der europäischen und deutschen Chemiewirtschaft berichten sollte. In unserer Dow-Strategiegruppe für Cracker und Polyolefine war eine große Diskussion über die Zukunft unserer Wettbewerber im Gange. Ich konnte nun durch meine VCI-Besprechungen viel Input liefern. Es bestätigte sich, dass wichtige westdeutsche Traditionsstandorte in große Schwierigkeiten gerieten, weil wesentliche Gesellschafter nichts mehr von der Verbundchemie hielten. Dann wurde nicht mehr in Infrastruktur investiert, so dass das Überleben nur noch eine Frage der Zeit sein konnte.

Diese Diskussionen lieferten mir auch aktuelle Informationen über die Meinungsbildung der Dow-Strategen. Das war nicht nur interessant, sondern nützlich, weil ich daraus ableiten konnte, welche Investitionsangebote Interesse finden könnten und wo sich ein Engagement weniger lohnt. Hinterher fand ich das auch bestätigt in den Denkrichtungen von Gary VEURINK, dem wir natürlich unsere Vorstellungen (,options and possibilities‘ wie das so schön heißt) zur Weiterentwicklung des Dow Olefinverbunds vorgebracht haben. Er war in dieser neuen Funktion auch empfänglich für zusätzliche Ideen, weil er ja auch etwas einbringen wollte. Wir haben deshalb sehr ausführlich die Fraunhofer Projekte vorgestellt, die an sich gar nicht sein Thema waren. So konnte er aber in unserem Sinne mitdiskutieren, wenn im ,Board‘ über Forschung gesprochen werden sollte.

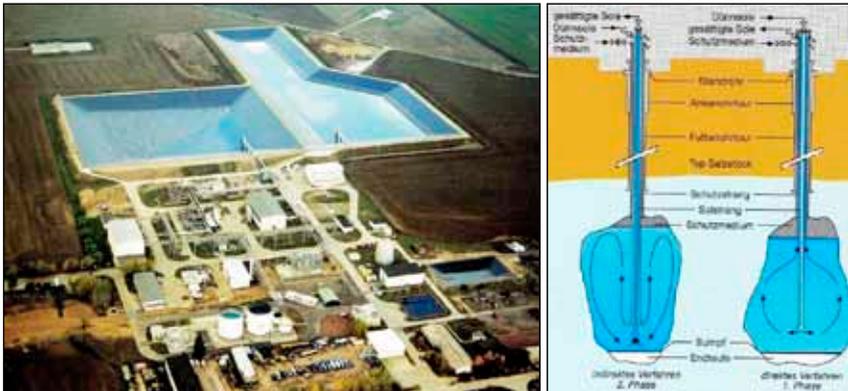
Gute Konjunktur führt zu hervorragenden Ergebnissen

Im Jahr 2004 konnte Dow über vorzügliche Ergebnisse mit erstmals mehr als 40 Mrd. US-Dollar (\$) Umsatz berichten. Die Dow Aktie hatte im November 2004 die schwierige Schallgrenze von 50 \$ durchbrochen. Das war ja nicht so einfach, weil viele Eigner ein automatisches Verkaufen bei einem Schwellenwert eingebucht hatten. Das war aber nun geschafft und jetzt konnten wir die weitere Entwicklung mit Gelassenheit betrachten.

Was noch wichtiger war: Es konnten die Verluste der schrecklichen Jahre 2002 und 2003 ausgeglichen werden. Seit zehn Jahren wurde wieder mal so richtig Geld verdient. Jetzt zahlten sich der Verbund und das Vorhandensein der großen Anlagen richtig aus. Unser Standort war der einzige im Unternehmen, der im Jahresbericht direkt genannt wurde: „*Growth for the market in Eastern Europe*“. Da Amerika auf Halten und Abschmelzen stand und in Westeuropa auch nicht viel zu erwarten war, fanden wir uns neben den Hauptmärkten China und Naher Osten positiv besetzt wieder. Mit den Ergebnissen der ersten Monate des Jahres 2005 wurde das nochmals bestätigt. Wir rechneten auch über die nächsten beiden Jahre mit einer guten Geschäftslage, weil in letzter Zeit weltweit viel zu wenig investiert worden war. Dazu kam, dass alte amerikanische und europäische Anlagen damals wirtschaftlich nicht mehr mithalten konnten. Dow hatte sich in den zwei ,Hungerjahren‘ bereits von seinen Sorgenkindern getrennt, so dass es uns nicht so sehr traf. Wir hatten bei der amerikanischen Mutter neue Verantwortliche im ,Dow Board‘, denen wir unsere Vorstellungen zur Weiterentwicklung des mitteldeutschen Olefinverbunds vorgetragen haben.

Es zeichnete sich eine Verknappung von C 4-Fractionen ab, weil in der Welt fast nur noch Ethancracker gebaut wurden, die nur die C 2-Fraktion liefern. C 3 kann dann durch Zusatzanlagen und andere Fahrweisen aus den Raffinerien abgedeckt werden. Wir mussten also doch sehr schnell eine Investition eines weiteren Ofens für unseren Cracker und eine wesentliche Erweiterung der Butadien-Anlage anschieben. Vor einigen Monaten hätte sich eine solche Erweiterungsinvestition nicht gerechnet, aber nun waren die Margen extrem gut. Ich habe daran erinnert, dass es nur bis Ende 2006 noch Investitionszulagen gibt.

Der Zeitabschnitt von 2005 bis 2007 war durch eine gute Konjunktur gekennzeichnet, die die Unternehmen veranlasste, mit Investitionen und Akquisitionen neue Renditemöglichkeiten zu erschließen. Unsere Produktion brummte richtig. Der Ethylenverbrauch war höher als wir vorher kalkuliert hatten, weil erstmals die Anlagen ihre Leistungsfähigkeit richtig zeigen konnten. Etwa alle acht Tage musste ein Schiff in Stade Ethylen entladen, dessen Ladung dann zusätzlich zur Kaverne nach Teutschenthal (Bilder 23a+b) [2b,5b] verpumpt wurde.



Bilder 23a+b Das Sol- und Speicherfeld Teutschenthal (Bild oben: Blick aus der Vogelperspektive von Südwesten auf die überirdischen Anlagen, Bild rechts: schematische Darstellung der unterirdischen Kaverne) [2b,5b]

Die neue Pipeline (Bilder 10-12) war genau die richtige Ergänzung des Olefinverbundes. Weiter konnten wir auch erhebliche Mengen über die Pipeline aus Livinov in Böhmen beziehen, weil nach dem Hochwasser eine Anlage in Neratovice auf Dauer abgestellt worden ist. Insgesamt erreichten wir Volumina, die wir selbst nicht geplant hatten.

Dazu kam der ‚Boom‘ beim PET (Poly-ethylen-terephthalat), weil erst ALDI und zwei Wochen später auch die Konkurrenten die Bierabfüllung in PET-Kunststoffflaschen eingeführt hatten. Wir konnten gar nicht so viel Produkt liefern, wie es der Markt erforderte. Das bedeutete, dass die Ketten nicht alle Läden mit Bier aus PET-Flaschen beschicken konnten. Es gab aber auch Engpässe bei den Flaschenherstellern. Im Saalekreis wollte ein neuer Hersteller in Produktion gehen, der erst nur zwei und nun acht Maschinen aufstellte. Unsere zweite Produktionsanlage für PET kam zum Jahresende 2004 genau richtig (Bild 24) [5b]. Dann konnte mit mehr als 900 Tonnen/Tag (t/d) eine traumhafte Menge produziert werden.



Bild 24 Blick von Südwesten auf beide PET-Anlagen am Standort Schkopau (Aufnahme: 2005, vgl. Bild 35 auf Seite 45) [5b]

Wenn ich daran denke, dass wir ein Jahr zuvor am Überlegen waren, die Investition zu stoppen, weil durch die Verpackungsverordnung alles durcheinandergeraten war. Wir hatten den Mut, damals weiterzumachen, was bei einem Investment von 120 Mio. € ja keine leichte Entscheidung war. Zum Glück hatten wir uns für die Investition ausgesprochen. Die damals Zögerlichen kamen mit viel Verspätung dann hinterher.

‚Advisory-Board‘ besucht den Olefinverbund

Im Mai 2006 hatten wir zwei Tage das ‚Advisory Board‘ (Beirat, Beratungsgremium) der Dow für nachhaltige Entwicklung zu Gast. Das ging jeweils von früh bis zum Abend-

essen. Vor fünf Jahren hatte es schon einmal eine solche Veranstaltung in Schkopau gegeben und jetzt sollte der Fortschritt gezeigt werden, da der Aufbau Ost durchaus noch nicht manifestiert war.

Bereits zur Vorbereitung hatten wir zwei amerikanische Chefs aus dem Bereich ‚Corporate‘ (dtsch.: zu einer Körperschaft gehörig) zu Gast. Aus Dow-Sicht war das eine ganz wichtige Veranstaltung, weil die Mitglieder aus aller Welt kamen und zwei Mal im Jahr an ausgewählten Dow Standorten die ‚heile Welt‘ erleben sollten. Es waren namhafte Wissenschaftler und Vertreter von NGO’s (‚Non Government Organizations‘, Nicht-Regierungsorganisationen) und der UNO, meist aus Amerika, aber auch aus Malaysia und England, vertreten. Die Nationalitäten waren sehr bunt gemischt. Sie hatten die Aufgabe, unsere Entwicklung der letzten fünf Jahre kritisch zu hinterfragen, sich mit der Dow Strategie auseinanderzusetzen und insbesondere die Differenzen von Anspruch und Wirklichkeit aufzuzeigen.

Diese Veranstaltung war eine gute Möglichkeit, die Chancen unseres Standortes und die regionale Verflechtung unseren eigenen Chefs vorzuführen. Sie kamen nämlich mit, wenn die Auswärtigen uns bewundern sollten. Deswegen lenkten wir das auch so, dass hauptsächlich die Chancen und Risiken unseres Standortes als Plattform für Osteuropa diskutiert wurden. Viele Punkte wurden sehr kritisch gewertet. Die anwesenden Vertreter vom ‚Corporate Dow‘ hatten keinen leichten Stand.

Vorbereitendes Material zu unserer Geschichte und zu aktuellen Ergebnissen waren schon vorher versandt und gelesen worden. Zunächst gab es dann ergänzende Präsentationen. Kernelement waren Postersessions zu sieben Themenkomplexen, wobei ich das Thema ‚Cluster und Innovation‘ zu vertreten hatte. Die Poster waren von uns erarbeitet worden, aber mehrfach mit der amerikanischen Zentrale in Midland abgestimmt. Wobei ich mich wunderte, warum die das so ernst nahmen. Die Berater kamen einzeln oder in kleiner Gruppe für jeweils 15 Minuten und zogen dann zu dem nächsten Poster, so dass ich siebenmal meine Story zu erzählen hatte.

Die ausführlichen Fragestellungen waren natürlich immer anders gelagert. Auf jeden Fall musste ich zur Kenntnis nehmen, dass sie sehr gut vorbereitet waren und immer auch Fragen im Vergleich zu anderen Firmen oder auch anderen Dow-Standorten hatten. Anschließend gab es eine moderierte Auswertung mit vorgegebenen Fragestellungen, wie z.B.: „Ist Dow Olefinverbund einzigartig für Dow?“ oder „Gibt es Erfahrungen, die zu anderen Standorten vermittelt werden sollten?“

Diskussionen und Ergebnisse wurden protokolliert. Da wir dabei waren, gab es dann auch weitere Rückfragen an uns. Beim zweiten Abendessen (sehr schön im Parlamentssaal des Ständehauses Merseburg) saß jeder Berater an seinem Tisch mit weiteren Kollegen aus dem Bereich der Leitungs- und Nachwuchskräfte zusammen. Dabei wurde kritisch interviewt, wie unsere Leute die Dow Strategie und die Arbeitsprozesse sahen. Man merkte das Bemühen herauszufinden, ob wir ihnen was vorgespielt hatten oder ob unsere Ansätze in der Realität angekommen waren. Das Gleiche galt auch für die ‚Zufallstreffen‘ bei Werksrundfahrt und Rundgängen in den Control Center sowie bei der Erstausbildung.

Bei der Erstausbildung hatten wir allerdings ein wenig geschummelt und nur ausgewählte Lehrlinge an die Stationen gesetzt. Die Endauswertung am dritten Tag war an sich ohne uns vorgesehen. Überraschend wurde ich dann bei der Verabschiedung dazu eingeladen. Ich denke, dass wir einen besonders guten Eindruck hinterlassen hatten. Im Verhältnis zu anderen Dow Standorten schienen wir recht gut zu sein. Wir haben es auch fertiggebracht, dass sie unsere Intentionen, mehr Forschung in Mitteldeutschland und mehr Zusammenarbeit mit Russland aufgegriffen haben, was für uns gegenüber dem Dow Board eine gute Verstärkung sein konnte. Die von ‚Corporate‘ und ‚Board‘ anwesenden Personen waren allerdings wohl nicht so ganz glücklich, dass Dow schlechter wegkam als die deutsche Tochter. Das mit meinem Cluster hat sehr gut gefallen, weil es genau in diese Denkwelt passte. Es gab dann ausführliche Protokolle und einen zusammenfassenden Bericht.

Kohlechemie - ein mögliches neues Geschäftsfeld?

Dow suchte weltweit nach Möglichkeiten weiterer Geschäfte. Ein neues Thema hatten unsere Chefs mitgebracht. Sie wollten das Thema Kohlechemie und Kohleverflüssigung bzw. -vergasung wiederbeleben. Sie hatten einen Vertrag mit den Chinesen, die ja über gewaltige Kohlevorkommen verfügen. Die Idee von Pedro REINHARD (Bild 17) war, dass „*Wir aus der DDR*“ das ja alles noch können müssten.

So einfach war das aber nicht, weil die meisten Wissensträger seit einem Jahrzehnt raus waren. Trotzdem wollten wir nicht einfach Nein sagen und versuchten, uns da irgendwie mit einzubringen. Es musste aber in Freiberg/Sachsen und bei der Schwarzen Pumpe/Brandenburg gesucht werden, weil wir das kaum alleine darstellen konnten.

In diese Periode fällt auch das Thema ‚**Innovative Braunkohleintegration in Mitteldeutschland**‘ (ibi), bei dem wir indirekt über das Cluster Chemie/Kunststoffe (siehe Beitrag Seite 134) beteiligt waren. Im Juli 2006 hatten wir Besuch von Chinesen aus der

nördlichen Provinz, wo Dow gemeinsam mit den chinesischen Partnern die Anlagen der Kohlechemie plante. Der Komplex sollte in der Endkonsequenz viermal so groß wie unser Anlagevermögen in Mitteldeutschland werden. Es war der Vizegouverneur in Begleitung chinesischer Manager und eines Botschaftsvertreters zu Besuch, um unser Werk als Beispiel für eine gelungene Privatisierung kennenzulernen. Sie waren etwas erstaunt, dass wir neben der Braunkohle sitzen und uns von der Kohlechemie verabschiedet hatten. Kulturell war das eine spannende Beratung auch mit interessanten Gesprächen beim Essen. Zum Glück hatten wir zwei chinesische Dow-Manager dabei, die bei der Übersetzung halfen und uns auch kulturell einiges deutlich machen konnten. Sie waren schon am Vortag zur Einstimmung angereist. Dow hatte da einen vorzüglichen Ansatz, weil sie dafür in Peking und Shanghai Amerikaner chinesischer Nationalität einsetzte, die sich in beiden Kulturen gut zurechtfinden.

Im Oktober 2006 war unser neuer CEO (Chief Executive Officer, Vorstandsvorsitzender) von Dow, Andrew LIVERIS (Bild 25) [8j], zu Besuch in Schkopau. In der Belegschaftsversammlung war er auch sehr gut auf die Fragen der Mitarbeiter eingegangen. Auch hier kam die Frage, warum so viel Forschung nach Indien und China verlagert wird. Seine Gegenfrage war: *„Jeder, der seine Kinder in Chemie, Naturwissenschaften oder Technik ausbilden lässt, möge sich melden.“* Das waren dann für ihn relativ viele, aber in Wirklichkeit wenige im Verhältnis zu früher. Seine Antwort war dann: *„Wir müssen nach China und Indien gehen, weil wir dort genügend gute Wissenschaftler finden, die wir in den USA und Europa kaum noch bekommen. Wenn das bei uns anders sein sollte, dann sollten wir das auch wahrnehmen.“* Tatsächlich hatten wir die Weisung, gezielt Ingenieure für die Projekte zu suchen und einzustellen. Weiter wollte er geprüft wissen, ob wir Kohlevergasung bearbeiten könnten (*„Die Fischer-Tropsch-Technologie kommt doch von hier!“*).



Bild 25
Andrew LIVERIS,
CEO von Dow (2004-2018) [8j]

In diese Periode fiel auch ein Vertrag mit Saudi-Arabien, gemeinsam mit Aramco einen neuen Petrochemiekomplex zu bauen, der zweimal so groß wie die deutschen Aktivitäten werden sollte. Das Projekt hat später unter dem Namen ‚Sadara‘ eine große Bedeutung erlangt. Für unsere Region hat die Expansion der Dow auch einen Zuegewinn gebracht, weil sie das Methylcellulose-Geschäft von Bayer übernahmen und die Anlagen in Bitterfeld erheblich ausbauten.

Dow bringt sich mehr in die europäische Energie- und Chemiepolitik ein

Dow hatte Mitte der 2000er Jahre die Notwendigkeit erkannt, mehr Einfluss auf die europäische Chemiepolitik zu gewinnen, da insbesondere die Basischemie durch Emissionshandel und steigende Energiekosten in Bedrängnis geriet. Die zuständige Arbeitsebene für ‚governmental relations‘ mit dem Büro in Brüssel machte deutlich, dass nur dort bei der EU etwas zu erreichen sei. Das führte letztlich zu der Entscheidung, dass der neue Europa-Chef Markus WILDI (Bild 26) [13] auch die Dow-Funktion im Präsidium des VCI (Verband der Chemischen Industrie) übernehmen sollte. Absicht war die Einflussnahme auf den VCI dahingehend, dass es nur *eine* Chemiepolitik geben könne, die von dem europäischen Verband CEFIC (frz.: Conseil Européen des Fédérations de l'Industrie Chimique, Verband der Europäischen chemischen Industrie) zu koordinieren sei. Für Dow war das folgerichtig, weil in der für das Jahr 2007 vorgesehenen ‚High level group‘ (HLG) der Europäischen Kommission nur die Mitwirkung des europäischen Chemieverbandes vorgesehen war und die Verbände der Mitgliedsstaaten keinen Vertreter entsenden konnten.



Bild 26

Dow-Europa-Chef Markus WILDI
(Mitte 2000er Jahre) [13]

Im Januar 2006 sollte ich dem Hauptgeschäftsführer des VCI die neue Aufstellung der Dow in Deutschland erläutern und den Weg ebnen, dass Manfred AUMANN im Präsidium durch Markus WILDI ersetzt wird. In dem von mir geführten Gespräch konnte ich erreichen, dass Marcus WILDI an der nächsten Präsidiumssitzung im April als Gast teilnehmen konnte. Die offizielle Übergabe erfolgte dann passend zu dem erforderlichen Wahlvorgang im September. Für Manfred AUMANN hatte ich die Vor-

standsfunction in der Fachvereinigung für organische Chemie (Petrochemie und Energiepolitik) heraus gehandelt. Weiter wurde in einem Gespräch mit dem Geschäftsführer des VCI vereinbart, dass uns Gelegenheit gegeben wird, WILDI auf die Besonderheiten der deutschen Politik mit seinem föderalen System einzustimmen.

Die Sichtweise unserer Direktorin aus Brüssel war ganz anders: Sie sah die Aufgabe von Markus WILDI in der Ausrichtung des VCI auf die Belange der europäischen Organisation CEFIC, weil Dow möglichst alles in Brüssel regeln wollte. Sie verstand nicht so recht, dass die Umsetzung der europäischen Politik in den Mitgliedsstaaten erfolgt. Ich hatte daher ein Treffen in unserem Frankfurter Dow-Büro vereinbart, um mich mit den Dow-Kollegen aus Brüssel zu treffen, die für den neuen Chef die neue Organisation vorbereiten sollten. Ich hatte lange Listen dabei, die darüber Auskunft gaben, wer wo politisch oder fachlich in Verbänden oder mit der Politik tätig war. Das waren ca. 45 Kollegen der Dow in Deutschland, wobei die Hauptlast nur von wenigen getragen wurde. Zur Einstimmung nahm ich aber eine Präsentation mit, die auswies, dass unsere Reputation im Wesentlichen durch das Engagement in Mitteldeutschland begründet war. Weiter habe ich über die regionalen Aktivitäten vorgetragen, um deutlich zu machen, dass die Politiker genau diese wollten. Es war eine komplizierte Diskussion, weil die Dow-Kollegen aus Brüssel die Organisation des VCI und insbesondere die politischen Spielregeln des föderalen Systems mit den Bundesländern in Deutschland nicht recht begreifen wollten. Die Erörterungen waren in Englisch, obwohl an sich nur ein Kollege kein Deutsch konnte. Trotzdem war ich zufrieden, auch wenn vieles kontrovers geblieben war.

Die Fakten arbeiteten einfach für uns, weil die Arbeit der HLG im ersten Halbjahr 2007 die Unterstützung der deutschen Ratspräsidentschaft benötigte. Dazu entwickelte ich gerade ein Konzept mit der deutschen Politik. Wir würden als Cluster ‚Chemie/Kunststoffe‘ (siehe Beitrag Seite 134) nämlich an dem EU-Projekt ‚better regulation‘ mit der Chemieregion Sachsen-Anhalt als Modellregion für chemische Industrie mitarbeiten. Das war genau die Basis, um dann zum richtigen Zeitpunkt Vorschläge einspeisen zu können. Wir hatten entsprechende Gespräche mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt, wobei ich den VCI in meiner Vorstandsfunktion vertreten durfte. Da haben wir erste Einzelheiten des weiteren Vorgehens abgestimmt.

Das Thema war so brisant, dass unser zuständiges ‚Board‘-Mitglied für ‚Hydrocarbons and Energy‘ Theo WALTHIE (Bild 16) die Funktion übernehmen sollte, in der HLG als Repräsentant der Europäischen Chemieindustrie (Verband CEFIC) an den Ver-

handlungen teilzunehmen, die unter Leitung von Kommissar Günter VERHEUGEN in Brüssel stattfanden. Deutschland war in dieser Gruppe durch Bundeswirtschaftsminister Michael GLOS vertreten, was Erstaunen in Brüssel auslöste, weil bisher die Energiepolitik beim Umweltminister angebunden war.

Einer unserer Dow-Spezialisten aus Brüssel war als ‚Sherpa‘ für unseren Chef in dieser Runde vorgesehen. Ich musste dann für ihn erkunden, wie die deutsche Meinungsbildung in Berlin vorbereitet und zwischen den Ministerien abgestimmt worden war. Die Denkweise war wie folgt: Die Verhandlungen in der HLG sind nach deutschem Verständnis Meinungsbildung und nicht Entscheidungsfindung. Daher war keine Kabinettsbefassung nötig. Das Wirtschaftsministerium informierte das Umweltministerium, musste sich aber nicht abstimmen. Anders war es bei Gesetzesvorbereitungen in Brüssel oder Berlin: Da wurden Kabinettsvorlagen erforderlich, die zwischen den Häusern verbindlich abgestimmt werden mussten. Diese konnten allerdings auch kontroverse Standpunkte zu Einzelfragen enthalten, die dann im Kabinett zu entscheiden waren. Beim letzteren Vorgang konnte noch die Koalitionsabstimmung hinzukommen.

Neu und erstmalig bei einer HLG war das Netzwerk der Europäischen Chemieregionen (ECRN – European Chemical Regions Network) gefordert, Sitz und Stimme wahrzunehmen. Unser Wirtschaftsminister von Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner HASELOFF, war damit als Präsident des Netzwerkes an allen Verhandlungen der HLG beteiligt. Sein Sherpa war Thomas WOBLEN. Damit hatte die deutsche Politik letztlich zwei Stimmen in dieser Runde. Mir fiel die Aufgabe zu, als Clustersprecher die Meinungsbildung der mitteldeutschen Unternehmen aufzugreifen und diese in die Statements des ECRN mit einzubringen, die letztlich mit allen im Netzwerk vertretenen Chemieregionen Europas abzustimmen waren. Da Sachsen-Anhalt eine Führungsfunktion wahrnahm, konnten wir starken Einfluss ausüben.

Unser Europa-Präsident Markus WILDI war demzufolge sehr aufgeschlossen, die regionalen Möglichkeiten politisch mit zu nutzen. Ich habe ihn zu seiner Vorstellung beim VCI nach Frankfurt im April 2006 begleitet. Es folgte eine gemeinsame VCI-Veranstaltung in Berlin, nach der er zum Essen und zum internen Gespräch eingeladen hatte. Dabei ging es um die Vorbereitung des Treffens von Bundeskanzlerin Angela MERKEL mit unserem CEO am 4. Mai in New York. Wir haben das Energiethema als einzigen wichtigen Gesprächspunkt ausgewählt und ich konnte dann die entsprechenden Vorbereitungsunterlagen an das Kanzleramt geben. Dabei habe ich schon unsere Forderung deutlich gemacht, dass wir nunmehr bei der Ausarbeitung des Energiekon-

zeptes beteiligt werden wollen, nachdem Angela MERKEL beim Energiegipfel nur deutsche Unternehmen gehört hatte.

Beim Besuch von Markus WILDI in Schkopau und Böhlen standen alle wichtigen Themen auf der Agenda. Für die zweite Maihälfte wurde das Gespräch der beiden CEO's von Dow mit Gazprom vorbereitet, wobei die Herren WILDI und AUMANN beteiligt werden sollten. Wir haben die Argumentationen sorgfältig besprochen, wobei WILDI immer wieder die Fragestellung übernahm: „*Das ist gut für Dow, aber was hat Gazprom davon?*“ Insofern konnten die eigenen Standpunkte nochmals überdacht werden. An dieser Stelle merkte man, dass er viel mehr als die anderen Chefs die Dow gegenüber Kunden und Partnern vertreten hat und so die gefährliche Selbstüberschätzung kritisch hinterfragte. Bisher waren mehr die Manager mit der Vorbereitung befasst, die den inneren Konzern geleitet hatten. Es gab zwei Abendessen, wobei das erste das übliche Abendessen des Aufsichtsrates war, an dem sich WILDI als Gast beteiligte. Das zweite Essen war ein ‚rotating dinner‘ mit sechs Gängen und sechs Tischen, wobei WILDI jeden Gang an einem anderen Tisch einnahm, um mit allen ins Gespräch zu kommen. Für die Geschäftsführung war das nicht so von Bedeutung, aber so konnten Nachwuchs-Führungskräfte und Anlagenleiter besser beteiligt werden.

Meine Hauptveranstaltung war die Vorstellung des Clusters Chemie/Kunststoffe. Diese führte ich im Fraunhofer Pilotanlagenzentrum Schkopau durch. Ich hatte dazu die beiden Institutsdirektoren von Fraunhofer aus Potsdam und Halle, den Geschäftsführer des Vereins Polykum, Rektor und Prorektor der Hochschule Merseburg (für das regionale Kunststoff-Kompetenzzentrum) und den Landrat von Merseburg (für das Technologiezentrum) dazu gebeten, damit diese Experten und nicht ich die einzelnen Aktivitäten vorstellten. Anschließend gab es eine Besichtigung des Fraunhofer Zentrums, die den Reiz hatte, dass gerade ein Versuch für Wettbewerber lief und einige Ausrüstungen und Materialsäcke verhängt werden mussten. Gerade das letzte machte deutlich, welchen Stellenwert diese Forschungseinrichtung inzwischen bekommen hatte. Ich glaube schon, dass WILDI sehr beeindruckt war. Zufällig gab es noch zwei verstärkende Elemente: Mein langjähriger Partner Dr. Ulrich BULLER war am Vortag in den Vorstand von Fraunhofer berufen worden. Er würde damit zwar ab Sommer die Leitung des Potsdamer Institutes und des Schkopauer Pilotanlagenzentrums abgeben, aber er konnte uns in der neuen Münchner Funktion bestens weiter begleiten. Am gleichen Tag erhielten wir einen Brief von Ministerpräsident Wolfgang BÖHMER, in dem er sich auf den Koali-

tionsvertrag bezog und sich bedankte, dass ich weiter für den Strategiedialog und die Führung des Clusters Chemie/Kunststoffe zur Verfügung stehe.

Im Mai 2006 kam gleich am Folgetag die Rückmeldung von unserem CEO zu seinem Treffen mit Bundeskanzlerin Angela MERKEL. Er war sehr davon angetan, dass sie mit Dow das Engagement in Mittelddeutschland verbunden und dieses auch in ihrer Rede erwähnt hat. Sie hatte hauptsächlich Innovation und Investition angesprochen und die Erwartungen der Bundesregierung ausgedrückt. Sie sprach aber auch das für uns wichtige Energiethema an und erwähnte genau die Dinge, bei denen wir uns einbringen konnten.

In meiner Rolle beim VCI für das Geschäftsfeld Petrochemie hatte ich den Auftrag übernommen, im Juni 2006 in Frankfurt vor den Finanzanalysten und Bankern zu sprechen. Die Vorbereitung des Vortrages war kompliziert, weil der Dow-Fachbereich ‚investor relations‘ große Sorge hatte, dass wir einzelne Interessenten bevorzugt informieren könnten. Daher wurde jede Formulierung auf die Goldwaage gelegt. Das war insofern nicht einfach, weil meine Präsentation in Deutsch war. Die eigenen Dow-Leute verstanden das nicht, so dass dafür eine englische Fassung erzeugt werden musste. Ansonsten machte mir das thematisch Spaß, weil ich sonst nicht so dicht am Geschäft dran war. Jetzt konnte ich verdeutlichen, wie die Chancen für einzelne Investitionen waren und wie sie von den verschiedenen Geschäftsbereichen gesehen wurden. Im Hintergrund gab es spannende Telefonkonferenzen, die mir Hintergrundwissen und das Verhalten bei Fangfragen vermittelten. Damit lernte ich die Denkschienen unserer Chefs gut kennen, weil mir die entsprechenden Präsentationen von asiatischen und amerikanischen Konferenzen zur Verfügung gestellt wurden. Durch die in der internen Fassung enthaltenen ‚questions and answers‘, waren die Chefs für alle Eventualitäten gerüstet. Als Repräsentant einer AG kann jede unbedachte Formulierung als Vorhersage einer Entwicklung gedeutet werden, die unmittelbar den Kurs der Aktie des Unternehmens beeinflussen kann.

Zum Glück gab es auch einen einfachen Teil, in dem ich die Petrochemie erläuterte, veröffentlichte Tabellen und Grafiken zeigte und unser Unternehmen vorstellte. Die Kernaussage sollte sein, dass sich die Investitionen völlig nach Asien verlagert haben. Petrochemie würde in Europa nur noch Sinn machen, wenn die Rahmenbedingungen verbessert und die Marktchancen in Osteuropa in Kombination mit stabilen Verträgen für Energie und ‚Feedstock‘ (Rohstoff, hier: Erdöl und Erdölfractionen) genutzt werden könnten.

Im Juli 2006 habe ich unseren Europa-Chef Markus WILDI zu Ministerpräsident BÖHMER sowie ins Berliner Wirtschaftsministerium begleitet. Wir haben dort deutlich gemacht, dass eine größere Investition seitens Dow nur erfolgen wird, wenn wir vorher die für uns wichtigen Rahmenbedingungen durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag zugesichert bekämen. Das Gespräch bei Wolfgang BÖHMER war ausgesprochen angenehm. Vortrag und die politischen Gespräche wurden vom Verband VCI mit der Sorge zur Kenntnis genommen, dass sich ausländische Firmen abwenden könnten.

Dann hatten wir noch die Endredaktion des Positionspapiers zum Klimaschutz. Das war ein Gefecht mit BASF und Dow auf der einen Seite gegen BP und DuPont auf der anderen mit ganz unterschiedlichen Meinungen zur Ausgestaltung des künftigen Emissionshandels für Feinchemie, Petrochemie und Raffinerien. Wir haben uns aber thematisch durchsetzen können, was wiederum den VCI freute, weil wir die Mehrheitsmeinung darstellten. Am Rande habe ich mit der BASF verabredet, dass wir gemeinsam an einem Positionspapier zu den Rahmenbedingungen der Petrochemie in Europa arbeiten sollten. Das konnten wir über Minister HASELOFF in die HLG der EU einspeisen, denn er war danach 2007 Präsident des europäischen Netzwerkes der Chemieregionen.

2006 haben wir die Chance eines Besuches von Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. Reiner HASELOFF bei der Fachvereinigung Chemieparks/Chemiestandorte genutzt, ihn auf unsere Betroffenheit einzustimmen. Er war damals Vorsitzender der Konferenz der deutschen Wirtschaftsminister und zukünftiger Präsident des Netzwerkes der Europäischen Chemieregionen. Unmittelbar vor der Tagung dieses Gremiums in Dessau war er bei uns. Ich habe dann kurzfristig das Programm umgestellt: erst trug ein Vertreter der BASF zum Energiethema vor und danach konnte der Minister aus seiner Sicht antworten.

Im Dezember 2006 besuchte uns eine BASF-Delegation in Böhlen. Da konnten wir das weiter vertiefen. Basis des neuen Positionspapiers war immer noch mein Vortrag beim VCI über die Rahmenbedingungen der Petrochemie in Europa, den ich im Juni auch bei der Chemiewirtschaftstagung gehalten hatte. Das Energiethema gewann an Brisanz. Die Kommission hatte so negativ über den deutschen Allokationsplan der Zuteilung von Emissionsrechten entschieden, dass Neuinvestitionen benachteiligt wurden. Das bedeutete ein neues Nachdenken für alle größeren Vorhaben.

Die Vorbereitung der Eröffnungsbesprechung zum Energiekonzept des Landes Sachsen-Anhalt war nicht so einfach, weil das Thema hochpolitisch war und sorgfältig abgestimmt werden musste. Mit Manfred AUMANN war abgesprochen, dass wir mit Verweis auf entgangene Investitionen und Gefährdung der Chlorchemie antreten sollten. Ich wusste aber, dass die Dow-Zentrale immer Bedenken entwickelte, wir würden zu schroff formulieren. Zum Jahresende 2006 stimmte ich dann mit BASF die verbindlichere Version ab, die über das ECRN in die HLG der Europäischen Kommission eingespeist werden sollte.

Verkehrsprojekte erfordern einen langen Zeithorizont

Bezüglich der aktuellen Forderung der Reviere nach schneller Umsetzung von Verkehrsprojekten fallen mir sofort zwei Projekte des Standortes Böhlen ein, die im kommenden Jahrzehnt realisiert werden, aber vor mehr als einem Jahrzehnt bereits geplant wurden.

Nahe dem Standort verläuft künftig die neue Autobahn A 72. Die Kommunen sowie die Wirtschaft forderten eine gute Anbindung des Standortes Böhlen-Lippendorf mit einer Anschlussstelle an das Autobahnnetz. Vorleistungen straßenseitig und mit einer aufwendigen Brückenkonstruktion bis zur Werkstraße waren schon realisiert. Diese Brücke über die Bahntrasse und die Pleiße hatten wir mitfinanziert, damit die Kommunen die Fördermittel erhalten konnten. Im Sommer 2006 erreichte uns die Nachricht, dass die Anschlussstelle nicht realisiert werden könne, weil ein Kreisel ein Naturschutzgebiet beeinträchtigen würde. Wir wurden von den Kommunen um Intervention gebeten und wurden im zuständigen Ministerium in Dresden vorstellig. Letztlich wurde eine Lösung gefunden, indem der Kreisel in der Längsachse verschoben wurde, ohne den Naturschutz zu beeinträchtigen. Es konnte also weiter geplant werden. Jetzt, 12 Jahre später, laufen tatsächlich auch die Bauarbeiten für die Autobahn in diesem Abschnitt, die nach Informationen des Freistaates Sachsen Ende 2026 fertig sein sollen.

Im April 2007 hatte ich dann eine für mich spannende Diskussion mit der Deutschen Bahn. Es ging um die Ertüchtigung der Strecken im Raum Leipzig mit Citytunnel und der Strecke nach Hof, an der unser Anschluss des Werkes Böhlen liegt. Da der Ausbau unsere steigenden Transportaufwendungen nach Fertigstellung des zweiten Crackers berücksichtigen sollte, war eine Abstimmung notwendig. Nachdem wir dem Ministerium signalisiert hatten, dass es da Probleme gab, wollten sie wissen, was zusätzlich für uns gebaut werden sollte. Das sollten dann ‚konditionierte‘ Investitionen der Deut-

schen Bahn werden, die nur dann kommen, wenn auch der Cracker gebaut wird. Für die Bahn war es so spannend, dass neun Leiter verschiedenster Dienststellen antraten. Einige kamen dazu aus dem Raum Mainz bzw. Frankfurt. Sie haben Ihr Investitionsprogramm im Raum Leipzig ausführlich vorgestellt und dabei erläutert, wie sich die Fahrten beschleunigen, weil Weichen und Brücken sowie die Signaltechnik erneuert werden. Das war dann die Begründung für den Wegfall des dritten Gleises auf der Hauptstrecke an Böhlen vorbei und für die zukünftige Eingleisigkeit des Güteraußenrings (parallel zu den Personengleisen wird das vierte Gleis weggenommen).

Wir und insbesondere der Betreiber unserer Anschlussbahn sahen darin große Nachteile für die Flexibilität. Wir akzeptierten, dass das alles gut funktionieren wird, wenn die Fahrpläne eingehalten werden. Dazu hatten sie viele Simulationsrechnungen mit den S-Bahnkreuzungen, dem Schnellverkehr usw. gemacht. Wir bemängelten aber, dass es zu wenige Aufstellmöglichkeiten gibt, wenn der Plan außer Tritt gerät. Sicher werden die eigentlichen Fahrten viel zügiger (Personenverkehr von 120 auf 160 km/h und Güterzüge von Schleichen auf 100 km/h). Erst wollten sie nicht nachgeben und dachten wohl auch, dass wir einfach nur die Beibehaltung der dritten und vierten Gleise erreichen wollten. Da sie schon weitgehend geplant hatten, wäre das eine gewaltige Herausforderung gewesen.

Wir haben dann aber im Netz an verschiedenen Stellen alte Bahnhöfe identifiziert, die genügend Fläche für zusätzliche Kreuzungs- oder Wartegleise bieten würden. Sie wollten solche Varianten planerisch untersuchen und bei der nächsten Besprechung konkrete Vorschläge unterbreiten. Am Schluss war es wirklich eine sehr konstruktive Diskussion. Neben unseren echten Interessen war es für mich persönlich sehr interessant, weil ich die heutige Methodik der Streckenplanung, Fahrplanrechnung usw. überhaupt nicht kannte. Das läuft alles am vernetzten PC und Beispiele wurden dann mit Beamer zur Demonstration vorgeführt. Sie können auch ganz schnell die aktuelle oder wöchentliche Streckenbelegung abfragen und daraus Variantenrechnungen ableiten, wenn operativ Umleitungen nötig sind. Das haben sie uns gezeigt, weil sie vermitteln wollten, dass der Güteraußenring Leipzig auch ‚anders herum‘ mit geringerer Belastung im Störfall zur Verfügung steht. Die Variante, die dann letztlich Eingang in die Planung der Strecke Leipzig-Hof fand, wird in Abschnitten realisiert. Im Internet findet sich dazu aktuell folgende Zeitplanung: *„Die Bauarbeiten im Abschnitt Böhlen-Werke – Neukieritzsch beginnen 2019. Es ist vorgesehen, den Abschnitt grundlegend umzubauen und ein Elektronisches Stellwerk (ESTW) im Bahnhof Neukieritzsch*

zu errichten. Danach folgen die weiteren Abschnitte. Voraussichtlich 2028 werden alle Arbeiten beendet."

Letztlich bedeutet das für beide Projekte der Werksanbindung mit Autobahn und Deutscher Bahn eine Fertigstellung ca. 20 Jahren nach den damaligen Gesprächen zur Detailplanung.

Eine weitere Herausforderung war die sich herausbildende Meinung der Politik, dass mit der Sanierung und Privatisierung für die Chemieindustrie alles getan sei. Erfolg haben und sich dann ausruhen, war jedoch nicht angesagt. Wir mussten sehr deutlich werben, dass wir aus drei Gründen weiter der Unterstützung bedurften:

- Die Chemiestandorte hatten eine vorzügliche Infrastruktur, aber viel zu wenig Geschäft, um diese dauerhaft zu tragen. Es galt also, weitere Investitionen zu fördern und so schrittweise die grünen Wiesen wieder mit Geschäft zu beleben.
- Die traditionellen Wertschöpfungsketten waren zerrissen. Viele der neuen Eigner hatten ihre Zentralen im Westen oder Süden Deutschlands oder gar im Ausland. In Mitteldeutschland war Produktion konzentriert, aber kein Beziehungsgeflecht zu den Kunden, wie z.B. den Kunststoffverarbeitern, die oft ebenfalls ihre Zentralen nicht in Mitteldeutschland hatten oder einfach zu klein waren, um an Entwicklungen teilhaben zu können.
- Es mangelte erheblich an Industrieforschung, die ja meist von den Zentralen wahrgenommen wird. Wie ich bereits berichtete, erfolgte die Privatisierung mit dem Schwerpunkt der Modernisierung oder Errichtung von Produktionsstätten.

Mit Unterstützung des Institutes für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (ISW) aus Halle/Saale gelang es, Strategiedialoge mit den Landesregierungen zu etablieren, bei denen wir diese Themen erörtern konnten. Mir fiel dabei die Sprecherfunktion zu, weil ich in den ersten Jahren das größte Chemieunternehmen vertrat. Sehr schnell lernte ich, dass ein Gespräch allein kaum etwas bringt. Wichtig war zunächst die systematische Vorbereitung mit Papieren, die dann von den Ressorts vorher bearbeitet wurden. So konnte dann konstruktiv und ergebnisorientiert gesprochen werden. Dann drangen wir auf ein abgestimmtes Protokoll, weil nur so die Verwaltung eine Anleitung zum Handeln erhält.

Im Rahmen der Projekte Strukturstärkung haben wir eine aktuelle Aufgabe zum Ausbau des Schienenverkehrs. Der Cluster Chemie/Kunststoffe koordiniert die Aktivitäten zum Ausbau des multimodalen Verkehrs mit einem verstärkten Einsatz von Contai-

nern im Schienentransport. Weiter sind an den Chemiestandorten Zeitz, Leuna und Schkopau Projekte zur Verbesserung der Gleisanbindung vorgesehen. Der Streckenausbau sollte mit 740 m Überholgleisen so erfolgen, dass der deutlich verstärkte Personenverkehr durch den Gütertransport nicht behindert wird.

Meine Aktivitäten der Jahre 2007-2009

Im Januar 2007 gab es viele interne Diskussionen wegen der neuen europäischen Energiepolitik. Im Prinzip haben wir unsere Standpunkte weiter so vertreten wie bisher. Anschließend mussten wir den Amerikanern in einer Telefonkonferenz alles erklären.

Im Februar 2007 war ich zu einem Workshop über das neue Energiekonzept des Landes Sachsen-Anhalt eingeladen. Es sollte die Entwicklung bis 2020 beschrieben werden. Da sich die Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie weiter verschlechtert hatten und die ‚Erneuerbaren‘ immer mehr Subventionen erforderten, habe ich den Vorschlag eingebracht, auch ein Szenario zu entwickeln, wie es wohl im Jahr 2020 ohne Chlor- und Petrochemie sein würde. Ich habe deutlich gemacht, dass wir bei allen Energiesparmaßnahmen, wie Wärmedämmung, Leichtbau, aber auch bei Photovoltaik und Windkraft, immer dabei seien, weil unsere Produkte dazu gebraucht würden. Wir würden diese Produkte dann aber mit großer Wahrscheinlichkeit im Mittleren Osten herstellen und anliefern. Der Vorschlag wurde aufgegriffen, um der Politik die Spannweite der Problemstellung zu verdeutlichen. Interessanterweise gab es vom VCI sofort eine positive Reaktion. Sie wollten mitarbeiten, dieses Szenarium zu entwickeln. Wir hatten uns entschlossen, für das Energiekonzept zwei Varianten für 2020 zu zeigen: eine positive bei weiteren Investitionen (für uns zweiter Cracker und Folgeanlagen) und eine negative mit teilweiser Aufgabe der Basischemie an den mitteldeutschen Standorten.

Anfang 2007 war ich bereits am Vortag des Auftritts von Bundesumweltminister Siegmund GABRIEL in Berlin vom zuständigen Referatsleiter des TIEFENSEE-Ministeriums (Verkehr) angerufen worden, der mich schonend auf die neue europäische Regelung zu den Emissionsrechten für Neuinvestitionen vorbereiten sollte. Die Bundesregierung wüsste um die Bedeutung der Cracker-Investition für den Aufbau Ost, die mit 1,3 Mrd. € beziffert war (woher diese Zahl nun stammte, war selbst mir unklar, aber die Größenordnung war so falsch nicht). Es wäre abgestimmt, dass Bundesminister Wolfgang TIEFENSEE die Unterstützung des Investments koordiniert. Mit dem Finanzministerium würden sie Wege suchen, den Investitionszuschuss höher einzustellen. Weiter

sollten wir Infrastrukturmaßnahmen überlegen, die konditioniert für dieses Projekt zugesagt werden könnten. Ob wir z.B. nicht einen neuen Gleisanschluss benötigen würden? Die neue Wasserversorgung von der Mulde bis zur Talsperre Witznitz würde der Freistaat Sachsen realisieren. Meine frühere Argumentation, dass wir nur bauen, wenn die staatlichen Maßnahmen mit einem öffentlich-rechtlichen Vertrag festgeschrieben würden, zeigte wundersame Früchte. Die Politik überlegte nun eigenständig, dass für sie wichtige Punkte durch zusätzliche Maßnahmen für die Infrastruktur zu unterstützen seien. Da parallel dazu zwei Manager zu Gazprom reisten, war das ein gutes Timing, um die schlechte Nachricht bezüglich der Zertifikate abzufedern. Beim Studium der neuesten e-Mails wurde mir deutlich, warum die Bundesregierung so agierte. Ineos hatte seinen Plan zum Bau eines Crackers in Wilhelmshaven aufgegeben. Nach meiner Ansicht hatten sie sowieso nur gepokert und nicht darstellbare Subventionen verlangt.

Im März 2007 war mir die unerwartete Ehre zugefallen, dass ich bei der Herbsttagung des Institutes der deutschen Wirtschaft und des Handelsblattes in Köln einen Vortrag über die Wirkungen der Energiepolitik auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen chemischen Industrie halten sollte. Die politischen Statements waren für Kommissar Andris PIEBALGS und Bundeswirtschaftsminister Michael GLOS vorgesehen. Nach interner Abstimmung mit Dow habe ich zugesagt, weil es für Dow schon eine Besonderheit war, dass sie und nicht eines der ‚Großen Deutschen Unternehmen‘ hier vorgesehen war. So etwas wurde hinter den Kulissen vom VCI geregelt. Für mich war das eine Auszeichnung.

Im August 2007 war ich in Frankfurt beim VCI. Nach komplizierten Vorgesprächen hatten wir jetzt doch eine einheitliche Meinungsbildung zu einer Härtefallregelung für die energieintensive Industrie erreicht. Sowohl der VCI als auch ich haben im Vorfeld intensive Gespräche mit der BASF geführt, um sie wieder auf die Linie der Chlorchemie zu bekommen. Am Rande der Veranstaltung hatte ich mehrere komplizierte Gespräche, weil der VCI die Clusterarbeit zunehmend als Konkurrenz der Verbandsarbeit empfand. Positiv für mich war, dass der neue Hauptgeschäftsführer des VCI, Dr. Utz TILLMANN von der BASF, ein guter Bekannter von mir war. Er war zuvor der Leiter ‚governmental affairs‘ (Regierungsangelegenheiten), mit dem ich bisher gut zusammengearbeitet hatte. Speziell hatte er mit gewährleistet, dass in unserem mitteldeutschen Cluster auch seine hiesigen Kollegen aus Schwarzheide mitwirken konnten.

Die Dow-Organisation hatte viel zu der Härtefallregelung für die energieintensive Industrie aufgeschrieben, weil jeder Befragte berechtigt eine Meinung hatte. Die amerikanische Chefin für ‚public affairs‘ hatte sich hilfeschend an unseren Europachef gewandt. Der hat dann festgelegt, dass ich die Schwerpunkte benennen sollte. Ich habe dann mühselig Manfred AUMANN überzeugt, sich an einem Telefongespräch zu beteiligen. Gemeinsam haben wir das Ganze dann auf den Punkt gebracht.

Im Dezember 2007 war ich zu der ECRN-Veranstaltung nach Ludwigshafen aufgebrochen. Dort habe ich bei den Organisatoren freudiges Erstaunen ausgelöst, weil sie mich nicht erwartet hatten. Insbesondere Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Dr. HASELOFF begrüßte mich überschwänglich, dass ich es doch noch ermöglicht hatte. Des Rätsels Lösung: Mein Büro hatte zwar den Hotelplatz gebucht, aber mich nicht beim Veranstalter angemeldet. Das machte aber nichts, denn HASELOFF ließ alles so organisieren, dass ich immer seine unmittelbare Begleitung war. Das war teilweise nicht protokollgerecht, denn Gastgeber war die BASF. Witzigerweise hatte Sachsen-Anhalt im repräsentativen Treppenhaus des BASF-Casinos die Ausstellung über das mitteldeutsche Netzwerk CeChemNet und über mein Cluster mit acht großen Tafeln aufbauen lassen. Auf Wunsch des Ministers wurden wir beide vor diesen Tafeln fotografiert, so dass es jetzt Aufnahmen gab, die mich (d.h. einen Vertreter des Wettbewerbers) mit dem Präsidenten des Europäischen Netzwerkes in den heiligen Räumen der BASF zeigen (Bild 27) [14]. Diese Tafeln waren das einzige Ausstellungselement, da andere Chemieregionen diese Idee wohl nicht hatten.

Mittlerweile waren es fast 20 europäische Regionen, die mitmachten. Es war auch eine sehr gute Beteiligung mit qualitativ anspruchsvollen Vorträgen. Der europäische Chemieverband CEFIC und die Kommission waren repräsentativ vertreten. Dr. HASELOFF hatte sich sehr gut in die Thematik eingearbeitet und alle für uns wichtigen Themen mit Statements, aber auch mit spontanen Diskussionsbeiträgen aktiv mitgestaltet. Am Rande konnte ich Absprachen zu dem Thema Chemielogistik treffen, das im Februar in Brüssel bei der HLG auf der Agenda stehen würde. Noch auf der Rückfahrt habe ich telefonisch die Folgeberatungen bei Dow und in der Region vorbereitet. Das Thema Energie war damit gesetzt und wurde konstruktiv beraten.

Neu war das Thema Innovation. Die Kommission unterstützte den Ansatz, dass die Cluster in den Regionen den Zugang zu dem Rahmenprogramm erleichtern sollten. Dafür waren aber erst Strukturen aufzubauen, die das leisten könnten. Der Minister

hatte mich gebeten, die inhaltliche Koordinierung für Mitteldeutschland zu übernehmen. In Ludwigshafen wurde eine Deklaration der Chemieregionen abgestimmt. Sie gab dem Präsidenten das Recht, in der HLG für alle anderen zu votieren.



Bild 27 Der Präsident des Europäischen Netzwerkes der Chemieregionen (ECRN), Dr. Reiner HASELLOFF (Mitte) am Rande der ECRN-Mitgliederversammlung am 29.11.2007 sowie des ECRN-Kongresses in den heiligen Räumen der BASF vor den Tafeln des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland (v.l.n.r.: Pol VERHAGEN, Direktor Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation Flandern und Mitglied des Vorstandes des ECRN e.V., Thomas WOBLEN, Leiter der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Brüssel, Mark PEMBLETON, Cheshire, Economic Development and Environment Policy Service – EDEPS, Dr. Reiner HASELLOFF, Minister für Wirtschaft und Arbeit Sachsen-Anhalt und Präsident des ECRN e.V., Karl-Uwe BÜTOF, Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW und Vizepräsident des ECRN e.V., der Autor, Dr. HANISCH, Nordostchemie, Michael HACK, Leiter des ECRN-Netzwerksekretariates Brüssel)

Die meisten Chemieregionen waren inhaltlich sehr zurückhaltend, aber wenigstens zustimmend. Richtig aktiv waren außer Mitteldeutschland nur NRW, Rheinland-Pfalz und Limburg. Die Polen und Tschechen waren nur bei wenigen Themen zu aktivieren, weil es wahrscheinlich zu wenig Industrieinput zu der Politik gab. Die Spanier mühten sich, aber hatten Schwierigkeiten, die Politik der wenigen Chemiestandorte mit der spanischen Gesamtpolitik zu koordinieren und hatten dadurch kaum Freiheitsgrade. Das föderale System in Deutschland ermöglichte ein starkes Engagement der interessierten Länder. Das Wirtschaftsministerium in Berlin griff das gern auf, weil sie so ein

Gegengewicht gegen das Bundesumweltministerium aufbauen konnten. Politisch war das hochinteressant, wenn man in dem engen Zirkel mit den Landespolitikern saß.

Es war ausdrücklicher Wunsch der Dow-Führung, dass ich über meine Clusterfunktion und die Mitwirkung in Gremien und Kuratorien die Dow-Interessen weiter vertrat und dies mit einer ‚business card‘ als Generalbevollmächtigter der Dow Olefinverbund GmbH auch belegen konnte. Damit war die Basis gegeben für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meiner Nachfolgerin und für meine weitere Mitwirkung im ECRN.

Es waren so viele Aktivitäten, dass der Geschäftsführer des Landesverbandes Nordost des VCI herummörgelte, wir würden zu viel tun und das wäre zu wenig abgestimmt. Der neue Landesgeschäftsführer des VCI hatte mit dem Cluster Schwierigkeiten und sah die Gefahr, dass ich Themen des Verbandes besetze. In einem ausführlichen Gespräch wurde das ausgeräumt. Der Geschäftsführer des Frankfurter VCI und Leiter des Berliner Büros Norbert THEISS hat die Wirkung des Clusters beim ECRN und in die Landespolitik über alle Maßen gelobt und besonders mein Engagement herausgestellt. Weiter wurde festgestellt, dass der Landesverband stets über alle Aktivitäten informiert gewesen sei und auf der Arbeitsebene oft mitgewirkt hatte.

Die Dow Position war auch klar: Wir nutzen das Cluster für die aktive politische Einflussnahme auf Landesebene und in das europäische Netzwerk. Deswegen stellte mich Dow dafür zur Verfügung. Neu wurde verabredet, dass in Sachsen-Anhalt das Cluster den Strategiedialog führt, wobei der Landesverband eingebunden bleibt. In den anderen mitteldeutschen Bundesländern sollte der Landesverband den Strategiedialog führen und das Cluster dabei einbeziehen.

Im Januar 2008 hatte Dow für mich mit meinen 66 Jahren eine Nachfolgerin für die deutsche Funktion ‚governmental relations‘ (s.o.) gefunden: Dr. Ingrid HERZOG. Sie hatte anfangs beim VCI und dann später als Repräsentantin der Bayer AG in Brüssel gearbeitet und sollte nun das neue Berliner Büro der Dow aufbauen. Ich selbst hatte geraten, diese Funktion nicht in Schkopau oder Frankfurt, sondern am Regierungssitz in Berlin zu etablieren. In vielen Dingen teilte sie meine Sichtweisen, die ich manchmal nicht so recht in der amerikanischen Firma vermitteln konnte. Bezüglich politischer Kontakte und Verbandsarbeit hatte sie sehr viel Erfahrung. In dem noch verbleibenden Jahr habe ich sie gern dabei unterstützt, sich in dem inneren Netzwerk der Dow zurecht zu finden.

Im Juli 2008 war ich wieder einmal in Frankfurt beim VCI. Ich hatte den schönen Erfolg, dass der EU-Abgeordnete der CDU aus Sachsen-Anhalt Horst SCHNELLHARDT bereit war, die Änderungsanträge des VCI unter seinem Namen im Umweltausschuss in Brüssel zu platzieren. Das ist erstmalig, dass der Verband auf Partner aus den neuen Ländern zurückgreifen musste, weil die Verbindungen zu den traditionellen Ansprechpartnern nicht so gut funktionierten.

Weiter bereitete ich die Veranstaltung des Wirtschaftsrates zum Energiepaket der Kommission mit dem EU-Abgeordneten SCHNELLHARDT vor, die wir gemeinsam mit Dr. HASELOFF am 29. August 2007 in unserem Schkopauer Besucherzentrum durchgeführt haben. Wir waren in Schkopau Gastgeber und ich hielt den Beitrag der chemischen Industrie, der natürlich in der Dow abgestimmt werden musste. Meinen Vortrag musste ich aktualisieren, weil sich im parlamentarischen Verfahren in Brüssel bereits neue Gesichtspunkte ergeben hatten. Allein im Umweltausschuss wurden 800 Änderungsanträge eingereicht. Da benötigte man eine ganze Organisation vom VCI, CEFIC und von mehreren Firmen, um dies zu sichten und dann die richtigen Schwerpunkte daraus abzuleiten. Trotzdem musste man vieles selbst lesen, wenn man dazu vorträgt und dann von der Presse interviewt wird.

Die Fachtagung des Wirtschaftsrates zur Energiepolitik der EU war im Wesentlichen eine Würdigung des Engagements des EU-Abgeordneten Horst SCHNELLHARDT, der unsere Forderungen als Anträge im Parlament eingebracht hatte. Ich habe den Vortrag zur Betroffenheit der chemischen Industrie gehalten. Es waren so viele Unternehmer gekommen, dass wir Bestuhlungsprobleme hatten.

Das ECRN hat den Zuschlag von der Kommission erhalten, im April 2009 die Abschlusskonferenz zur Arbeit der HLG ‚Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie‘ auf Einladung der tschechischen Präsidentschaft in Usti (früher: Aussig) auszurichten. Die Vorbereitung lag allerdings mehr bei Sachsen-Anhalt, weil diese Region die sogenannte ‚lead‘ (Führungs)-Funktion des Netzwerkes hatte.

Im Dezember 2008 war ein schlimmer Einbruch der Konjunktur. Wir fuhren jetzt den Cracker mit nur noch 50 % Last, was nur möglich war, weil er auf einer alten DDR-Konstruktion basierte, die aus vielen einzelnen Spaltöfen und Teilanlagen bestand. Mit einem modernen Cracker ginge so etwas gar nicht. Es rechnete sich trotzdem überhaupt nicht, aber sonst hätten wir total abstellen müssen.

Im Januar 2009 sollte eine neue Struktur mit einem Joint Venture mit den Kuwaits ‚K-Dow Petrochemicals‘ verkündet werden, die zum Verlust einer Reihe von Funktionen führen würde. Die operationellen Bereiche würden weiter vor Ort gebraucht, die Funktionen ‚Manufacturing and Engineering‘ würde es in der bisherigen Form nicht mehr geben. Es sollte alles auf die Geschäftsbereiche konzentriert werden.

Zwischen den Feiertagen zum Jahreswechsel war ich im Büro, weil das Joint Venture mit den Kuwaits geplatzt war. Das war für Dow ein Tiefschlag. Man hatte mit 7,5 Mrd. \$ gerechnet, die dringend für die Zahlung der Übernahme von ‚Röhm und Haas‘ benötigt wurden. Jetzt fehlte schlicht die Liquidität für diesen Deal. Damit war der ganze strategische Ansatz gescheitert, der eine Konzentration auf die Spezialchemie und die Weiterführung der Basischemie in Kooperation mit Ölländern vorsah. Noch im Dezember 2008 war mit dem regierenden Scheich das Joint Venture schriftlich vereinbart worden. Die Zustimmung des ‚Parlaments‘ (mehr ein Kronrat) galt nur als Formsache. Ein Banker aus meinem Bekanntenkreis der Finanzanalysten hatte mir zwar im vierten Quartal signalisiert: *„Das wird nichts. Die Kuwaits lassen das in letzter Minute platzen. Die Kurse stürzen ab und dann können sie mit dem Geld die ganze Firma kaufen.“* Das hielt ich bei der akribischen Vorbereitung für diesen Deal zwar für ausgeschlossen. Ich hatte die Organisation über das ‚schlechte Gerücht‘ informiert, aber keiner konnte sich das vorstellen. Jetzt war es tatsächlich so schlimm gekommen. Dow war in einem desolaten Zustand, weil alle Struktureinheiten und auch die Manager auf die beiden Deals eingestellt waren. Die gesamte Umorganisation war ja schon vollzogen. Überflüssige und Zweifler hatte man auf das Abstellgleis gestellt und die Passfähigen hatten die neuen Jobs erhalten. Jetzt hing alles in der Luft. Das ‚Dow board‘ war sprachlos. Sie hatten fast unkommentiert die Verlautbarungen der Kuwaits in das Intranet gestellt. Es gab lediglich einen Satz *„mit großer Enttäuschung“* und dann wurden wir verwahrt, uns nicht an Spekulationen zu beteiligen und ja keine Kommentare abzugeben. Das war beispiellos und nicht sehr hilfreich für das lokale Management, weil sofort die Fragen der Politik und der Journalisten auf uns einstürmten.

Es war eine Zufälligkeit meines Lebens, dass ich in dieser schwierigen Epoche im März 2009 mit 67 Jahren aus dem Unternehmen ausschied, in dem ich mein gesamtes Arbeitsleben verbracht hatte. Der Termin war fest vereinbart und nicht durch die aktuellen Ereignisse bestimmt. Trotzdem war ich tief betroffen, weil ich vieles bedroht sah, was wir erreicht hatten. Für das Cluster arbeitete ich in der Folgezeit in einem Büro,

das mir der Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH, Andreas HILTERMANN, in Leuna zur Verfügung gestellt hatte.

Im Februar 2009 formulierten wir die ‚Textbausteine‘ für das Positionspapier des ECRN. Wir definierten damit die für uns wesentlichen Inhalte. Die Staatskanzlei brachte sie dann in ein diplomatisches Format und schrieb den nötigen Text, damit es zu den Sprachgewohnheiten von Brüssel passte. Das stand im unmittelbaren Zusammenhang mit der Sitzung des ECRN in Usti, bei der wir u.a. auch das Projekt Chemie-logistik weiter voranbringen wollten.

Es war mehr eine Veranstaltung von Kommissar Günter VERHEUGEN und Dr. HASELOFF mit der diplomatischen Ausbreitung der 39 Empfehlungen der zweijährigen Arbeit in der HLG ‚Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie‘. Für uns waren die Folgethemen wichtig, die aber alle schon definiert waren. Es wurde in vier Sprachen simultan übersetzt. Inhaltlich gab es für mich nichts Neues, aber wichtig waren die Pausengespräche. Selten hat ein Minister so viel Zeit.

Im Juni 2009 habe ich Rudi LAMM (Bild 22b) in Schkopau besucht, der als neuer Werkleiter versuchte, die Stimmung in der Dow Olefinverbund GmbH wieder aufzurichten. Auf Wunsch von Dow sollte ich auch den ‚Prof. Johannes Nelles Preis‘ gemeinsam mit meinem Nachfolger übergeben. Dazu fand ein Festakt in der Galerie Moritzburg statt. Als Clustersprecher war ich ja nach wie vor in der Jury zur Auswahl der Preisträger.

Im Juli 2009 hatten wir bei Dow in Schkopau die Sitzung des Lenkungsausschusses des ECRN. An der Sitzung nahmen zwei Staatssekretäre (Wirtschaft und Verkehr) teil, so dass die Themen auch politisch richtig untersetzt waren. Es war für mich schon eine besondere Situation, wenn ich an alter Wirkungsstätte (in meinem Besprechungszimmer) als Gast und in völlig anderer Funktion tätig wurde. Aber es lief sehr gut, weil Dow den Status auch akzeptierte und ich das von einer abgehobenen Position nun weiter begleiten konnte.

Im November 2009 war ich in der Berliner Bundesfachkommissionen Energie und Umwelt sozusagen im Zentrum der Macht angekommen. Die jeweils vierstündigen Sitzungen waren sehr konstruktiv und zeigten das enge Geflecht zwischen Politik (in dem Fall CDU) und der Wirtschaft. Alle für das Thema wichtigen deutschen Konzerne

waren gut vertreten. Mir wurde auch schlagartig klar, warum ich in meiner früheren Dow-Funktion keine Chance hatte, in einem solchen Kreis zu arbeiten.

Fazit

Die Privatisierung mit der Gestaltung der Dow Olefinverbund GmbH war die Erfolgsgeschichte im mitteldeutschen Chemiedreieck. Ich hatte die einzigartige Chance, daran mitzuwirken. Vieles ist uns gelungen und prägt die Wirtschaft der Region nachhaltig. Es war nicht immer einfach, weil globale Rahmenbedingungen und politische Entwicklungen stets neue Herausforderungen brachten. Daher musste ich auch über Absichten berichten, die sich nicht umsetzen ließen. Ich hatte das große Glück, die Etappe des Aufbaus zu erleben.

Mit dem von Sachsen-Anhalt begründeten Netzwerk der Europäischen Chemieregionen (ECRN) wurde erstmalig in der EU von 2007 bis 2009 die Mitwirkung von Regionen in einer ‚High Level Group‘ (HLG) zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Da Dow die Funktion zufiel, über den europäischen Chemieverband mitzuwirken und wir regional über den ECRN dabei waren, konnten wir die Interessen der Petrochemie zweiseitig einbringen. Eine konzertierte Aktion der Großunternehmen, des Wirtschaftsverbandes und der regionalen Akteure des Netzwerkes der Chemieregionen erwirkte eine Rahmensetzung, die bis zum heutigen Zeitpunkt die Wirtschaftlichkeit der Petrochemie sicherte.

Dow hat die schwere Krise 2008/09 erfolgreich gemeistert und sich mit neuen Geschäftsmodellen auf geänderte Bedingungen eingestellt. Der ValuePark hat damit eine neue Funktion erhalten. Jetzt gilt es, mit der Strukturstärkung die Chance zu nutzen, die Energie- und Rohstoffversorgung der Chemieindustrie nachhaltig und zukunftssicher aufzustellen. Ich bin sehr dankbar, dass das ‚Cluster Chemie/Kunststoffe‘ diesen Strukturwandel mit Dow, Fraunhofer und weiteren Unternehmen begleiten darf. Mit der strombasierten Wasserstofftechnik und der zirkulären Wirtschaft des Kohlenstoffs werden innovative Lösungen entwickelt, die schrittweise die einseitige Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen auflösen können. Ich setze darauf, dass diese Innovationen einen entscheidenden Beitrag leisten werden, die Chemieindustrie im mitteldeutschen Dreieck als Anker der Wirtschaft zu erhalten.

Danksagung und Autorenvorstellung siehe Seiten 46 und 48

Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] Christoph Mühlhaus: ‚Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht eines Beteiligten‘, in: Heimat-Jahrbuch Saalekreis, Halle (Saale), a) Teil 4, 2017, S.47, b) Teil 5, 2018, S.36, c) Teil 6, 2019, S.77
- [2] Autorenkollektiv (Ltg. Manfred Aumann): ‚Neubau und Erüchtigung – Projekte aus dem Restrukturierungsprogramm der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH‘, Hrsg.: BSL Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2000, a) S. 46, b) S. 37, c) S.44
- [3] Rainer Karlsch und Raymond Stokes: ‚Die Chemie muss stimmen, 1990-2000, Bilanz des Wandels‘, Leipzig, 2000, a) S.222, b) S.228, c) S.204, d) S.182
- [4] Bernhard H. Brümmer: ‚Das Kanzlerversprechen - Die Privatisierung von Buna, SOW und Leuna-Olefin‘, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), 2002
- [5] Autorenkollektiv: ‚10 Jahre Dow in Mitteldeutschland‘, Hrsg.: Dow Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2005, a) S. 96, b) S.78
- [6] ‚BSL aktuell‘, Mitarbeiterzeitung der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH (Hrsg.), a) Ausgabe Nr. 10/99, Oktober 1999, S. 5
- [7] ‚Around Dow‘, Mitarbeiterzeitung der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Dow Central Germany (Hrsg.), KONZEPTA, Halle, Druckhaus Schütze GmbH, a) Mai 2000, Titelseite
- [8] ‚Around Dow‘, Mitarbeiterzeitung für Dow in Deutschland, Dow Deutschland GmbH & Co. OHG (Hrsg.), Schwalbach, a) 1-2000, S.10, b) 5-2002, c) 2-2003, S. 13, d) Sonderheft, 1996, S. 7, e) Sonderheft, 1996, S. 6, f) Sonderheft, 1996, S. 2, , S. 13, g) 1-2001, S. 3, h) 3-2004, S. 11, i) 3-2004, S. 7, j) 1-2004, Titelseite, S.3+5
- [9] ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hefttitel: ‚PVC‘, Hrsg.: SCI, 24. Jg., Heft 39, Merseburg, 1/2019, S. 5, a) Vorwort, Bild 2, S.7
- [10] <http://www.midlandascc.org/MASCCHallBios.htm/2017>, 15.1.2020
- [11] ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hefttitel: ‚Propylenoxid‘, Hrsg.: SCI, 11. Jg., Heft 26, Merseburg, 1/2006, a) Dieter Schnurpfeil: ‚Zur Geschichte der Ethylenoxid-/Propylenoxid-Anlage in Schkopau‘, S. 5, b) Ursula Decker: ‚Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur chlorfreien Herstellung von Propylenoxid im Zeitraum von 1972-1996‘, S. 71, c) Rudolf Lamm, Martine Stolk: ‚Propylenoxid – ein grundlegendes chemisches Zwischenprodukt‘, S. 101, d) Amy Ahlich, Thomas Serbe: ‚Grundsteinlegung in Antwerpen – BASF, Dow und Solvay errichten neue, innovative Propylenoxid-Anlage‘, S. 117
- [12] Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna, heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH
- [13] <http://www.refiningandpetrochemicalsme.com/content/...>, 15.1.2020
- [14] ECRN-Flyer, www.evrn.net, 10.2.2020
- [15] <https://bauprojekte.deutschebahn.com/p/markkleeberg-gaschwitz-crimmitschau>, 10.2.2020

Zusammenstellung der Abkürzungen und ‚Fremdwörter‘

‚Advisory Board‘	Beirat, Beratungsgremium
AG	A ktiengesellschaft
ARG	ARGmbH & Co.KG (A ethylen- R ohrleitungsgesellschaft)
‚Automotive‘	Kraftfahrzeugtechnik (Dow-Geschäftsfeld)
BASF	B adische A nilin- und S odafabrik Ludwigshafen AG
BDI	B und D eutscher I ngenieure
‚better regulation‘	Bessere Regulierung
BImSchG	B undes i mmissionss ch utz g esetz
BP	B ritish P etroleum
‚Break even‘	Gewinn- bzw. Nutzenschwelle
BSL	B una S OW L euna O lefinverbund GmbH
‚Business‘	Geschäftsbereich
CBP	Fraunhofer-Zentrum für C hemisch- B iotechnologische P rozesse
CeChemNet	‚ C entral E uropean C hemical N etwork‘ (Europäisches Chemienetzwerk)
CEFIC	‚ C onseil E uropéen des F édérations de l' I ndustrie C himique‘ (Verband der Europäischen chemischen Industrie)
CEM	‚ C enter for E conomics of M aterials‘ (Fraunhofer)
CEO	‚ C hief E xecutive O fficer‘ (Vorstandsvorsitzender)
‚Control Center‘	Kontrollzentrum (Messwarte)
‚corporate‘	Körperschaft, körperschaftlich
DDR	D eutsche D emokratische R epublik
Dow	‚ T he D ow C hemical C ompany‘ (TDCC) (Tochter: D ow Olefinverbund GmbH)
Dow ‚Board‘	Dow Vorstand
DSM	DSM Kunstharze GmbH
‚early actions‘	frühere Aktionen (daraus bereits vorliegende Ergebnisse)
ECRN	E uropean C hemical R egions N etwork (Netzwerk der Europäischen Chemieregionen)
EEG	E rneuerbares E nergiegesetz
EFRE	E uropäischer F onds für r egionale E ntwicklung
EU	E uropäische U ion
EU-Kommission	Kommission der Europäischen Union
GA	G emeinschaftsaufgabe
GmbH	G esellschaft mit b eschränkter H aftung
‚governmental affairs‘	Regierungsangelegenheiten
‚governmental relations‘	Regierungsbeziehungen (Form des Lobbyismus)
‚High potentials‘	Hochbegabte, Mitarbeiter mit hohem Potential
HLG	‚ H igh l evel g roup‘ der Europäischen Kommission
‚Hydrocarbons and Energy‘	Kohlenwasserstoffe und Energie
IAP	I nstitut für A ngewandte P olymerforschung (Fraunhofer)
ibi Mitteldeutschland	I nnovative B raunkohle i ntegration M itteldeutschland
IHK	I ndustrie- und H andelskammer

IMWS	Institut für M ikrostruktur von W erkstoffen und S ystemen (Fraunhofer)
„investor relations“	Investorbeziehungen
ISW	I nstitut für S trukturpolitik und W irtschaftsförderung
IWM	I nstitut für W erkstoff m echanik (Fraunhofer)
HPPO-Verfahren	„ H ydrogen p eroxide p ropenoxide“-Verfahren
„lead“-	Führungs-
„Manufacturing & Engineering“	Fertigung/Herstellung und Technik/Ingenieurwesen
„Marketing“	Markt, Marktversorgung, Absatzpolitik
MDR	M itteld e utscher R undfunk
Mibrag	M itteld e utsche B raunkohlengesellschaft mbH
mitz	M erseburger I nnovations- und T echnologiezentrum
NGO	„ N on G overnment O rganization“, (Nicht-Regierungsorganisation)
„options and possibilities“	Alternativen und Möglichkeiten
PET	P oly-ethylen-terephthalat (Kunststoff für Flaschen)
PKN	„ P olski K oncern N aftowy“ (Polnischer Mineralölkonzern)
PO	P ropylenoxid, P ropenoxid, 1,2- E poxy- p ropan, Methyloxiran (wichtiges Zwischenprodukt)
PTA	P hthalsäureanhydrid (Vorprodukt für PET)
„public affairs“	öffentliche Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit
„questions and answers“	Fragen und Antworten
R&D	„ R esearch & D evelopment“ (Forschung und Entwicklung)
„rotating dinner“	rotierendes Abendessen
„Rubber“	Gummi, Kautschuk, Synthetikgummi
„site“	Standort
„slurry“-Polymerisation	Suspensionspolymerisation
TDCC (kurz: Dow)	„ T he D ow C hemical C ompany“
„ValuePark“	Wertschöpfungspark (Ansiedlungsfläche für Partner)
VCI	V erband der c hemischen I ndustrie
„Vice President“	Vizepräsident
VIP	„ V ery I mportant P eople“ (bedeutende Persönlichkeiten)
„Windfall Profits“	Zufallsgewinn

Dimensionen

Währungen

a	Jahr	DM	Deutsche Mark
kt / 1.000 t	K ilotonnen / 1.000 Tonnen	€	Euro
Mio./Mrd.	M illionen / M illiarden	\$	Dollar
m ³ (m ³ /s)	Kubikmeter (m ³ /Sekunde)		

Das Cluster Chemie/Kunststoffe für Mitteldeutschland und die Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft

von Christoph Mühlhaus

Der Aufbau des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland

Im Jahr 2003 wurde mir als Geschäftsführer (siehe Kasten ‚Kleine Story‘) die Aufgabe übertragen, das regionale Engagement und die Verbindung zur deutschen Politik wahrzunehmen. Dazu gehörte die Funktion als ‚Kordinator des Strategiedialoges mit den Landesregierungen Mitteldeutschlands‘ für den Landesverband Nordostchemie und die Wahrnehmung mehrerer Funktionen beim VCI. Weiter wurde ich für das Regionenmarketing für Mitteldeutschland der ‚Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe‘. Es galt einen angemessenen Platz für die Besonderheiten des mittel-deutschen Chemiedreiecks und seines Rohstoffverbundes zu finden [1].

Kleine Story

Ich war bis zum Jahr 2003 Generalbevollmächtigter.

Der VCI bemängelte jedoch meine Wahrnehmung bestimmter Funktionen im Verband, die nur den Geschäftsführern oder Vorständen zukämen. Dow konnte mit dem Begriff ‚Generalbevollmächtigter‘ aus der BRAUCHITSCH-Zeit sowieso nichts anfangen, so dass dann recht emotionslos entschieden wurde: *„Dann sind sie eben Geschäftsführer“* und ich wurde im Ergebnis einer Sitzung des Aufsichtsrates der Dow Olefinverbund GmbH ‚wieder‘ Geschäftsführer.

Im Dezember 2003 gab es einen Strategiedialog bei Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER (Bild 1) [2] mit einer lebhaften Diskussion und Festlegungen in unserem Sinne. Auch bei dem strittigen Punkt der Förderung von Forschung konnte ich den Ministerpräsidenten gewinnen, die Vorbehalte seiner Minister zurückzuweisen. Es war eine gemeinsame Arbeitsgruppe verabredet worden, die den Kongress der europäischen Chemieregionen in Halle für den 5. und 6. Februar 2004 und die Zukunftskonferenz am 24. März 2004 vorbereiten sollte.

Es war wichtig, dass die Arbeitsebenen der Ministerien mit dem Protokoll eine klare Vorgabe erhielten. Es ging gleich am Folgetag weiter, wo im Kultusministerium eine Runde zur Kooperation Wissenschaft/Wirtschaft zum Cluster Chemie/Kunststoffe durchgeführt wurde. Danach gab es eine ähnliche Runde im Umweltministerium zur Vorbereitung der ‚Hallenser Erklärung‘ zur europäischen Umweltpolitik, die dann der

EU-Umweltkommissarin Margot WALLSTRÖM (Bild 2) [3] im Februar überreicht werden sollte. Das war getrieben von der Vorbereitung der zweiten Europäischen Konferenz der Chemieregionen, die auf Einladung des Ministerpräsidenten mit dem Besuch von Margot WALLSTRÖM in Halle/Saale stattfand.

Bild 1 Sachsen-Anhalts Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER (Aufn.: 2002) [2]

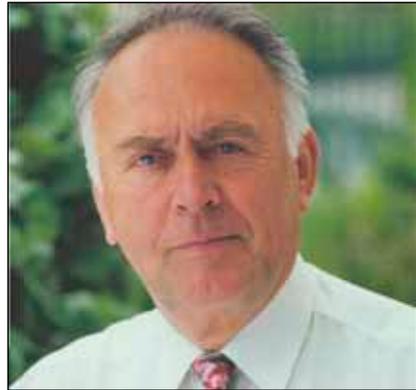


Bild 2 EU-Umweltkommissarin
Margot WALLSTRÖM [3]

Dazu gab es im Februar 2004 ein vorbereitendes Pressegespräch in der Villa Kobe in Halle, wo die Journalisten bei Häppchen und Rotwein in die Thematik eingeführt wurden. Minister Dr. Horst REHBERGER sollte an sich nur über Chemikalien- und Innovationspolitik reden. Seine Mitarbeiter hatten uns versprochen, dass unsere Investitions-Überlegungen nicht thematisiert werden. Sie hatten mir vorher versichert, dass der Minister mich als Vertreter von Nordostchemie begreift und dass Dow im Hintergrund bleiben würde. Es hat überhaupt nicht funktioniert. Er saß neben mir, guckte aber kaum in die vorbereiteten Materialien, sondern schwätzte nach einer kurzen Einleitung über Dow und die angemeldeten Investitionen von 3 Milliarden (Mrd.) Euro (€). Ich musste dann sozusagen die Scherben einsammeln und zurückrudern: „Die Investitionen sind noch nicht entschieden und können auch nicht entschieden sein, weil Fragen der Chemikalienpolitik und der Emissionsrechte noch nicht gelöst sind.“ Damit hatte ich dann den Bogen zu dem eigentlichen Thema des Kon-

gresses gespannt. Da das Aufgebot der Journalisten sehr zahlreich war, hatten wir in den Folgetagen auch eine sehr gute Medienresonanz, die es unserem Fachbereich schwierig machte, alles richtig zu erfassen.

Der Kongress war eine erfolgreiche Veranstaltung. Ich hielt einen Vortrag in Halle und dann sprach Margot WALLSTRÖM und begründete ihre Chemikalienpolitik mit den gefährlichen Chemikalien in ihrem Blut, die wir sicher auch alle hätten. Die Entgegnung von Prof. Wolfgang BÖHMER war bemerkenswert. Er meinte, dass er die schlimmsten Umweltprobleme der DDR miterlebt hätte und dass es sehr wohl Krebsfälle gegeben hätte, die auf kanzerogene Chemikalien zurückzuführen wären. Das war aber die Vergangenheit. Was uns geblieben wäre, sind die akuten Krebsfälle in Folge von Rauchen und die zahlreichen Gesundheitsschäden durch Alkoholismus. Bei den Kindern wären die Bronchialprobleme mit dem Abschalten der alten Technik über Nacht verschwunden. Dafür gebe es neue Gesundheitsprobleme auch für Kinder durch Bewegungsmangel, Fettleibigkeit sowie psychische Störungen infolge zerrütteter Familien. Bemerkenswert sei das Ansteigen der Allergien, die man in diesem Maße in der DDR nicht hatte. Man solle also den richtigen Maßstab bei der Beurteilung der Umweltprobleme finden (siehe auch Kasten „Ministerpräsident BÖHMER beim SCI“).

Als Arzt hatte er wunderbar und mit Fachbegriffen geantwortet. Die EU-Ministerin WALLSTRÖM saß einigermaßen verblüfft da. Ansonsten war sie eine charmante und geschickte Frau, die ihren Standpunkt gut vortragen konnte. Das war aber nur ein kurzes Intermezzo für eine zweitägige Veranstaltung. Wichtiger waren die Teilnahme relativ vieler Chemieregionen und die Organisation eines Netzwerkes durch Sachsen-Anhalt, das auch in Zukunft agieren würde.

Ministerpräsident BÖHMER beim SCI

Am 17. Mai 2003 hielt Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER, Ministerpräsident der Landes Sachsen-Anhalt, auf dem Gelände des Technikparks des Deutschen Chemie-Museums in Merseburg eine vielbeachtete Rede zur Wirtschaft des Landes und zur Geschichte und Gegenwart der chemischen Industrie in Mitteldeutschland [4].



Im März 2004 fand die sogenannte ‚Zukunftskonferenz für Mitteldeutschland‘ als die letzte große Veranstaltung mit Bart GROOT statt, bei der unser Cluster Chemie/Kunststoffe auch vorgestellt wurde. Die Konferenz war mit 500 Teilnehmern bestens besucht, gut organisiert und allseitig erfolgreich. Ministerpräsident Wolfgang BÖHMER betonte in seiner Rede die Bedeutung des Clusters Chemie/Kunststoffe.

Bei den Foren teilte sich die Konferenz in die drei beteiligten Cluster. Als Clustersprecher nahm ich an der Podiumsdiskussion mit den drei Wirtschaftsministern aus Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen teil. Das wichtigste Ergebnis war die Zusage einer ‚Chemieinitiative Mitteldeutschland‘, die die Weiterführung der Strategiegelgespräche, die Mitarbeit im Netzwerk der europäischen Chemieregionen (European Chemical Regions Network/ECRN) und das Management der Netzwerke der Chemiestandorte und der Kunststofftechnik umfasste.

Im Oktober 2004 war ich in Berlin beim Bundeswirtschaftsministerium. Die dreistündige Beratung zeigte die Rat- und Hilflosigkeit derjenigen, die für die Wiederbelebung des Aufbaus Ost verantwortlich waren. Damit hatte ich beste Chancen, die nötige Unterstützung für das Cluster Chemie/Kunststoffe zu bekommen, weil es wohl kaum konkurrierende Ideen gab, wie man die Wirtschaft noch fördern könne. Sie hatten allerdings fast drei Stunden gebraucht, um sich zu überzeugen, dass ich keine neue Förderung für ein Projekt der Dow beanspruchte. Man merkte richtig, dass sie meinem Clusteransatz und dem Netzwerk der Chemieparcs nicht so recht trauten und immer meinten, am Schluss würde ich noch eine ‚Katze‘ aus dem Sack lassen. Umso herzlicher und zustimmender war dann die Endphase des Gespräches mit Verabredung weiterer Termine und Zuarbeiten.

Ebenfalls im Oktober 2004 war der nächste Strategiedialog mit Ministerpräsident Wolfgang BÖHMER und vier seiner Minister. Er war sehr gut vorbereitet, so dass die Hauptpunkte gar keine Probleme machten. Wir kamen aber richtig ins Gespräch, als Minister REHBERGER sagte, dass er zukünftig im Beirat der Regulierungsbehörde für die Energienetze sitzen würde und er würde unsere Betroffenheit gar nicht kennen. Da hatten wir ein richtig aktuelles Thema. BÖHMER sagte zu, dass sie sich für uns einsetzen könnten, wenn sie Daten und Fakten hätten. Sie würden nur die Argumentation der Netzbetreiber kennen und die sahen die Welt natürlich ganz anders. Spontan wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe ohne die Energieerzeuger verabredet, zu der Sachsen-Anhalt die Wirtschaftsministerien der anderen neuen Länder einladen wollte. Die Veranstaltung wurde mit einem Pressegespräch abgeschlossen. Ich war insgesamt

sehr zufrieden, weil es nicht immer einfach ist, die anderen Firmen hinter sich zu sammeln. Ich koordinierte das zwar in meiner Vorstandsfunktion der Nordostchemie, aber Überraschungen und Querschüsse waren immer möglich. Ein wenig war ja Dow nach wie vor Außenseiter in der deutschen Chemieindustrie.

Am 17. November 2004 gab Ministerpräsident BÖHMER die Chemieinitiative im Klubhaus Leuna bei einer Veranstaltung bekannt, die das Anliegen und die Arbeitsprozesse der Initiative erläuterte. Die Chemieindustrie und ihre Wertschöpfungskette mit der Kunststoffverarbeitung hatten sich zu einer Leitindustrie für Mitteldeutschland entwickelt, die damit offizielle Anerkennung erhielt.

Als ich zu Beginn des Jahres 2009 mit 67 Jahren meine Tätigkeit für die Dow Olefinverbund GmbH beendete, bat man mich, weiter als Sprecher des Clusters tätig zu bleiben. Freundlicherweise hat mir die InfraLeuna GmbH ein Büro im traditionsreichen Hauptgebäude am Leunaer Haupttor zur Verfügung gestellt.

Für mich eine sehr positive Erfahrung: die Unabhängigkeit, die man als unentgeltlich arbeitender Pensionär genießt. Man muss weder eine Konzernzentrale noch eine Landesregierung fragen, ob eine Positionierung so gewünscht sei. Im Gegenteil, man hat die Chance, die kritischen Dinge auszusprechen, die andere denken, aber so nicht äußern können oder wollen (Bild 3) [1a].



Bild 3 Clusterbürositzung im Senatssaal der Hochschule Merseburg (13.3.2012, stehend neben dem Pult der Autor) [1a]

Cluster Chemie/Kunststoffe und seine Unterstützung durch das Land Sachsen-Anhalt

Für das Land Sachsen-Anhalt ist die Chemieindustrie eine Leitindustrie. Deshalb konnten wir auf Unterstützung setzen. Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER sollte auf der Handelsblatt-Tagung Chemie 2005 am 6. Juni 2005 in Frankfurt sprechen. Das war dann für mich schon eine besondere Herausforderung, für Professor BÖHMER Hinweise für sein Redemanuskript zu schreiben. Da man es nicht bei wenigen Punkten belassen konnte, habe ich versucht, einen kompletten Gedankengang zu entwickeln. Es wurde spannend, was sich davon nachher in der Rede wiederfinden würde. Seine Idee war ganz einfach: *„Schreiben sie die Thesen kurz auf, die für sie wichtig sind. Meine Redenschreiber werden das dann schon machen.“*

Beim Vortrag selbst erkannte man die Vorarbeit überhaupt nicht mehr, weil er nur selten auf kleine Zettel blickte. Dann brachte er auch noch so Bemerkungen: *„Das haben mir meine Leute aufgeschrieben, weil sie denken, ich hätte sonst nichts zu sagen, aber ich kann es auch anders ausdrücken.“*

Die Rede von Ministerpräsident BÖHMER war voll auf unsere Forderungen ausgerichtet. In der Diskussion wurde er hauptsächlich zu bundespolitischen Themen gefragt. Die Zuhörer waren sehr beeindruckt, wie engagiert und kundig er die Fragen beantwortete.

Die Insider wussten, dass der von BÖHMER geschilderte Strategiedialog von Seiten des VCI von mir koordiniert worden war. Hinterher bedankten sich einige der Kollegen bei mir für die strategische Positionierung des Ministerpräsidenten.

Ich selbst hatte Gelegenheit vorher und nachher mit Professor BÖHMER zu sprechen. Damit war ich jetzt sicher, dass er die Branchenkonferenz auch durch die Wirren der Bundespolitik mit ihren Wahlen gut begleiten würde. Andere Beiträge waren auch interessant und wichtig, wobei klar beobachtet werden konnte, dass sich alle auf neue politische Konstellationen in Deutschland einstellten und bezüglich Energie- und Umweltpolitik eine deutliche Kehrtwende zu erwarteten war.

Am 26. März 2006 wurde in Sachsen-Anhalt gewählt. Nach Bekanntgabe der Ergebnisse haben wir die Wahlsieger angeschrieben und auf die vorher getroffenen Absprachen hingewiesen, damit sie die bereits abgestimmten Themen mit in die Koalitionsvereinbarung aufnehmen:

- Weiterführung des Strategiedialoges mit der chemischen Industrie,
- Vorbereitung der Branchenkonferenz Chemie/Kunststoffe und
- Modellregion für ‚Better Regulation‘ (EU-Projekt ‚Bessere Rechtsetzung‘).

Politisch war das ein voller Erfolg. In der Koalitionsvereinbarung Sachsen-Anhalt wurde die Weiterführung des Strategiedialoges Chemie und die Entwicklung des Clusters Chemie/Kunststoffe als ein Beispiel der Wirtschaftsförderung aufgenommen. Eine so konkrete Bezugnahme dürfte einmalig in Deutschland sein. Ich habe diese Passagen daher auch in der Dow-Welt und im Verband VCI verteilt. Ein Abteilungsleiter des Wirtschaftsministeriums erzählte mir später, dass der neue Minister meinen Brief verteilt hatte mit der Bemerkung, in der Koalitionsvereinbarung stehe das verkürzt, aber so könnten sie den Sinn besser verstehen und ihre Handlungen daraus ableiten. Auch das dürfte einmalig sein.

Im Dezember 2006 haben wir die Chance eines Besuches des damaligen Wirtschaftsminister Dr. Reiner HASELOFF bei der Fachvereinigung Chemieparks/Chemiestandorte genutzt, ihn auf unsere Betroffenheit einzustimmen. Er würde zukünftig als Präsident des Netzwerkes der Europäischen Chemieregionen (ECRN) fungieren. Dazu konnte ich ihn nur überreden, weil wir zusicherten, die fachlichen Vorbereitungen als Cluster mit zu leisten. Das war genau die richtige Entscheidung, weil es gelang, dem ECRN einen Sitz in der ‚High Level Group‘ (HLG) für die Wettbewerbsfähigkeit der Chemieindustrie in Europa zu sichern, der von Dr. HASELOFF in seiner Funktion als Präsident des ECRN wahrgenommen wurde.

Im Februar 2007 war ich zu einem Workshop zum neuen Energiekonzept des Landes eingeladen. Es sollte die Entwicklung bis 2020 beschrieben werden. Da sich die Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie weiter verschlechterten und die ‚Erneuerbaren‘ immer mehr Subventionen forderten, habe ich den Vorschlag eingebracht, auch ein Szenarium zu entwickeln, wie es wohl im Jahr 2020 ohne Chlor- und Petrochemie sein würde. Ich habe deutlich gemacht, dass wir bei allen Energiesparmaßnahmen wie Wärmedämmung, Leichtbau, aber auch bei Photovoltaik und Windkraft immer dabei seien, weil unsere Produkte dazu gebraucht würden. Wir würden diese Produkte dann aber mit großer Wahrscheinlichkeit im Mittleren Osten herstellen und anliefern. Der Vorschlag wurde gleich aufgegriffen, um der Politik die Spannbreite der Problemstellung zu verdeutlichen. Ich sollte das schnell schriftlich zusammenstellen. Das habe ich dann auch gemacht und den Brief zusätzlich intern und an den Verband verteilt. Interessanterweise gab es vom VCI sofort eine positive Reaktion. Sie wollten mitarbeiten, dieses Szenarium zu entwickeln. Das fand ich schon erstaunlich, weil sonst immer der positive Ansatz gesucht wurde, der davon ausgeht, dass wir uns weiter entwickeln würden. Wir hatten uns entschlossen, für das Energiekonzept zwei

Varianten für 2020 zu zeigen: eine positive bei weiteren Investitionen (für uns zweiter Cracker und Folgeanlagen) und eine negative mit teilweiser Aufgabe der Basischemie an den mitteldeutschen Standorten.

Die Ansiedlung des Fraunhofer Pilotanlagenzentrums Schkopau

Seit nunmehr 14 Jahren bietet das Fraunhofer Pilotanlagenzentrum ein einzigartiges Angebot für die Chemieindustrie und die Kunststoffverarbeitung, vor allem technologische Verfahren der Herstellung von Plasten und Elasten und Möglichkeiten, diese Produkte weiter zu entwickeln. Dabei können insbesondere Versuchsmengen in einer Größenordnung bereitgestellt werden, die die Markteinführung und Testung bei den Kunden ermöglichen. Vordem war dies eine Domäne der Chemieindustrie mit dem Nachteil, dass die spezialisierte Anlagentechnik nur ab und an genutzt wurde, was entsprechend kostenaufwendig ist.

Mit der umfassenden Restrukturierung des Chemiestandortes Schkopau erfolgte bis zum Jahr 2000 der großzügige Abriss von Anlagen, die nicht in eine neue Zukunft geführt werden konnten (vgl. vorstehende Beiträge). Dazu gehörten aus gutem Grund auch die Anlagen in B 30 (Bild 4) [5], F 31 und F 59, die lange Heimstatt von Pilotanlagen waren.

Was nun echt fehlte, waren solche Pilotanlagen. Dow benötigte sie wegen der Forschungskompetenz an anderen Standorten, prinzipiell aber nicht in Schkopau. Ausnahmen waren die Geschäftsfelder Polyethylenterephthalat (PET) und ‚Rubber‘ (Synthesekautschuk), die forschungsseitig am Standort Schkopau konzentriert wurden. Speziell das Geschäftsfeld Rubber suchte dringend eine Möglichkeit zur technischen Überführung. Da konnte ich meinen Erfahrungshintergrund und die Kenntnis der neuen Forschungslandschaft einsetzen. An sich war es dem örtlich zuständigen Management regelrecht untersagt, sich in ‚Dow-Business-Angelegenheiten‘ einzumischen oder gar strategisch zu denken, weil das ‚Corporate‘ sei. Letztlich blieb immer nur der Weg, ein ‚Business‘ (Geschäftsfeld) oder den Zuständigen für Forschung und Entwicklung (‚Research & Development‘, R&D) zu überzeugen, dass es ihre Idee sei.

Das Fraunhofer Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP) in Teltow (jetzt Potsdam) bot sich als einzig denkbarer Partner an. Ich kannte das Institut aus seiner Zeit als Akademieinstitut bestens und wusste um die Kompetenz nicht nur zur reaktionstechnischen Modellierung, sondern auch zur industriellen Technik. Gemeinsam hatten wir Versuchsreihen in Premnitz und insbesondere in Moskau zur Synthese der

Polyterephthalate durchgeführt. Es ergab sich die Chance, dem Verantwortlichen der Dow für R&D aus Amerika das Fraunhofer Institut IAP in Teltow vorzustellen.

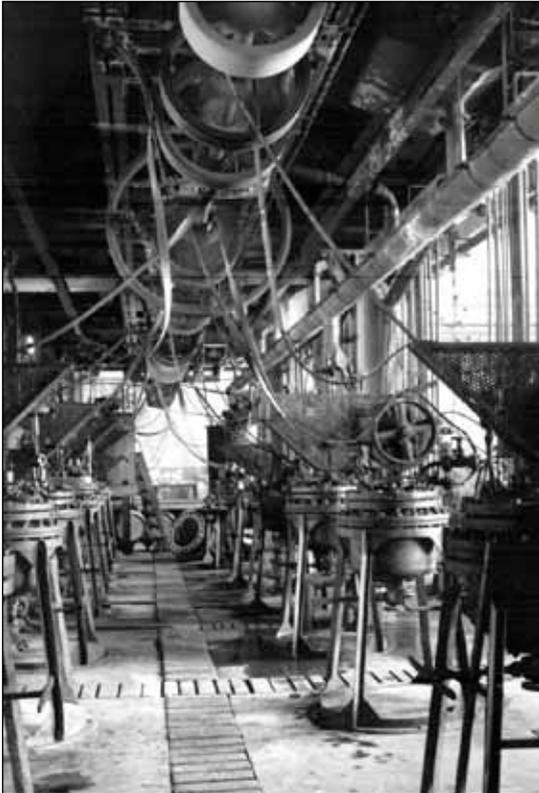


Bild 4
Rührwerke mit Transmissionen
im Technikum B30
(1950/60er Jahre) [5]

Die Fahrt von Schkopau nach Brandenburg ist mir noch heute in Erinnerung: Führung in Potsdam mit Erläuterung von Grenze, Historie und Gegenwart mit meinem mäßigen Englisch, Erläuterung der Geschichte des mir wohlbekannten Akademieinstitutes in Teltow und seiner neuen Vorzüge als Fraunhofer Einrichtung und verhalte-

ne Fahrt auf der Autobahn (man hatte mir eingeschärft: nicht über 130 km/h, sonst sind wir wieder in Midland als Raser verschrien!). Langsam reifte in der Organisation der Gedanke, die Pilotanlage könne doch Fraunhofer bauen und betreiben.

Dann kam der große Tag des Festes der Privatisierung im Jahr 2000, der in einer Gartenwirtschaft in Leipzig begangen wurde. Pedro REINHARD (siehe Bild 17 auf Seite 91) vom Dow-Vorstand („Dow Board“) als Zuständiger für unsere Privatisierung, aber auch für die betroffenen Geschäftsfelder, war aus Midland/USA angereist. Ich empfahl dem Rubber-Business, doch bei dieser Gelegenheit die Fraunhofer-Pilotanlage zu besprechen. Die Antwort war ganz einfach: „*Unmöglich, das ist noch gar nicht richtig*

kommuniziert und vorbereitet. Wenn Pedro einmal nein sagt, dann gibt es keine zweite Chance!“

Der Abend verlief ganz anders. Pedro REINHARD sprach mich sehr direkt als den einzigen Ostdeutschen im oberen Management an, wie ich so als Ostdeutscher die Veränderungen und speziell das Dow-Engagement bewerte. Es war eine sehr gute, lange und zwanglose Unterhaltung, weil er viel zur Vorgeschichte wissen wollte. Freundlicher Weise benutzte er sogar die deutsche Sprache, was ein großes Entgegenkommen war. Wenige nur wussten, dass er einer vertriebenen jüdischen Familie entstammte und muttersprachlich deutsch geprägt war. Er wollte sehr speziell wissen, wie die neue Diktatur (Kommunismus) gewesen sei. Über die aktuelle Entwicklung mit Dow habe ich mich berechtigt sehr positiv geäußert. Dann wurde ich aber mutig und sagte: „*Einen Wunsch hätte ich noch.*“ Ich erläuterte die Idee mit der Pilotanlage und dem möglichen Fraunhofer Engagement. Die Antwort war recht einfach: „*Fraunhofer klingt gut. Das Business mit einschalten.*“

Noch am gleichen Abend bin ich mit dieser Antwort zum ebenfalls anwesenden Business-Direktor gegangen. In der Folge gab es keine Vorlagen oder Rückfragen mehr. Das nicht unerhebliche Geld für die erforderliche Infrastruktur des Pilotanlagenzentrums galt als budgetiert. So einfach kann es manchmal sein.

Eine Fraunhofer-Einrichtung konnte nicht einseitig nur die Interessen der beiden Dow-Geschäftsfelder aufgreifen. Zwangsläufig mussten verschiedene Technologien vorgesehen werden, um ein breites Kundenspektrum zu gewinnen. In diese Konzipierung habe ich mich sehr bewusst nicht eingemischt, auch wenn ich mich freute, dass die von meinem Team in der Buna-Zeit konzipierte und gebaute multivalente Anlage F 59 eine Wiederauferstehung erleben würde. Technologisch nicht einfach war die technische und technologische Ausgestaltung der sehr unterschiedlichen Polymerisationstechniken und ihre Verknüpfung zur Nutzung der gemeinsamen Infrastruktur, die auch eine Ethylen- und speziell eine Butadienversorgung über Leitung bot.

Bereits im Jahr November 2000 gab es auch erste Gespräche mit dem Fraunhofer Institut für **Werkstoffmechanik** (IWM), das gezielt eine zusätzliche Kompetenz der Kunststoffverarbeitung aufbauen wollte. Es gelang über die Landesregierung eine Förderung für ein Kunststoffnetzwerk zu erreichen. Damit konnten wir in den folgenden Jahren Kräfte bündeln und systematisch eine inhaltliche Basis für den Aufbau der

Polymercharakterisierung und Polymerverarbeitung in Halle und für den späteren Teil Polymerverarbeitung des Pilotanlagenzentrums in Schkopau schaffen.

Bereits im Jahr 2001 unterstützten wir die Gespräche der beiden Institutsleitungen mit der Landesregierung Sachsen-Anhalt, wobei es im ersten Ansatz um ein Investpaket von 54 Mio. DM in Schkopau und 38 Mio. DM in Halle ging. Mir fiel insbesondere die Aufgabe zu, dem Fraunhofer Vorstand in München die Situation und Interessenlage der entsprechenden mitteldeutschen Industrie nahe zu bringen. Stiftungsprofessuren mit den Hochschulen wurden verabredet, um die regionale wissenschaftliche Einbindung zu sichern. Sehr hilfreich waren dabei die von Dow vorgesehenen weiteren Investitionen, mit denen die Kunststoffkompetenz weiter ausgebaut werden sollte. In Verbindung mit der Vorbereitung des Besuches von Bundeskanzler Gerhard SCHRÖDER wurde die Fraunhofer Ansiedlung dann sogar Thema für die zuständigen Bundesministerien. Bei seiner Rede zur Zukunftskonferenz in Leipzig im Herbst 2001 erwähnte er allerdings die Ansiedlung des Fraunhofer Demonstrationszentrums im ValuePark nur indirekt, so dass lediglich Eingeweihte etwas heraushören konnten. Das hat wiederum die sachsen-anhaltische Ministerin Katrin BUDDE so geärgert, dass sie in ihrem Beitrag von den „*verschwommenen Andeutungen des Kanzlers*“ redete, die sie nun erklären müsse. Das war politisch nicht so klug, aber sie war eben noch etwas jung.

Tatsache war, dass erst am Vortag vor Beginn der Veranstaltung Klarheit erzielt wurde durch ein Telefongespräch von Ministerpräsident Reinhard HÖPPNER mit dem Fraunhofer Vorstand Professor Hans-Jürgen WARNECKE. Bis zuletzt haben Fraunhofer und Land um die Finanzierungskonditionen gefeilscht. Man zeigte mir dann die Vorbereitung auf das Telefongespräch mit HÖPPNER anhand der handschriftlichen Notizen von ihm als Ergebnis seiner Aussprache.

Die Einigung war wie üblich: Es kann der Bundesregierung gesagt werden, dass wir das zusammen machen und unsere Arbeitsebenen sollen nochmals über die Finanzierung sprechen. Diese Runde habe ich dann miterlebt: Fraunhofer war letztlich bereit, die Betreiberkosten voll in die Wirtschaftspläne einzustellen und zwei Stellen für Professoren zu finanzieren. Dafür wollten sie kein Kapital einsetzen. Der Bund sollte etwas mehr zulegen. Am Schluss gab es einen Kompromiss: Mit dem vorhandenen Kapital (12 Mio. DM für Bau und 30 Mio. DM für Ausrüstungen) sollte das Projekt starten und den vollen Bauteil, aber nur drei von vier Fahrstraßen realisieren. Die ‚slurry‘-

Polymerisation (Suspensionspolymerisation) sollte dann nachrüstbar sein und in einem Jahr sollte erneut über diese Finanzierung verhandelt werden.

Von 2000 bis 2005 zu planen und zu bauen war für Dow nicht so recht zu begreifen. Zwar erfolgte im Dezember 2002 der erste Spatenstich, zu dem auch der Direktor von Dow Automotive extra aus den Staaten angereist war. Dann ging es aber so langsam voran, dass ich zunehmend quälende Fragen der Geschäftsbereiche bekam, wann denn das Pilotanlagenzentrum wohl verfügbar sei. Von der Seite konnte ich nur helfen, wenn es rechtliche Probleme mit dem Verständnis für Geheimhaltung oder dem Eigentum künftiger Entwicklungsergebnisse gab. Aber die echten Probleme waren die öffentlichen Finanzen und das vorgeschriebene Prozedere der Ausschreibung aller Planungen und Bauarbeiten.

Es gab auch Versuche eines Wettbewerbers, dem Fraunhofer Vorstand sein Engagement in Mitteldeutschland doch noch auszureden. Da ich mittlerweile Kurator beider Fraunhofer Institute geworden war, konnte ich solche Versuche sehr wohl erkennen und politisch gegensteuern. Methodisch wurde das Pilotanlagenzentrum Bestandteil der Ansiedlungen im Schkopauer ValuePark, was die Unabhängigkeit von Dow demonstrierte.

Zur Mobilisierung von Mitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurde der Weg über die Ansiedlung im Merseburger Innovations- und Technologiezentrum (mitz) gewählt, das mit dem neuen ‚mitz 2‘ eine Kunststoffkompetenz aufbaute, bei der das Fraunhofer Pilotanlagenzentrum der wichtigste Nutzer wurde. Damit wird verständlich, dass die Entscheidungswege über Fraunhofer-Zentrale, am mitz beteiligte Kommunen und Landkreis sowie Landesregierung wirklich nicht einfach sein konnten. Politisch und argumentativ konnte ich für die Ansiedlung werben, aber mehr auch nicht tun. Dazu gab es gute Gelegenheiten bei den Strategiegesprächen.

Im Jahr 2005 war es endlich so weit: Ein Zelt, eine Feierstunde mit den Reden der Akteure und der politisch Beteiligten und eine Führung für die VIP („Very Important People“). Ich saß in einer hinteren Ecke, was meinen Dow-Chef zu der Frage veranlasste: „*Wieso sind sie hier und nicht vorn dabei?*“ Es wäre doch meine Idee gewesen und ich hätte das Zentrum doch der Dow-Organisation abgetrotzt. So ist das eben, wenn die internen Entscheidungsprozesse aus Prinzip nicht kommuniziert werden. Ich

war inzwischen zwar auch Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland geworden, aber damals war man politisch keinesfalls bereit, solchen Netzwerken Kompetenz und Sichtbarkeit einzuräumen.

Das Pilotanlagenzentrum mit dem Syntheseteil war nur der Anfang. Ich bin dankbar, dass später mit dem Fraunhofer IWM die wichtige Ergänzung der Polymerverarbeitung erfolgte, die für mich persönlich das Wiedererstehen der von meinem Team zur Buna-Zeit konzipierten und gebauten Compoundieranlage H 75 auf viel höherem Niveau ist.

Die weitere Kooperation mit Fraunhofer

Als Kurator beider Fraunhofer Institute und als Sprecher des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland konnte ich den mehrfachen Ausbau des Pilotanlagenzentrums in Schkopau, die Ergänzung durch die Modulfertigung für die Solartechnik, aber auch die Nachnutzung des Konzeptes mit dem Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse (CBP) in Leuna mit erleben.

Ein zusätzliches Thema war dann plötzlich der Neubau des Fraunhofer Instituts für **Werkstoffmechanik** (IWM) am Weinberg Campus der Martin Luther Universität Halle-Wittenberg in Halle/Saale (Bild 5) [6]. Die Landesregierung hatte an dem besten Standort ein neues Finanzamt konzipiert. Mit unserer Unterstützung gelang es dann, das Institutsgebäude zentral zu platzieren. Ich kann mich auch an eine Einladung nach München erinnern, bei der ich dem gesamten Fraunhofer-Vorstand das neue Konzept und das Engagement der Dow erklären durfte. Letztlich hatten die Verzögerungen für die Dow-Forschung in Schkopau doch Konsequenzen, weil inzwischen eine Neuorientierung mit einer stärkeren Zentralisierung entschieden wurde. Das künftige Pilotanlagenzentrum konnten wir bei dieser Entscheidung nicht platzieren.



Bild 5
Das Fraunhofer Institut
für **Werkstoffmechanik**
(IWM) am Weinberg
Campus der Stadt
Halle/Saale [6]

Fraunhofer hat im mitteldeutschen Chemiedreieck eine besondere Bedeutung, weil die Demonstrationsanlagen an den Chemiestandorten eine Besonderheit sind und ein wenig den Mangel an Industrieforschung ausgleichen. Im Juli 2006 war die Sitzung der Fraunhofer-Berufungskommission für die neue Professur und Institutsleitung in Halle. Das Verfahren wurde gemeinsam mit der Universität durchgeführt und fand daher im alten Physikgebäude gegenüber der Moritzburg statt. Jetzt wird dieses Gebäude vom Fraunhofer CEM (Center for Economics of Materials) mit genutzt.

Die Fraunhofer Vertreter waren bis auf meine Person alle aus Bayern bzw. Süddeutschland angereist. Es war schon eine Besonderheit, dass ich als Industrievertreter in der Kommission mitarbeiten durfte. Geleitet wurde das Verfahren vom Personalvorstand Dr. Dirk-Meints POLTER, den ich schon seit vielen Jahren kannte. Von den fünf geladenen Kandidaten gab es bei den Fachleuten schon vorher klare Vorstellungen, die aber nach Vortrag und Gespräch arg ins Wanken gerieten, weil Persönlichkeit und Fachkompetenz eben nicht immer richtig zusammenpassten.

Im gleichen Monat fand in Potsdam die Sitzung des Fraunhofer Kuratoriums des dortigen IAP statt. Dabei hat der Fraunhofer-Vorstand Dr. Alfred GOSSNER über fünf neue Innovations-Cluster berichtet, die deutschlandweit eingerichtet werden sollten. Ich habe spontan dann den Vorschlag eingebracht, dass als sechstes Cluster sich ‚Polymere in Mitteldeutschland‘ anbieten würde. Das wurde aufgegriffen und es wurden weiterführende Gespräche vereinbart.

Im Oktober 2006 war dann die Einführung des neuen Institutsleiters von Fraunhofer in Halle/Saale (Bild 6). Ich hatte ja in der Berufungskommission mitgewirkt und wir hatten dabei auch unseren Wunschkandidaten, Prof. Ralf B. WEHRSPORN, durchsetzen können. Ich kannte ihn durch seine frühere Tätigkeit bei dem Max-Planck-Institut in Halle und durfte ihn damals mit dem Innovationspreis des Clusters auszeichnen. Am Rande der Feier war dann Gelegenheit zu einem Gespräch mit Fraunhofer-Vorstand, Wirtschaftsministerium von Sachsen-Anhalt und beiden Institutsleitern von Fraunhofer. Dort konnte ich die Bedingungen für das Innovations-Cluster Polymertechnologie nochmals festklopfen. Das Ministerium hat drei Millionen Förderung zugesagt. Das hatte mir Reiner HASELOFF als Landesminister schon versprochen, aber nun war Gelegenheit, dies offiziell zu vermitteln. Bei einer Folgeberatung in Berlin beim BDI zu dem Thema Innovation habe ich versucht, auch die Unterstützung des zuständigen Bundesministeriums zu gewinnen.



Bild 6

Eröffnung des neuen Institutsgebäudes in der Walter-Hülse-Straße in Halle/Saale im Jahr 2007, Institutsleiter Prof. Ralf B. WEHRSPORN (links) erläutert dem damaligen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER die Forschungsthemen des Instituts

Bild 7

Das neue Institutsgebäude des Fraunhofer Instituts für **Werkstoffmechanik (IWM)** in der Walter-Hülse-Straße nach der Fertigstellung im Jahr 2007



Die Berufung von Prof. Ralf B. WEHRSPORN hat sich zurückblickend als ein Segen für die mitteldeutsche Chemieregion und das Cluster erwiesen. 2007 konnte das Fraunhofer IWM an der Walter-Hülse-Straße 1 in Halle ein neues Institutsgebäude beziehen (Bild 7).

Im September 2007 fand in Magdeburg die Fraunhofer-Veranstaltung zur Bekanntgabe des Fraunhofer ‚Innocluster Polymertechnologie‘ Halle-Leipzig mit Festakt und Pressekonferenz statt. Fraunhofer Vorstand Prof. Ulrich BULLER und Minister Dr. HASELOFF bezogen sich darauf, dass die Idee vor mir gekommen war.

Im September 2008 war Dr. HASELOFF bei uns im ValuePark Schkopau, um den Förderbescheid für das Fraunhofer Centrum für Silicium-Photovoltaik zu übergeben. Für 60 Mio. € würden Gebäude und Anlagen errichtet. Der Teil Kristallschmelze und die Hauptlabors kamen nach Halle an den Weinberg Campus. Die Kunststofftechnik wurde in Schkopau neben dem Pilotanlagenzentrum platziert. Rechtlich gehörte das nicht zusammen, aber inhaltlich arbeiten die beiden Einrichtungen eng zusammen.

Recht spontan war mir im Oktober 2008 von dem Geschäftsführer der InfraLeuna GmbH Andreas HILTERMANN angeboten worden, dass ich nach meinem Ausscheiden bei Dow als Clustersprecher in Leuna arbeiten sollte, um die Themen Kohlechemie und Biotechnologisches Prozesszentrum im Interesse von Leuna weiter zu begleiten. Er würde Büro und Sekretärin zur Verfügung stellen. Ich hatte erst Zweifel, ob ich mir das antun sollte.

Leuna wollte sowohl für Kohlechemie als auch für die Biomasseverwertung neue Pilotanlagen bauen. Die Krise hatte die Wirtschaft voll erwischt. Durch das Konjunkturprogramm gab es viel zusätzliches Geld für Infrastruktur. Fraunhofer wurde gerade in der Krise sehr vom Bund und den Ländern gefördert, obwohl sich die schwache Konjunktur auch bei allen Industrieaufträgen auswirkte. Umso mehr setzten sie auf neue innovative Themen, wobei wir mit Biotechnologie und Kohlechemie gar nicht so schlecht lagen. Es fehlten aber die konkreten Projekte. Über das Cluster sollten wir organisieren, dass die Firmen und Forschungseinrichtungen diese Chance nutzten. Wir hatten da schon konkrete Vorstellungen zu weiteren Forschungszentren (Biotechnologie, Materialprüfung und Kohlechemie) und könnten das platzieren. In Magdeburg hatten wir eine Besprechung zum Konjunkturprogramm und es waren wohl gute Aussichten, das biotechnologische Prozesszentrum in Leuna schneller gefördert zu bekommen.

Im Januar 2009 hatte sich meine ‚berufliche‘ Zukunft weitgehend geklärt. Es gab einen diesbezüglichen Schriftverkehr zwischen dem Clustermanagement und dem Wirtschaftsminister. Ich werde für eine ‚Übergangszeit‘ (im Schreiben als „*mittelfristig wahrnehmen*“ ausgedrückt) weiter als Clustersprecher fungieren und erhalte ein Büro im Verwaltungsgebäude der InfraLeuna GmbH. Ich hatte zugesagt, weil das eine einmalige

Chance war und ich in der Krise keinen Manager finden konnte, der bereit war, die Funktion Clustersprecher wahrzunehmen. Ich hatte mir ausbedungen, das unentgeltlich im Ehrenamt zu leisten. Das sicherte mir eine Unabhängigkeit, die ich in der Folgezeit sehr zu schätzen lernte. Letztlich wurden nur noch die Reisekosten erstattet, weil ich nicht mehr bei Dow abrechnen konnte.

Noch im gleichen Monat war ich einen Tag in Potsdam, um im Rahmen eines Ehrenkolloquiums Gespräche mit dem Fraunhofer Vorstand, dem Fraunhofer Chef des IAP und dem Geschäftsführer des Kunststoffnetzwerkes Brandenburg zu führen. Ziel war es, weitere Fürsprecher für unser chemisch-biotechnologisches Prozesszentrum in Leuna zu finden. Wir haben dann eine Taktik ausgedacht, wie wir die Wettbewerber aus Brandenburg (eng mit der SPD, PLATZECK, GABRIEL verhandelt) als Cluster zu einem Informationsaustausch einladen, um sie zur Mitarbeit zu gewinnen, oder aber um eine Abgrenzung zu erreichen. Für die Politik war es nicht zu verantworten, dass zwei Standorte eine ‚Bioraffinerie‘ bauen wollten.

Im April 2009 fand in Wittenberg die Leitungssitzung des Netzwerkes der mitteldeutschen Chemiestandorte statt. Mittags kamen der Wirtschaftsminister und der Finanzminister Sachsen-Anhalts dazu, um bekanntzugeben, dass in Leuna das chemisch-biotechnologische Prozesszentrum von Fraunhofer entstehen wird. Sie berichteten, dass sie vorher in einer Nachtsitzung im Finanzausschuss die Zustimmung für das Finanzpaket erreicht hätten. Mit den Zuwendungen des Bundes und von Fraunhofer ging es um fast 50 Mio. €.

Am Wochenende war ich zum Abendessen in die Wohnung des Finanzministers Jens BULLERJAHN eingeladen. Dort wurde im kleinen Kreis mit Bundesminister Sigmar GABRIEL besprochen, wie das neue Prozesszentrum in Leuna zur ‚mitteldeutschen Bioraffinerie‘ weiterentwickelt werden könnte. Das Cluster sollte das über die Landesgrenzen (zwei Länder CDU/SPD, aber Brandenburg SPD) koordinieren. Das war politisch sehr delikat, weil in Berlin alle dafür wichtigen Ministerien von der CDU geführt wurden, außer dem Haus von Minister GABRIEL. Daher wollten wir klar machen, dass das ein übergreifendes Anliegen ist und dass die SPD von Sachsen-Anhalt das mitträgt. Es war eine sehr offene und konstruktive Stimmungslage. Minister GABRIEL sagte zu, dass unser Cluster die mitteldeutschen Aktivitäten ‚Bioraffinerie‘ koordinieren solle. Bei Schwierigkeiten mit den Brandenburger Landesinteressen bot er ein direktes Gespräch gemeinsam mit Ministerpräsident Matthias PLATZECK an.

Im Dezember 2009 kam der Fraunhofer Vorstand Prof. Ulrich BULLER nach Schkopau und wir konnten uns im dortigen Pilotanlagenzentrum von Fraunhofer treffen. Ich hoffte, dass ich Fraunhofer für die neue Herausforderungen gewinnen könnte. Mein Wunsch war es, dass Fraunhofer die Regie beim Bau und dem Betreiben der erforderlichen Versuchsanlagen übernehmen würde. Das hatten wir mit dem Pilotanlagenzentrum so erfunden und das wurde dann auch nachvollzogen bei dem Center für Siliziumphotovoltaik und es wird auch bei dem Prozesszentrum für Biotechnologie in Leuna so sein. Prof. BULLER war mir nach wie vor sehr gewogen, weil er das Potsdamer Institut nach der Wende geführt hatte. Es war also eine sehr konstruktive Beratung nach dem Motto: „*Wie bekommen wir das hin, wo sind die Gegner, wer könnte Verbündeter sein?*“ Fraunhofer wollte bereits kurzfristig zehn Wissenschaftler des Institutes aus Oberhausen nach Freiberg umsetzen, die verfahrenstechnisch die Kohlevergasung bearbeiten sollten. Ich sollte mit dem Institutsdirektor klären, wie wir dieses Institut in das Projekt ‚Innovative Braunkohlenintegration Mitteldeutschland‘ (ibi) integrieren könnten, damit gemeinsam eine Versuchsanlage konzipiert werden könnte.

Im Februar 2010 war die Veranstaltung mit dem Umweltminister aus Sachsen-Anhalt und den Vertretern der Nachbarländer sowie des Bundes zu dem Thema ‚Masterplan stoffwirtschaftliche Nutzung der Biomasse in Mitteldeutschland‘. Ich hatte vor der Veranstaltung Brandenburger Teilnehmer im Hotel bzw. am Bahnhof eingesammelt. Die eigentliche Besprechung war im cCe-Kulturhaus Leuna sehr eindrucksvoll mit dem IG-Farben Ambiente. Es war auch eine erfolgreiche Beratung, wobei insbesondere die Vertreter aus Brandenburg sehr hilfreich waren. Prof. Hans-Peter FINK als Direktor des Potsdamer Fraunhofer Institutes IAP unterstützte mich und das Cluster aus alter Verbundenheit und war damit der ausgleichende Gegenspieler gegen den Fraunhofer Chef Prof. Thomas HIRTH aus Stuttgart. Der Minister hat all unsere Vorschläge aufgegriffen und die beteiligten Länder wollten auch mitmachen. Der Institutsleiter aus Stuttgart, der für das biotechnologische Prozesszentrum verantwortlich war, hielt nicht viel von unserem Cluster. Wir waren mit dem Anspruch angetreten, erst die Biomassepotenziale zu erfassen, damit die Forscher solche Projekte durchführen, die sich nachher auch in der Region realisieren lassen. Er bildete sich ein, dass er mit dem Bund die Projekte selbst definieren konnte und dass die späteren Investoren dann die Verantwortung hätten, die geeignete Biomasse zu besorgen (zu importieren!). Ich habe im Nachgang mit der Leitung des Ministeriums nochmals abgeklärt, dass auch der Mi-

nister einfordern wird, dass die Projekte auf die regionalen Potenziale bezogen sein müssten.

Im Dezember 2010 war in Leuna der Spatenstich für das biotechnologische Prozesszentrum von Fraunhofer. Über 50 Mio. € wurden dort investiert.

Die Kuratoriumssitzung im Juni 2012 in Potsdam beim Fraunhofer IAP war ein Erfolgserlebnis. Alle neuen Entwicklungen liefen vorzüglich. Es bestand die echte Chance, ein eigenständiges Verfahren der Herstellung von Carbonfasern aus Cellulose, statt aus dem Polyacrylnitril zu entwickeln. Der Erweiterungsbau für 23 Mio. € wurde in Betrieb genommen. Das Institut war so angesehen, dass im Kuratorium der Wirtschaftsstaatssekretär und die Kultusministerin aus Brandenburg mitarbeiteten. Sonst wurde so etwas meist an die Arbeitsebene delegiert. Der Institutsdirektor hat gern meinen Vorschlag aufgegriffen, das Pilotanlagenzentrum in Schkopau durch eine neue Halle für Polymerleichtbau (Faserverstärkung) zu erweitern.

Im Oktober 2012 war der große Tag mit dem Besuch der Kanzlerin zur Eröffnung des Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse‘ (CBP) am Standort Leuna. Das war für uns ein Fest, weil wir als Cluster an der Finanzbeschaffung und an der inhaltlichen Einordnung mitgewirkt hatten. Es war der zweite Tag des neuen Fraunhofer Präsidenten Prof. Reimund NEUGEBAUER, mit dem erstmals ein Ostdeutscher eine solche Funktion einnahm. MERKEL, HASELOFF, BERGNER und NEUGEBAUER hatten alle (fast zur gleichen Zeit) in Sachsen studiert, was bei den Ansprachen anekdotisch gewürdigt wurde.

Im Januar 2016 war ein weiterer Besuch der Kanzlerin zur Gründung des Fraunhofer Institutes IMWS in Halle, das damit kein Institutsteil vom IWM war und seine Eigenständigkeit erhielt. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Fraunhofer Präsidenten Prof. NEUGEBAUER und Ministerpräsidenten Dr. HASELOFF bekanntgegeben, dass das Fraunhofer Leistungszentrum Chemie- und Biosystemtechnik mit Prof. WEHRSPÖHN als Direktor die Kooperation von Fraunhofer mit den regionalen Hochschulen intensivieren soll. Es ist das einzige Leistungszentrum für diese Fachrichtung in Deutschland und umfasst mehrere regionale Fraunhofer Einrichtungen mit ihren Instituten und Demoanlagen sowie die diesbezüglichen Fachrichtungen der Universitäten Halle und Leipzig sowie der Hochschulen Merseburg, Anhalt und Leipzig. Im Jahr 2018 erfolgte eine Neuprofilierung als Leistungs- und Transferzentrum Chemie- und Biosystemtechnik mit dem Anspruch, die Projekte der Linearen Wirtschaft durch die

Zirkuläre Wirtschaft zu ergänzen und noch mehr KMU einzubeziehen. Zwischenzeitlich waren viele gemeinsame Projekte initiiert worden. Die Berufung von Prof. WEHRSPORN in die Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung war Gewähr, dass die Themen Innovation, industrielle Anwendbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit im Zusammenhang gesehen wurden.

Fraunhofer wird mit der neuen Herausforderung Strukturstärkung die innovative Entwicklung der Chemieindustrie mit seinen jetzigen und den zukünftigen Demoanlagen an den Chemiestandorten Schkopau und Leuna mit gestalten und prägen. Prof. Ralf WEHRSPORN wurde in den Fraunhofer Vorstand berufen. Er hatte in der Kommission Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung darauf gedrungen, dass die Chemieindustrie mit der Strukturstärkung eine Ankerfunktion in den Revieren übernehmen soll. Die strombasierte Wasserstofftechnik wird die Schlüsseltechnologie für die Zirkuläre Wirtschaft des Kohlenstoffs. Die einzigartige Integration der Fraunhofer Demoanlagen in die Chemiestandorte wird weiterentwickelt werden, damit Erneuerbarer Strom, Biomasse und Kunststoffabfälle die Rohstoffbasis nachhaltig ergänzen.

Danksagung und Autorenvorstellung siehe Seiten 46 und 48

Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] Christoph Mühlhaus: ‚Das Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland‘, in: ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hrsg.: SCI, 18. Jg., Heft 33, Merseburg, 1/2013, S. 133, a) S.136
- [2] https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_B%C3%B6hmer#/media/File:KAS-B%C3%B6hmer,_Wolfgang-Bild-19581-1.jpg/2017
- [3] https://de.wikipedia.org/wiki/Margot_Wallstr%C3%B6m#/media/File:Margot_Wallstr%C3%B6m_Senate_of_Poland_01.JPG/2017
- [4] ‚Merseburger Beiträge...‘, Hrsg.: SCI, 18. Jg., Heft 33, Merseburg, 1/2013, S. 17
- [5] Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna, heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH
- [6] https://de.wikipedia.org/wiki/Fraunhofer-Institut_f%C3%BCr_Werkstoffmechanik/
6.11.2019

Fraunhofer-Aktivitäten zum Strukturwandel im mitteldeutschen Revier

von **Ralf B. Wehrspohn**

„Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ hieß die Kommission, die im Juni 2018 von der Bundesregierung einberufen wurde und Anfang 2019 ihre Empfehlungen vorgelegt hat. Als einziger Vertreter aus Sachsen-Anhalt habe ich darin mitgewirkt und mich vor allem dafür eingesetzt, Innovationen als Schlüssel zur Gestaltung der Zukunft und insbesondere zur Bewältigung des Strukturwandels nach dem Ausstieg aus der Kohleverstromung zu begreifen. Wenn wir die Möglichkeiten von Forschung und Entwicklung nutzen, eingebunden in die Strukturen vor Ort und zugeschnitten auf den Bedarf der Unternehmen in der Region, ist dies die Antwort sowohl für das Erreichen klimapolitischer Ziele als auch zur Bewältigung der Herausforderungen für die energieintensive Industrie. Wir können Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit verbinden, einen intelligenten Umgang mit beschränkten Ressourcen und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen vereinen.

Diese Perspektive fand im Abschlussbericht der Kommission intensive Berücksichtigung, etwa durch Empfehlungen für nachhaltige, sektorübergreifende Technologieentwicklungen, die Schaffung dafür geeigneter regulatorischer Freiräume sowie eine Forschungs- und Transferoffensive mit der Etablierung von Reallaboren als neuem Instrument. Diesen Rückenwind möchten wir nutzen, um gemeinsam mit unseren Partnern aus Industrie und Politik Transformationspfade zu einer nachhaltigen Industriegesellschaft zu entwerfen, umzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Innovative, nachhaltige Technologien und neue Geschäftsmodelle sind die Voraussetzung für gute neue Jobs, in den einstigen Braunkohlerevieren und darüber hinaus.

Ziele: Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung

Um dabei zu unterstützen, sind vielfältige Aktivitäten der Fraunhofer-Gesellschaft mit zahlreichen Partnern zum technologieorientierten Strukturwandel entstanden, von denen ich einige in diesem Beitrag kurz vorstellen möchte. Die Zielsetzung für das Mitteldeutsche Revier ist weiterhin diejenige, die schon im Titel der Kommission steckte: Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Im Jahr 2020, in dem wir beispielsweise ein Vierteljahrhundert der Präsenz von Dow in Mitteldeutschland oder das 20. Jubiläum des erfolgreichen Abschlusses der Privatisierung des Olefinverbundes feiern, haben wir wichtige Weichen gestellt und viel Unterstützung aus Wirtschaft, Politik

und anderen Forschungseinrichtungen erhalten. Ich bin überzeugt: Aufbauend auf dieser Zusammenarbeit kann Mitteldeutschland ein Innovationslabor für eine nachhaltige Energie- und Industrieregion werden, die sich sowohl einen Vorsprung im Wettbewerb sichern als auch Vorbild für andere Regionen in Europa sein kann.

So ist es uns gelungen, die Fraunhofer-Geschäftsstelle ‚Strukturwandel‘ nach Halle zu holen. Hier werden alle Aktivitäten zum Strukturwandel begleitet, die von der Fraunhofer-Gesellschaft für die einzelnen Reviere zu diesem Thema angestoßen werden. Ich betrachte das als Anerkennung für die Kompetenzen und erfolgreich etablierten Strukturen in der Region, etwa die Expertise des ‚Centers for Economics of Materials‘ (CEM, Übersicht der genannten Einrichtungen siehe Kasten auf Seite 156) bei der ökonomischen Bewertung von Innovations-, Technologie- und Regulierungsfolgen sowie zu nachhaltigen Wertschöpfungssystemen (Bild 1), ebenso die Aktivitäten des Leistungs- und Transferzentrums Chemie- und Biosystemtechnik. Es ist in meinen Augen elementar wichtig, dass die Expertinnen und Experten dort präsent sind, wo die Herausforderungen des Strukturwandels am deutlichsten sichtbar sind und dass Ideen und Projekte dort entstehen, wo sie schließlich auch ihre Wirkung entfalten sollen.



Bild 1 Treffen zu einem ‚Think Tank‘ am ‚Center for Economics of Materials‘ CEM in Halle/Saale im September 2018 (v.l.n.r.: PD Dr. Christian GROWITSCH, Fraunhofer-Leiter des CEM, Prof. Dr. Christian TIETJE, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Prof. Reimund NEUGEBAUER, Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Dr. Reiner HASELOFF, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Dieter SPATH, Präsident von acatech, Prof. Dr. Ralf B. WEHRSPORN, Leiter des Fraunhofer IMWS)

Fraunhofer hat sich damit bereits jetzt als zentraler Akteur für den Strukturwandelprozess in den bisherigen Kohlerevieren und in der deutschen Industrie insgesamt etabliert. Wir möchten das Know-how, die Kreativität und das Engagement unserer insgesamt rund 26.000 Mitarbeitenden nutzen, um diese Transformation aktiv zu begleiten. ‚Strukturwandel‘ meint dabei längst nicht nur den Ausstieg aus der Kohleverstromung. Letztlich gilt es, industrielle Prozesse insgesamt ressourcenschonend und klimaneutral zu gestalten, dabei zugleich den sozialen Frieden und die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen zu wahren sowie die nötige Investitionssicherheit zu schaffen. Unsere Überzeugung, dabei erfolgreich sein zu können, erwächst aus dem Gedanken, die Entwicklung einer weitgehend CO₂-neutralen Energieversorgung und die Entstehung zirkulärer Wirtschaftsprozesse nicht als klimapolitisch getriebene Gängelung zu begreifen, sondern als Motor für neue Wertschöpfungspotenziale.

Kürzel	Name der Einrichtung	Ort
IMWS	Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen	Halle/Saale
CBP	Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse	Leuna
PAZ	Fraunhofer-Pilotanlagenzentrum für Polymersynthese und -verarbeitung	Schkopau
CEM	Center for Economics of Materials	Halle/Saale
CBS	Leistungs- und Transferzentrum Chemie- und Biosystemtechnik	Halle/Saale
IWPK	Fraunhofer-Institut für Wasserstoff- und Kohlenstoffprozesstechnik	Leuna/Halle/Freiberg

Zentrale Rolle für Dualität von Wasserstoff und Kohlenstoff

Die Dualität von Wasserstoff und Kohlenstoff spielt dabei eine zentrale Rolle. Grüner Wasserstoff, erzeugt mittels Elektrolyse unter Einsatz von Strom aus erneuerbaren Energien, kann in der Produktion von zahlreichen Produkten der chemischen Industrie fossile Rohstoffe als Ausgangsmaterial ersetzen. Nachwachsende Rohstoffe, Reststoffe und kohlenstoffhaltige Abfälle stellen Kohlenstoff bereit, der im Kreislauf geführt werden kann, statt am Ende der Produktlebenszeit in Form von CO₂ das Klima zu belasten. Diese beiden Ansätze gemeinsam ermöglichen eine klimaneutrale Industrie und eröffnen zudem enorme Potenziale für den Mobilitätssektor, etwa mit wasserstoff- und batterieelektrischen Antrieben oder synthetischen Kraftstoffen (Bild 2). Sie liefern damit die Grundlage neuer, nachhaltiger industrieller Symbiosen und für eine gelingende Sektorenkopplung.

Mitteldeutschland verfügt als Rohstoff-, Chemie- und Energiestandort über eine sehr gute Ausgangslage für die Nutzung von ‚Grünem Wasserstoff‘, nachhaltigen Kohlenstoffträgern sowie der Etablierung einer Kreislaufwirtschaft: Braunkohle und Chemie haben die Region geprägt, in den entsprechenden Industriezweigen sind über Genera-

tionen hinweg Kompetenzen in der Verfahrenstechnik und der Organisation komplexer Wertschöpfungs-systeme gewachsen. Damit einher gehen eine ungewöhnlich hohe Industrieakzeptanz und eine ausgeprägte Technologieoffenheit. Nicht zuletzt hat bereits die Erfahrung des Strukturwandels nach dem Ende der DDR das Bewusstsein geschaffen: Nur Mut, Kreativität und Innovationsstärke können dazu beitragen, das industrielle Erbe zu bewahren und den Übergang in eine nachhaltige Industriegesellschaft zu meistern.

Bild 2
Mitteldeutschland kann zur
Modellregion für eine
Wasserstoff-Wirtschaft werden,
in Halle/Saale wurde
im Mai 2019 eine
Wasserstofftankstelle
eingeweiht
(rechts vorn im Bild
Sachsen-Anhalts Ministerpräsident
HASELOFF)



Wichtige Voraussetzungen dafür haben die Leitmärkte geschaffen, die in der regionalen Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt definiert wurden und die momentan – natürlich auch im Hinblick auf die Herausforderungen des Strukturwandels – weiterentwickelt werden: Energie, Maschinen- und Anlagenbau, Ressourceneffizienz, Gesundheit und Medizin, Mobilität und Logistik, Chemie und Bioökonomie, Ernährung und Landwirtschaft. In all diesen Segmenten können sowohl der technologieorientierte Strukturwandel im Allgemeinen als auch der Fokus auf die Potenziale der Dualität von Wasserstoff und Kohlenstoff im Besonderen erhebliche Beiträge für industrielle Wertschöpfung in Mitteldeutschland liefern und das einstige Kohlerevier zu einer Modellregion für eine nachhaltige Industriegesellschaft machen.

Zahlreiche neue Fördermöglichkeiten

Um diese Potenziale zu erschließen, entstehen gerade diverse Förderprogramme, mit denen die Politik auf Bundes- und Landesebene das Gelingen des Strukturwandels und die Generierung, Umsetzung und Monetarisierung von technologischen Innovationen in den bisherigen Kohlerevieren unterstützen wird. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen bietet sich hier die Gelegenheit, gemeinsam mit Forschungspartnern neue Ideen zu erproben und zu verwirklichen, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern oder sich eine Vorreiterrolle zu sichern. Gleiches wird mit hoher Wahr-

scheinlichkeit für die absehbaren Konjunkturprogramme nach der Corona-Krise gelten.

Mit den Maßnahmen, die etwa über das Strukturstärkungsgesetz umgesetzt werden können, kommt die Politik ihrem Versprechen nach, die Kohlereviere bei der Bewältigung des Strukturwandels nicht im Stich zu lassen. Wir haben in der Kohlekommission immer wieder darauf hingewiesen, welche Dimension diese Herausforderung hat, insbesondere für die energieintensiven Industrien. Die neuen Förderinstrumente entsprechen dieser gewaltigen Dimension. Aus meiner Sicht bieten sie die einmalige Gelegenheit, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Mitteldeutschland signifikant und nachhaltig zu stärken – wenn es gelingt, die von der öffentlichen Hand bereitgestellten finanziellen Mittel mit Weitblick zu nutzen. Das bedeutet vor allem: für Investitionen in zukunftsweisende Technologien, die an bestehende Strukturen anknüpfen und von denen möglichst viele Unternehmen und Branchen profitieren können.

Neben dem Strukturstärkungsgesetz (Fördergebiete in Sachsen-Anhalt: Burgenlandkreis, Saalekreis, kreisfreie Stadt Halle, Landkreis Mansfeld-Südharz, Landkreis Anhalt-Bitterfeld) wird demnächst auch das Förderprogramm ‚Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten (STARK)‘ vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgelegt. Zudem entsteht gerade der ‚Just Transition Fund‘ der EU-Kommission, der ebenfalls kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) sowie größere Unternehmen in den Kohleregionen unterstützen soll. Ich kann nur dazu auffordern, sich mit diesen Möglichkeiten zu beschäftigen und diese Instrumente gegebenenfalls für Forschungs- und Entwicklungsprojekte im eigenen Unternehmen zu nutzen. Fraunhofer ist dabei ein erfahrener, kreativer und vielseitiger Partner für Kooperationen in allen Größenordnungen und mit sehr passgenauen Transfer- und Wertungspfaden.

Einzigartige Pilotanlage entsteht in Leuna

Ein herausragendes Projekt, an dem zwei Fraunhofer-Einrichtungen beteiligt sind, nimmt in Leuna bereits konkrete Formen an: die Elektrolysetest- und -versuchsplattform ELP, einschließlich der Skalierungsplattform Hy2Chem (Bild 3). Damit entsteht ein Leuchtturm-Projekt, mit dem wir nachweisen wollen, dass Grüner Wasserstoff effizient im Großmaßstab erzeugt und zur nachhaltigen Herstellung von Grundchemikalien und Kraftstoffen genutzt werden kann.

Der Bedarf ist enorm: Allein die mitteldeutsche Chemieregion benötigt pro Stunde rund 100.000 Normkubikmeter Wasserstoff, der größte Teil davon entfällt auf den Standort Leuna. Bislang wird dieser Wasserstoff konventionell aus Erdgas gewonnen, womit ein entsprechend hoher CO₂-Ausstoß verbunden ist. Durch den Einsatz der Großelektrolyse für Grünen Wasserstoff können wir diese Emissionen um bis zu 91 Prozent senken. Mit der Pilotanlage in Leuna erproben wir innovative Technologien zur Erzeugung von regenerativem Wasserstoff im Großmaßstab und verbinden dies mit der exzellenten Infrastruktur an Gaspipelines und Gasspeichern am Chemiestandort. Die Entwicklung und Skalierung von neuen Elektrolysesystemen und der chemischen Nutzung des mit regenerativer Energie erzeugten Grünen Wasserstoffs wird dabei gemeinsam vom Fraunhofer-Zentrum für Chemisch-Biotechnologische Prozesse CBP in Leuna und dem Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS in Halle vorangetrieben.



Bild 3 Startschuss für die Elektrolyseplattform in Leuna (v.l.n.r.: Willi FRANTZ, Geschäftsführer der TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH, Prof. Dr. Ralf B. WEHRSPORN, Vorstand Fraunhofer-Gesellschaft, Gerd UNKELBACH, Leiter Fraunhofer CBP, Dr. Sylvia SCHATTAUER, stv. Leiterin Fraunhofer IMWS, Prof. Dr. Armin WILLINGMANN, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Joachim WICKE, Vorstandsvorsitzender HYPOS e.V.)

Mit der Elektrolyseplattform ELP soll der Standort für die industrielle Umsetzung von Verfahren zur Herstellung von Grünem Wasserstoff (bis zunächst 5 Megawatt) vorbereitet werden. Ein zentraler Fokus dabei liegt auf der Weiterentwicklung von Elektrolyseuren und Syntheseverfahren, die auf fluktuierenden Betrieb angepasst werden. Die Pilotanlage – der deutschlandweit erste Elektrolyseteststand, der vollständig in ein Stoffstromnetz der Chemieindustrie integriert ist – ermöglicht die Abbildung realer Betriebsbedingungen, die anwendungsnahe ingenieurstechnische Daten zur Auslegung und zur Kostenschätzung der Systeme liefern. So können beispielsweise Elektrolyseure systemisch getestet (Bild 4) und wertvolle Erfahrungen zur Wasserstoffeinspeisung ins Pipelinesystem von Linde als Kooperationspartner gesammelt werden.



Bild 4 Fraunhofer-Forscherin Nadine MENZEL optimiert Materialien, die beispielsweise Wirkungsgrad und Lebensdauer von Elektrolyseuren verbessern

An die Herstellung von Grünem Wasserstoff oder Synthesegas über Co-Elektrolyse von Wasser und Kohlenstoffdioxid in der ELP knüpft direkt die Errichtung der Skalierungsplattform Hy2Chem an. Diese ermöglicht die Nutzung der regenerativ erzeugten Gase zur Synthese von Basischemikalien und Kraftstoffen in nachhaltigen Syntheseprozessen erstmals im großen Maßstab. Das Fraunhofer CBP bringt dabei das Know-how in der chemischen Verfahrenstechnik ein.

Die Elektrolyseplattform ist zugleich ein Baustein für die geplanten Reallabore ‚GreenHydroChem‘ und ‚Energiepark Bad Lauchstädt‘, die Erzeugung, Transport, Speicherung und Nutzung von Grünem Wasserstoff kombinieren. An den Planungen beteiligt sind Siemens, Linde AG, VNG Gasspeicher GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Terrawatt Planungsgesellschaft GmbH, DBI Gastechnologisches Institut gGmbH Freiberg, Uniper, 50 Hertz Transmission GmbH sowie das Fraunhofer IMWS. Mit Reallaboren als neuem Förderformat möchte das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie innovative Ideen in einer praxisnahen Experimentierumgebung erproben und weiterentwickeln lassen, um das Spannungsfeld von Innovationen, regulatorischen Instrumenten und gesellschaftlicher Akzeptanz positiv und zukunftssichernd zu gestalten. Auch für diesen Ansatz bietet Mitteldeutschland beste Ausgangsbedingungen, denn hier kann im Reallabor die gesamte Wasserstoff-Wertschöpfungskette abgebildet werden.

Das Grundkonzept von ‚GreenHydroChem‘ und ‚Energiepark Bad Lauchstädt‘ umfasst in einem systemischen Ansatz über drei Teilprojekte die intelligente Verknüpfung von Großelektrolyse (Herstellung), Wasserstoffpipeline (Transport), Wasserstoffkaverne (Speicherung) und entsprechenden Großabnehmern (Verwendung) für Grünen Wasserstoff. Dazu wollen die Partner die in Mitteldeutschland bereits bestehende Infrastruktur nutzen und erweitern. Darüber hinaus stehen auch die entsprechenden Stromkapazitäten aus erneuerbaren Energien zur Verfügung, sowohl im Netz als auch durch eine geplante Direktanbindung an einen Windpark in Bad Lauchstädt. Auch der netz- und systemdienliche Einsatz der Anlagen soll erprobt werden. Hierfür bietet die Regelzone der Firma 50 Hertz Transmission GmbH mit einem Anteil an erneuerbaren Energien von aktuell über 56 Prozent sowie dieser spezifische Standort mit seinen netztechnischen Eigenschaften beste Voraussetzungen.

Im Detail umfasst das mit einer Laufzeit bis 2024 konzipierte Projekt neben den Großelektrolyseanlagen in Leuna und Bad Lauchstädt eine Anlage zur Umwandlung kohlenstoffhaltiger Reststoffe sowie die Nutzung eines Kavernenspeichers in Bad Lauchstädt mit Gasnetzanbindung an das bestehende Wasserstoff-Pipelinesystem Mitteldeutschlands. Darüber gelangt der Grüne Wasserstoff zu potenziellen Kunden, zum Beispiel der Raffinerie in Leuna. Der Kavernenspeicher mit seiner Kapazität von 50 Millionen Kubikmetern sichert eine kontinuierliche Belieferung, um Zeiten von Windflauten und Wartungsmaßnahmen an den Elektrolyseanlagen zu überbrücken. ‚GreenHydroChem‘ kann somit einen entscheidenden Beitrag für die Etablierung des

mitteldeutschen Chemiedreiecks als Nukleus für eine leistungsfähige Wasserstoffwirtschaft in der Bundesrepublik leisten.

Reststoffe werden zu Synthesegas

Die erwähnte Anlage zur Umwandlung kohlenstoffhaltiger Reststoffe nutzt die Möglichkeiten des chemischen Recyclings, um vor allem die Leistungsfähigkeit einer Kohlenstoff-Kreislaufwirtschaft zu demonstrieren. In dieser Pilotanlage können Restabfälle verwertet und in synthetische Kraftstoffe umgewandelt werden. Somit soll eine Möglichkeit etabliert werden, Abfall als sekundären Rohstoff in die chemische Wertschöpfungskette zu integrieren. Auf diese Weise wird beispielsweise der in Plastikmüll enthaltene Kohlenstoff nicht in Form von CO₂ emittiert, sondern im Kohlenstoffkreislauf gehalten.

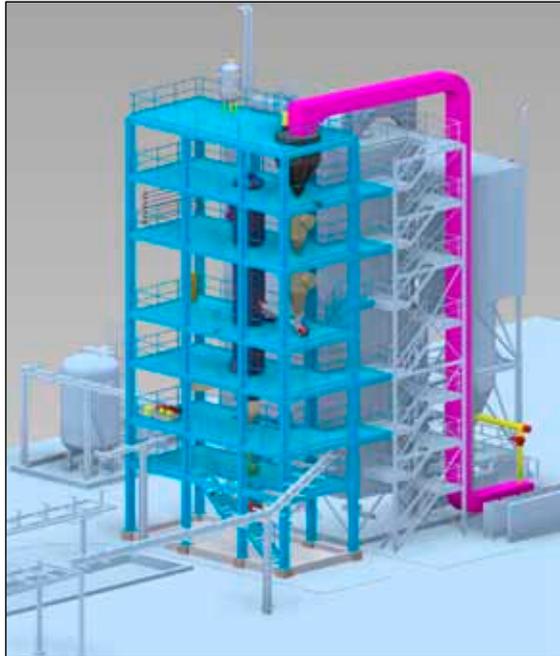
Gemeinsam mit dem Institut für Energieverfahrenstechnik und Chemieingenieurwesen (IEC) der TU Bergakademie Freiberg werden dabei chemische Umwandlungsverfahren wie die Vergasung sowie die entsprechende Anlagentechnik weiterentwickelt, bis Ende 2021 soll die Planungsphase abgeschlossen sein. In der ‚GreenCarbonChem‘-Pilotanlage entsteht Synthesegas, das zu Kunststoffen oder zu synthetischen Kraftstoffen weiterverarbeitet werden kann. Wird für den Konversionsprozess Grüner Wasserstoff eingesetzt, sinken die CO₂-Emissionen erheblich. Neben einem Verwertungspfad für Plastikmüll oder land- und forstwirtschaftlichen Abfällen eröffnet sich damit ein Weg für eine grüne Chemieindustrie. Die Demonstrationsplattform (Bild 5), die in Freiberg entwickelt und dann in die Elektrolyseplattform Leuna integriert wird, kann jährlich bis zu 35.000 Tonnen kohlenstoffhaltiger Abfälle verarbeiten und somit 10.000 Tonnen Synthesegas zur Verfügung stellen.

Anwendungs- und industriennahe Forschung entlang der Wasserstoff-Wertschöpfungskette ‚Power to Hydrogen to Power‘ steht im Mittelpunkt des Hydrogen Laboratorys Görlitz (HLG) im Lausitzer Revier. Das Fraunhofer-Institut für Werkzeugmaschinen und Umformtechnik IWU und das Fraunhofer IMWS bündeln dort ihr Know-how für anwendungsgerechte Systemlösungen in der Wasserstoffwirtschaft.

Ebenfalls in der Lausitz angesiedelt ist das länderübergreifende, innovative Industriecluster ‚progressLAUSITZ‘ (Sachsen und Brandenburg). Mit Fraunhofer-Beteiligung sollen hier Wirtschaftsansiedlungen für eine nachhaltige Zukunftsentwicklung der

Lausitz mit einem hohen Innovationspotenzial und hoher Wertschöpfung realisiert werden. Einer der Schwerpunkte liegt dabei auf der Kohlenstoffkreislaufwirtschaft.

Bild 5
In Leuna soll die neue
,GreenCarbonChem' - Anlage
entstehen
(hier als Modell)



Im Rahmen des großangelegten ‚Forschungsquartiers digitale Pflege‘ sollen Forschung, Digitalisierung, Technologieentwicklung, und Anwendung verknüpft werden. Durch die Nutzung im häuslichen Umfeld sollen Gesundheitstechnologien bei unterschiedlichen Nutzergruppen real eingesetzt werden. Dazu werden 300 Wohnungen der Wohnungsgenossenschaft Ha-Neuer Wohnen mit diesen Technologien ertüchtigt und deren Weiterentwicklung zur Marktreife sozio-ökonomisch begleitet. Parallel dazu erfolgt der Aufbau eines Innovations- und Transferzentrums direkt im Wohnquartier.

An die lange Tradition von Schkopau als Produktions- und Forschungsstandort für die Gummi- und Kautschuktechnik soll ein neues Reifenkreislaufzentrum anknüpfen. Der Fokus soll dabei auf nachhaltigen Reifen aus Schkopau liegen. Die Inhalte der Projektideen reichen von grundlagenorientierten Forschungsarbeiten bis hin zur Serienfertigung, auch die Aufarbeitung von Altreifen spielt dabei eine wichtige Rolle.

Forschungskompetenz zu Reifen und Algen im Saalekreis

Der Saalekreis soll im Zuge der Strukturwandel-Aktivitäten von Fraunhofer zudem ein Kompetenzzentrum erhalten, in dem die Potenziale von Algen als Lebensmittel erforscht und erschlossen werden. Fraunhofer CBP, Fraunhofer IMWS und die Hochschule Anhalt arbeiten dazu zusammen. Die Forscherinnen und Forscher planen, beispielsweise Qualitätsparameter für Algen und Algenprodukte zu entwickeln, Algen-

produkte mittels DNA-Analysen arttechnisch zu charakterisieren und eine Infrastruktur für Produktentwicklungen und Pilotproduktionen zur Markteinführung aufzubauen.

Im vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderten Verbundvorhaben ‚ProRegional – Integrierte modulare Demonstrationsanlage zur flexiblen Nutzung biogener Reststoffe und erneuerbarer Energien für die Herstellung hochwertiger Produkte‘ soll vor dem Hintergrund des Strukturwandels in der mitteldeutschen Braunkohleregion mit regionalen Partnern die bisher bestehende Wertschöpfungslücke von der CO₂-Abtrennung aus Biogas/Industriegas sowie der CO_x-Gewinnung durch Reformierung des Biogas-Methans bis hin zur Produktion von Endprodukten in Form von Fischer-Tropsch-Wachsen geschlossen werden. Diese Wachse können später der Herstellung von Kosmetika bzw. Schmierstoffen dienen.

Einen besonderen Stellenwert im Rahmen der zahlreichen Projekte hat die geplante Gründung eines neuen Fraunhofer-Instituts für **Wasserstoff- und Kohlenstoff-Prozesstechnik IWKP** mit Standorten in Leuna und Freiberg. Hier werden die Kompetenzen gebündelt und erweitert, die bisher beispielsweise am Fraunhofer IMWS oder im Hydrogen Laboratory Görlitz entstanden sind. Auch die Koordination der oben erwähnten Großprojekte, Technologieplattformen und Pilotanlagen kann hier angesiedelt werden. Leuna wird dabei den Wasserstoff-Schwerpunkt repräsentieren, Freiberg die Kohlenstoff-Expertise. Die Nähe zu den Chemieunternehmen in Leuna möchten wir hier bereits in der Konzeptionsphase nutzen, um ein passfähiges und industrierelevantes Angebot zu schaffen (Bild 6).

Dass neben der Förderung von Investitionen auch eine leistungsfähige Infrastruktur für die einstigen Kohlereviere bedeutend ist, liegt auf der Hand und wurde im Rahmen der Kommission ‚Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung‘ immer wieder betont. Das reicht von 5G-Netzen bis zur Verkehrsanbindung. Auch hier bringt sich Fraunhofer in Mitteldeutschland ein, beispielsweise als Partner für den Aufbau eines Testfelds für eine autonom fahrende Straßenbahn. Sie könnte entlang der einstigen ‚Technikroute‘ zwischen Halle-Ammendorf und Bad Dürrenberg fahren. Das wäre nicht nur ein Beitrag für ein modernes Verkehrssystem, sondern brächte die Region auch in eine gute Position für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in einem wichtigen Zukunftsfeld der Mobilität. Nicht zuletzt könnte diese Streckenführung sinnbildlich zeigen, was bei einer zukunftsweisenden Strukturpolitik ebenfalls ein entscheidender Vorteil des mitteldeutschen Reviers sein kann: Stadt und Umland spielen hier zusam-

men. Die Stärkung der dynamischen urbanen Zentren wie Halle und Leipzig ist dabei ebenso wichtig wie die der etablierten Industriestandorte im ländlichen Raum, von deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit viele andere Branchen profitieren. Hier wie dort kann durch dieses Zusammenspiel eine bruchfreie Gestaltung des Strukturwandels ohne soziale Härten und Deindustrialisierung gelingen.

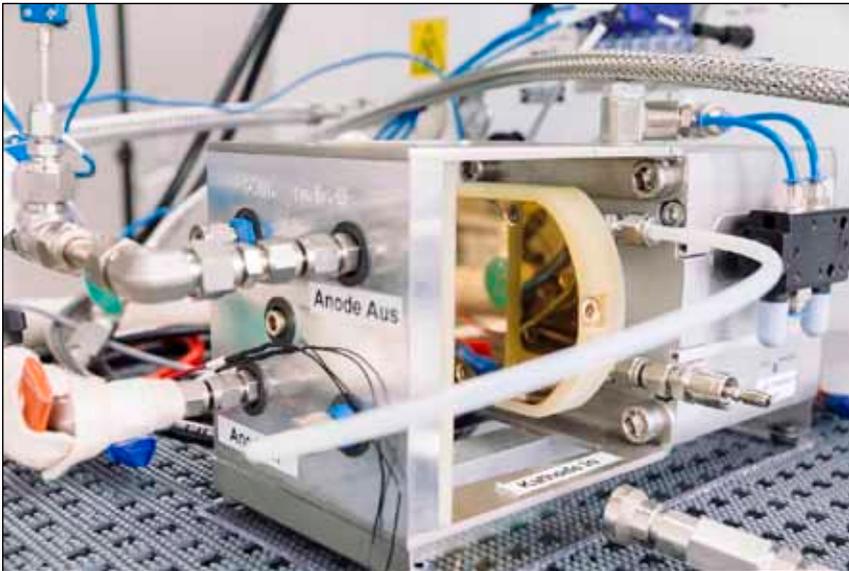


Bild 6 An einem Elektrolyse-Teststand testet das Fraunhofer IMWS beispielsweise die Materialien von Membranen für die Elektrolyse

Professionalisierung des Forschungstransfers

Der Forschungstransfer ist dabei die zentrale Aufgabe. Es gilt, nicht nur gute Ideen in einer Fachzeitschrift zu veröffentlichen oder im Labor zu entwickeln. Aus diesen Ideen müssen Technologien und Produkte werden, neue Business-Ideen und verbesserte Prozesse ihren Weg in den Markt finden. Das sehe ich so, als Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft für Technologiemarketing und Geschäftsmodelle. Das sieht auch die Politik so, die das Gelingen des Strukturwandels mit Steuergeldern unterstützt. Und natürlich sehen das auch die mitteldeutschen Unternehmen so, die ich immer wieder als sehr engagiert und aufgeschlossen für neue Technologien erlebe. In Fraunhofer finden sie einen verlässlichen FuE-Partner mit hoher Anwendungsorientierung.

Eine zentrale Rolle bei dieser Aufgabe spielt bereits heute das von Fraunhofer initiierte Leistungs- und Transferzentrum Chemie- und Biosystemtechnik (Bild 7), das zur Unterstützung des technologieorientierten Strukturwandels ebenfalls weiterentwickelt wird. Ziel ist die Etablierung eines Innovationsökosystems im mitteldeutschen Chemiedreieck in Verbindung mit den Innovations- und Inkubator-Aktivitäten der Stadt Halle. Das Leistungs- und Transferzentrum versteht sich dabei als institutionenübergreifende, zentrale Plattform zur Förderung des Technologie- und Wissenstransfers in Mitteldeutschland und als Vermittlungsstelle für KMU der Region, die Kontakt zur grundlagen- und anwendungsorientierten Wissenschaft suchen oder Unterstützung bei der Umsetzung konkreter Innovationsideen benötigen.

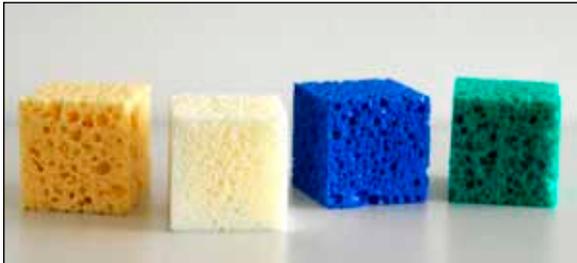


Bild 7
Im Rahmen des Leistungs- und Transferzentrums Chemie- und Biosystemtechnik entwickelte farbige Leinölepoxidschäume (mit Anhydrid-/Carbonsäurehärter, können als Dämmstoffe eingesetzt werden)

Um dafür noch mehr Sichtbarkeit, Reichweite und Vernetzungsmöglichkeiten zu schaffen, wollen wir ein virtuelles ‚House of Transfer‘ als branchen- und institutionenübergreifenden Zusammenschluss mehrerer Cluster und Verbünde Mitteldeutschlands errichten. Der Transfer von Wissen und Technologien aus den Forschungsinstitutionen in die regionale Wirtschaft des mitteldeutschen Reviers wird damit professionalisiert, der Output entsprechend erhöht. Die Unternehmen, insbesondere KMU, werden als Zielgruppe selbstverständlich einbezogen. Für das ‚House of Transfer‘ wollen wir gemeinsam mit ihnen Formate und Möglichkeiten erarbeiten, die einen sichtbaren Technologieschub in der Region ermöglichen können.

Auch in diesem Format wird auf institutioneller Ebene somit der Grundgedanke deutlich, der Fraunhofer als Partner bei der Gestaltung des Strukturwandels in den bisherigen Kohlerevieren antreibt: Wir wollen den Technologietransfer wissenschaftlich unterstützen, dabei den übergreifenden Charakter der Sektorenkopplung im Blick haben und die Potenziale der zirkulären Wirtschaft erschließen – zum Wohle der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen und damit der Menschen in der Region.

Autorenvorstellung



Ralf B. WEHRSPORN

- 17.8.1970 geboren in Lübeck,
 1990-95 Studium der Physik an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der École Polytechnique, Palaiseau, Frankreich,
 1995-97 Promotion an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und der École Polytechnique, Palaiseau, Frankreich,
 1998/99 Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Philips Research Laboratories, Redhill, England, Forschung im Bereich Dünnschicht-Technologie, u.a. im Bereich Flachbildschirme,
 1999-2003 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik in Halle, Leitung der Gruppe Poröse Materialien/Photonische Kristalle,
 2003 Habilitation zum Thema ‚Geordnete poröse Nano-Strukturen‘ an der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg,
 2003-06 C4-Professur für Experimentalphysik an der Universität Paderborn, Lehrstuhl für Nanophotonische Materialien,
 2006-19 Leitung des Fraunhofer-Instituts für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen IMWS in Halle (Saale),
 seit 2006 W3-Professur für Experimentalphysik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Lehrstuhl für Mikrostrukturbasiertes Design,
 2018/19 Vorsitzender des Fraunhofer-Verbunds Werkstoffe, Bauteile-MATERIALS,
 seit 10/2019 Vorstand der Fraunhofer-Gesellschaft e.V., Technologiemarketing und Geschäftsmodelle,

Preise und Auszeichnungen:

- 2002 Wissenschaftsverbundpreis von Dow Deutschland,
 2003 TR100 Innovationspreis des Massachusetts Institute of Technology, Heinz-Maier-Leibnitz Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft,
 2004 101 wichtigste Köpfe Deutschlands von Financial Times Deutschland.

Mitgliedschaften und Funktionen:

Mitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Mitglied der Electrochemical Society, Mitglied der Optical Society of America, Mitglied der Materials Research Society, Co-Editor von Applied Physics A, Member of the International Advisory Board of »Photonics and Nanostructures«, Elsevier Press.

„Es begann mit Kautschuk...“ – Stark gestraffte Zeittafel zur Historie des Chemiestandortes Schkopau

Die Gründungsphase als IG-Farben-Werk (1936-45)

6.3.1936	Kaufvertrag über 360 Morgen (89,3 ha ¹⁾) Land zwischen dem Rittergutsbesitzer Thilo von TROTHA und dem Ammoniakwerk Merseburg GmbH (am 12.2.1938 verkaufte er weitere 420 ha, die Werksfläche wächst bis 1990 auf insgesamt 750 ha , davon sind 300 ha Halde) [1a-c]
25.4.1936	Grundsteinlegung für das erste Synthesekautschukwerk der Welt durch den ersten Werkleiter, Direktor Dr. Otto AMBROS (Technischer Direktor Dipl.-Ing. Wilhelm BIEDENKOPF , ab 3.4.1937 Obering.) [1a-d,2a,3a]
2. Halbjahr 1936	Aufbau der Butadien-Anlage A 44 und der Buna-S-Polymerisation B 39 , Rohbauten für Kautschukprüfstelle B 18 und -technikum B30 [1c]
Dez. 1936	Einlagerung der Rohstoffe und Zwischenprodukte für das Anfahren des Vierstufenverfahrens zur Herstellung von Synthesekautschuk [1c]
14.1.1937	Erster Autoklav zur Butadienpolymerisation geht in C 39 in Betrieb [1c]
21.1.1937	Inbetriebnahme des ersten Butadienofens in A 44, die Butoldestillation in A 30 wird angefahren [1c]
23./24.2.1937	Probelaufe der Aldolisierung in B 29/ Aldoldestillation in A 30 [1c]
24.3.1937	Erster Buna-Synthesekautschuk verlässt das Schkopauer Werk [1c,2b]
April 1937	Baubeginn Kraftwerk A 65 und der ersten Carbidfabrik [1b]
1937	Bau der Siedlung I (Meistersiedlung ⁴) mit 109 Wohnungen [1e,2c,e]
Herbst 1937	Baubeginn der Ethylenoxid-Anlage [1a,f]
16.6.1938	Erster Carbidofen im Ofenhaus I 21 geht in Betrieb [1b,c]
1.7.1938	Erster Acetaldehydgenerator geht in Betrieb [1c]
1938	Bau der Siedlung II (Doktorsiedlung ⁴) mit 72 Wohnungen [1e,2c,c]
1938/39	Inbetriebnahme der Carbidöfen 1-4 in I 21 [1a] und des Butadienofenhauses A 58 [1b]
Sept. 1938	Aufnahme der Chlor-Produktion durch Chloralkali-Elektrolyse in H 56 [1g] und der Glykolproduktion in H 55 [1f]
1938/39	Aufnahme der Vinylchlorid (VC) -Produktion [1g]
29.4.1939	Betriebsführung des Buna-Werkes Schkopau übernimmt Direktor Dr. Carl WULFF (BIEDENKOPF/Dr. MOLL 1941/43 zu Direktoren) [1c]
1939/40	Bau des zweiten Carbidofenhauses G 22 [1b,c]
1939/40	Eigenerzeugung von Ethylen (bisher aus Leuna geliefert) aus Acetylen wird aufgenommen (Acetylenhydrierung in F 16) [1h]
1940	PVC-E-Produktion wird in A 44 aufgenommen [1g,i]
10.11.1940	Explosion eines Ethylenoxid-Tanks im EO-Tanklager G 52 [1f]
Ende 1940	8 Acetaldehydgeneratoren sind in Betrieb [1b]
1941-43	Inbetriebnahme der Carbidöfen 5-7 im Ofenhaus G 22 [1b,c]
1941-45	Inbetriebnahme der Elektrodenmassefabrik I 15 und Übergang von Klotzelektroden zu kontinuierlich arbeitenden Söderberg-Elektroden [1b,j]
1943	Produktion von Essigsäure , Essigsäureanhydrid und Aceton beginnt [1a]
1944	Produktion von SS-Schmieröl wird aufgenommen [1h]
28.7.1944 Nov./Dez. 1944	Luftangriffe auf das mitteldeutsche Chemierevier Schkopau und Leuna, Gezielte Bombenangriffe auf das Buna-Werk Schkopau [1a,c,e,k,3b]

Die Nachkriegszeit als Werk der SAG Kautschuk (1945-53)

12.4.1945	Das Schkopauer Buna-Werk wird stillgelegt (die US-amerikanischen Truppen nähern sich aus Richtung Schafstädt) [1c]
Mai 1945	Aktion ‚Paperclip‘ (US-Truppen nehmen Material/Technische Unterlagen) [1c]
2.5.1945	Konstituierung des Antifa-Ausschusses der Buna-Werke Schkopau (paritätische Vorsitzende: Dr. Johannes NELLES /Klempner Hermann ROTHE) [1c]
15.6.1945	Erster Carbidofen wird wieder in Betrieb genommen (nach Genehmigung durch die US-Besatzungsbehörden) [1b,c]
22.6.1945	Deportation von 25 Chemikern/Ingenieuren nach Rosenthal/Hessen [1a,c,d,]l
4.7.1945	Der Merseburger Stadtkommandant Oberst GONTSCHAROW ernannt Oberstleutnant KRJUTSCHKOW zum Leiter der sowjetischen Militärmission im Buna-Werk Schkopau (Residenz im Bau B 13) [1c]
Sept. 1945	Oberst MATWEJEW wird zum Leiter der sowjetischen Militärmission im Buna-Werk Schkopau ernannt (Residenz im Bau B 13) [1c]
18.9.1945	Dr. Johannes NELLES wird als deutscher Werkleiter eingesetzt [1b,c,m]
Mai 1946	Das Buna-Werk Schkopau wird Bestandteil der neugebildeten Sowjetischen Aktiengesellschaft (SAG) ‚Chemische Industrie‘ (später ‚Kautschuk‘) [1b,c]
29.7.1946	Major Wassili Antonowitsch MARKEWITSCH wird zum Generaldirektor ernannt [1c]
21.10.1946	Die Buna-Führungskräfte Dr. Karl BEHRINGER , Dr. Herbert STAUFER und Dr. Theodor FISCHER werden mit ihren Familien in die Sowjetunion deportiert [1c]
März 1948	Neues Verfahren zur Reinaceton -Herstellung in Betrieb genommen [1c]
Mai-Sept. 1948	Demontage von 70 % der Kapazitäten der Endstufen der Emulsionspolymerisation und der Kautschukaufarbeitung [1b,c]
Ende 1948	Fertigstellung Kraftwerk I 72 [1c]
1949	Buna N-Kautschuk wird in B 39 in Betrieb genommen [1b], Anbau Monochloressigsäure in G 60 [1c]
Okt. 1950	Kulturensemble Buna gegründet (später auf dem Höhepunkt: 120 Chormitglieder, Sinfonieorchester mit 50 Musikern, Volksinstrumentenorchester mit 20 Mitgliedern, Kinderchor, Fanfarengruppe, Tanzgruppen) [1c,e,2e]
Juni 1951	Inbetriebnahme Chloralkalielektrolyse I 54 [1c,g]
1951	Errichtung der Anlage zur Herstellung von Vinylacetat F 59 (2.4 kt/a) ²⁾ [1c]
1952	Errichtung der Anlage zur Herstellung von Ethylhexanol A 30w [1c]
1.8.1952-11.10.1953	Bau des Klubhauses ‚Völkerfreundschaft‘ vor den Toren des Buna-Werkes Schkopau (s.o. Kulturensemble) [1c,e,2e]
März 1953	Produktionsaufnahme Polyacrylat-Dispersionen F 31 [1c]
1953	Pilotanlage für Tiefemperaturkautschuk B 39 [1b,c]
1950er Jahre	Neubauten: Phthalsäureanhydrid E 35 , Ethylacetat , wasserfrei A 25, kontinuierliche Massepolymerisation Polystyrol F 59 , diverse Werkstätten [1c]
1946-53	P.A. KIRPITSCHNIKOW arbeitet als Technischer Direktor des Buna-Werkes in Schkopau (siehe ausführlichen ‚Kirpitschnikow-Bericht‘), danach übernimmt er als Professor den Lehrstuhl ‚Chemie und Technologie des Kautschuks‘ am Leningrader Technologischen Institut, danach an der Universität Kasan, deren späterer Rektor er ist [1c]
31.12.1953	Übergabe des Werkes in Volkseigentum der DDR (der sowjetische Generaldirektor der SAG Kautschuk, BUSHMARIN , und der deutsche Werkleiter Dr. NELLES unterzeichnen in B 13 die Übergabe des Werkes) [1b,c,2f]

VEB Chemische Werke Buna Schkopau (1954-69)

1.1.1954	VEB Chemische Werke Buna wird in das Ministerium für Schwerchemie übernommen, Minister Fritz SELBMANN beruft Dr. Johannes NELLES zum Werkdirektor [1cg]
1.1.1954	Das Kalkwerk Rübeland /Harz wird dem Buna-Werk Schkopau angegliedert (wird zur Betriebsabteilung) [1j,2g]
Juli 1954	Baubeginn der ersten Wohnungen der Arbeiter-Wohnungsbau-Gesellschaft (AWG) Buna [1c]
1954-60	AWG-Wohnungen werden in Halle-Rosengarten und Südstadt gebaut
Sept. 1955	DDR-Regierungsdelegation unter Leitung von Ministerpräsident Otto GROTEWOHL (mit Dr. Johannes NELLES als Mitglied) reist nach Moskau zu Absprachen über eine Chemie-Kooperation [1c]
1956	Neubau und Inbetriebnahme Acrylnitril (ACN) F 77, F 79 im Rahmen des DDR-Faserprogramms [1c,n]
Okt. 1957	Anlauf des SU-Sonderprogramms, Baubeginn der 2. Carbidfabrik [1b]
25.2.1958	Ratifizierung des Abkommens DDR-UdSSR (SU-Sonderprogramm) [1c]
1958	Neubau und Inbetriebnahme Chlorethyl (Ethylchlorid) G 87, G 89 [1c,n]
3.-5.11. 1958	Chemieprogramm der DDR „ <i>Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit</i> “ wird in Leuna beschlossen (das SU-Sonderprogramm wird integriert) [1b,c]
1959	Neubau und Inbetriebnahme Vinylacetat F 78, F 79, F 82 [1n]
1959/60	Neubau und Inbetriebnahme Blausäure F 89 (Grundstoff für die ACN-Herstellung, s.o.) [1n,o], Polyacrylnitril (PAN) E 74, F 73 [1n], Probetrieb Vinylchlorid (VC) I 97 [1g] und PVC-S in D 89 [1c,i,p,2h]
1961-63	Inbetriebnahme von 14 Neuanlagen des SU-Sonderprogramms, darunter der Carbidöfen 9-12 in L 17 [1b,c]
17.9.1963	Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle wird beschlossen (zum Chefarchitekten wird Prof. Richard PAULICK berufen) [4]
1.2.1964 15.7.1964	Plattenwerk eröffnet, Grundsteinlegung durch Horst SINDERMANN , 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle [4]
1964-68	Aufbau des I. Wohnkomplexes mit viel Grün und der Siedlung der Buna-AWG (es folgen bis 1990 noch weitere 7 Wohnkomplexe) [4]
Sept. 1966	Beginn des Fremdzukaufs von Butadien [1b]
30.10.1966	Totalstillstand des Buna-Werkes Schkopau durch eine Havarie in der Elektrostation I 18 [1c]
25.1.1967 7.5.1968	Der langjährige Werkdirektor Dr. Johannes NELLES wird krankheitsbedingt offiziell verabschiedet, er verstirbt im Jahr darauf in Halle/Saale [1c]

Kombinat VEB Chemische Werke Buna Schkopau (1970-89)

1.1.1970	Kombinat VEB Chemische Werke Buna wird gebildet (Leitung: Generaldirektor Dr. Hans SINGER , in Personalunion Werkleiter des Schkopauer Stammbetriebes , zugleich Sitz der Kombinatleitung) [1c] Betriebsabteilungen: Elaste Betriebsleiter: Dr. Hubert ALBRECHT <i>Betriebe:</i> Carbid, Essigsäure, Aldol, Butol, Butadien, Reppe-Synthese, Buna-S-Polymerisation und –Aufarbeitung, 1,4-cis-Polybutadien, Latex-fabrik, Polymerisationsstoffe, Fußbodenbelag Thermoplaste: Dr. Hans KALTWASSER Chlor I + II, Aluminiumchlorid, VC I + II, Chlorierte KW-stoffe, Styrol, Polystyrol, PVC-S + E
-----------------	--

	<p>Organische Spezialprodukte: Dr. Wilfried DEMUTH Polyester, Weichmacher, Textilhilfsmittel, Lackrohstoffe, Propylenoxid + Glykole, Kontakte, Faserrohstoffe, Acrylate, Sconatex,</p> <p>Energetik [1q], Instandhaltung [1r,s,t], Ammendorf [1u]</p> <p>Fachdirektionen Forschung und Entwicklung (F/E) [1t,v], Beschaffung und Absatz (B/A), Technik und Investitionen, Ökonomie, Kader und Bildung, Kultur und Sozialpolitik, Rationalisierung und Automatisierung [1c]</p>
1.1.1970	<p>Kombinatsbetriebe des Kombinats VEB Chemische Werke Buna [1c]: VEB Orbitaplast Weißandt-Görlitz (mit Betriebsteilen in Eilenburg, Westeregeln, Karl-Marx-Stadt, Osternienburg) [1w] VEB Chemiewerk Greiz-Dörlau Das Kalkwerk Rübeland des Buna-Werkes im Harz wird aus dem Kombinarsverbund ausgegliedert und als Harzer Kalk- und Zementwerk dem Zementkombinat in Dessau zugeordnet</p>
um 1970	Das Aufkommen an Calciumcarbid und Carbidacetylen erreicht ein Top-niveau (ca. 1 Mio. t/a Carbid) und lässt keine weiteren Produktionssteigerungen zu, der schrittweise Ausbau der vorhandenen Olefin- und Aromatenchemie wird angegangen [1x]
29.4.1970	Neuanlage 1,4-cis-Polybutadien C 98 geht in Betrieb, Einweihung durch Generaldirektor Dipl.-Wirt. Oswald BÄRWINKEL (1970-77) [1b,c]
1970-77 21.6.1971 27.6.1974	Neubau und Inbetriebnahme Ethylenoxid- / Glykolanlage L130, L123 [1f] Verhandlungsdirektive für EO-Anlagenimport liegt vor Ministerrat der DDR beschließt das ‚Investvorhaben Ethylenoxid‘ nach einem Verfahren der Scientific Design Corporation (USA), Anlagenimport Voest-Alpine (Österreich)
1974-76 Juli 1975 12.8.1977 9.9.1977	Eigene Entwicklungs- und Projektierungsarbeiten für neue Ethylenglykol-Anlage Beginn der Bauarbeiten Ethylenglykol-Anlage L 123 geht in Betrieb [1f,2i] Nach Probetrieb wird die Ethylenoxid-Anlage L 130 übernommen
29.3.1971	Carbidofen 6 in G 22 wird als erster geschlossener Ofen in Betrieb genommen (es folgen bis 1979 drei weitere) [1c]
1971/72	Umstellung der EO-Chlorhydrinlage H 51 auf die Herstellung von Propylenoxid (für Polyurethane Schwarzzeide) [1f,2j]
1972	Errichtung der NDPE-Anlage I 104 [2k]
1.1.1973	VEB Eilenburger Chemiewerk (bisher Betriebsteil des VEB Orbitaplast) [1c]
1976-80 29.6.1976 27.7.1976 31.8.1979 13.3.1980	Komplexvorhaben CVP [1c,i,y,2l] Vertrag zur Errichtung des Anlagenkomplexes Chlor-Vinylchlorid-PVC (CVP) mit der Uhde GmbH (Hoechst AG), Investitionsaufwand: 2 Mrd. Mark der DDR und 1,1 Mrd. DM (Kompensationsgeschäft) Erster Spatenstich Übergabe, Beginn des Probetriebes Beendigung des Probetriebes, Beginn des Dauerbetriebes in Verantwortung des Buna-Werkes Schkopau, Chloranlage (200 kt/a ²) Chlor, 225 kt/a Natronlauge und Folgeprodukte) Vinylchlorid-Anlage (200 kt/a VC, 115 kt/a Chlorwasserstoff) PVC-Anlagen (60 kt/a PVC-S, 40 kt/a PVC-E) Energie- und Umweltschutz-Anlagen
1988	Refinanzierung des Anlagenkomplexes mit Fa. Uhde wird vorzeitig abgeschlossen
21.2.1977	Betriebsdirektion Carbid (bisher Abteilung der Betriebsdirektion Elaste) [1c]
1.2.1978	Betriebsdirektion Rationalisierung (bisher Hauptabteilung Mühlen der Fachdirektion Technik/Invest) [1c]
1980	Die Produktion von Synthesekautechuk im Buna-Werk Schkopau erreicht mit ca. 148 kt den größten Jahresausstoß für den Zeitraum 1937-1990 [1c]

1980	Betriebsdirektion Regiebau (bisher Abteilung Bau der BD Instandhaltung) [1c] Wissenschaftliches Koordinierungszentrum (WKZ) für Plast- und Elasterzeugung und -anwendung (bisher HA Anwendungstechnik in FD F/E)
1.1.1981	VEB Plastwerk Ammendorf (bisherige Betriebsabteilung) [1c,u]
1980er Jahre	Die petrolchemische Rohstoffbasis der Produktion in Chemische Werke Buna Schkopau überschreitet die 50%-Marke [1x,2m]
1986	Inbetriebnahme der biologischen Abwasseraufbereitungsanlage [1c]
9.6.1986	Tiefemperaturkautschuk-Anlage D 92 wird durch Brand zerstört [1c]
Nov. 1987	Wiederanfahrt der Tiefemperaturkautschuk-Anlage D 92 [1c]
1989	Im Buna-Werk Schkopau werden 2.500 Produkte in 850 Produktgruppen erzeugt

Die Privatisierung als BUNA AG / BUNA GMBH (1990-95)

Apr. 1990	Wahl eines Betriebsrates , Vorsitzende Dipl.-Chem. Ingrid HÄUBLER [1x,2n,3c]
9.6.1990	Umwandlung des Kombines in die BUNA AG (später: BUNA GMBH), die Kombinatsbetriebe werden ausgegliedert [2n,3d]
Aug. 1990	Neuer Vorstand wird bestellt (Vorsitz: Obering. Karl-Heinz SAALBACH) [3c] Entwicklungs- und Sanierungsprogramm [1x,2n]: <ul style="list-style-type: none"> • Stilllegung nicht marktfähiger Produktionsanlagen • Qualitätsverbesserung und Weiterentwicklung vorhandener Produkte • Entwicklung neuer Produkte • Feststellung der Umweltbelastung auf dem Werksgelände • Investitionen zur Sicherung der Infrastruktur und zur Umstellung der Rohstoffbasis auf die Ethylenchemie
10.5.1991	Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL gibt im Klubhaus X 50 das Versprechen ab, dass Chemiestandorte im Osten erhalten werden [1x,2n,3f,5a]
16.6.1991	Letzter Carbidofen wird vom Netz genommen [1x,2o]
1990-95	Insgesamt werden im Schkopauer Werk 60 Anlagen stillgelegt [1x]
1991-93	Werkbahn wird ausgegliedert [1z]
1992	Ansiedlung Philippine (Deutschland, EPS-Dämmplatten)
1993	Produktionsanlage Technische Kunststoffe H 75 geht in Betrieb [2p,3g]
September-12.10.1993	Bernhard H. BRÜMMER (ehemaliger langjähriger Werkleiter des Dow-Werkes in Stade, zu dieser Zeit Technologiedirektor für die Dow-Werke in Louisiana und Texas/USA) arbeitet mit einem Restrukturierungskonzept der Treuhand, Treffen mit Fachleuten der Chlorchemie in Schkopau) [3h,5b]
28.3. 1994	Grundsteinlegung Anlage für expandierfähiges Polystyrol (EPS) [1x,aa,3i,j]
Ende 1994	Grundsteinlegung Anlage Dispersionspulver [1x,bb,cc]
1.4.1994	Bernhard H. BRÜMMER wird Vorstandsvorsitzender der BUNA GmbH in Schkopau und der Sächsischen Olefinwerke GmbH in Böhlen (SOW), neuer Name: Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL) [1x,3h,5c]
Mai 1994	Grundsteinlegung Zentrales Tanklager (Infrastrukturmaßnahme) [6a,7a]
28.9.1994	Dow Deutschland (100%-ige Tochter der The Dow Chemical Company Inc.) erklärt, das Restrukturierungspotential des Olefinverbundes mit dem Ziel einer Beteiligung untersuchen zu wollen, Letter of Intent folgt [3k]
Okt. 1994	Grundsteinlegung Oxychlorierung im CVP [1dd,3j]
24.12.1994	Dow-Verhandlungsteam (in Schkopau Heino ZELL) erläutert der Belegschaft auf Betriebsversammlungen in Schkopau, Böhlen und Leuna die Vorstellungen zur Restrukturierung der drei Standorte [3l]

Die Restrukturierungsperiode der BSL Olefinverbund GmbH (1995-2000)

4.4.1995	Privatisierungsvertrag zwischen BvS (Nachfolgerin der Treuhand) und The Dow Chemical Company („TDCC“, kurz: Dow) [3m]
1.6.1995	Dow übernimmt die volle wirtschaftliche Verantwortung für den Olefinverbund (Ziel: Restrukturierung innerhalb von 5 Jahren) [1x,3m] Vorsitzender Geschäftsführer: Bart GROOT , Geschäftsführer und Arbeitsdirektor: Heino ZELL , Dow-Integrationsteam : 28 Dow-Mitarbeiter
1995/96	Inbetriebnahme des neuen VKR-Kraftwerkes (später E.ON) [1ec]
1995-2000	Investitionsprogramm von 4,6 Mrd. DM (Dow verpflichtet sich zu weiteren Investitionen in Höhe von 1,125 Mrd. DM) [3m] Verlustrückstellungsprogramm von ca. 2,988 Mrd. DM Energieverträge mit VKR werden neu verhandelt [1ff] 2.200 Arbeitsplätze werden im Kerngeschäft erhalten
1994-2000 1994-1996 1998 1998-2000	Ertüchtigung von Altanlagen: 1,4-cis-Polybutadien-Kautschuk (PBR, ca. 27 kt/a) ²⁾ [1x,7b] Chloralkalielektrolyse (Membrantechnologie, ca. 205 kt/a) [1x,6b,7c] Entmonomerisierung von Dispersionen (ca. 6 kt/a) [1x,bb,cc,6c,7d] Emulsions-Styrol-Butadien-Kautschuk (ESBR, ca. 90 kt/a) [1x,6d,7e] Diverse Infrastrukturanlagen [6c,7f]
1996-2000 25.4.1996 Aug. 1996 1996-1998 1997/1998 1996-1999 1997-1999 1997-2000 1998-2000 1998-2001	Aufbau und Inbetriebnahme von Neuanlagen: Erster EPS-Reaktor wird angefahren (Grundsteinlegung s.o., nach voller Inbetriebnahme bis 1999 Produktion auf 40 kt/a gesteigert) [1x,aa,3i,j,6f,7g] Inbetriebnahme Dispersionspulver (Grundstein s.o., ca. 12 kt/a) [1x,bb,cc,6c,7d] Polyethylen (PE)-Anlage „Dowlex“ (Grundsteinlegung durch Bundeskanzler Dr. Helmut KOHL im Juli 1996, Inbetriebnahme: 2. Quartal 1998, Kapazität: ca. 210 kt/a) [1x,6g,7h] Polypropylen (PP)-Anlage (Nov. 1997, März 1999, ca. 145 kt/a) [1x,6h,7i] Oxychlorierung im CVP, Produktion von Ethylendichlorid (EDC) und Vinylchlorid (VC, Grundsteinlegung 1. Produktionsstrang s.o., 1996 erbaut, Anfang 1997 voll am Netz, 2. Strang: 1997/1999, insgesamt ca. 330 kt/a) [1x,dd,3j,6i,7j] Dow-Dämmplatten Styrofoam [®] (Ende 1997/Frühj. 1999, ca. 300 Tm ³) [1x,6j,7k] Polystyrol (PS, Ende 1997/Mitte 1999, ca. 130 kt/a) [1x,6k,7l] Syndiotaktisches Polystyrol (SPS, Großversuchsanlage, geplante 36 kt/a wurden nie erreicht, Produktion lief 2008 aus) [1x,6l,7m] Polyethylenterephthalat (PET)-Anlage (Okt. 1997/März 1999, ca. 150 kt/a) [1x,6m,7n] KILN (Abfallverwertungsanlage, 1997/Sept. 1999, ca. 45 kt/a) [1x,6n,7o] Solution Elastomer (Lösungselastomere, Sept. 1998/Juni 2000, 60 kt/a) [1x,6o,7p] Vinylacetat/Ethylen (VAE)-Druckpolymerisate (1. Produktionsstrang: 1998/Jan.2000, 2. Strang: Juli 2000/Aug.2001, ca. 12 kt/a) [1x,6c]
Apr.1998	Eröffnung ValuePark [®] [3n]
1999-2000 Juni 1999 Juli 1999 Aug. 1999 März 2000 Mai 2000	Ansiedlungen im ValuePark [®] : [7q] Ravago (Belgien, Kautschukmischungen, Compounding Recycling) Kurotec (D, Behälter und Rohre, Verarbeitung glasfaserverstärkter Kunststoffe) Hoyer (D, Transport, Fahrzeugreinigung, Logistik) Manuli (Italien, Stretchfolie, LLDPE&PP) [6p] EVC (Niederlande, PVC) Pasec (Belgien, Holzpalettenproduktion)

Dow Olefinverbund GmbH (2000-2014)

2000	Die Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL), Dow-intern: Dow Central Germany (DCG) schließt die Restrukturierung erfolgreich ab und tritt in eine Phase der Konsolidierung ein [7r]
Mitte 2000	Inbetriebnahme der Solution Elastomer-Anlage zur Herstellung von SSBR-Kautschuk (Solution Styrene Butadiene Rubber, A- und B-Train) [1gg]
1.Q. 2001	Ansiedlung im ValuePark: Kometra (D, Modifikatoren-Herstellung) [7q]
Ende 2002	Beginn der Planungen für eine Schwesteranlage der 1999 in Betrieb genommenen PET-Anlage [7n]
4.12.2003	Die Dow Olefinverbund GmbH tritt (nun offiziell eingetragen) die Rechtsnachfolge der Buna SOW Leuna Olefinverbund GmbH (BSL) an [7s]
Juni 2003	Grundsteinlegung zweite PET-Anlage (s.S.109)
Sommer 2004	Dow geht mit der Kuwait Petroleum Corporation eine strategische Allianz ein (Joint Venture), PET-Anlagen firmieren unter Equipolymers [7n,8]
2.12.2004	beide PET-Anlagen produzieren gemeinsam erfolgreich (ca. 300 kt) [7n]
6.12.2007	Grundsteinlegung für den C-Train der Solution Elastomer-Anlage , im Frühjahr 2008 angefahren [1gg]
26.3.2009	Feierliche Inbetriebnahme der neuen Kautschukanlage [1gg]
2010	Die neugegründete Styron Deutschland GmbH übernimmt die Kautschuk- und Polystyrolproduktion am Standort Schkopau sowie die Herstellung von Ethylbenzol und Styrol am Standort Böhlen [9]
1.10.2011	BRASKEM Europe GmbH (Tochtergesellschaft der brasilianischen Braskem S.A. , achtgrößter Petrochemie Konzern der Welt) übernimmt die PP-Anlagen in Schkopau und Köln-Wesseling [10]
2012	Eine neue SSBR-Produktionsstätte mit einer zusätzlichen Kapazität von 50 kt/a geht in Schkopau in Betrieb [9]
2014	Umfirmierung Styron in Trinseo (23,6% des Unternehmens werden an die Börse gebracht) [9]

¹⁾ ha - Hektar (10.000 m²)

²⁾ kt/a – Kilotonnen/Jahr (Tausend Tonnen pro Jahr)

Auswahl und Zusammenstellung der vorstehend genannten, stichwortartigen Fakten, Ereignisse und Namen (Personen- und Firmennamen sind farblich hervorgehoben) folgen meinem Vortrag „**80 Jahre traditionsreicher Chemiestandort Schkopau - von den Anfängen bis zur Gegenwart**“, den ich am 17.3.2016 zum 207. Kolloquium des SCI an der Hochschule Merseburg halten durfte. Der Fokus dieser Auswahl liegt auf der Errichtung und Inbetriebnahme von Produktionsanlagen und Infrastruktur. Es wird dabei kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

Vielmehr soll diese Zeittafel dem Leser quasi ein Gerüst an die Hand geben, die in den Beiträgen dieses Heftes beschriebenen Zeitumstände, historischen Fakten und persönlichen Erfahrungen in die Gesamtentwicklung des Chemiestandortes Schkopau besser einordnen zu können. Die gegebenen Literaturhinweise sollen dem Leser ermöglichen, wenn gewünscht, in den zum Thema vorhandenen, umfangreichen Publikationen und Beiträgen im Detail nachzugehen.

*Für die kritische Durchsicht und wertvollen Hinweise danke ich
Prof. Dr. Hans Joachim HÖRIG und Obering, Heinz REHMANN.*

Dr. rer.nat. habil. Dieter SCHNURPFEL

Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hrsg.: Förderverein Sachzeugen der Chemischen Industrie e.V. (SCI), Merseburg (in den im Folgenden angegebenen Beiträgen sind zahlreiche Originalliteraturstellen zitiert und es werden viele weiterführende Literaturangaben zum jeweiligen Thema gemacht)
- a) Heinz Rehmann: ‚Zur Geschichte des ersten deutschen BUNA-Synthesekautschukwerkes in Schkopau‘, Heft 1, 1.Jg., 1/1996, S.4-29,50
 - b) Hubert Albrecht: ‚Vom Naturkautschuk zum Synthesekautschuk in Schkopau – eine Chronologie‘, Heft 1, 1.Jg., 1/1996, S.30-50
 - c) Heinz Rehmann: ‚Das Buna-Werk Schkopau‘, Heft 29, 14.Jg., 1/2009, S.7-129
 - d) Kurt Biedenkopf: ‚Vorwort‘, Heft 12, 3.Jg., 4/1998, S.3-5
 - e) Heinz Rehmann: ‚Als die Kultur nach Schkopau kam – Zur Geschichte des Klubhauses „Freundschaft“ des Buna-Werkes Schkopau‘, Heft 35, 20.Jg., 1/2015, S.5-33
 - f) Dieter Schnurpfeil: ‚Zur Geschichte der Ethylenoxid-/Propylenoxid-Anlage in Schkopau‘, Heft 26, 11.Jg., 1/2006, S.5-52
 - g) Rolf Hochhaus, Rolf Falke, Siegfried Hecht, Theodor Körner, Wolfgang Steinau: ‚Zur Geschichte der Chlorchemie im Buna-Werk Schkopau‘, Heft 6, 2.Jg., 2/1997, S.4-49
 - h) Peter Richter †: ‚Ethylen – Bedeutung, Eigenschaften und Herstellung‘, Heft 36, 21.Jg., 1/2006, S. 95-111
 - i) Heinz Rehmann: ‚Polyvinylchlorid (PVC) aus Mitteldeutschland‘, Heft 39, 24.Jg., 1/2019, S.8-39
 - j) Heinz Rehmann: ‚Vom Branntkalk zum Butadien‘, Heft 2, 1.Jg., 2/1996, S. 4-42
 - k) Heinz Rehmann: ‚Die anglo-amerikanischen Bombenangriffe während des II. Weltkrieges auf Ziele im Raum Merseburg und die deutschen Abwehrmaßnahmen‘, Heft 21, 7.Jg., 1/2002, S. 5-58
 - l) Heinz Rehmann: ‚Zur Geschichte der Verschleppung der leitenden Chemiker und Ingenieure der Buna-Werke Schkopau am 22. Juni 1945 durch ...‘, Heft 12, 3.Jg., 4/1998, S.74
 - m) Heinz Rehmann: ‚Prof. Dr. Dr. h.c. Johannes Nelles‘, Heft 39, 24.Jg., 1/2019, S.40-51
 - n) Dieter Schnurpfeil: ‚Von der Kohle zur ‚WOLPRYLA‘-Faser‘, Heft 33, 18.Jg., 1/2013, S. 73-87
 - o) Dieter Schnurpfeil: ‚Als Chemiker ...‘, Heft 30, 15.Jg., 1/2010, S.114-126
 - p) Uwe Pfannmöller, Klaus-Dieter Weißenborn: ‚Zur Geschichte der PVC-S-Produktion im Buna-Werk Schkopau (1956 bis 1996)‘, Heft 8, 2.Jg., 4/1997, S.4-63
 - q) Horst Bringezu und Wolfgang Eisfeldt: ‚Zur Geschichte der Energieversorgung und Entsorgung in den Buna-Werken Schkopau‘ und ‚Zeittafel der Energetik in den Buna-Werken Schkopau‘, Heft 5, 2.Jg., 1/1997, S.4-69 und 78-85
 - r) Otfried Maus: ‚Technische Diagnostik an elektrischen Betriebsmitteln und Anlagen im Buna-Werk Schkopau‘, Heft 13, 4.Jg., 1/1999, S.5-51
 - s) Jürgen Vogler: ‚Transformatoren und Transformatorenwerkstatt im Buna-Werk Schkopau‘, Heft 13, 4.Jg., 1/1999, S.52-80
 - t) Lothar Bökelmann, Hans-Joachim Hörig: ‚Zur Geschichte der Betriebskontrolle und der Prozessautomatisierung in den Chemischen Werken Buna-Schkopau‘, Heft 9, 3.Jg., 1/1998, S.3-75
 - u) Helmut Weichert: ‚100 Jahre Chemie in Ammendorf – Zur Geschichte der Elektrochemie und Kunststoffverarbeitung am Standort Ammendorf‘, Heft 15, 4.Jg., 3/1999, S.4-63
 - v) Jürgen Schaffer, Hans-Dieter Voigt: ‚Zur Geschichte der Verfahrenstechnik in den Chemischen Werken Buna Schkopau‘, Heft 25, 10.Jg., 1/2005, S.20-86

- w) Reinhard Händel: ‚45 Jahre Folienextraktion in Weißandt-Görlau‘, Heft 30, 15.Jg., 1/2010, S. 73-80
- x) Dieter Schnurpfeil: ‚Die Verbesserung der Umweltsituation am Schkopauer Chemiestandort nach 1990‘, Heft 35, 20.Jg., 1/2015, S.63-91
- y) Rolf Hochhaus, Wolfgang Steinau: ‚Zur Geschichte der Polyvinylchlorid (PVC)-Produktion im Buna-Werk Schkopau‘, Heft 7, 2.Jg., 3/1997, S.4-32
- z) Hans-Dieter Flader, Jürgen Jahnke: ‚Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Logistik am Standort Schkopau zwischen 1936 und 2000‘, Heft 22, 7.Jg., 2/2002, S.4-107
- aa) Bernd Hamann, Rolf-Dieter Klodt: ‚60 Jahre Polystyrolherstellung im Buna-Werk Schkopau (1940-2000)‘, Heft 20. 6. Jg., 2/2001, S. 32-104
- bb) Wolfgang Pöge: ‚Zur Geschichte der Polymerdispersionen in den Chemischen Werken Buna Schkopau‘, Heft 18., 5.Jg., 2/2000, S. 42-76
- cc) Ulf-Jürgen Walter: ‚Polymerdispersionen in der Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH‘, Heft 18., 5.Jg., 2/2000, S. 77-79
- dd) Herwig Flessel: ‚Die Oxychlorierungsanlage BSL-Werk Schkopau‘, Heft 7, 2.Jg., 3/1997, S.33-38
- ee) Wolfgang Eisfeldt: ‚Stand und Ausblick zur Energieversorgung und Entsorgung im BSL Olefinverbund GmbH Werk Schkopau‘, Heft 5, 2.Jg., 1/1997, S.70-77
- ff) Michael Rost, Dieter Schnurpfeil: ‚Das Kraftwerk Schkopau‘, Heft 31, 16.Jg., 1/2011, S.47-69
- gg) Ronald Oertel: ‚Die Entwicklung der Synthekautschuk-Fabrikation in Schkopau seit Ende 1990‘, Heft 29, 14.Jg., 1/2009, S.134-159
- [2] Gabriele Ahlefeld, Astrid Molder, Rudolf Werner: ‚Plaste und Elaste aus Schkopau – 60 Jahre Buna-Werke‘, Runkel-Verlag, 1996, a) S.22, b) S.26, c) S.36, d) S.38, e) S.60/61, f) S.49/69, g) S.71, h) S.73/83, i) S. 125, j) S.92/93/102, j) S.98, k) S.93/97, l) S.104, m) S.94, n) S.106/107, o) S.112, p) S.114
- [3] Rainer Karlsch, Raymond Stokes: ‚Die Chemie muss stimmen – Bilanz des Wandels‘, Hrsg.: BSL Olefinverbund GmbH, Edition Leipzig, 2000, a) S.17, b) S.20, c) S.49, d) S.54, e) S.79, f) S.84/85, g) S.101, h) S.106, i) S.125, j) S.109-112, k) S.130, l) S.134, m) S.146-148, n) S.169
- [4] Autorenkollektiv: ‚Halle – Geschichte der Stadt in Wort und Bild‘, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin, 1979, S.149 ff.
- [5] Bernhard H. Brümmer: ‚Das Kanzlerversprechen‘, mdv Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), 2002, a) S.24, b) S.9, c) S.43
- [6] Autorenkollektiv, Leitung Manfred Aumann: ‚Neubau und Ertüchtigung‘, Hrsg.: Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2000, a) S.30/31, b) S.96-99, c) S.92-95, d) S. 89-91, e) S.25-35, f) S.74/75, g) S.76-78, h) S.80/81, i) S.100/101, j) S.79, k) S.68-70, l) S.71-73, m) S.66/67, n) S.40-43, o) S.85-88, p) S.107
- [7] Autorenkollektiv/Redaktionsteam: ‚10 Jahre Dow in Mitteldeutschland‘, Hrsg.: Dow Olefinverbund GmbH, Gehrig Verlagsgesellschaft mbH, Merseburg, 2005, a) S.83, b) S.66-68, c) S.71/72, d) S.74-76, e) S.69/70, f) S.79-89, g) S.59/60, h) S.44-46, i) S.47/48, j) S.72/73, k) S.58/59, l) S.56/57, m) S.59/60, n) S.77/78, o) S.89, p) S.66-68, q) S. 90/91, r) S.5, s) S.9
- [8] <https://de.wikipedia.org/wiki/Petrochemical> Industries Company, 22.3.2020
- [9] <https://de.wikipedia.org/wiki/Trinseo>, 22.3.2020
- [10] <https://de.wikipedia.org/wiki/Braskem>, 22.3.2020

SCI-Beitrag zur EXPO 2000 – Ausstellung von Sachzeugen in B 47 / Schkopau

Dr. Christoph MÜHLHAUS, SCI-Mitglied und langjähriges Vorstandsmitglied der BSL Olefinverbund GmbH (kurz: BSL, nach 2000, formal eingetragen ab 4.12.2003, Dow Olefinverbund GmbH, beide korporative Mitglieder des SCI) beschreibt auf den Seiten 46 und 61 bis 63 drei bedeutende, von der Bevölkerung beachtete und als nachhaltig anerkannte soziale Projekte des Unternehmens, die essentielle Beiträge zur EXPO 2000 ‚Mensch-Natur-Technik‘ am Korrespondenzstandort Sachsen-Anhalt waren.

Daneben förderte das Unternehmen an seinem Standort Schkopau aber auch noch ein technikkulturelles Projekt, das in einer Ausstellung die bedeutsame Entwicklung der chemischen Technologie im mitteldeutschen Raum an Hand von Exponaten, wie Maschinen, Apparaten, Ausrüstungen und Geräten, verdeutlichen sollte.



Vorgesehen war, vor allem Exponate aus dem Altbestand der Chemischen Werke Buna Schkopau zu bergen, aufzubereiten und aufzustellen, und nur in Ausnahmefällen Exponate aus anderen Chemiebetrieben der Region mit einzubeziehen. Das bedeutendste Exponat war ein Butadienkompressor, wie er zur Herstellung von Synthekautschuk aus Butadien nach 1938 in Schkopau benutzt worden ist (Bild 1).

Bild 1 Butadienverdichter („Esslinger Kompressor“) an seinem Standort in A 50 (letzter Betriebszustand an der Schkopauer Produktionsstätte, Aufnahme: August 1996)

Nach dem Entscheid des Unternehmens, sich mit einer Ausstellung in Schkopau am Gesamtvorhaben zu beteiligen, wurde der Förderverein ‚Sachzeugen der Chemischen Industrie e.V.‘ (SCI) um eine entsprechende Konzeption gebeten, die erarbeitet, mehrfach diskutiert und im Dezember 1998 als präzierte Aufgabenstellung vorgelegt worden ist.

Danach sollte eine **Strukturanpassungsmaßnahme Ost (SAM)** durchgeführt werden, deren Leistungsumfang nach Festlegung des genauen Ausstellungsbestandes in der vierten Kalenderwoche 1999 erfolgte. Auftraggeber war die BSL Olefinverbund GmbH und Auftragnehmer wurde die ALLBAU GmbH Leuna (Bilder 2 und 3) [1,2].

Leistungsbeschreibung		Datum: 18.12.98
Maßnahme:	EXPO 2000 - Teilobjekt B 47 Aufarbeitung von Sachzeugen der chemischen Industrie	
Auftraggeber:	BSL Olefinverbund GmbH	Revision: 0
Vorhabensnummer:		Blatt: 1 von 4

EXPO-BSL_BB.doc

Leistungsbeschreibung

Bauvorhaben: EXPO 2000
Teilobjekt B 47 - Aufarbeitung von Sachzeugen der chem. Industrie

AG / Bauherr: Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH, 06258 Schkopau

Auftragnehmer: ALLBAU GmbH, Friedrich-Ebert-Straße 64, 06237 Leuna

Bild 2
Faksimile Kopf der Leistungsbeschreibung für das EXPO-Teilobjekt B 47 [1]

Bild 3
Sachbericht über das Objekt ‚EXPO 2000 - Maßnahme B 47/ Aufarbeitung Esslinger Kompressor‘ (10.1.2000) [2]

Sachbericht: Ausgeführte Arbeiten 1999		Datum: 10.01.2000
Objekt:	BSL Olefinverbund GmbH: EXPO 2000 – Maßnahme B 47 „Esslinger Kompressor“	
Bestellnummer BSL:	47000552 / 1, / 2	Revision: 0
		Blatt: 1 von 5

BSL EXPO 2000 Abrechnung 1999.doc

Das Leitthema der EXPO 2000 ‚Mensch-Natur-Technik‘ soll auch die von der BSL Olefinverbund GmbH beabsichtigte Ausstellung im Bau B 47 widerspiegeln. In dieser Ausstellung sollen verschiedene historische Apparate und Ausrüstungen aus dem Buna-Werk ausgestellt werden. Als Haupt-Exponat wird ein so genannter „Esslinger-Kompressor“ aus den Bau A 50 dienen. Der genaue Aufstellungsplan wurde in mehreren Beratungen gemeinsam mit der BSL Olefinverbund GmbH, dem Förderverein „Sachzeugen der chemischen Industrie e. V.“ und der ALLBAU GmbH ständig konkretisiert und die auszuführenden Arbeiten mit der EXPO-Maßnahme im Bau B 47 abgestimmt. Entsprechend dieser Abstimmungen wurden die vorgesehenen Exponate geborgen, transportiert und aufbereitet.

Wegen der historisch herausragenden Bedeutung der Herstellung von Synthesekautschuk aus Butadien, wie er nach 1938 in Schkopau nach dem Vierstufenverfahren erzeugt worden ist [3] und wegen der hohen Aufwendungen bei der Bergung, Restaurierung und Aufstellung wurde dem Exponat Butadienkompressor („Esslinger Kompressor“) eine besondere Bedeutung zugemessen, die sich nun auch in der Benennung des Sachberichtes der SAM widerspiegelte (Bild 3).

Aus gleichen historischen Gründen wählte man als Ausstellungsort einen noch aus alten Zeiten herrührenden, nun ungenutzten, offenen aber überdachten Unterstand, den Bau B 47 (siehe Kasten „Hintergrund“). Er ist in Bild 4 im Zustand der 1950/60er Jahre und in Bild 5 im Jahre 1999 kurz vor seiner Rekonstruktion zu sehen. Er musste allerdings zunächst durch BSL in einen gebrauchsfähigen und betriebssicheren Zustand gebracht werden, wozu auch die teilweise Erneuerung der Dachkonstruktion gehörte.

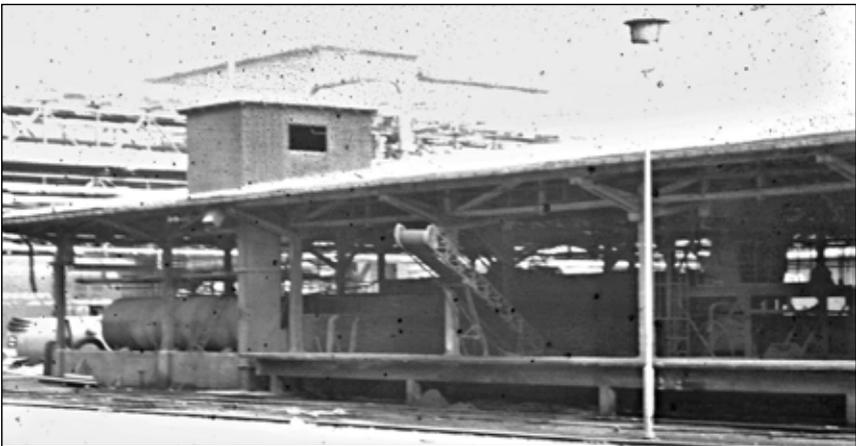


Bild 4 Bau B 47 mit Lagertanks und Berieselung in den 1950/60er Jahren

Die Entscheidung des Unternehmens zu diesem EXPO-Projekt, für dessen inhaltliche Ausrichtung der SCI die Verantwortung übernahm, war von wesentlichen gemeinsamen Besprechungen der folgenden Leistungs- und Entscheidungsträger begleitet.

Von Seiten der BSL Olefinverbund GmbH:

- der Expo-Beauftragte Dr. Klaus-Dieter WEIßENBORN und
- der Leiter der Abteilung Demolition Dipl.-Ing. (FH) Hartmut HEILBRONNER (beide Mitglieder des SCI).

Von Seiten des SCI:

- der Vorsitzende Prof. Dr. Klaus KRUG,

- der langjährig als Leiter der SAM ‚Sicherstellung, Aufarbeitung und Aufstellung von Sachzeugen der chemischen Industrie‘ tätige Dipl.-Ing (FH) Uwe BLECH,
- sein Nachfolger Dipl.-Ing. Martin THOß und
- dessen Stellvertreter Dr. Jürgen SCHAFFER sowie
- der BUNA-Experte Obering. Heinz REHMANN (alle Mitglieder im SCI).



Bild 5 Bau B 47 vor der Umrüstung zum EXPO-Ausstellungsprojekt im Jahr 1999

Hintergrund

Als Mitte 1936 die Errichtung der Buna-Großversuchsanlage in Schkopau in Angriff genommen wurde, ergab sich die Notwendigkeit, eine regengeschützte Lagerungsmöglichkeit für empfindliches Baumaterial zu schaffen. Eine ausreichende Fläche stand im Bereich des später als B 47 bezeichneten Baues zur Verfügung. Damals errichtete man als Bau Nr. 16 eine große offene Holzkonstruktion. 1938 begann dann die Verlagerung der Butadien-Produktion von A 44 in den Neubaukomplex B 53/ A 58. Das erforderte eine mengenmäßig wesentlich vergrößerte Butadienkontakt-Produktion. Die dafür benötigten Rohstoffe wie Phosphorsäure, Butylamin, Natronlauge und Koks als Kontaktträger in einer bestimmten Körnung (8 bis 12 mm) wurden nun in entsprechenden Mengen in zugehörigen Boxen und Behältern in B 47 gelagert und im Bedarfsfall der Butadienkontaktfabrik B 53 zugeführt [4].

Die Anlaufberatung zu B 47 fand am 12.10.1998 statt. Sie endete mit dem Beschluss, offene Boxen und umhauste Kojen herzurichten, die sich acht verschiedenen Ausstellungs-Themen widmen sollten: **Reaktion und Katalyse, Druckerzeugung, Wärme-führung, Stofftrennung, Lagern und Fördern, Kautschuklabor, EMR** (Elektro-Mess- und Regel-)Technik und **Präsentation des Unternehmens**.

Am 10.11.1998 fand in den Räumen des SCI im Gebäude 104 A auf dem Campus der Hochschule Merseburg ein Meeting dazu statt. Nach dem Überblick zu den EXPO-Aktivitäten der BSL Olefinverbund GmbH und der Zielstellung für die Ausstellung in B 47 durch deren Mitarbeiter Hartmut HEILBRONNER und Dr. Klaus-Dieter WEIßBORN erläuterte seitens des SCI Dr. Jürgen SCHAFFER das Gestaltungskonzept zu B 47 an Hand eines Pappmodells. Obering, Heinz REHMANN erläuterte das Vierstufenverfahren zur Herstellung von Butadien als Anregung zur Gestaltung entsprechender Ausstellungs-Poster. Martin THOß gab Informationen zur Bereitstellung von Exponaten. Gemeinsam mit Prof. Klaus KRUG wurden die Schwerpunkte beim Bergen und Aufarbeiten des Hauptexponats ‚Butadienkompressor‘ beraten.

Einer der Kompressoren, die von 1941 bis 1994 im Produktionsbetrieb A 50 liefen (Bild 1), avancierte nicht nur wegen seiner Bedeutung als wichtiger Sachzeuge der Butadien-Produktion zum Spitzenexponat, sondern auch wegen des Arbeitsaufwandes (etwa 4.500 Arbeitsstunden), der zur Bergung und Aufarbeitung notwendig geworden war [2]. Die Bilder 6a+b zeigen ihn positioniert in der Box ‚Druckerzeugung‘. Sehr deutlich erkennt man über den Exponaten die erneuerte, markante Dachkonstruktion aus Holz.



Bilder 6a+b Das Hauptexponat, der ‚Esslinger Kompressor‘ in der Box ‚Druckerzeugung‘ (in beiden Bildern mit Blick nach Süden ist das neue Holzdach sehr schön zu sehen)

Mit Beginn der SAM am 1. Januar 1999 wurden in Verantwortung der ALLBAU GmbH Leuna sieben Arbeitnehmer dort beschäftigt und Uwe BLECH als bewährter Maßnahmenleiter eingestellt [5]. Da die erforderlichen Arbeitsplätze in Werkstätten und Hallen im Technikpark des Deutschen Chemie-Museums (DChM) auf dem Gelände der Hochschule Merseburg gegeben waren und hier auch bereits umfangreiche Erfahrungen beim Aufarbeiten historischer Technik vorlagen, wurden die Arbeitnehmer der SAM zunächst erst noch im Technikpark stationiert und beschäftigt. Außerdem waren solche Exponate wie Hochdruck-Dampfreduzierstation (Bild 7), Tablettenknetmaschine, Glockenboden, Filterpresse, Förderschnecke, Füllkörper und weitere Exponate aus dem Fundus des SCI hier schon vorbereitet worden. Erst am 22. Februar erfolgte der Umzug in die Werkhalle in Bau M 228 in den Verantwortungsbereich der Abteilung Demolition der BSL in Schkopau [2].

Bild 7
Hochdruck-
Dampf-
reduzier-
station



Bild 8 zeigt in der Box ‚Wärme-
führung‘ das abgetrennte Kopf-
stück eines Regenerators mit
Stahlmantel und Weicheisenaus-
kleidung aus der Ammoniakpro-
duktion der Leuna-Werke.

Bild 8 Das abgetrennte Kopfstück
eines Regenerators mit
Stahlmantel und Weicheisenauskleidung

In der Kojie mit dem Exponat ‚Kautschuklabor‘ wurde eine Ansicht auf das Prüftechnikum B 18 aus dem Jahr 1961 angeboten (Bild 9). Bild 10 erlaubt einen Blick in ein Kautschuklabor mit einem verbleiten Labortisch und der dazugehörigen Transmissionsanlage für Rührgeräte. Nur durch gute Beziehungen des Leiters Uwe BLECH konnten diese Exponate aus Beständen der Filmfabrik Wolfen beschafft werden. Für die Anschaffung von Geräten und Einrichtungen für die Prüfung von Kautschuk machten sich Dipl.-Chem. Helmut MÄTJE (SCI-Mitglied) und Norbert NICLAS verdient. Ein besonderes Prachtstück aus dieser Zeit ist ein Telefon in explosionsgeschützter Ausführung (Bild 11).



Bild 9
Prüftechnikum B 18
(1961)



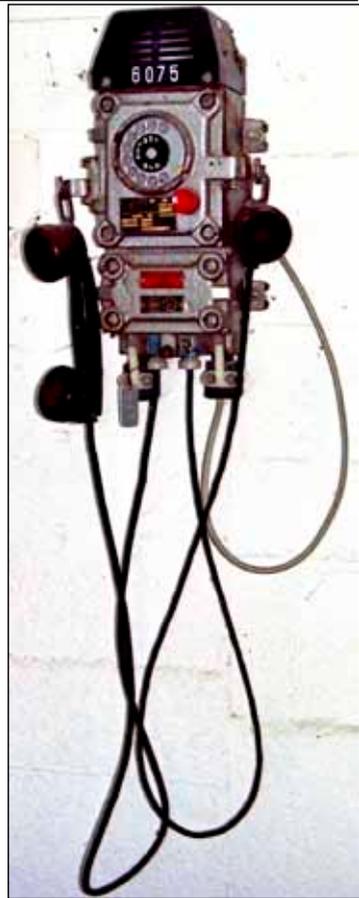
Bild 10
Blick in ein
Kautschuklabor
(im Hintergrund ein
verbleiter
Labortisch mit
dazugehöriger
Transmissions-
anlage zum
Betreiben der
Rührgeräte)

Bild 11
explosionsgeschützter Wandtelefonapparat
aus damaliger Zeit

In der Box ‚Präsentation des Unternehmens‘ wurden einige bei verschiedenen Kautschukverarbeitern und Reifenherstellern aus der damaligen Kautschukproduktion hervorgegangene Enderzeugnisse in attraktiver Gestaltung ausgestellt (Bilder 12a+b).

Nach Beendigung aller Aufstellungsmaßnahmen verblieben während der EXPO 2000 zwei Mitarbeiter der Maßnahme vor Ort. Die restlichen verrichteten gleiche Tätigkeiten bis zum Ende der Maßnahme im Technikpark des DChM in Merseburg.

Diese Ausstellung wurde während der Dauer der EXPO 2000 und danach bis 2005 durch das Unternehmen, aber auch gelegentlich durch den SCI, für Exkursionen genutzt und in Betriebsführungen eingebunden.



Bilder 12a+b Beispiele von aus der Kautschukproduktion hervorgegangenen Enderzeugnissen und Reifen in der Box ‚Präsentation des Unternehmens‘

Alle ausgestellten Exponate gingen nach Beendigung der EXPO 2000 in das Eigentum des SCI über. Der geborgene und aufgearbeitete Butadienverdichter erhielt einen separaten Platz im Technikpark des DChM (Bilder 13 und 14) unweit der 12 m hohen Butadiendestillationskolonne (Schkopau, 1936/37 erbaut von den Heckmanwerken, siehe Lageplan Technikpark auf der hinteren äußeren Umschlagseite). Die schlussendliche Überführung aller Exponate in das Museum nach Merseburg erfolgte im März 2005.



Bild 13 Blick auf den Butadienverdichter („Esslinger Kompressor“) im Technikpark des DChM in Merseburg (Aufnahme: Oktober 2009, Standort siehe Lageplan Technikpark, Umschlag hinten)

Quellen- und Literaturverzeichnis

- [1] ALLBAU GmbH, Leuna: Leistungsbeschreibung der SAM Expo 2000, B 47, v. 18.12.1998
- [2] ALLBAU GmbH, Leuna: Sachbericht Ausgeführte Arbeiten der SAM Expo 2000, B 47 v. 10.1.2000
- [3] Heinz Rehmann: ‚Vom Branntkalk zum Butadien‘, in: ‚Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands‘, Hrsg.: SCI, 1.Jg. 2/1996, S. 29
- [4] Heinz Rehmann, persönliche Mitteilung, 2.2.2020
- [5] Uwe Blech, unter Mitwirkung von Klaus-Peter Wendlandt: ‚Chronik des Deutschen Chemie-Museums Merseburg. Die Entstehung eines Museums - von den Anfängen bis 2011‘, Dokument des SCI aus dem Jahr 2011, S. 43/44



Rohrbündelwärmetauscher

in der Box ‚Wärmeführung‘ der EXPO 2000-Ausstellung in B47

BSL Olefinverbund GmbH, Standort Schkopau

(im Hintergrund der Butadienkompressor aus A 50,

„Esslinger Kompressor“

vgl. vorstehende Bilder 1, 6a+b und 13)

Dr. Christoph MÜHLHAUS - Persönliche Erinnerungen

Mein Berufsleben war in besonderer Weise von meinem Großvater Ludwig LENNARTZ (1884-1966) geprägt worden, der aus dem Rheinland kommend bis 1948 in Halle/Saale lebte und in einer gestalterischen Phase der IG Farben als Generaldirektor und Alleinvorstand die Bergwerksgesellschaft der IG Farben leitete (Bild 1). Der Fir-



mensitz war in der Nähe Riebeckplatz in Halle in der Merseburger Straße 2. Es ist das Gebäude, das in der DDR-Zeit Sitz der Bezirksleitung der SED war, heute ist es Sitz des Statistischen Landesamts von Sachsen-Anhalt.

Bild 1 Mein Großvater Ludwig LENNARTZ, an seinem Schreibtisch sitzend (um 1940)

Mein Großvater, der keine Söhne, aber drei Enkel hatte, wirkte in seiner patriarchischen Art darauf hin, dass die Enkel Verfahrenstechnik studierten. Er erwartete eine große Zukunft dieser technischen Wissenschaft in einer bis dahin von Chemikern dominierten Chemieindustrie. Bis zum Bau der Berliner Mauer war ich regelmäßig in den Ferien zu Besuch bei meinem Großvater im Rheinland, der bis ins hohe Alter verantwortlich mit der Auflösung der IG Farben befasst war. Zu dieser Zeit studierte mein Bruder Verfahrenstechnik an der TH Aachen und mein Werdegang und der meines Cousins Gerhard WICKLEIN mit einem Studium an der TH Leuna-Merseburg und der Tätigkeit in den Chemischen Werken Buna Schkopau waren klar vorgezeichnet.

An der Grundstein-Zeremonie am 25.4.1936 (siehe Zeittafel Seite 132), bei der Direktor Dr. Otto AMBROS (1901-1990) als erster Werkleiter der Buna-Werke Schkopau sprach, nahm mein Großvater Ludwig LENNARTZ als Repräsentant der Bergwerksgesellschaft der IG Farben teil. Er war in die Auswahl des Standortes involviert, weil der Kohletransport aus dem Geiseltal ein entscheidender Faktor war. Das galt sicher

auch für den Erwerb des Grundeigentums von der Familie von TROTHA, weil Grundstücksfragen immer ein Spezialgebiet der Bergwerksgesellschaft waren.

Es gibt einen Brief meines Großvaters an den damaligen technischen Leiter der Buna-Werke, Wilhelm BIEDENKOPF (1900-96), in dem er mitteilt, dass die Kohllieferungen für das neue Kraftwerk gesichert seien. Aus Erzählungen im Familienkreis weiß ich, dass mein Großvater bedauert hat, dass Nachterstedt (Concordia) für Chemieaktivitäten ausscheiden musste. Denn die Concordia-Grube war damals für ihn die beste Grube.

Die Nachfeier zur Grundsteinlegung muss für den Wirt ‚Zum Raben‘ so überraschend gekommen sein, dass er unmittelbar vorher seine Stühle neu hat streichen lassen. Der Anzug meines Großvaters war anschließend mit weißer Farbe verdorben.

Die IG Farben hatten bei der Wahl von Schkopau immer die Nutzung des neuen Standortes für die Organische Chemie in der Ergänzung zum Leuna-Werk im Blick. Schkopau war nie ein Standort nur für Synthesekautschuk. Polystyrol sowie die Chlorchemie bis zum PVC waren gleich von Anfang an auf der Agenda. Dafür spricht auch der Zuschnitt des Werkes, der viel Erweiterung bis zum Bahnhofsgelände und der Halde anbot, die gleich weit im Westen angelegt worden sind.

1990 gab es noch die Generation der Söhne, die das Werk ihrer Väter erhalten oder in die Zukunft führen wollten. Carl Heinrich KRAUCH (1931-2004) hat 1961 an der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Göttingen promoviert, an der Universität Mainz habilitiert und war dort ab 1971 auch Professor (Bild 2) Von 1980 bis 1993 war Carl Heinrich KRAUCH Vorstandsvorsitzender der Chemischen Werke Hüls. Er engagierte sich nach 1990 sofort dafür, etwas aus den Buna-Werken in Schkopau zu machen. Er hatte mich mehrere Tage nach Hüls/Marl eingeladen, damit ich zur Vorbereitung auf meine Managementfunktion die Organisation und Denkweise dieses Unternehmens kennenlernen konnte.

Ich kann mich noch an einen Wandteppich im Feierabendhaus in Marl entsinnen, der die IG-Farben-Standorte einschließlich Schkopau und Leuna zeigte. Das wäre das Werk der Frauen gewesen, die dort auch einmal wohnhaft waren. Mit Carl Heinrich KRAUCH hatten wir vom 2. zum 3. Oktober 1990 die denkwürdige gemeinsame Vorstandssitzung, bei der das Konzept der ‚Neuen Buna-Schkopau‘ auf den Weg gebracht worden ist.

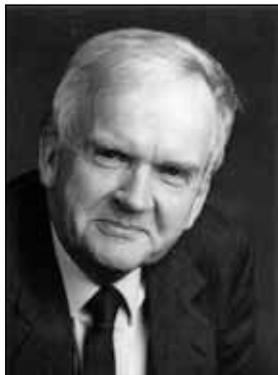


Bild 2 Carl Heinrich KRAUCH (Aufnahme vermutlich 1990er Jahre)

Das Konzept sah auch Abstriche in Marl zugunsten der Schwerpunktsetzung für Schkopau (Synthesekautschuk) vor, die ohne KRAUCH undenkbar gewesen wären. Nach seinem Tod hat mich die Familie gebeten, bei der Beisetzung zu sprechen, weil Schkopau ihm immer wichtig gewesen war. Auf Anraten meines Dow-Aufsichtsratsvorsitzenden konnte ich der Bitte nicht entsprechen, weil Dow befürchtete, die ‚deutsche Chemie‘ könnte es missverstehen, wenn ein Vertreter des Dow-Managements dort auftritt.

Dr. Dieter AMBROS, Sohn des Gründungsvorstandes der Buna-Werke Schkopau, hat in Abstimmung mit der Treuhand nach 1990 seine Erfahrungen aus der Vorstandstätigkeit bei der Henkel AG & Co. KGaA für die Privatisierung des Bitterfelder Chemiewerkes eingesetzt, da für Schkopau bereits die HÜLS AG engagiert war. Letztlich konnten es nur Teilprivatisierungen sein, was für ihn sehr unbefriedigend war. Ich habe mich damals öfter mit ihm zur Vergangenheit, aber insbesondere auch zur aktuellen Situation der 1990er Jahre ausgetauscht. Er war sehr interessiert, welchen Weg das Buna-Werk Schkopau nahm, das von seinem Vater mit aufgebaut worden war.

Kurt BIEDENKOPF (*1930) promovierte 1958 Promotion zum Dr. jur., habilitierte sich 1963 an der Universität Frankfurt/Main und war ab 1964 Professor an der Ruhr-Universität Bochum). Er hatte als Kind des damaligen Technischen Direktors der Buna-Werke, Obring. Wilhelm BIEDENKOPF, in Schkopau gelebt und in Merseburg die Schule besucht. Seine Familie war 1945 im hessischen Rosenthal interniert. Für den SCI hat er 1998 das Vorwort des Heftes 12 der ‚Merseburger Beiträge...‘ zu den Rosentaler Tagebüchern geschrieben (siehe Literatur zur Zeittafel). Dieses Vorwort ist lesenswert, weil es die besonderen Beziehungen zu Schkopau reflektiert.

Nach 1990 hat er mit seinem damals noch lebenden Vater das Buna-Werk Schkopau besucht (Bild 3). Interessant ist die Tatsache, dass man ihm noch eines seiner Notizbücher überreichen konnte, das man in einem der immer noch in Gebrauch befindlichen alten Schreibtische aus der IG-Zeit gefunden hatte. Bevor Kurt BIEDENKOPF Minis-

terpräsident von Sachsen wurde, war er auch kurzzeitig Mitglied des Buna-Aufsichtsrates. Ich hatte ihn einmal vom Hubschrauber abgeholt und er war emotional sehr berührt, weil er das Wohnhaus seiner Eltern aus der Luft identifiziert hatte.

Für mich war er stets ansprechbar, wenn wir politische Fragen zur Privatisierung hatten. So zur Verlegung des entscheidenden KOHL-Besuches im September 1994 von Schkopau nach Böhlen, als Sachsen-Anhalt nicht mehr CDU-regiert war. Aber auch zu Teilfragen beim Problem ‚stand alone‘ oder zur Privatisierung mit Dow stand er uns zur Seite.

Bild 3
 Prof. Dr. Kurt BIEDENKOPF
 (rechts), damals Mitglied im
 Aufsichtsrat der BUNA AG,
 zusammen mit seinem
 Vater Obering. Dr. Dipl.-Ing.
 Wilhelm BIEDENKOPF (links)
 am 2. Mai 1990 zu Besuch an
 dessen alter Wirkungsstätte
 im Schkopauer Buna-Werk
 (in der Mitte der Vorstandsvor-
 sitzende der BUNA AG,
 Obering. Karl-Heinz Saalbach)



Am 2. März 2020 wurde Hermann RAPPE (*1929) in der Staatskanzlei von Sachsen-Anhalt mit dem Orden des Landes für seine Verdienste bei der Privatisierung der mitteleuropäischen Chemieindustrie ausgezeichnet. Er war 1982-95 Vorsitzender der einflussreichen Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik und hatte seinen erheblichen Einfluss bei der Privatisierung der mitteleuropäischen Chemie geltend gemacht. Die Laudatio von Ministerpräsident Dr. Reiner HASELOFF gab einen guten Gesamtüberblick zu den Geschehnissen der Vergangenheit, aber auch mit Wertungen zu den aktuellen Entwicklungen.

Noch eindrucksvoller war die Rede des 91-jährigen Hermann RAPPE, der sehr detailliert die verschiedenen Etappen der Privatisierung von Leuna, Bitterfeld, Wolfen und insbesondere des Olefinverbundes erläuterte. Er vermittelte einen vorzüglichen Überblick zu den Ereignissen und Meinungsbildungen bei der Privatisierung der mitteleuropäischen Chemie. Er hatte die Hintergrundinformationen noch gut im Gedächtnis und konnte mit Jahreszahlen und Nennung der Verhandlungspartner sehr genau erläutern,

wer an welchen Strippen gezogen hatte, warum die westdeutsche Chemie so zurückhaltend war und wie Dr. Johannes LUDEWIG im Auftrag des Kanzlers dann doch die Weichen gestellt hat. Ausführlich erläuterte er die von ihm in Hannover moderierte Endverhandlung mit Dow. Dr. LUDEWIG und viele Akteure der Gewerkschaft und der Betriebsräte waren anwesend, so dass es danach sehr interessante Gespräche gab. RAPPE interessierte sich auch für die aktuellen Entwicklungen zur Wasserstofftechnik und zur Kreislaufwirtschaft, die ich ihm gern erläuterte.

RAPPE war im Jahre 2004 zu Gast beim SCI in Merseburg und bestritt damals ebenso eindrucksvoll und kompetent das 100. Kolloquium des SCI (Bild 4).



Bild 4 Hermann RAPPE (2.v.r.) kurz vor seinem Auftritt zum 100. Kolloquium des SCI am 21.10.2004 zusammen mit Prof. Dr. Klaus KRUG (links neben ihm), Prof. Hans Joachim HÖRIG (rechts) und Gerd SEELA (links) bei einem Rundgang durch den Technikpark des DChM Merseburg

Das alles ist Vergangenheit. In der heutigen Konstellation der deutschen Chemie kann ich leider keinen Bezug mehr zu diesen, auch familiären, Wurzeln erkennen. Ich hatte das große Glück, nach 1990 erst in Schkopau und nunmehr in Leuna mit daran arbeiten zu dürfen, den Werken, die mir aus der Familienchronik immer ein Begriff waren, eine Zukunft zu geben. Mein Wohnsitz auf dem Grundstück und im Garten meines Großvaters und die Stätten meiner Büros reflektieren immer noch die Tradition, der ich mich verpflichtet fühle.

Dr. Christoph MÜHLHAUS

Bisherige Kolloquien

(Fortbeschreibung der Übersicht bereits durchgeführter Kolloquien)

Von März 1994 bis Februar 2020 fanden in der Vortragsreihe des SCI insgesamt **242** Veranstaltungen statt, an denen bisher **18.295** Hörer teilnahmen. (Übersichten zu den bisher durchgeführten Kolloquien mit Angabe der Autoren, der Vortragsthemen und der Teilnehmerzahlen sind in den Heften Nr. 16 (2/2000), Nr. 27 (1/2007), Nr. 32 (1/2012), Nr. 34 (1/2014), Nr. 38 (1/2018), Nr. 39 (1/2019) und Nr.40 (2/2019) zusammengestellt).

Nachstehend die im 2. Halbjahr 2019 und 1. Halbjahr 2020 durchgeführten Kolloquien:

238. 19. September 2019
Dr. habil. Dieter SCHNURPFEIL, Langeneichstädt
"Das Change-Management in der Restrukturierungsperiode der BSL Olefinverbund GmbH 1996-2000" (55 Teilnehmer)
239. 17. Oktober 2019
Dr. Jürgen SCHAFFER, Halle (Saale)
„Innovationsmanagement in der DDR“ (45 Teilnehmer)
240. 21. November 2019
Dipl.-Jurist Werner POPP, Leuna
"90 Jahre Kulturhaus Leuna - 20 Jahre cCe Kulturhaus Leuna GmbH"
(70 Teilnehmer)
241. 16. Januar 2020
Dipl.-Ing. Thomas NOßKE, Schkopau
„Historische Dampftechnik im 21. Jahrhundert“ (70 Teilnehmer)
242. 20. Februar 2020
Dr. Christoph MÜHLHAUS (Netzwerksprecher **Chemie**, Vorstandsmitglied **HYPOS e.V.**), Halle
„Strukturwandel als Chance für die Chemieindustrie im mitteldeutschen Revier“
(85 Teilnehmer)

Die ursprünglich geplanten Kolloquien (siehe Heft 40, 2/2019, Seite 169)

243. 19. März 2020
Dipl.-Ing. Hans- Jürgen BUCHMANN (Ind.& Mng. Director der Braskem Europe GmbH)
„Braskem als globales Unternehmen im Wandel der Zeit“
244. 16. April 2020
Dr. Wolfgang GROß (Geschäftsführer und Miteigner der fit GmbH), Hirschfelde
„Die Erfolgsgeschichte der fit GmbH seit der Privatisierung im Jahr 1993“
245. 14. Mai 2020
Prof. Dr. Bernhard ADLER, Halle/Saale
„Energiewende“
246. 18. Juni 2020
Dipl.-Ing. Rainer SCHUBERT (Ingenieurbüro), Wansleben
„Verlässene Orte in Mitteldeutschland“
mussten wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Sie werden zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt (siehe Kolloquien-Vorschau auf den Seiten 194/195).

Vorschau auf die geplanten Kolloquien 1920/21

(jeweils 17 Uhr voraussichtlich im Hörsaal 9 der Hochschule Merseburg, Änderungen vorbehalten)

247. 17. September 2020
Dr. Klaus-Peter KALK (Operative Leitung der LEUNA-Harze GmbH) und Dr. Holger HENNIG (Leiter Forschung und Anwendungstechnik der LEUNA-Harze GmbH)
„Vom Epilox EG 1 des VEB Leuna-Werke Walter Ulbricht zu Epilox A-19-00 der LEUNA-Harze GmbH“
248. 15. Oktober 2020
Dipl. Ing. Henning ROST (bis 1990 Vorstandsvorsitzender der Mansfeld AG), Gerbstedt
„Die Verarbeitung des Rohhüttenflugstaubes als Beitrag zur komplexen Rohstoffnutzung im Mansfeld Prozess“
249. 19. November 2020
Dipl.- Ök. Olaf WAGNER (zuletzt Pressesprecher der TOTAL Raffinerie Mitteldeutschland GmbH), Leipzig
„Der Minol-Pirol tankt Leuna-Benzin!“
243. 21. Januar 2021 (ursprünglich für den 19. März 2020 geplant)
Dipl.-Ing. Hans-Jürgen BUCHMANN (Industrial & Managing Director der Braskem Europe GmbH, Werk Schkopau), Merseburg
„Braskem als globales Unternehmen im Wandel der Zeit“
250. 15. Februar 2021
Dr. Christoph MÜHLHAUS (Netzwerksprecher Chemie, Vorstandsmitglied HYPOS e.V.) Halle/Saale
„ Fortschrittsbericht zum Strukturwandel der Chemieindustrie im Mitteldeutschen Revier“
245. 18. März 2021 (ursprünglich für den 14. Mai 2020 geplant)
Prof. Dr. Bernhard ADLER, Halle/Saale
„Energiewende“
244. 15. April 2021 (ursprünglich für den 16. April 2020 geplant)
Dr. Wolfgang GROß (Geschäftsführer und Miteigner der fit GmbH), Hirschfelde
„Die Erfolgsgeschichte der fit GmbH seit der Privatisierung im Jahr 1993“
246. 20. Mai 2021 (ursprünglich für den 18. Juni 2020 geplant)
Dipl.-Ing. Rainer SCHUBERT (Ingenieurbüro), Wansleben
„Verlassene Orte in Mitteldeutschland“ 17. Juni 2021
251. Dr. Olaf POPPE (Geschäftsführer der MinAscent Leuna Production GmbH), Leuna
„MinAscent Leuna – ein Versuch, die Forschung der Leuna-Werke in die Marktwirtschaft zu überführen“

252. 16. September 2021
Dr. Ivonne REICHMANN, Chemnitz
„Die Böhme Fettchemie von ihrer Gründung bis zum Ende des 2. Weltkrieges“
253. 21. Oktober 2021
Dr. Willi FRANTZ (Geschäftsführer der Total Mitteldeutschland GmbH), Leuna
„Zukunftschancen von Raffinerien im Kontext von Energiewende und Strukturwandel“
254. 18. November 2021
Dipl.-Ing. Eberhard M. LEUCHT, Merseburg
„Beschichtung von Kunststoffflächen“

Diese Vorausplanung der Kolloquien dient der Information und soll eine gewisse Orientierung geben. Sie ist nach wie vor wegen der Corona-Pandemie mit Unsicherheiten behaftet. Ab September 2020 sollen die Kolloquien des SCI wieder fortgesetzt werden (siehe oben: Vorschau auf die Kolloquien).

Organisation und Zusammenstellung der Kolloquien: Prof. Dr. Hans Joachim HÖRIG

Wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie muss mit Änderungen gerechnet werden, aktuelle Informationen können erhalten werden unter:

www.dchm.de, www.facebook.com/Deutsches-Chemie-Museum-Merseburg

Anfragen können gestellt werden an:

udo.heilemann@sci.hs-merseburg.de



Blick in den Hörsaal 9 am 15.2.2020 vor der Jahreshauptversammlung und dem 242. und letzten Kolloquium vor der Corona-Krise mit Dr. Christoph MÜHLHAUS (links im Bild stehend Prof. Dr. Hans Joachim HÖRIG im Gespräch Dr. Eberhard GRAHN aus Wolfen)

Die bisher erschienenen Hefte der SCI-Schriftenreihe
„Merseburger Beiträge zur Geschichte der chemischen Industrie Mitteldeutschlands“

Heft 1 (1/1996)*	Von der Kohle zum Kautschuk I**
Heft 2 (2/1996)	Von der Kohle zum Kautschuk II
Heft 3 (3/1996)	Von der Kohle zum Kautschuk III
Heft 4 (4/1996)	Von der Kohle zum Kautschuk IV
Heft 5 (1/1997)	Energie für die Chemie
Heft 6 (2/1997)	Vom Steinsalz zum PVC-Fenster I
Heft 7 (3/1997)	Vom Steinsalz zum PVC-Fenster II
Heft 8 (4/1997)	Vom Steinsalz zum PVC-Fenster III
Heft 9 (1/1998)	Technik und Chemie I
Heft 10 (2/1998)	Technik und Chemie II
Heft 11 (3/1998)	Vom Erdöl zu Kraft- und Schmierstoffen
Heft 12 (4/1998)	Zeitzeugnisse I
Heft 13 (1/1999)	Technik und Chemie III
Heft 14 (2/1999)	Bergbau und Chemie I
Heft 15 (3/1999)	Zeitzeugnisse II
Heft 16 (4/1999)	Bergbau und Chemie II
Heft 17 (1/2000)	Schmieröle aus dem Geiseltal
Heft 18 (2/2000)	Qualität und Dispersionen
Heft 19 (1/2001)	Gummi und Reifen
Heft 20 (2/2001)	Polystyrol
Heft 21 (1/2002)	Bomben auf die Chemieregion
Heft 22 (2/2002)	Verkehrsinfrastruktur und Logistik
Heft 23 (1/2003)	10 Jahre Sachzeugen der Chemischen Industrie e.V.
Heft 24 (1/2004)	50 Jahre Hochschule in Merseburg
Heft 25 (1/2005)	Technik und Chemie IV
Heft 26 (1/2006)	Propylenoxid
Heft 27 (1/2007)	Braunkohleveredlung
Heft 28 (1/2008)	Kunst und Chemie
Heft 29 (1/2009)	Von der Kohle zum Kautschuk V
Heft 30 (1/2010)	Zeitzeugnisse III
Heft 31 (1/2011)	Energie für Mitteldeutschland
Heft 32 (1/2012)	Hochdruckpolyethylen
Heft 33 (1/2013)	Zeitzeugnisse IV
Heft 34 (1/2014)	Caprolactam
Heft 35 (1/2015)	Schkopau und sein Umfeld
Heft 36 (1/2016)	100 Jahre Chemiestandort Leuna
Heft 37 (1/2017)	Rheologie und Verarbeitungstechnik
Heft 38 (1/2018)	25 Jahre „Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.“ (SCI)
Heft 39 (1/2019)	PVC
Heft 40 (2/2019)	Die Leuna-Werke – gestern und heute
Heft 41 (1/2020)	Wasser und Chemie
Heft 42 (2/2020)	Die Buna-Werke – gestern und heute

* Die durchgängige Heft-Nr. ist erst ab dem Heft 26 auf Seite 1 gedruckt worden, nicht aber in den Heften 1-25

**Der Hefttitel repräsentiert die Inhalte themenübergreifend. Die Themen und Autoren der einzelnen Beiträge der Hefte 1-25 sind in Heft 26 ab Seite 122, die der Hefte 26-35 im Heft 36 ab Seite 190, die der Hefte 36-39 in Heft 40 ab Seite 172 zusammengefasst.

Nachwort der Redaktion

Mit dem Heft 42 der „*Merseburger Beiträge...*“ unter dem Titel ‚*Die Buna-Werke – gestern und heute*‘ geben wir mit 200 Seiten unser bisher umfangreichstes Heft heraus, das als Pendant zum Heft 40 ‚*Die Leuna-Werke – gestern und heute*‘ gesehen werden kann. Gemeinsam ist beiden Heften, dass die Hauptbeiträge jeweils die Privatisierung dieser ehemaligen großen DDR-Chemiekombinate Anfang der 1990er Jahre reflektieren.

Die beiden Hauptautoren waren jeweils Führungspersönlichkeiten der jüngeren Geschichte. Sie haben die Entwicklung dieser beiden größten Chemieunternehmen Mitteldeutschlands über Jahrzehnte und unterschiedliche Gesellschaftssysteme hinweg selbst miterlebt und konnten sie deshalb sehr authentisch und aus eigenem Beteiligungsein darstellen. Der Leser erfährt Details, die so nirgendwo anders zu rezeptieren sind.

Während Diplom-Jurist **Werner POPP**, langjähriger Prokurist und Leiter des Bereiches Recht, Einkauf und Behördenmanagement der InfraLeuna GmbH, im Heft 40 neben der Privatisierung die Entwicklung der Leuna-Werke von 1916 bis zur Gegenwart vor allem aus juristischer Sicht akribisch, detailreich und umfassend darlegt, beschreibt **Dr. Christoph MÜHLHAUS**, diplomierter Verfahrenstechniker und langjähriger Generalbevollmächtigter bzw. Geschäftsführer der BSL / später Dow Olefinverbund GmbH die Privatisierung des VEB Kombinat Chemische Werke Buna in den 1990er Jahren und dessen weitere Entwicklung nach 2000 als Dow Olefinverbund GmbH aus Sicht eines Technikers und unmittelbar Beteiligten.

Beide Hefte sind unseres Erachtens eine informationsreiche und wertvolle Darstellung der Privatisierung und der darauf folgenden Entwicklung dieser beiden großen mittel-deutschen Chemiestandorte Leuna und Schkopau.

Der MÜHLHAUS-Beitrag zur Privatisierung wird kongenial ergänzt durch die Sicht der damaligen Betriebsratsvorsitzenden **Ingrid HÄUBLER** auf diese turbulente und ereignisreiche Zeit.

In seinem zweiten Beitrag über die Entwicklung der Dow Olefinverbund GmbH in den 2000er Jahren schildert **Dr. Christoph MÜHLHAUS** sehr ausführlich und detailliert die in diesem Zeitraum unternommenen Anstrengungen, den mitteldeutschen Olefinverbund auf der Erfolgsspur zu halten und weiterzuentwickeln. Dabei ließen

sich englische Begriffe nicht immer vermeiden. Deshalb haben wir eine Zusammenstellung von Firmennamen und Fremdwörtern hintangestellt.

In einem dritten Beitrag berichtet **Dr. Christoph MÜHLHAUS** über die Aktivitäten beim Aufbau des Clusters Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland und die Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft, der er sich bis heute verpflichtet fühlt.

Der nachfolgende Beitrag von **Prof. Dr. Ralf B. WEHRSPORN** über die Fraunhofer-Aktivitäten zum Strukturwandel im mitteldeutschen Revier vertieft diese Aussagen und schlägt vor allem den Bogen in die Gegenwart mit ihren Herausforderungen zum Klimawandel, Kohleausstieg und den dazu notwendigen Technologiefortschritten, mit besonderem Blick auf die Entwicklung von Wasserstofftechnologien.

Vorangestellt sind diesmal ein Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, **Dr. Reiner HASELOFF**, und ein Vorwort des Geschäftsführers der Dow Olefinverbund GmbH, **Christoph MAYER**. Sie leiten die geschichtlichen Beiträge ein und stellen einen direkten Bezug zur Gegenwart her.

Abgerundet werden die Botschaften dieses Heftes durch Zeitzeugenberichte über den SCI-Beitrag zur EXPO 2000 in Form der Gestaltung und des Aufbaus einer Ausstellung von Sachzeugen in B 47/Schkopau und persönliche Erinnerungen von **Dr. Christoph MÜHLHAUS**, die Historie des Schkopauer Standortes betreffend.

Um den Gesamtüberblick zu wahren bzw. zu unterstützen, haben wir eine stark gestraffte Zeittafel zur Historie des Chemiestandortes Schkopau hinzugefügt.

Wir hoffen, Sie hatten auch diesmal viel Freude beim Lesen und Erinnern.

Das Redaktionsteam

Prof. Dr. sc. Klaus KRUG

Prof. Dr. habil. Hans Joachim HÖRIG

Dr. rer. nat. habil. Dieter SCHNURPFEIL

Quellenverzeichnis der Bilder

Die Quellen der Umschlagbilder sind vorn im Impressum angegeben.

Grußwort Staatskanzlei Land Sachsen-Anhalt

Vorwort Dow Olefinverbund GmbH

Beitrag ‚Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht eines Beteiligten‘ (Autor: Dr. Christoph Mühlhaus)

- Bild 1 Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna (heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH)
- Bilder 2-4, 6-8, 13, 14, 17, 18, 22, 23, 25-32, 34-36 Dow Olefinverbund GmbH, Public Affairs (bereits vorgenommene Veröffentlichungen, durch Literaturzitate im Text belegt)
- Bild 21 Dow Olefinverbund GmbH, Public Affairs (Astrid Molder, Luftaufnahme: Horst Fechner)
- Bild 33 BSL Olefinverbund GmbH (zur Verfügung gestellt von Dr. Klaus-Dieter Weißenborn)
- Bilder 15, 19, 20 +24 ‚aufwärts‘, Belegschaftszeitung der BUNA GMBH
- Bilder 5, 10-12 Förderverein ‚Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.‘ (SCI, bereits vorgenommene Vorveröffentlichungen sind durch Literaturzitate im Text belegt)
- Bild 9 Öffentlichkeitsarbeit E.ON-Kraftwerk Schkopau (Aufnahme: Michael Rost)
- Bild 16 Bernhard H. Brümmer: ‚Das Kanzlerversprechen - Die Privatisierung von Buna, SOW und Leuna-Olefin‘, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), 2002

Beitrag ‚Buna ist für die Zukunft gerüstet...‘ - Die Privatisierung des Kombinates VEB Chemische Werke Buna aus Sicht des Betriebsrates‘ (Autorin: Ingrid Häußler)

- Bilder 1,2,5,6+7 Archiv der BSL/Dow Olefinverbund GmbH (Bild 1_Foto-Nr. CN 2699/5a, Bilder 2+5+6_Foto-Nr. nicht bekannt, Bild 7_Foto-Nr. Neg II 41/27, Fotograf: Horst Fechner)
- Bild 3 MZ-Artikel v. 20. Januar 2001 (Autor Eckhard Jäckel, Fotograf unbekannt, zur Verfügung gestellt von Dr. Klaus-Dieter Weißenborn)
- Bild 4 aus der Broschüre ‚Wir wollen den Wandel‘ der IG BCE, des QFC, der Hans-Böckler-Stiftung u.a., Magdeburg 2003 (Hrsg.: Gesellschaft zur Förderung arbeitsorientierter innovativer Strukturentwicklung in Sachsen-Anhalt e. V., zur Verfügung gestellt von Dr. Klaus-Dieter Weißenborn).

Beitrag ‚Die Dow Olefinverbund GmbH in den 2000er Jahren aus Sicht eines Beteiligten‘ (Autor: Dr. Christoph Mühlhaus)

- Bild 1 Dow Olefinverbund GmbH, Public Affairs (Astrid Molder, Luftaufnahme: Horst Fechner)
- Bilder 2-12,14,16,17,18b,20-25 Dow Olefinverbund GmbH, Public Affairs (bereits vorgenommene Vorveröffentlichungen sind durch Literaturzitate im Text belegt)

-
- Bilder 13,15+26 <https://www.....> (durch Literaturzitate im Text belegt)
Bild 18a Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna (heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH)
Bild 19 Förderverein ‚Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.‘ (SCI, Fotograf: Martin Thoß)
Bild 27 ECRN-Flyer (Foto: Hack), www.evmn.net, 10.2.2020

Beitrag ‚Das Cluster Chemie/Kunststoffe für Mitteldeutschland und die Kooperation mit der Fraunhofer Gesellschaft‘ (Autor: Dr. Christoph Mühlhaus)

- Bilder 1,2+5 <https://www.....> (durch Literaturzitate im Text belegt)
Bild Prof. Dr. Wolfgang BÖHMER im Kasten auf Seite 136 Förderverein ‚Sachzeugen der chemischen Industrie e.V.‘ (SCI, Fotograf: Martin Thoß)
Bild 3 Cluster Chemie/Kunststoffe Mitteldeutschland, ISW GmbH Halle
Bild 4 Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna, heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH
Bilder 6+7 Fraunhofer IMWS (Fotograf: Sven Döring)

Beitrag ‚Fraunhofer-Aktivitäten zum Strukturwandel im mitteldeutschen Revier‘ (Autor: Ralf B. Wehrspohn)

- Bilder 1,3,4,6,7 © Fraunhofer IMWS
Bild 2 © H2 MOBILITY Deutschland GmbH & Co. KG
Bild 5 © TU Bergakademie Freiberg/IEC

Zeitzeugen berichten: ‚SCI-Beitrag zur EXPO 2000 – Ausstellung von Sachzeugen in B 47 / Schkopau‘ (Autoren: Prof. Dr. Hans Joachim HÖRIG, Dipl.-Ing. Martin THOß, Dipl.-Ing. (FH) Uwe BLECH)

- Bilder 1, 6-14, ohne Nr. auf Seite 187 SCI (Fotos: Martin Thoß)
Bild 4 Fotosammlung VEB Chemische Werke Buna (heute Archiv der Dow Olefinverbund GmbH)
Bild 5 Foto: Dr. Jens Bürkner

Zeitzeugen berichten: ‚Dr. Christoph MÜHLHAUS - Persönliche Erinnerungen‘ (Autor: Dr. Christoph Mühlhaus)

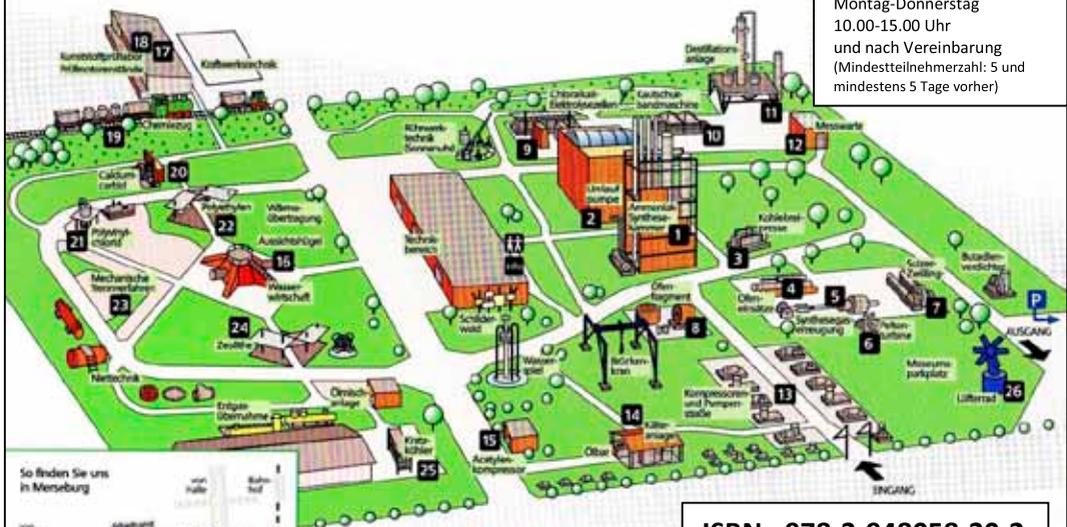
- Bild 1 Autor
Bild 2 <http://www.gdch.de/gdch/vorstand...> Präsidenten der Jahre 1990-1999_29.3.2020
Bild 3 BSL-Archiv (Bild-Nr. A8550, siehe auch: Merseburger Beiträge..., 4/1998, S.5)
Bild 4 SCI (Foto: Martin Thoß)





LAGEPLAN

wichtiger Anlagen und Großexponate im Technikpark



Öffnungszeiten:
 April-Oktober
 Montag-Donnerstag
 10.00-15.00 Uhr
 und nach Vereinbarung
 (Mindestteilnehmerzahl: 5 und
 mindestens 5 Tage vorher)



ISBN: 978-3-948058-30-2



Besuchsadresse:
 Rudolf-Bahro-Str. 11
 06217 Merseburg

Telefon: (03461) 441 61 95
 E-Mail: info@dcm.de
 www.deutsches-chemie-museum.de

Postanschrift:
 c/o Hochschule Merseburg
 06217 Merseburg
 Eberhard-Leibnitz-Str. 2